



Nach der Massenmigration kommt die Massen-Einbürgerung

SEITE 14 – 15

Netanjahu mit satter Mehrheit wieder Chef der Regierung

SEITE 26



Wie wird Chanukka in den verschiedenen Ländern der Welt gefeiert?

SEITE 48



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, Das Erscheinen der Dezember-Ausgabe ist von jeher etwas Besonderes. Das weltliche Kalenderjahr ist wieder einmal an uns vorbei gerast. Und waren 2020 und 2021 schon keine einfachen Jahre, so war und ist besonders das Jahr 2022 nun wirklich nicht arm an Unterdrückung und Not in vielen Teilen der Welt, an kriegsbedingtem menschlichen Leid, an suizidalem politischen Irrsinn unserer gegenwärtig erhebliche Teile der westlichen Welt jenseits und diesseits des Atlantik und auch ganz besonders dieses Land beherrschenden, jeder Vernunft unzugänglichen, dekadent-destruktiven durch und durch grün und links durchideologisierten Politik mit all ihren geradezu pseudoreligiös durchideologisierten Gender-, Klima-, und Islameinlass-Exzessen.

In diesem Dezember kommt für unsere Monatspublikation noch etwas ganz Besonderes hinzu. Voller Stolz und voller Genugtuung dürfen wir, die Redaktion und der Herausgeber, Ihnen in diesem Monat die Nummer 100 unserer Jüdischen Rundschau präsentieren und unserer tiefen Freude über Ihr großes Wohlwollen gegenüber unserer Arbeit und unserem Periodikum zum Ausdruck verleihen.

Es sind vor allem Sie, die uns mit Ihrem Spruch, Ihren konstruktiven Zuschriften und Ihrem von Ausgabe zu Ausgabe wachsendem Interesse an unseren Beiträgen das für uns unverzichtbare Gefühl geben, mit der Herausgabe und der Ausrichtung unserer Publikation einen guten Schritt getan zu haben für den Erhalt unserer westlich-demokratischen Werte und für eine Welt ohne Antisemitismus und Israel-Delegitimierung.

Die Treue unserer bisherigen, und die stetig steigende Zahl neuer Leser, machen uns Mut und sind für uns Belohnung und Herausforderung zugleich. Unseren Dank an unsere Leser verbinden wir mit dem Versprechen auch weiterhin dem in uns gesetzten Anspruch zu entsprechen.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Die Januar-Ausgabe wird wegen des Jahreswechsels am 12./13. Januar 2023 zugestellt

Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



Iran: Das verdorbene Schweigen von Scholz und Steinmeier



Von Mirjam Lübke

Deutschland und der Iran, das ist eine lange Geschichte der politischen Rücksichtnahme der Deutschen auf das Mullah-Regime in Teheran, die auch jetzt noch fortgeführt wird, nachdem die Bürger sich dort gegen die Religionsdiktatur zur Wehr setzen. Das mag auch an den blühenden Handelsbeziehungen liegen, laut Angaben des Datenportals »Statista« exportierte Deutschland im Jahr 2021 für insgesamt 1,4 Milliarden Euro Waren in den Iran, hauptsächlich Kraftfahrzeugteile und Industriemaschinen. Seit der islamischen Revolution von 1979 intensivierten sich diese Handelsbeziehungen stetig. Als die USA, damals noch unter der Präsidentschaft von Donald Trump, 2018 aus dem Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran ausstiegen, beeilte sich Ex-Außenminister Heiko Maas, die Lücke mit deutschen Lieferungen zu füllen. Man mag in dieser Beziehung gar nicht darüber nachdenken, was sich in der Handelsstatistik hinter dem Begriff »Maschinen« verbirgt, z. B. Zentrifugen zur Anreicherung von Uran, um das Material waffenfähig zu machen. Neben Italien, dessen Bedeutung für den iranischen Außenhandel in den letzten Jahren abgenommen hat, ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Mullahs.

Allerdings gehen die Höflichkeitsbekundungen weit über diplomatische Notwendigkeiten hinaus – das Verhalten manches deutschen Politikers ist schon fast als servil zu bezeichnen. Bereits im Februar 1987, zum achten Jahrestag der is-



lamischen Revolution kam es diesbezüglich zu einer absurden Posse, die ein fünf-Sekunden-Clip in Rudi Carrells satirischer »Tagesshow« ausgelöst hatte: Der kurze Film erweckte den Eindruck, als wühle Ayatollah Khomeini in Dessous, die ihm von weiblichen Anhängerinnen zugeworfen worden waren. In Teheran tobten – vom Regime bestellt? – wütende Bürger durch die Straßen, das Goethe-Institut musste schließen und Moderator Carrell erhielt Morddrohungen von Gefolgsleuten des Religionsführers. Verwehrte sich die Bundesregierung damals gegen die Einmischung in die Freiheit der deutschen Medien? Davon ist nichts bekannt. Der WDR entschuldigte sich untertänig, sogar der mit dem Tod bedrohte Moderator rang sich öffentlich Worte des Bedauerns ab. Carrell sagte im Rückblick, das Regime hätte die Gelegenheit genutzt, um von der Bundesregierung Waffenlieferungen zu fordern.

Auch wenn diese Episode bei den meisten Deutschen längst in Vergessenheit geraten ist, mutet es vor dem Hintergrund der damaligen Ereignisse couragiert an, wenn die ZDF-Satiresendung »Die Anstalt« am 15. November 2022 noch einmal die guten Beziehungen der letzten Jahrzehnte zwischen der deutschen und der iranischen Regierung Revue passieren lässt. Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland gelten als relativ zahm, wenn es um Regierungskritik geht, es sei denn, es ginge um Kritik an der Regierung Israels. Doch diesmal ist sogar die Feindseligkeit des Iran gegenüber

dem jüdischen Staat Thema, auch die Gefahr, welches das iranische Atomprogramm für diesen darstellt, was auch das ZDF gern »unter den Perserteppich kehrt«, um einmal eine Formulierung aus der Sendung aufzugreifen. Man stellt sogar die Frage, warum niemand bisher einen kritischen Blick auf die iranischen Tests von Trägerraketen geworfen hat, die wohl kaum einer zivilen Nutzung dienen. Das ist neu zur besten Sendezeit. Sollte etwa der Protest auf den Straßen Irans, der sich am Tod Mahsa Aminis entzündete, die ihr Kopftuch nicht »ordnungsgemäß« trug, dem ZDF Mut gemacht haben, es nun auch einmal mit Kritik an der Iran-Politik der Bundesregierung zu versuchen?

Protest, den man nicht ignorieren kann

Immerhin waren zum Zeitpunkt der Sendung bei den Protesten bereits mehr als dreihundert Demonstranten getötet worden, darunter auch Kinder und Jugendliche. Auch wenn das Regime in Teheran sich alle Mühe gibt, das Land nach außen medial abzuschotten, gehen die Bilder um die Welt. Und sie ringen auch den Apologeten des politischen Islams in Deutschland einen Spagat ab: Wie erklärt man den Kampf der Iranerinnen gegen den Kopftuchzwang, ohne die Scharia zum Thema zu machen? Denn aus dieser leiten die meisten muslimischen Gelehrten nun einmal die Pflicht, dass Frauen ihren Kopf bedecken müssen, ab.

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Iran: Das verdorbene Schweigen von Scholz und Steinmeier

Am mittelalterlichen Königshof war es allein den Narren erlaubt, Kritik am Regenten mit einer Portion Witz anzubringen. Nachdem der gleichgeschaltete Block der Mainstream-Medien seiner Aufgabe als Kontrollinstanz nicht mehr nachkommt, sind es heute wieder die Satiriker und Kabarettisten, die den Finger in die Wunde legen sollten. So geschehen in der Politsatire-Sendung „Die Anstalt“ im ZDF. Dies ist erfreulich, für die heutige Zeit gar nicht mehr so selbstverständlich und für die Karriere der Künstler durchaus nicht ungefährlich. Immerhin fühlte man dem schier unerklärlichen Kuschelkurs der Bundesregierung und vor allem des Bundespräsidenten mit den Mord-Mullahs im Iran schonungslos auf den Zahn und grub außerdem die historische Macht-Achsen zwischen Berlin und dem islamischen Judenhas aus. (JR)

Das brachte selbst Außenministerin Annalena Baerbock in Argumentationsnöte, die noch vor kurzem beteuert hatte, die Unterdrückung der Frauen im Iran habe nichts mit Religion zu tun. Angesichts der »feministischen Leitlinie« ihrer Politik verwundert es, wie wenig sie sich offenbar mit den Hintergründen der Proteste auseinandergesetzt hat. Hier kollidiert die Angst, sich der »Islamophobie« - die übrigens auch ein Kampfbegriff des Khomeini-Umfeldes ist – schuldig zu machen mit der Lebensrealität in vielen islamischen Staaten. Der Iran mag eines der rigidesten Regime unter ihnen sein, aber auch in anderen Ländern gilt: Wo die Scharia regiert, gelten drastische Einschränkungen für Frauen. Sie müssen sich unter Stoffmassen verhüllen, dürfen weder ein Auto noch ein Fahrrad fahren und sind etwa in Afghanistan von höherer Schulbildung ausgeschlossen. Zwar wird über das alles auch in den deutschen Medien berichtet, aber dezent verschwiegen, dass einige dieser Staaten auch in Deutschland islamistische Lobbygruppen finanzieren. So auch der Iran. Deshalb wunderte es mich auch ein wenig, Enissa Amani als Co-Moderatorin der ZDF-Sendung zu erleben.

Natürlich, sie ist Iranerin, hatte aber noch 2018 bei Frank Plasberg einen fulminanten Auftritt hingelegt, bei dem sie nicht nur die Scharia-Politik Indonesiens verharmloste, sondern auch Islam-Kritiker Hamed Abdel Samad heftig anging – nie würde sie eins seiner Bücher lesen!

Blindes Appeasement

Und darin liegt wohl des Pudels Kern: Die Deutschen, auch die deutsche Politik, sind mittlerweile gut erzogen, auch dank der Image-Arbeit, die viele westliche Intellektuelle, welche zur Zeit der iranischen Revolution den Sturz des Schahs begrüßten, seit 1979 geleistet hatten. Die schon damals begangenen Menschenrechtsverletzungen durch die Revolutionsgarden Khomeinis wurden als »Kinderkrankheiten« der noch jungen Republik abgetan, die sich noch legen würden. Aber nichts legte sich, Frauen wurden unter den Tschador gezwungen, Gegner der Revolution gefoltert. Das Augenzudrücken ging auch weiter, nachdem Ayatollah Khomeini die islamische Welt aufgefordert hatte, den Schriftsteller Salman Rushdie zu ermorden. Von der Unterstützung verschiedener

anti-israelischer Terrorgruppen mit Geld und Waffen ganz zu schweigen. Der Antisemitismus und die ständigen Vernichtungsdrohungen gegen Israel, welche durch Anhänger des Mullah-Regimes offen auf die Straßen getragen werden, wurden noch von Ex-Kanzlerin Merkel als eine Art Folklore verharmlost.

Und so hat sich in den letzten Jahrzehnten – auch dank der obengenannten linken Intellektuellen – eine toxische Mischung aus Ideologien ergeben: Die reflexhafte Verteidigung des politischen Islams mischt sich mit einer ebenso reflexhaften Ablehnung Israels, die als »Engagement für die Menschenrechte« oder gar als »Lernen aus der deutschen Vergangenheit« getarnt wird. Man gibt sich als Lehrmeister Israels, das man dafür hasst, sich aus der Bevormundung freigeschwommen zu haben, die dem jüdischen Staat letztlich nur schaden will. Gern wird die aktuelle israelische Regierung als »rechts« klassifiziert, dabei ist es gerade die intellektuelle Linke, die in ihrer Romantisierung des Islam und den Schuldzuweisungen an Israel immer häufiger Überschneidungen zu Teilen der extremen deutschen Rechten auf-

weist. Neben dem Geld, das sich in den Handelsbeziehungen zum Iran verdienen lässt, dürfte gerade diese toxische Mischung zum Schweigen und Andienen der deutschen Politik an den Iran in den letzten Jahrzehnten geführt haben: Präsident Steinmeiers Gratulationen zum Jahrestag der Revolution, dem »High Five« einer Claudia Roth mit iranischen Holocaust-Leugnern und der Skrupellosigkeit eines Heiko Maas, das Mullah-Regime mit Nukleartechnologie auszustatten.

Jetzt, so scheint es, wartet die Bundesregierung erst einmal ab, wie sich die Sache im Iran entwickelt. Man weiß, dass man sich zu den brutalen Angriffen auf die Demonstrierenden in irgendeiner Form äußern muss, um seine Glaubwürdigkeit in der Menschenrechtsfrage nicht komplett zu verlieren, aber es bleibt bei allgemeinen Phrasen. Hinsehen müsse man, bekundete Bundeskanzler Olaf Scholz am 12. November und befasste sich seitdem zumindest in den sozialen Medien nicht mehr mit dem Thema. Aber vielleicht ist das ja schon ein kleiner Fortschritt nach Jahrzehnten des Wegsehens: Endlich die Augen für die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu öffnen.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Die beiden großen Familien- und Lichterfeste des Christentums und des Judentums, das Weihnachtsfest und das Chanukka-Fest, machen weltweit den bevorstehenden Monat Dezember wie jedes Jahr trotz aller Krisen auch zu einem Monat des familiären Miteinanders sowie der Besinnung auf das jüdisch-christliche kulturelle und religiöse Erbe der westlichen Hemisphäre und leiten gleichzeitig den Wechsel des weltlichen Kalenderjahres ein.

Jahresend-Zeiten eignen sich hervorragend für gute Vorsätze, einige Vorausblicke und natürlich auch für den obligaten Rückblick auf das hinter uns liegende Jahr.

Unser guter Vorsatz ist vor allem, uns selbst und Ihrem berechtigten Anspruch an uns treu zu bleiben. Wir werden auch weiterhin ohne Vorbehalt oder auferlegten Maulkorb all die Themen aufgreifen, die uns in diesen Krisen-bewegten Zeiten am Herzen liegen. Die Themen, die uns mit Sorge erfüllen und uns Kummer bereiten, beim Namen zu nennen, sind wir Ihnen, unseren Lesern schuldig und daran werden wir zu messen sein.

Es bedarf leider nicht wirklich seherischer Fähigkeiten, um vorzusehen, dass die gegenwärtige Situation und die politischen Entwicklungen in der islamischen Welt, besonders aber auch in Deutschland, in Westeuropa und in anderen Teilen unseres Planeten, gerade für jüdische Menschen viel Potential zu großer Besorgnis enthalten. Dazu kommen gerade jetzt wieder von mehreren Seiten vorsätzlich angeheizte Eskalationen des im Osten Europas auf ehemaligem Gebiet der untergegangenen Sowjetunion herrschenden schreckliche kriegerische Geschehens.



Nicht zu übersehen ist auch die Rädelführerschaft der hauptsächlich von der Wähler-fernen deutschen Ampel-Regierung und ihrer deutschen Führung dominierten EU als Vorreiter einer – vor allem mit der Unterstützung der unsäglichen und unhaltbaren Biden-Democrats – hysterisierenden Klimareligion und der massiven Delegitimierung des demokratischen Staates Israel.

Insgesamt blicken wir nicht nur auf ein ereignisreiches Jahr sondern einen eben solchen Monat zurück. Israel hat gewählt und der untragbaren, weder im Sinne Israels noch seiner Menschen handelnden Lapid-Regierung eine deftige Quittung serviert. Der dienstälteste und erfahrene Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat vom jüdischen Volk einen klaren Re-

gierungsauftrag bekommen. Während Deutschland fest in den Klauen einer auch noch von einer vermeintlich wirtschaftsliberalen Partei gestützten grünen und linken Wirtschafts-, Wohlstands-, und Freiheits-Demontage Politik steckt, erleben wir bereits den Niedergang der israelischen Linken.

Seit Jahren haben die sozialistischen Parteien dort mit einem Bedeutungsverlust zu kämpfen. Bei den letzten Wahlen erlangte die linke Awoda gerade einmal vier Sitze in der Knesset. Die Meretz-Partei scheiterte sogar an der Sperrklausel von 3,5 Prozent. Ein Grund hierfür ist der von den Menschen Israels unzweifelhaft erkannte und von den Linken praktizierte inflationäre Abverkauf der existenziellen Interessen des jüdischen Staates. Die selbstmörderische Miswirtschaft und die Zugeständnisse an die PLO werden von den Wählern endlich quittiert.

Während in Israel die Menschen mit neuer Hoffnung einer Legislaturperiode unter Netanjahu entgegenblicken, die Stabilität und wirtschaftliches Wachstum verspricht, bleibt Deutschland dem grünen und linken Politirrsinn ausgeliefert. In den USA haben die Wähler bei den Midterms keine klare Entscheidung getroffen – das Land bleibt gespalten.

Obwohl Joe Biden das Land zunehmend destabilisiert, besteht auch hier mehr Hoffnung auf einen Politwechsel in zwei Jahren als in dem sich offensichtlich selbst aufgebenden Deutschland.

Nach der Massenmigration kommt die Massen-Einbürgerung

Während ganz Deutschland in Richtung Ukraine und auf den Stromzähler schaut,

schwillt, von den Medien nahezu unkommentiert, die vorwiegend islamische Migration aus dem Nahen Osten und aus Afrika zu einem neuen Tsunami an. Schon jetzt ist der Wohnungsmarkt stark unter Druck und die Kranken- und Sozialkassen ächzen unter den ständig wachsenden Ausgaben. In der Kriminalstatistik sind vor allem islamische Migranten überproportional vertreten. Nun will Innenministerin Nancy Faeser auch noch die deutsche Staatsbürgerschaft kurzfristig verschonen. Schon nach fünf, in nicht wenigen Fällen schon nach drei Jahren, sollen Migranten auch ohne Eignungsnachweise wie Sprache und gelungene Integration die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bisher sind es immerhin noch acht Jahre. Die trickreiche Senkung des Wahlalters scheint der grün-linken Polit-Kaste nicht zu reichen. Mit dieser fahrlässigen Neuerung würden sehr viele Migranten, die 2015/16 ins Land gekommen sind, schon sehr bald zu Staatsbürgern und damit aus im Gegenzug erwarteter Dankbarkeit wohl auch zu den von links und grün erhofften neuen Wählern werden.

Während mit zunehmenden Einlass sehr häufig rechtsverachtender und gewaltbereiter, fast ausnahmslos jüdenfeindlicher islamischer Immigration ein freies und offenes jüdisches Leben ohne entwürdigendes Identitäts-Mimikry immer weiter verunmöglicht wird und die jüdische Emigration zunimmt, sind auch Juden andernorts immer mehr Anfeindungen, Ausgrenzungen und Übergriffen ausgesetzt. In atavistischer Dummheit verharrende, rückschrittliche und zersetzende, auf unsere freiheitliche, hoch

▶▶ Fortsetzung auf Seite 8

Den Democrats sei es gedankt: Auch nach den Midterms bleiben die USA eine tief gespaltene Nation

Das Ergebnis der Kongresswahlen fiel denkbar knapp aus: Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner die Mehrheit errungen, den Senat behalten aber die Democrats. Obwohl Joe Biden das Land destabilisiert, innen- wie außenpolitisch, setzten erstaunlich mehr Wähler auf ihn als vorausgesagt. Es ist zu befürchten, dass die Democrats diese unerwartete Gelegenheit nutzen werden, um in den nächsten zwei Jahren bis zur Präsidentschaftswahl auch weiterhin jede Politik der Vernunft zu blockieren und auch weiterhin ihre Israel-averse Politik fortzusetzen. (JR)

Jonathan S. Tobin/JNS.org

Wenn die Amerikaner dachten, dass die Zwischenwahlen ein klares Bild von der zukünftigen politischen Richtung ihres Landes liefern würden, wachten sie am nächsten Morgen so verwirrt wie immer auf. Die Pattsituation, die die Wahl quasi hervorgerufen hat, wird wahrscheinlich nur die bereits starke parteipolitische Kluft vertiefen, die die Amerikaner in zwei sich bekriegende Lager trennt, die sich weder verstehen noch einander vertrauen.

Einige wichtige Rennen waren am folgenden Tag noch unentschieden, aber die Republikaner haben die Kontrolle über das Repräsentantenhaus mit einem knappen Vorsprung und nicht mit der erwarteten großen Mehrheit gewonnen. Die Demokraten konnten die Kontrolle über den Senat behalten.

Strategen auf beiden Seiten werden wahrscheinlich die nächsten zwei Jahre damit verbringen, darüber nachzudenken, warum die Demokraten trotz des Handicaps eines zutiefst unpopulären amtierenden Präsidenten und einer schwächelnden Wirtschaft, die von einer wütenden Inflation begleitet wird, besser abgeschnitten haben als erwartet.

Zu den Erklärungen wird gehören, dass die Republikaner in gewinnbaren Wettbewerben sehr viele unpopuläre Kandidaten nominiert haben, die entweder als zu extrem oder zu nahe am ehemaligen Präsidenten Donald Trump wahrgenommen wurden. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs, das die Entscheidung Roe v. Wade aufgehoben hat, die ein Recht auf Abtreibung garantiert, wird auch der Wahlentscheidung demokratischer Wähler und einiger Unabhängiger zugeschrieben.

In einigen Fällen könnte das Ergebnis von Faktoren abhängen, die für einzelne Rennen spezifisch waren, wie zum Beispiel im Senat von Pennsylvania, wo der Sieg des Demokraten John Fetterman sowohl der Tatsache zugeschrieben werden konnte, dass 700.000 Stimmen vor seiner katastrophalen Debattenleistung abgegeben wurden, als auch auf die Unbeliebtheit seines Gegners Dr. Mehmet Oz oder seine Verbindungen zu Trump.

Darüber hinaus kann ein nationales Narrativ über republikanische Fehler nicht die Siege erklären, die die GOP errungen hat, wie die Erdrutsche von Gouverneur Ron DeSantis und Senator Marco Rubio in Florida.

Democrats haben keine Antworten

Dies weist auf die Probleme hin, mit denen die Demokraten in Bezug auf ihr Versagen bei Themen wie Kriminalität und Wirtschaft konfrontiert sind. DeSantis führte - wie Virginias Gouverneur Glenn Youngkin, der große Gewinner der Wahl 2021 - eine Kampagne, die sich mehr auf Themen wie die Opposition gegen kritische Rassentheorie und Gender-Indoktrination in Schulen konzentrierte als auf traditionellere Anliegen. Sein Auftreten untergräbt jedes



US-Präsident Joe Biden muss nun mit Widerstand aus dem Repräsentantenhaus rechnen.

nette Narrativ über Wähler, die Republikaner bevorzugen, die Kulturkriegsthemen meiden.

Darüber hinaus erweisen sich Behauptungen, dass Amerikas demografische Veränderungen den Demokraten den Sieg bringen würden - eine "großartige Ersatztheorie", auf die sowohl jubelnde Liberale als auch ängstliche Konservative in den letzten zwei Jahrzehnten hingewiesen haben - ebenfalls als falsch. Das liegt daran, dass die Republikaner bei den hispanischen Wählern, die sich um viele der gleichen Themen kümmern wie Angehörige anderer ethnischer Gruppen, große Fortschritte machen, einschließlich ihrer Besorgnis über illegale Einwanderung.

Partisanen-Patt

Insgesamt ist die einzige unbestreitbare Schlussfolgerung, die man aus den Ergebnissen ziehen kann, dass parteipolitische Loyalitäten für viele, wenn nicht die meisten Wähler der wichtigste Faktor zu sein scheinen.

Die Demokraten hätten in einem Jahr, in dem sie die Kontrolle über den Kongress und das Weiße Haus innehatten und die Wirtschaft schrecklich war, mehr Boden verlieren sollen. Aber sie taten es nicht, weil Amerikaner, die sich als Demokraten identifizieren, treu blieben und für die meisten Kandidaten ihrer Partei stimmten, ob sie sie mochten oder nicht.

Die Siege der meisten Amtsinhaber zeigten, dass die Republikaner weitgehend dasselbe taten. Obwohl Exit Polls darauf hindeuten, dass die GOP unter den Unabhängigen Einzug gehalten hat, scheint die Anziehungskraft der Parteilichkeit in dieser überparteilichen Ära überwiegen zu haben.

Dies sowie die Frustration, die die unvermeidliche Folge einer Regierung sein wird, die nicht mehr vollständig von den Demokraten kontrolliert wird, wird nur die Wut verstärken, die beide Seiten der parteipolitischen Kluft gegeneinander empfinden.

In der Vergangenheit haben einige Regierungen, die mittelfristige Rückschläge erlitten hatten, ihre Politik gemäßigt, um mit ihren neu ermächtigten Gegnern zu regieren. Das wird heute wahrscheinlich nicht passieren. Die jeweiligen demokratischen und republikanischen Fraktionen, die im kommenden Januar vereidigt werden, werden ideologisch aufgeladener sein als ihre Vorgänger.

Das sollte eine Warnung für jene Gruppen - wie die Anti-Defamation League - sein, die am meisten getan haben, um das Feuer des Kulturkampfes zu schüren. Indem sie die Argumente der Demokraten über den angeblichen republikanischen Angriff auf die Demokratie unterstützen, tragen sie weiterhin zu einer Situation bei, in der Anhänger beider Parteien die Vorstellung übernommen haben, dass Gegner eher böse als falsch sind. Und es ist kaum verwunderlich, dass viele auf der anderen Seite der Gleichung genauso denken.

Unter diesen Umständen sollten wir erwarten, dass diese Art des Denkens weiterhin vorherrscht, da der politische Stillstand noch mehr Frustration über das gesamte Spektrum hinweg schafft. Dies macht sowohl Liberale als auch Konservative anfälliger für die Lieferanten von Verschwörungstheorien, da jede Seite - nicht ohne Grund - das Schlimmste über die andere glaubt.

Angesichts der Tatsache, dass das Präsidentschaftsrennen 2024 bald beginnt, wird diese destruktive Denkwei-

se wahrscheinlich einen Großteil des amerikanischen politischen Diskurses für die nächsten zwei Jahre prägen.

Gewinner und Verlierer

Auf der demokratischen Seite wird die Fähigkeit der Partei, sich zu behaupten, die Position von Präsident Joe Biden stärken. Es ist wahrscheinlich, dass die Parteiführer ihr Bestes getan haben, um ihn zu zwingen, anzukündigen, dass er keine Wiederwahl anstreben würde.

In Anbetracht der Art und Weise, wie er durch seine unberechenbaren und konsequent falschen Aussagen, die zu einem regelmäßigen Merkmal seiner Präsidentschaft werden, geschwächt zu sein scheint, wäre dies mit ziemlicher Sicherheit das Beste für die Demokraten und die Nation.

Doch nachdem Biden sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, um die Präsidentschaft zu erreichen, wird er sie wahrscheinlich nicht kampflos aufgeben, egal wie schlecht er überkommt. Und da er behaupten kann, dass seine Appelle in letzter Minute, Republikaner als Faschisten zu verleumden, funktioniert haben, werden die Ergebnisse ihn ermutigen, sich einzugraben und jüngeren Demokraten zu trotzen.

Obwohl Biden weitgehend so regiert hat, um dem linken Flügel seiner Partei zu gefallen, halten jüdische Demokraten, die ihn 2020 gegenüber radikaleren Alternativen vorzogen, in ähnlicher Weise an ihm als Kandidaten fest.

Im Gegensatz dazu halfen die Ergebnisse Trump nicht.

Einige der Kandidaten, die er unterstützte, wie J.D. Vance in Ohio, gewannen. Aber andere, die als eng mit ihm verbunden angesehen wurden, wie Blake Masters in Arizona, Don Bolduc in New Hampshire und Oz, taten dies nicht.

Es könnten auch andere Republikaner ermutigt werden, ihr Glück im Jahr 2024 zu versuchen, obwohl ein überfülltes Vorwahlfeld dem ehemaligen Präsidenten helfen wird.

Dies führt zu einem interessanten Wettbewerb um die Zuneigung jüdischer Republikaner. Trump behält die Loyalität der GOP-Basis, die mit jedem Versuch der Demokraten, ihn mit Mitteln zu stürzen, die Republikaner für unfair halten, zunimmt.

Trumps Bilanz als der pro-israelischste Präsident der Geschichte bedeutet, dass er auf viele, wenn nicht die meisten jüdischen Konservativen zählen kann, die ihn unterstützen, auch wenn, wie er ständig beklagt, Liberale ihm dafür keine Anerkennung geben.

Aber DeSantis, der der Leiter des Israel Victory Caucus des Middle East Forum war, als er im Kongress war, wird wahrscheinlich auch viel jüdisch-republikanische Unterstützung erhalten. Wenn die Ergebnisse von 2020 weitere Jahre politischer Unruhen versprechen, gilt dies mit ziemlicher Sicherheit für das, was 2022 passiert ist.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

Ukraine unterstützt seit Jahren unverändert den anti-israelischen Kurs der UNO, verlangt aber von Israel Unterstützung und Waffenlieferungen

Israel hat den Angriff auf die Ukraine verurteilt, humanitäre Hilfe geleistet und Tausende Flüchtlinge aufgenommen, und trotzdem stimmt die Ukraine in der UN für die Verurteilung Israels, wie sie es in den letzten 30 Jahren wiederholt getan hat. Gleichzeitig verlangt die Ukraine aber, dass Israel mit dem Iron Dome, die Waffe liefern soll, die ein integraler Bestandteil seiner Selbstverteidigung ist. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Selenskyjs doppelzüngiger Standpunkt veranschaulicht sowohl seine eigene Heuchelei als auch wie die Weltorganisation als giftige Jauchegrube des Hasses wirkt.

Es war nur ein weiterer Tag bei den Vereinten Nationen. Aber anstatt, dass sein übliches Geschäft nur ein weiterer Beweis dafür ist, wie sich das Virus des Antisemitismus in fast alles injiziert hat, was in seinen Zuständigkeitsbereich fällt, hat es uns kürzlich eine zusätzliche Einsicht geliefert. Eine Abstimmung in einem der Ausschüsse der Generalversammlung lieferte den Beweis, dass die Idealisierung der Regierung der umkämpften Ukraine etwas realitätsfern ist.

Das Sonderkomitee für Politik und Entkolonialisierung der Weltorganisation trat am Freitag zusammen, um darüber zu debattieren, ob die Generalstaatsanwaltschaft den Internationalen Gerichtshof um eine Stellungnahme zum "rechtlichen Status der Besatzung" bitten sollte.

Dies war ein Hinweis auf Israels Präsenz in Jerusalem, Judäa und Samaria, mit der lächerlichen Einbeziehung von Gaza, wo seit 2005 kein Jude mehr gelebt hat. Das Unterfangen war Teil der Strategie, die die „Palästinensische“ Autonomiebehörde umgesetzt hat, seit sie während der Präsidentschaft von Barack Obama eine Friedensinitiative torpediert hat.

Es war ein weiterer „palästinensischer“ Versuch, Israel auf die gleiche Weise zu delegitimieren, wie es die Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrates getan hat. Es geht darum, die Institutionen der internationalen Gemeinschaft als Waffe einzusetzen, um Israel als Paria-„Apartheidstaat“ zu brandmarken, und dann das Gericht in Den Haag zu benutzen, um Sanktionen gegen Israel zu verhängen.

Die UNO wird sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Israel weithin und zu Recht als Quelle der Hetze gegen den Westen und als Perversion der Absichten seiner Gründer nach dem Zweiten Weltkrieg verunglimpft. Aber es wird auch allgemein als bedeutungslose Diskussionsrunde ohne Bezug zur Realität abgetan.

In diesem Sinne neigen sowohl Amerikaner als auch Israelis dazu, den Schaden zu unterschätzen, den die „palästinensische“ Kampagne zur Nutzung des Völkerrechts zur Isolierung des jüdischen Staates anrichten kann, sobald sein bürokratischer Apparat für diese antizionistische und antisemitische Sache eingesetzt wird.

Ebenso wichtig ist, dass es ein diplomatisches Spielfeld schafft, in dem die antisemitischen Beschimpfungen so weit normalisiert werden, dass es für Nationen schwierig ist, sich zu weigern, sich dem Mob anzuschließen und mutig an der Seite Israels Stellung zu beziehen.



Hier kommt die Ukraine ins Spiel.

In den letzten Monaten hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unverhältnismäßig viel Zeit und Mühe darauf verwendet, Israel unter Druck zu setzen, seinem Land Waffen zu schicken, um eine russische Invasion abzuwehren.

Israel hat den illegalen Angriff verurteilt, der Ukraine große Mengen humanitärer Hilfe geschickt und Flüchtlinge aufgenommen. Es hat auch Informationen über die Drohnen, die der Iran an Russland verkauft hat, mit seinem Militär geteilt. Aber es weigert sich, Selenskyj aus einer Reihe von guten

Gründen mit Waffen zu versorgen.

Moskau, das Streitkräfte in Syrien hat, hat dem benachbarten Israel erlaubt, ungestraft gegen iranische und andere terroristische Kräfte vorzugehen. Darüber hinaus gibt es immer noch eine große jüdische Bevölkerung in Russland, die jetzt faktisch Geiseln der autoritären Launen von Präsident Wladimir Putin ist.

Aber die Ukraine und ihre vielen lauten Unterstützer auf der ganzen Welt haben Israels berechtigte Besorgnis zurückgewiesen, in einen Krieg hineingezogen zu werden, an dem es kein direktes Interesse hat, und es so behandelt, als wäre es einzigartig zynisch für seine Weigerung, Kiew's Befehlen zu folgen. Ein Teil ihrer Rechtfertigung, die Ukraine zu unterstützen, beruht darauf, dass die Ukraine als Zitadelle der westlichen Demokratie dargestellt wird.

„ Die UN ermöglicht es Ländern, die vom Antisemitismus befleckt sind, unter dem falschen Banner der Menschenrechte zusammenzuarbeiten. “

Gründen mit Waffen zu versorgen.

Moskau, das Streitkräfte in Syrien hat, hat dem benachbarten Israel erlaubt, ungestraft gegen iranische und andere terroristische Kräfte vorzugehen. Darüber hinaus gibt es immer noch eine große jüdische Bevölkerung in Russland, die jetzt faktisch Geiseln der autoritären Launen von Präsident Wladimir Putin ist.

Aber die Ukraine und ihre vielen lauten Unterstützer auf der ganzen Welt haben Israels berechtigte Besorgnis zurückgewiesen, in einen Krieg hineingezogen zu werden, an dem es kein direktes Interesse hat, und es so behandelt, als wäre es einzigartig zynisch für seine Weigerung, Kiew's Befehlen zu folgen. Ein Teil ihrer Rechtfertigung, die Ukraine zu unterstützen, beruht darauf, dass die Ukraine als Zitadelle der westlichen Demokratie dargestellt wird.

Ein Teil ihrer Rechtfertigung, die Ukraine zu unterstützen, beruht darauf, dass die Ukraine als Zitadelle der westlichen Demokratie dargestellt wird.

Korruption

Die Ukraine hat sich mutig gegen die russische Aggression verteidigt, und dafür verdienen ihre Streitkräfte die Sympathie und die Bewunderung der Welt. Aber wie bei anderen postsowjetischen Republiken in der Region, sitzt

die Korruption dort tief. Obwohl sein Volk eindeutig das Recht auf Selbstbestimmung verdient, das Russland verweigern möchte, ist Selenskyjs Regierung in der Praxis nicht toleranter gegenüber abweichenden Meinungen als Putin.

Anderer haben alte Argumente wiederbelebt, dass Russland eine tödliche Bedrohung für das NATO-Bündnis sei – als ob die Berliner Mauer noch stünde und die massiven Armeen des inzwischen aufgelösten Warschauer Pakts in Ostdeutschland in Alarmbereitschaft blieben, bereit, auf Befehl Moskaus in Westeuropa einzumarschieren. Die Tatsache, dass die geschwächten Mili-

tärs der Russischen Föderation in der Ukraine leicht besiegt wurden, scheint die Menschen nicht davon abzuhalten, so zu sprechen, als wäre es die Sowjetunion auf dem Höhepunkt ihrer bösen Macht.

Aus dem gleichen Grund lehnen dieselben Stimmen, die den Krieg in der Ukraine eskalieren wollen, anstatt auf eine Lösung hinzuwirken, die Möglichkeit ab, dass Russland sein einziges wirklich beängstigendes Gut – Atomwaffen – einsetzen und kokettieren mit dem, was sogar Präsident Joe Biden als die Möglichkeit eines "Armageddon" bezeichnet hat.

Ukraine fällt den Juden in den Rücken

Dennoch wären die Bitten der Ukraine um israelische Hilfe vernünftiger, wenn Kiew tatsächlich ein Freund des jüdischen Staates wäre. Ignorieren wir seine Lügen über Ukrainer, die während des Holocaust an der Seite der Juden standen, im Gegensatz zu dem, was sie tatsächlich taten, nämlich den Nazis bei ihrem Abschlagen zu helfen.

Lassen wir auch die Tatsache beiseite, dass der ukrainische Nationalismus historisch eng mit dem Antisemitis-

mus verbunden war. Konzentrieren wir uns stattdessen einfach auf die Haltung der modernen ukrainischen Republik und insbesondere der Regierung von Selenskyj gegenüber Israel.

Dies bringt uns zur UN-Abstimmung von Anfang November - 98 Nationen stimmten dafür, 17 dagegen und 52 Enthaltungen - für die Überweisung an den Internationalen Gerichtshof.

Die 17 "Neins" bestanden aus Israel, Australien, Kanada, der Tschechischen Republik, Estland, Deutschland, Guatemala, Ungarn, Italien, Liberia, Litauen, den Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Palau und den Vereinigten Staaten.

Ukraine stimmte für anti-israelische Resolution

Dies ist natürlich bei weitem nicht das erste Mal, dass sich die Ukraine auf die Seite des Hass-Mobs stellt, wenn die UNO Israel angreift. Sie hat dies seit ihrer Unabhängigkeit vor 30 Jahren konsequent getan, auch erst letzten Monat, als sie gemeinsam mit anderen UN-Mitgliedern forderte, Israel solle einseitig auf sein Recht auf Atomwaffen verzichten.

Man sollte meinen, dass sich die Ukraine in einer Zeit, in der sie Hilfe von Israel sucht, zumindest bei Abstimmungen enthalten könnte, die darauf abzielen, den jüdischen Staat zu isolieren und zu zerstören. Aber die Heuchelei und Arroganz der Selenskyj-Regierung ist so groß, dass sie keine Skrupel hatte, sowohl gegen Israel zu stimmen als auch gleichzeitig zu versuchen, es dazu zu bringen, seine wertvollsten und knappsten Waffen abzugeben, die integraler Bestandteil seiner Selbstverteidigung sind, wie der Iron Dome.

Dies sagt viel darüber aus, wie abwegig viele von denen sind, die so reden, als wäre die Ukraine eine Jefferson'sche Demokratie und eine Bastion des Anstands, während sie versuchen, die amerikanischen Steuerzahler davon zu überzeugen, weiterhin einen Krieg zu finanzieren, der kein Ende in Sicht hat, und zwar mit Dutzenden, wenn nicht Hunderten von Milliarden Dollar.

Aber es ist auch eine Erinnerung daran, wie die giftige Umwelt der Vereinten Nationen wirkt, um die schlimmsten Instinkte so vieler Regierungen auf der ganzen Welt zu ermöglichen. Es erlaubt denjenigen mit üblen Motiven, die vom Antisemitismus befleckt sind, unter dem falschen Banner der Menschenrechte zusammenzuarbeiten.

Anstatt es zu ignorieren oder herunterzuspielen, sollten die Israelis die Bedrohung durch die Vereinten Nationen ernst nehmen. Und die Amerikaner sollten daran arbeiten, dieses Organ zu entmachten, anstatt seine schlimmsten Exzesse zu unterstützen, zu erleichtern und sich von ihnen fernzuhalten, wie es die Biden-Regierung weiterhin tut.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm auf Twitter unter: @jonathans_tobin.

Für Israel ist die Zeit gekommen, den Rockzipfel der USA loszulassen

Die gegenwärtigen tiefgreifenden Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft sind ein Sicherheitsrisiko für Israel. Die Zugeständnisse der Biden-Regierung an das iranische Mullah-Regime und die Einmischung in die israelische Kabinettsbildung sind nicht nur ein Affront, sondern sind darüber hinaus todgefährlich. Zudem kommt, dass viele Linke unter den amerikanischen Juden ihren jüdischen Bezug relativieren und damit ihre Unterstützung für den jüdischen Staat immer mehr erodiert und sogar ausbleibt. Unbeachtet bleibt dabei allerdings, dass sich die USA immer noch auf Israel als Brückenkopf und Geheimdienstarm im Nahen Osten gegen die Feinde des Westens verlassen können. (JR)

Melanie Phillips/JNS.org

Kann Israel seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten durchbrechen?

Die Frage wurde immer weithin als undenkbar abgetan. Aber die jüngsten Ereignisse veranlassen es, sie mit zunehmender Dringlichkeit anzusprechen.

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden war alles andere als freundlich gegenüber Israel. Obwohl die Biden-Fraktion weiterhin ihre Verteidigungsbedürfnisse finanzieren und sie gegen die unerbittliche Bosheit der Vereinten Nationen unterstützen, hat die rücksichtslose Beschwichtigung des iranischen Regimes die Fähigkeit der Islamischen Republik, Israel anzugreifen, erhöht. Gleichzeitig haben die USA Jerusalem wiederholt unter Druck gesetzt, gefährliche Zugeständnisse an die „palästinensischen“ Araber zu machen.

Der jüngste Schritt der Regierung ist jedoch ein Akt nackter Feindseligkeit.

Parteiische Vorverurteilung

Im vergangenen Mai wurde Shireen Abu Akleh, eine „palästinensisch“-amerikanische Journalistin, in Jenin getötet. Sie befand sich unter den Terroristen des „Palästinensischen Islamischen Dschihad“, die in eine heftige Schießerei mit IDF-Soldaten verwickelt waren, die nach einer Reihe von mörderischen Angriffen auf israelische Bürger Anti-Terror-Razzien durchführten.

Von Anfang an versuchte die Biden-Regierung, Israel die Schuld für Abu Aklehs Tod zuzuschreiben, obwohl es keine Beweise dafür gab. Empörenderweise forderte sie sogar, dass die IDF ihre Einsatzregeln ändert, was ihre Fähigkeit, ihr eigenes Volk zu schützen, behindert hätte.

Eine von der IDF durchgeführte Untersuchung ergab ein nicht schlüssiges Ergebnis, da die Kugel, die Abu Akleh getötet haben soll, bei der Übergabe durch die „Palästinensische“ Autonomiebehörde als schwer beschädigt befunden wurde.

Nichtsdestotrotz sagte Israel, es sei sehr wahrscheinlich, dass Abu Akleh durch eine IDF-Kugel getötet wurde, die ein Querschläger war. Wenn sie glaubte, diese Offenheit würde die Angelegenheit beruhigen, so hat sie sich sehr geirrt. Diese Woche kündigte das FBI an, eine neue Untersuchung des Mordes einzuleiten.

Es gab intensiven Druck auf die Regierung von Seiten Abu Aklehs Familie, eine Untersuchung durchzuführen, sowie von demokratischen Mitgliedern des Kongresses wie Senator Robert Menendez (D-N.J.) und Senator Cory Booker (D-N.J.).

Senator Ted Cruz (R-Tex.) schlug mit einer flammenden Erklärung zurück, in der er die Regierung beschuldigte, das Justizministerium gegen Israel zu „bewaffnen“. Er sagte: „Joe Biden und seine Regierung betrachten Israel und den gewählten Premierminister Benjamin Netanjahu als politische Feinde, und so reagieren sie auf sie, wie sie auf alle ihre politischen Feinde reagieren: indem sie das FBI auf sie loslassen.“



Israel und die USA sind schicksalhaft miteinander verbunden

Auch Obama-Regierung stärkte Israels Feinde

Natürlich ist dies nicht das erste Mal, dass es Spannungen zwischen Israel und den USA gibt. Israel durchlebte acht schreckliche Jahre mit dem ehemaligen Präsidenten Barack Obama, dessen Agenda, Israels Feinde zu stärken und seine Sicherheit zu untergraben, als Vorlage für die Biden-Regierung dient. Verschiedene andere Präsidenten waren auch Israel und dem jüdischen Volk feindlich gesinnt.

Noch schmerzhafter ist, dass sich die amerikanisch-jüdische Gemeinschaft zunehmend von Israel entfernt und sich sogar gegen Israel wendet. Der Aufstieg von Ben-Gvir und Smotrich bietet solchen amerikanischen Juden eine Möglichkeit, ihre instinktive Ablehnung der jüdischen Nationalität zu erneuern.

In der New York Times behauptete der Journalist Thomas Friedman, dass eine solche israelische Regierung amerikanische Juden und andere Freunde Israels gegen den jüdischen Staat aufbringen würde.

Friedman ist nicht nur generell giftig gegenüber Israel, sondern hat sich oft als realitätsfremd erwiesen. Dennoch spiegeln seine Ansichten die Ansichten wider, die von einem beträchtlichen Teil der amerikanischen Juden vertreten werden.

Bevormundung und Einmischung

Die Implikation, dass Israel den amerikanischen Juden zur Genehmigung verpflichtet ist, ist jedoch genauso arrogant und beleidigend wie die FBI-Untersuchung.

Die Darstellung der israelischen Koalition – die noch nicht einmal im Amt ist – als eine Art neofaschistisches Gespenst dient als Deckmantel für einen Prozess, der ohnehin im Gange ist. Diese amerikanischen Juden beeilen sich, Israel zu einer verlorenen Sache zu erklären, weil sie bereits beschlossen haben, es zu verlieren.

Die Hinwendung der amerikanisch-

jüdischen Gemeinschaft zu Apathie oder Feindseligkeit gegenüber Israel hat nichts damit zu tun, ob Netanjahu Premierminister ist oder Ben-Gvir und Smotrich in seiner Regierung sind. Es liegt daran, dass die Unterstützung der Gemeinschaft für Israel nachweislich oberflächlich ist und erodiert, zusammen mit der Anzahl der amerikanischen Juden, die sich vom Judentum selbst abwenden.

Das ist der Grund, warum auf einer Konferenz der amerikanische Rechtsprofessor Alan Dershowitz diese Woche in Tel Aviv sagte: „Die zukünftigen israelisch-amerikanischen Beziehungen sind in großer Gefahr.“ Wenn nichts unternommen wird, um die aktuellen Trends zu ändern, behauptete er: „muss sich Israel darauf vorbereiten, ohne die Unterstützung der USA einen Alleingang zu machen, und es muss eine Weltuntergangsstrategie in Bezug auf die amerikanisch-israelischen Beziehungen annehmen.“

Dershowitz, zusammen mit mehreren anderen Rednern, die davor warnten, dass die amerikanische Haltung gegenüber Israel jetzt ein Sicherheitsrisiko darstellt, sprach hauptsächlich über Einstellungen auf der Seite der Linken. Natürlich bleibt die wirkliche Unterstützungsbasis für Israel in Amerika die große Gruppe evangelikaler Christen. Aber auch dort beginnt die Unterstützung auszufallen, vor allem unter den Jugendlichen.

Israel wollte sich schon lange von der Abhängigkeit von den USA lösen. Aber könnte es getan werden?

Konventionelle Weisheit sagt nein. Wenn Amerikas 10-jähriges Militärhilfepaket im Jahr 2028 endet, wird Israel 170 Milliarden Dollar an US-Militärhilfe erhalten haben, das meiste davon seit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973.

Israel ist für seine Verteidigung auf die USA angewiesen. Die amerikanische Hilfe macht ganze 40% des gesamten IDF-Budgets aus. Dies gibt den USA Einfluss auf Israel. Aber diese He-

belwirkung hat sich abgeschwächt.

Militärische Autonomie

Israel begann bereits in den 1990er Jahren, auf militärische Autonomie hinzuarbeiten. Die kühle Haltung der George W. Bush-Regierung und das wahrgenommene amerikanische Versagen, irakische Raketen daran zu hindern, Israel zu treffen, überzeugten die israelischen Führer, dass sie nicht für immer auf amerikanische Unterstützung zählen konnten.

Israels Situation ist jetzt ganz anders. Es hat Frieden geschlossen und Bündnisse mit einer Reihe von Nachbarstaaten gefestigt, die früher seine Feinde waren.

Einst abhängig von amerikanischen Waffentransfers, produziert Israel jetzt viele seiner wichtigsten Waffen im Inland. 1981 entsprach die amerikanische Hilfe fast 10% der israelischen Wirtschaft. Infolge des langen Wirtschaftsbooms Israels lag sie 2020 näher bei 1%.

Angeichts der tiefgreifenden Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft und innerhalb ihrer jüdischen Gemeinschaft – insbesondere des stetigen Eindringens antiwestlicher, antijüdischer und antiisraelischer Gefühle unter der Jugend – kann Israel es sich nicht leisten, nicht aktiver für eine drastische Verringerung der US-Unterstützung zu planen.

Zweifelloos wäre nach derzeitigem Stand der Dinge eine sofortige Verringerung der US-Militärhilfe äußerst schwierig. Darüber hinaus liegt die Bedeutung der amerikanischen Unterstützung nicht in erster Linie in der Finanzierung der Verteidigung Israels. Es liegt in der Gesamtbeziehung zwischen den beiden Ländern, einschließlich gemeinsamer strategischer Planung, Raketenabwehr, gemeinsamer Übungen, einer impliziten Sicherheitsgarantie und des US-Vetos im UN-Sicherheitsrat, das wiederholt Sanktionen gegen Israel verhindert hat.

Abhängigkeit ist jedoch nicht nur eine Richtung. Amerika braucht Israel – und es wird es immer mehr brauchen. Es ist nicht nur so, dass Israel Amerikas Brückenkopf und Geheimdienstarm im Nahen Osten gegen die Feinde des Westens ist. In vielerlei Hinsicht ist Israel – mit seiner starken Wirtschaft, seiner hohen Geburtenrate und seinem unerschütterlichen Engagement für die Verteidigung der Nation – viel stärker geworden als Amerika, wo all diese Merkmale schnell erodieren.

Die wirkliche Frage ist vielleicht nicht, ob Israel ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten überleben kann, sondern ob die Vereinigten Staaten selbst überhaupt überleben können.

Melanie Phillips, eine britische Journalistin, Rundfunksprecherin und Autorin. Sie schreibt eine wöchentliche Kolumne für JNS. Derzeit Kolumnistin für die Times of London.

Der Iran rekrutiert Terroristen in den USA nun auch über Sozialmedia

Der islamische Terrorstaat wirbt Iraner und schiitische Muslime in den Vereinigten Staaten über soziale Medien an und vertuscht damit seine Spuren. Die Ermittler gehen oft von einem Einzeltäter ohne Verbindungen zu einem Terror-Netzwerk aus. Dabei steckt dahinter sehr häufig die dschihadistische Propaganda des Mullah-Regimes. Jüngsten Berichten zufolge stand Hadi Matar, der Angreifer auf Salman Rushdie, in Kontakt mit Mitgliedern der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) im Iran und bezog von dort seine Unterstützung. (JR)

**Daniel Greenfield/
Gatestone Institute**

Die jüngste Anklage gegen ein Mitglied des IRGC-Terrornetzwerks des iranischen Regimes wegen der Aufforderung zur Ermordung des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters der USA, John Bolton, gab einen Einblick in die Art und Weise, wie der Iran ehemalige Mitglieder der Trump-Regierung ins Visier genommen hat.

Der IRGC-Agent knüpfte über soziale Medien eine Beziehung zu einem iranischen Amerikaner, indem er zunächst 10 000 Dollar für Fotos von Bolton anbot. Dabei handelt es sich um eine bekannte Form der Spionagetchnik, bei der ein ausländischer Spion einen Amerikaner dazu auffordert, eine scheinbar harmlose und legale Handlung vorzunehmen, bei der es sich häufig um Fotos handelt, z. B. von Personen oder Autos, die sich dann als Spionage im Auftrag einer ausländischen Macht herausstellen. Dem Sündenbock wird dann gesagt, dass er die Wahl hat, entweder schwerere Verbrechen zu begehen oder dem FBI gegenüber als Spion enttarnt zu werden.

Nun scheint es, dass der Iran denselben Trick aufgegriffen hat.

Online-Crowdsourcing befreit den Iran von der Notwendigkeit, die profitableren Terrornetzwerke zu riskieren. Es gibt Beweise dafür, dass der islamische Terrorstaat Iraner und schiitische Muslime in den Vereinigten Staaten über soziale Medien anwirbt, um seine schmutzige Arbeit zu erledigen, und ihnen dabei beträchtliche Geldsummen anbietet. Es ist nicht bekannt, ob der Rushdie-Anschlag auf diese Weise verübt wurde, aber die sozialen Medien des Täters waren voll mit iranischer dschihadistischer Propaganda. Das hätte ihn zu einem wahrscheinlichen Rekrutierungsziel gemacht.

Wenn der Iran daran arbeitet, seine eigene Version des Online-Trainings- und Rekrutierungssystems von Al-Qaida und ISIS zu kopieren, könnte die Bedrohung für die Amerikaner viel ernster sein als die Messerstecherei eines regimekritischen Schriftstellers in New York oder eines Mannes, der bei einer Verabredung in Nevada verführt wurde. Das ideale Szenario des islamischen Regimes für Atomwaffen wäre, sie mit plausibler Abstreitbarkeit zu zünden.

Im Moment würde Teheran es vorziehen, Anschläge zu verüben, indem es verfügbare ausländische Ressourcen kultiviert. Und wenn eine solche Fähigkeit erst einmal vorhanden und ausreichend getestet ist, könnte sie für terroristische Anschläge mit vielen Opfern eingesetzt werden.

Sogar für nukleare Angriffe.

Erpresserische Rekrutierung

Die Biden-Regierung hat es eilig, ein Abkommen mit dem Iran zu schließen, das dessen Atomwaffen-



Per Internet kann der Iran seine dschihadistische Propaganda direkt in jedes Wohnzimmer schicken.

programm legitimiert, während der IRGC weiterhin Terroranschläge in den Vereinigten Staaten plant. Obamas „bahnbrechender“ Vorschlag, das Atomabkommen vom Terrorismus abzukoppeln, ließ uns in schlechtem Glauben mit einem Regime verhandeln, das aus seiner Entschlossenheit, Amerikaner zu töten, keinen Hehl machte.

Crowdsourcing des Dschihad schafft weitere Distanz zwischen den

unternehmen werden, wenn es nur glaubhaft geleugnet werden kann. Fragen Sie einfach Katar und die Saudis.

Der Messeranschlag gegen den Schriftsteller Salman Rushdie durch einen libanesischen schiitischen Muslim aus New Jersey könnte der Höhepunkt der Bemühungen des Irans sein, Al-Qaida und ISIS zu imitieren, indem er sein eigenes Online-Terrornetzwerk aufbaut, um Anschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika

einer Quelle von Druckmitteln und Erpressung wird), und es scheint nun, dass der Iran denselben Trick aufgegriffen hat.

Der IRGC-Agent versprach, dass der Iran 250.000 Dollar dafür zahlen würde, Bolton mit einem Auto anzufahren. Der IRGC behauptete, Bolton gehe oft allein im Park spazieren, was darauf hindeutet, dass die Iraner bereits ihre eigene Überwachungsoperation hatten, die sie nicht gefährden wollten.

„ Die Täter wurden als „einsame Wölfe“ titulierte, sie sind aber in Wirklichkeit die Uber-Fahrer des Dschihad.. “

staatlichen Sponsoren und Geldgebern des Terrorismus, den Tätern und ihren Opfern. Das Massaker im Schwulenclub Pulse und die Bombenanschläge beim Boston-Marathon ließen sich auf Einzelpersonen zurückführen, und dann nur noch entfernt auf die islamistischen Terrorgruppen, die Informationen und Ausbildung bereitstellten, und kaum noch auf die dahinter stehenden Regierungen.

Der Iran würde dieses Modell gerne replizieren, weil er weiß, dass wir selbst bei den schlimmsten Anschlägen wie dem 11. September nichts

zu verüben. Jüngsten Berichten zufolge stand Hadi Matar, der Angreifer auf Rushdie, in Kontakt mit Mitgliedern des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) im Iran.

Die Russen und die Chinesen arbeiteten routinemäßig auf diese Weise (was auch dazu beiträgt, die große Zahl chinesischer Spione in Amerika zu erklären, da ihre Bürger, die in dieses Land kommen, gezwungen werden, Papiere zu unterschreiben, in denen sie sich verpflichten, mit den Geheimdiensten ihrer Herkunftsländer zusammenzuarbeiten, was zu

Feige Anschläge

Die Anklageschrift und der Messeranschlag auf Rushdie werfen ein Licht auf einige mysteriöse Vorfälle, darunter eine iranische Frau aus Berkeley, die einen Amerikaner auf einer Dating-Website ansprach, sich mit ihm in einem Hotelzimmer in Henderson, Nevada, traf und ihm dann als „Rache an den US-Truppen für die Tötung von Qasem Soleimani“ in den Hals stach. Der Tod des IRGC-Terrorchefs war der Vorwand für verschiedene Terroranschläge gegen Militärangehörige und Mitglieder der Trump-Regierung.

Die Medien taten den Messeranschlag im März als merkwürdiges Verhalten ab. Medienberichte legten nahe, dass der Messerstecher psychisch krank war. Henderson liegt jedoch in der Nähe des Luftwaffenstützpunkts Nellis, auf dem die MQ-9 Reaper stationiert ist: das gleiche Mo-



War der Messer-Anschlag auf Salman Rushdi wirklich die Tat eines Einzeltäters?

dell, mit dem Soleimani ausgeschaltet wurde. Der Anschlag schien ein systematischer Versuch zu sein, einen Drohnenpiloten der US-Luftwaffe ins Visier zu nehmen, ihn in ein Hotelzimmer zu locken, ihm die Augen zu verbinden und ihn dann zu töten. Es war ein Terrorplan, der nur deshalb lächerlich wirkt, weil er fehlschlug.

Dies ist sicherlich nicht das erste Mal, dass der Iran versucht, für Attentate in den Vereinigten Staaten zu bezahlen. Vor einem Jahrzehnt planten IRGC-Agenten die Ermordung des saudischen Botschafters mit einer Bombe im Cafe Milano, einem angesehenen Restaurant in Washington, das von Senatoren besucht wird, indem sie einen iranischen Gebrauchtwagenverkäufer aus Texas für ein Komplott engagierten, das durch Treffen in Mexiko vorbereitet wurde.

Zehn Jahre später macht das Internet internationale Reisen überflüssig. Die iranischen Terroristen können schiitische Muslime in diesem Land anwerben, damit sie ohne Risiko Terroranschläge für sie verüben. Zumindest für den IRGC.

Das Scheitern der Al-Qaida-Terrorpläne nach dem 11. September inmitten der Invasion in Afghanistan veranlasste die Terrorgruppe, ihre Gründungsprämisse, als „Basis“ zu dienen, aufzugeben und den Terrorismus über das Internet zu organisieren. MySpace wurde einige Monate vor der Invasion des Irak gegründet. Ein Jahr später kam Facebook auf. Terror 2.0 brauchte länger als das Web 2.0, aber es war nicht mehr weit.

Die große Mehrheit der Terroranschläge von Al-Qaida und ISIS erforderte nicht mehr die teuren und gefährlichen Reise- und Ausbildungsvorbereitungen, die so viele frühere Operationen zunichte gemacht hatten. Die meisten Crowdsourcing-Terroranschläge scheiterten, weil die Dschihadisten ISIS und Al-Qaida kontaktierten, was das FBI auf den Plan rief, aber einige wenige, in Boston, San Bernardino, New York und

Orlando, waren spektakulär erfolgreich. Dieselbe Crowdsourcing-Dynamik, die Uber und Airbnb zu milliardenschweren Unternehmen gemacht

als „einsame Wölfe“ titulierte, sie sind aber in Wirklichkeit die Uber-Fahrer des Dschihad.

Der Iran hat lange gebraucht, sich



Die Biden-Regierung hat es eilig, ein Abkommen mit dem Iran zu schließen

hatte, machte auch den Dschihad für terroristische Organisationen risikofrei und billig. Die Täter wurden

auf das Spiel einzulassen. Schiitische Muslime sind eine Minderheit, und der IRGC hat sich auf untergeordnete



Terrorgruppen wie die Hisbollah, die PMU im Irak oder auch sunnitische Islamisten wie Al Qaida und Hamas verlassen, seine schmutzige Arbeit zu erledigen. Im Gegensatz zu Europa verfügt Amerika noch immer nicht über umfassende Terrornetzwerke, die über die der Hisbollah und der Muslimbruderschaft hinausgehen. Und die Hisbollah nutzt ihre Netzwerke als Geldschleuse für den Schmuggel von Drogen und Zigaretten. Das libanesischeschiitische Dschihadistenetzwerk mag einen Teil der Überwachung durchführen, aber es will seinen Geldfluss aus Amerika nicht gefährden, der ihm auch eine gewisse Unabhängigkeit vom Iran verschafft.

Iranische Agenten haben bereits Attentate auf politische Dissidenten in Europa verübt, waren jedoch vorsichtig, wenn es darum ging, in den Vereinigten Staaten vor Ort Fuß zu fassen. Trotz unserer Schwäche und ihres Getöses fürchtet und respektiert der Iran uns immer noch mehr als Europa. Da Amerika immer schwächer und unsere Gesellschaft immer zerrissener wird, muss das nicht so bleiben.

Der allmähliche Anstieg des mit dem Iran in Verbindung stehenden Inlandsterrorismus ist eine Warnung, dass die Bemühungen des Irans, seine eigenen Kader schiitischer „einsamer Wölfe“ via das Internet auf die Beine zu stellen, funktionieren könnten. Und dass es noch schlimmer kommen kann.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Zentrums und wurde mit freundlicher Genehmigung des David Horowitz Freedom Center nachgedruckt.

Erstveröffentlichung bei Gatestone Institute. Reproduktion mit freundlicher Genehmigung.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

BEAUVITÉ®

...где обитает красота.

Косметология. Парикмахерская. Маникюр. Педикюр.
Процедуры на тело. Липолазер. Криолиполиз. Кавитация. Мезотерапия.
Инъекции для разглаживания морщин. Мультиполярные радиоволны

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



◀ Fortsetzung von Seite 2

technologisierte Lebensweise des Informations- und Internet-Zeitalters und besonders auf die Juden zielende Gewalt gibt es zurzeit nicht nur in Deutschland, sondern an vielen Orten der Welt. Sie hat die letzten Jahre zu den ihren gemacht. Von Paris über Irak, Syrien, Jerusalem, Tel Aviv, wieder Paris, Brüssel, die europäischen Staatsgrenzen und, und, und...um nur einige ihrer Herrschaftsorte zu nennen.

Dabei stimmt es – diese Gewalt ist aus fanatisierter Dummheit und mittelalterlichem Rückschritt geboren. Sie ist, wenn man es genau betrachtet, unseren fortschrittlichen, über hochtechnische Aufklärungs-, Verteidigungs- und Angriffssysteme verfügenden westlichen Gesellschaften nicht einmal im Ansatz gewachsen und könnte eigentlich schon längst aus unserer Welt verbannt, gemeinsam mit ihrer kranken Ideologie auf den Müllhalden unserer modernen Zivilisation verschimmeln.

Aber sie hat Verbündete in dieser Welt. Dies sind die sich als Gutmenschen tarnenden „der-Islam-ist-eine-Religion-des-Friedens“- „der Terror-hat mit-dem-Islam-nichts-zu-tun“- und „Asyl-kennt-auch-bei-Straftaten-keine-Obergrenze“- Demagogen, Terrorversther und Volksverdummungs-Missionare aus unserer Politik und unseren vielfach öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien.

Sie haben aus dem „Juden-ins-Gas“-Gegröhl der hiesigen Muslime und aus den von Islam-Anhängern in Paris, Syrien, Irak und anderswo begangenen Köpfungen und aus den Messer-Mord-Attacken nichts gelernt.

Sympathie oder auch nur Mitleid mit den unschuldigen jüdischen Opfern in Tel Aviv und Jerusalem kennen sie nicht. Gemeinsamkeiten zwischen den Opfern von Paris und Israel wollen sie nicht sehen.

Judenfeindliche Journalisten

Zur Solidarität mit Israel und den Juden im gemeinsam aufgezwungenen Kampf gegen den durch stets islamische Täter verübten blutigen Terror sind sie nicht bereit.

Haarsträubend Fakten-verdrehende Schuldzuweisungen an die jüdischen Todesopfer, Freisprechen des Islam von jeder Urheberchaft an den Mordtaten und verständnisvolles Sympathisieren mit den islamischen Judenmördern ist schon eher ihre Sache.

Zu wieviel Judenfeindschaft deutscher Mainstream-Journalismus in diesem Sinne noch nicht einmal 80 Jahre nach dem Ende der Schoah schon wieder fähig ist, beweist er mit der Delegitimierung des jüdischen Staates Israel beinahe jeden Tag. Dabei stehen ihm große Teile unserer Politik in nichts nach, wie etwa auch die immer noch im Amt und in der grünen

kratischen Post-Aufklärungs-Gesellschaften für uns und unsere Kinder erhalten wollen, verleumden, diffamieren und rechter Gesinnung bezichtigen.

Dafür sorgen sie sich hysterisch um unser Klima, verbieten unseren Kühen das Pupsen und würden am liebsten dafür sorgen, dass wir zur Vermeidung von CO₂-Ausstoß nicht mehr atmeten.

Aber die Geschichtsschreibung wird sie – wenn auch leider zu spät – gnadenlos entarnen.

Sie, die Islam-Appeaser aus Politik und Medien sind die Totengräber unserer über Jahrhunderte mit vielen Opfern erkämpften freiheitlichen Lebensweise.

antisemitischen Tribunal mutiert. Bei der Verurteilung Israels ist auch die Ukraine beteiligt. Kiew unterstützt seit Jahren unverändert den anti-israelischen Kurs der UNO, verlangt aber von Israel wie selbstverständlich Unterstützung und Waffenlieferungen. Dabei hat Israel, ohne zu zögern, den Angriff auf die Ukraine verurteilt, humanitäre Hilfe geleistet und Tausende Flüchtlinge aufgenommen. Trotzdem stimmt die Ukraine in der UN für die Verurteilung Israels, wie sie es in den letzten 30 Jahren wiederholt getan hat. Gleichzeitig verlangt die Ukraine aber, dass Israel mit dem Iron Dome, die Waffe liefern soll, die ein integraler Bestandteil seiner eigenen Selbstverteidigung ist.

Besonders hier können der Staat Israel und seine Menschen trotz allen erlebten Leids und bestehender existentieller Bedrohung als Beispiel für Unverzagtheit, Lebensfreude und positives Denken angesehen werden. Das jüdische Volk hat bereits Vieles und Schreckliches überstanden und ist oft aus tiefster Bedrängnis gestärkt herausgekommen. So sehen wir auch das im Dezember – genauer am 25. Kislev – beginnende fröhliche Chanukka-Fest, das die Befreiung des jüdischen Staates und seiner Menschen aus hellenistischer Fremdherrschaft feiert. Chanukka ist damit durchaus auch ein Symbol und ein Fanal für die Neuzeit.

Unseren christlichen Lesern wünschen wir in etwas wehmütiger Erinnerung an das zwischenzeitlich mit wachsender arabischer Besiedlung heute fast Christenfreie Betlehem ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest.

Unseren jüdischen Lesern ein wundervolles Chag Chanukah Sameach.

Allen anderen Freunden und nichtjüdischen Lesern einige fröhliche und gesunde, vollständig Widmungs-neutrale Feiertage/Nichtfeiertage.

Uns allen und dem Staat Israel einen schönen Jahreswechsel und alles erdenklich Gute im hoffentlich gesunden und friedvollen Neuen Jahr 2023.

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Voller Stolz und voller Genugtuung dürfen wir, die Redaktion und der Herausgeber, Ihnen in diesem Monat die Nummer 100 unserer Jüdischen Rundschau präsentieren.

Politik gehaltene Claudia Roth mit ihrem antisemitischen Documenta-Exzess bestens belegt.

Unsere Islam-Appeaser und Terror-Relativierer verbünden sich – statt sich mit dem Terror-überzogenen Israel zu solidarisieren – ohnehin viel lieber mit Pan-Islamisten nahezu jeglicher Herkunft. Sie versorgen die iranischen Juden-Vernichtungsmullahs und Zivilisationsfeinde mit den nötigen Atombomben, sie liefern den Mördern bei uns den Lebensraum und versorgen den Hamas-Terror mit Geld und Waffen.

Dabei sind sie jedes Mal unschuldig erstaunt, wenn das von ihnen zum Abschluss freigegebene Europa immer wieder von islamischem Terror heimgesucht wird. Sie werden ihre verfehlte Politik und ihr Versagen natürlich niemals einräumen. Viel eher werden sie ihre Kritiker, die unsere säkularen, westlichen, freiheitlich-demo-

Und wenn sie sich auch noch so sehr als in der Ukraine engagieren, sie sind erheblich mitschuldig an den Tränen und der Trauer der Mütter, Väter, Frauen, Männer und Kinder der islamischen Mordopfer. Sie vergießen Krokodilstränen bei inhaltsleeren Trauerreden für die Opfer statt vor Scham über den Zustand, in den sie unsere Republik und Westeuropa gebracht haben, in den Boden zu versinken.

Werden sie aber nicht tun, unsere Klimahysteriker – und wir, wir lassen es als Wähler immer noch geschehen. Wir sind damit ihre nur allzu willigen Erfüllungshelfer und werden wohl, wenn kein neues Wunder geschieht, wie weiland das Römische Reich mit ihnen und ihrer dekadenten Attitüde durch eigenes kriecherisches Verschulden untergehen.

Auch auf der internationalen politischen Weltbühne wird der jüdische Staat massiv angegriffen und die UNO ist zum

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(03222) 13 24 601



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung
«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern
und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

**Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus
und schicken ihn uns per Post
(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601)
oder als Scan
per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.
Sie können die Zeitung auch auf unserer Website
www.juedische-rundschau.de abonnieren.**

Die judenfeindlichen Verschwörungstheorien des Rap-Milliardärs Kanye West

Der Sportartikel-Hersteller Adidas hat endlich seine Kooperation mit dem US-Rapper Kanye West beendet, nachdem dieser erneut mit antisemitischen Äußerungen aufgefallen war. West verbreitete Verschwörungstheorien und behauptete nach bekannter Nazi-Manier, Medien seien „von Juden gesteuert“ und er sei das Ziel der „jüdischen Untergrund-Media-Mafia“. Der neue Höhepunkt seines Juden-Hasses markierte ein Kommentar Wests in den sozialen Medien, in dem er drohte, dass er „jüdischen Menschen den Tod bringen“ wolle. (JR)

Von Mirjam Lübke

Wenn ein Mensch, der selbst in der Gesellschaft einflussreich ist und darüber hinaus über ein gut gefülltes Bankkonto verfügt, plötzlich über »geldgierige« und »machtversessene« Juden schwadroniert, hat das eigentlich etwas unfreiwillig Komisches. Ist es da etwa jemandem unangenehm, in einer Welt, in der jeder nach Gerechtigkeit für die Unterdrückten ruft, selbst auf der Sonnenseite des Lebens zu stehen? Bei Kanye West, der zum ersten Mal 2003 mit antisemitischen Äußerungen auffiel, wird damit auch noch das Narrativ des beständig unterdrückten Schwarzen durchbrochen, denn objektiv gesehen, gehört er selbst zu den Privilegierten. Als Musiker, der innerhalb seiner Stilrichtung zudem als »genial« gilt, besitzt er darüber hinaus eine große Reichweite, um seine Ideen unter jungen Menschen zu verbreiten. Darüber hinaus wurde er auch zur Mode-Ikone der Edelmarke Balenciaga und zum Gesicht des Sportherstellers Adidas – und deshalb wird aus der eigentlich komischen Angelegenheit eine ernste Sache.

Kanye West machte sich zwar jüngst auch bei der »Black Lives Matter«-Bewegung unbeliebt, indem er ein T-Shirt mit der Aufschrift »White Lives Matter« trug, das innerhalb der Szene als rassistisches Symbol gilt. Zudem erzürnte er die Familie des bei einem Polizeieinsatz verstorbenen George Floyd, indem er auf die Obduktionsergebnisse hinwies, nach denen Floyd zum Zeitpunkt dieses Einsatzes unter Drogen stand, was maßgeblich zu dessen Tod beitrug. Das rüttelte an der öffentlichen Darstellung, Floyd sei ein Opfer systemischen Rassismus der amerikanischen Polizei geworden, wobei gern verschwiegen wurde, wie oft er bereits mit selbiger wegen diverser Vergehen in Konflikt geraten war. Indem Kanye West diese Tatsachen ansprach, gelang es ihm, sich zwischen allen Stühlen zu setzen, denn einige der von ihm auf Twitter verbreiteten antisemitischen Äußerungen decken sich sehr wohl mit den Ressentiments, die auch von BLM-Aktivist*innen verbreitet werden.

Konkurrenz um „Opferstatus“

Kernpunkt dieser Ressentiments ist – vereinfacht ausgedrückt – die Aussage »die Juden nehmen uns den Opferstatus weg«. Man muss nicht in die USA reisen, um auf diese befremdliche Vorstellung zu stoßen, sie ist in vielen Gruppierungen verbreitet, die befürchten, aufgrund des Gedenkens an die Shoah übersehen oder in ihrem Leid nicht ernst genommen zu werden. Um dies zu illustrieren, benutze ich häufig das Bild eines Kuchens: Die Empathie mit Opfern eines monumentalen Verbrechens wird häufig als solcher betrachtet, wenn er aufgegessen ist, bleibt nichts mehr für die anderen übrig. So als sei es nicht möglich, sich in unterschiedliche Gruppen hineinzudenken, denen Unrecht widerfahren ist. Seien es die Ukrainer und der durch Stalin befohlene Holodomor oder eben die Geschichte der aus Afrika verschleppten Sklaven – die Beteuerung der Gesellschaft, diese als Verbrechen an der



Kanye West wurde auf Twitter gesperrt, nachdem er antisemitische Verschwörungstheorien gepostet hatte.

Menschheit anzuerkennen reicht nicht, es muss mindestens ein Holocaust sein. In Deutschland wurde diese Sichtweise vor allem durch Malcolm Ohanwe vorangetrieben, der sich mehrfach äußerte, es müsse möglich sein, über die Einzigartigkeit der Shoah zu diskutieren. Von vielen Deutschen dürfte das unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung geradezu als Erlösungsmoment wahrgenommen worden sein. Ohanwes Forderung wurde zur Wiederbelebung des »Historikerstreits« hochstilisiert. Denn es galt aufgrund seines ethnischen Hintergrunds als ausgeschlossen, dass seine Motive antisemitisch aufgeladen sein könnten. Man konnte ihn also bequem zum Fürsprecher in eigener Sache machen.

Dabei ist es im Grunde einfach, sich über die Motive solcher Relativierung Aufschluss zu verschaffen, indem man das offene Gespräch sucht und ein paar biographische Details ermittelt. Ist jemand nicht neidmotiviert, sondern braucht lediglich einmal ein offenes Ohr für die eigene Familiengeschichte, wird man im Gegenzug auch Verständnis für das jüdische Konzept des Gedenkens erwecken können. Innerhalb der BLM-Bewegung hat man jedoch den »Shoah-Neid« zum Konzept erkoren, mit dem sich bei ähnlich gesinnten Gruppen Solidarität generieren lässt. Die Shoah durchbricht die eigene Legende von der grundsätzlichen Privilegierung weißer Menschen, was allein schon zu manchen Kapriolen bei der Erklärung dieses Umstands führt: Juden werden von nun an pauschal als »person of color« klassifiziert, egal, aus welchem Teil der Welt sie auch stammen mögen.

Gemeinsames Feindbild

Weitaus schwerer wiegt jedoch, dass es zu einer raschen Solidarisierung mit der BDS-Bewegung kam, mit der man sich auf natürliche Weise verbündet sieht. Patrisse Cullors, die Gründerin von BLM, erkannte schnell, wie man das bereits

existierende Netzwerk der Israel-Hasser für eigene Zwecke einsetzen konnte und sprach sich auch beim arabischen Fernsehsender al-Jazeera für eine Zusammenarbeit aus. Da trifft Pragmatismus auf ein gemeinsames Feindbild innerhalb der postkolonialen Szene. Die Darstellung Israels als »westliche Kolonialmacht«, die schon in der panarabischen Bewegung Ende der Sechziger populär war, verschmilzt mit der Wut auf die ehemaligen europäischen Kolonialmächte. Das berechnete Bedürfnis nach Aufarbeitung der eigenen Geschichte wird schnell zum Rachefeldzug: Viele amerikanische Juden, die BLM grundsätzlich gern unterstützt hätten, schreckten vor den Gewaltexzessen zurück, die am Rande der »antirassistischen« Proteste verübt wurden. Jüdische Schulen wurden mit Parolen beschmiert, Synagogen angegriffen und Geschäfte demoliert, wenn man glaubte, sie seien in jüdischem Besitz. Und das alles unter dem Vorwand, Gerechtigkeit für die »Brüder in Palästina« zu erstreiten. In Deutschland erfuh man davon nur wenig, auf die BLM-Idee durfte kein Schatten fallen. Vielleicht auch deshalb, weil hierzulande ähnliche Prozesse in der Zusammenarbeit mit muslimischen Lobbygruppen stattfinden, deren Antisemitismus negiert oder als »Israelkritik« schöngeredet wird.

Mag Kanye West sich auch von der Familie George Floyds distanziert haben, so spricht aus seinen Tweets doch derselbe Antisemitismus, der als giftgrüner Neid auch bei BLM immer wieder ans Tageslicht kommt. Und das, obwohl sich in den Großstädten der USA oft orthodoxe Juden und Schwarze dieselben ärmeren Wohngegenden teilen. Aber Fakten über jüdisches Leben haben Antisemiten noch nie vom Weiterverbreiten von Vorurteilen abgehalten. Gleichzeitig stricken gerade Rapper damit auch an ihrer eigenen Legende, Teil der schwarzen Unterschicht geblieben zu sein, deren Lebensumstände

sie in ihrer Musik in Worte fassen. Was durchaus seine Berechtigung hat, denn es geht nicht darum, Schwarzen das Recht auf das Benennen von Benachteiligungen in der Gesellschaft abzuspüren. Wenn derjenige, der sich zum Sprachrohr macht, aber offensichtlich selbst einer privilegierten Schicht angehört, macht das anderen zwar Hoffnung, irgendwann selbst seine Lebensumstände zu verbessern, aber es kann eben nicht jeder ein berühmter Rapper werden. Diesen Status auf dem Rücken der jüdischen Bevölkerung aufrecht erhalten zu wollen, ist allerdings mehr als nur schäbig und führt das Märchen ad absurdum, dass Angehörige einer Minderheit nicht selbst Vorurteile gegen andere Minderheiten pflegen könnten.

Nachdem Kanye West begriffen hatte, dass er nicht so unangreifbar ist, wie er es seinen Fans kurz davor noch prahlerisch erklärt hatte, wurde er dann plötzlich sehr kleinlaut. Mit dem Werbevertrag bei Adidas brach ihm eine wichtige Einkommensquelle weg und sein Status beginnt zu verblassen. Nun begab er sich zur Behandlung einer bipolaren Erkrankung in Therapie, denn diese will er als Ursache seiner antisemitischen Äußerungen ausgemacht haben. Als selbst von dieser Erkrankung Betroffene kann ich nur staunen, wie leicht es sich Kanye West macht, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Bipolarität führt zu starken Gefühlschwankungen, sie erschafft aber nichts, was in einem Menschen nicht ohnehin schon latent vorhanden ist, auch keinen Antisemitismus. Der latente Antisemit verliert in einer manischen Phase die Hemmung, die Welt an seinen Gedanken teilhaben zu lassen. Kanye West kann in einer Therapie also eventuell lernen, künftig den Mund zu halten – aber seinen Antisemitismus kann man gewiss nicht heilen – da hilft nur Einsicht. Vielleicht stellt diese sich auch bei Kanye West noch ein.

Die deutsche Gesinnungsoligarchie: Gleichschaltung der Parteien, Medien und Meinungen

Nach mehr als anderthalb Jahrzehnten Angela Merkel haben die ehemaligen Volksparteien wohl nun endgültig Abschied vom „Volk“ genommen. Die vormalige Kanzlerin richtete sich in ihrer Politik weder an den Kerninhalten ihrer bislang konservativen CDU noch am Mehrheitswillen des Volkes, sondern an der grün-linken Gesinnungsoligarchie in den Leitmedien aus. Dabei übernahm sie die Ideologien der SPD und vor allem der Grünen teilweise so sehr, dass diese kaum noch Anlass zur Opposition fanden. Machtstrategisch mag dies erfolgreich gewesen sein. Im Grunde hinterließ diese Strategie aber Erosionen in der politischen Mitte und in ihrer eigenen Partei. Keine wirklich hilfreiche Sinnesumkehr stellt auch das Verhalten des sich als konservativ gerierenden neuen CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz, der seine Partei keinesfalls konsistent in Richtung ihrer ehemaligen Werte führt, sondern der umgehend widerruft und sich der grün-linken System-Change-Propaganda anpasst, sobald ihn die dortigen Gesinnungswächter zur Ordnung rufen. (JR)

Von Dr. Heinz Theisen/
Tichys Einblick

Die Kennzeichnung der Bundesrepublik als parlamentarische Parteiendemokratie ist heute nur noch formal zutreffend, weil diese längst nicht mehr vom offenen Wettbewerb gekennzeichnet ist. Vielmehr herrscht ein faktischer Zusammenschluss der einstmals konkurrierenden Parteien zu einer Allparteienkoalition vor. Sie sind im weltanschaulichen Kern durch eine moralische Gesinnung verbunden, die partikuläre Interessen – auch die ihrer jeweiligen Wähler – globalen Erwägungen unterordnet.

Da es sich nach ihrem Selbstverständnis um eine alternativlose Herrschaft der guten Gesinnung handelt, gilt im Umkehrschluss jede Kritik an ihrer Politik als böse. Die in anderen westlichen Ländern gängige Polarisierung nach Globalisten und Protektionisten ist durch die Abdrängung der Protektionisten verhindert worden. Diese Oligarchie wechselt nur Personen, aber keine Inhalte aus, denn kontroverse Diskurse würden dem Bösen nur Spielräume gewähren. Für die oligarchischen Minderheiten als moralische Eliten sind nicht Kompetenz oder Verfahren, sondern ist nur die Haltung entscheidend.

Die Selbstbehauptung des Gemeinwesens wird dem nachgeordnet. Die verblüffende Weigerung fast aller Parteien im Wahlkampf 2021, offenkundige Fehlentwicklungen auch nur anzusprechen, ergab sich aus ihren vorangegangenen machtpolitischen Verstrickungen. Jede Kritik wäre zur Selbstkritik geworden, die – wird sie dennoch geäußert – als Verrat betrachtet und sanktioniert wird, ob bei einem Verfassungsschutzpräsidenten oder bei einem Bundesbanker.

Die Volksparteien haben vom „Volk“ Abschied genommen, um sich problemlos in die Gesinnungsoligarchie einfügen zu können. Merkel richtete sich in ihrer Politik weder an ihrer Partei noch am Mehrheitswillen des Volkes, sondern an der Gesinnungsoligarchie in den Leitmedien aus. Mit ihrer asymmetrischen Demobilisierung konnte sie sich mit den Stimmungen der SPD und Grünen so gemein machen, dass diese keinen Anlass mehr zur Opposition fanden. Machtstrategisch war dies erfolgreich, aber geistig hinterließ diese im Grunde nihilistische Strategie Auszehrungen, die differenzierte Problembewältigungen erschweren.



John MACDOUGALL / AFP

Wie steht es in Deutschland um die parlamentarische Parteiendemokratie?

Die Lehen

Die Korruption in Deutschland ist gewiss subtiler als in Afrika, verfolgt aber die gleichen Ziele, nämlich die Sicherung der Eigengruppe als Mittel zur Loyalitätsgewinnung. Nur handelt es sich hier um Parteifreunde und nicht um die größere Familie. Und sie bedient sich anderer Mittel des Zusammenhalts, nämlich der nationalstaatlichen Füllhörner, während viele Afrikaner die globalen Hilfestellungen auszunutzen versuchen.

Die Ernennungen hoher Beamter

heutigen Parteienkartell ist dies nicht mehr nötig. Jede Reise mit der Bundesbahn zeigt dessen ruinöse Folgen.

Dem Ahrtal wurde ein regelrechtes Kartell des Versagens zum Verhängnis, angefangen beim Bundesamt für Katastrophenschutz, geleitet von einem ehemaligen Bundestagsabgeordneten, bis zu den lokalen Größen, die nicht in der Lage waren, die Warnungen des Deutschen Wetterdienstes und des Europäischen Hochwasserwarnsystems an die Bevölkerung weiterzugeben.

Die Parteien in Deutschland haben

vor dem Volk ab, welches mangels geistiger Alternativen die absurdesten Erklärungen der Regierungen nachreden müssen. Die von den Zwangsgebühren (9 Milliarden Euro im Jahr) finanzierten Sender beschallen die Massen mit den von der Oligarchie vorgegeben Meinungen.

Durch die Corona-Pandemie konnten auch noch die privaten Zeitungen des Landes mit Ersatzleistungen von 250 Millionen Euro „unterstützt“ werden, auf den Zusammenhang muss man erst einmal kommen. Die Medien, einst angeblich vierte Gewalt im Staat, sind heute ein Teil eines neofeudalen Staatswesens. Sie sind mit „der rhythmischen Fabrikation von öffentlicher Meinung zum direkten Widersacher der Meinungsfreiheit geworden.“ (Egon Flaig)

Eine wichtige Absicherung der Scheinliten gegenüber nachrückender Konkurrenz bilden die milliarden-schweren Parteienstiftungen. Jedes kleine Amt hält eine ansonsten potenzielle innerparteiliche Opposition bei der Stange. Abweichungen werden umgehend mit Ausgrenzung beantwortet. So wurde ich von der liberalen

„ Die Herrschaft des akademischen Prekariats lässt das Niveau des Staatsdienstes immer tiefer sinken. “

nach ihrer parteipolitischen Ausrichtung war immer ein Ärgernis. Solange die Parteien aber noch in Konkurrenz zueinander standen, blieben sie doch im Sinne des eigenen Interesses an Kompetenzen rückgebunden. Im

sich nicht nur dem öffentlichen Dienst, sondern auch halbstaatliche Stiftungen und den öffentlichen Rundfunk zu Lehen genommen. Die an die hundert öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehstationen sichern die Macht

Friedrich-Naumann-Stiftung aus ihrem Pool an Vortragsrednern aussortiert, weil ich bei ihr nicht genehmen Medien publiziere, wo sich Parteivorsitzende in der APO-Zeit beklagten, dass sie nicht mehr eingeladen werden. Mitgeteilt wurde mir dies nur vertraulich hinter der vorgehaltenen Hand.

In der bürgerlichen Agenda hatte immer die Selbstbehauptung des Gemeinwesens eine herausragende Rolle gespielt. Aber gegenüber der neuen Oligarchie ist sie selbst zum Opfer geworden, exemplarisch ist auch das Verhalten des als konservativ geltenden Friedrich Merz, der umgehend widerrief, sobald ihn die Gesinnungswächter zur Ordnung rufen. Er weiß, dass die Macht nicht mehr von der Mehrheit, sondern von den Medien als Hüter der Gesinnungsoligarchie vergeben wird.

Weltoffenheit als Ideologie

Die grüne Bewegung tritt gesellschaftspolitisch sowohl für eine entfesselte Individualisierung bis hin zu unzählbaren, biologisch nicht vorhandenen Geschlechtervarianten als auch für eine globalistische Menschheitspolitik ein. Ihre Gegnerschaft gegen alle Zwischeninstanzen von der Familie über den Nationalstaat bis zur westlichen Kultur sind folgerichtig.

Deshalb fanden die vorgebliebenen Natur- und Umweltschützer, die in erster Linie Antikapitalisten waren, beim Kampf gegen den globalen Klimawandel erst zu sich selbst. Die kollektiven Instanzen zwischen Individuum und Globalität finden sie „zum Kotzen“ (Robert Habeck zu Deutschland), weil sie einer radikalen Entfesselung des Individuums und den One-World-Phantasien im Wege stehen. Gemäß einer am Überleben der Menschheit ausgerichteten Politik sind Verbrauchereigenschaften auch von sozial Schwachen, wenn sie der Ökosphäre schaden, moralisch illegitim.

Im Globalismus tritt die eigene moralische Selbstüberhöhung an die Stelle einer schon evolutionär gebotenen Selbstbehauptung. Das größtenwahnsinnige Anliegen, sich für die ganze Menschheit zuständig zu fühlen, entlastet Globalisten im Umkehrschluss aber von der konkreten, lokalen Sorge. Statt um entsprechende Kompetenzen appellieren sie lieber an moralische Gebote hinsichtlich weltweiter Ziele. Für die Sorge um Rückhaltebecken und funktionierende Warnsysteme im Ahrtal blieb der grünen Umweltministerin keine Zeit.

Die Konzentration auf lokale, regionale und nationale Interessen steht unter dem Verdacht des Protektionismus, die auf nationale Interessen steht unter dem Verdacht des Nationalismus. Die politischen Koordinaten haben sich so verrückt, dass das Streben nach Selbstbehauptung einer Region oder Nation als rechts und damit als böse gilt.

Zur ideologisierten Weltoffenheit gehört die spiegelbildliche Verachtung von Grenzen. Im Kampf gegen den Schutz des Eigenen hat die links-grüne Bewegung ihre vordringlichste innenpolitische Aufgabe gefunden. Jede konkrete Abwägung über die Vorteile von globaler Offenheit oder lokalem Schutz wird unterbunden. Die Strafen für abweichende Gesinnung werden stetig erhöht. Das maoistische Prinzip „Bestrafe Einen, erziehe Hundert“ hat sich als wirksam erwiesen, dass von denjenigen, die noch was werden wollen, keine Widersprüche mehr zu erwarten sind. Die „offene Gesellschaft“ wird statt gegenüber ihren äußeren

Feinden nur gegenüber denjenigen verteidigt, die mehr Protektion des Eigenen einfordern. Ihre einst offenen Diskurse sind im gleichen Maße verschwunden, wie die Weltoffenheit zugenommen hat.

Die ersatzreligiöse Bereitschaft zum Selbstopfer beruht immer auf dem Glauben an die Universalität des Fortschritts – eine Art profanierter „Vorsehung“. Wenn dieser Glaube etwa in Afrika ständig wiederlegt wird, so liegt dies an unserer kolonialen Schuld. Statt Selbstverantwortung herrscht Fremdverantwortung.

Herrschaft des akademischen Prekariats

Der Verlust der offenen Rede schlägt in die Herrschaft der radikalen Vereinfacher um, der „terrible simplificateur“, etwas variiert: der schrecklichen Vereindeutiger. Mangels eigener Kompetenzen entwickeln diese Politiker eine Art „Kompetenzsimulationskompetenz“, bis hin zu abgeschriebenen Doktorarbeiten. Die Hauptvereindeutigung erfolgt über die Moralisation nahezu aller Sachverhalte.

Angesichts der oligarchischen Verstrickungen ist es nur folgerichtig, dass der Niedergang des einen mit dem Niedergang anderer Funktionssysteme verbunden ist. Die gegenseitige Absicherung der Oligarchien hebt neben der Eigenlogik der Funktionssysteme zunehmend die Gewaltkontrolle aus. Selbst im Bundesverfassungsgericht wurden die vorherrschenden Staatsrechtsprofessoren durch Parteioldaten ersetzt.

Unterdessen ist das akademische Prekariat bis in die höchsten Ämter und schließlich bis in die Regierung vorgestoßen. Alexis de Tocqueville hat die Demokratie als „Herrschaft der Mittelmäßigen“ gekennzeichnet, was nicht abwertend gemeint war. In der derzeitigen Oligarchie des akademischen Prekariats droht aber ein solides Mittelmaß zur Ausnahme zu werden. Das Niveau sinkt immer tiefer, weil Prekariar schon aus Selbstschutz keine exzellenten Mitarbeiter neben sich dulden.

Die Herrschaft des akademischen Prekariats lässt das Niveau des Staatsdienstes immer tiefer sinken. Für den Erwerb von Kenntnissen über die Weltkulturen fänden Politiker in den Parteigliederungen keine Anerkennung. Dementsprechend gibt es im Bundestag (das zweitgrößte Parlament der Welt nach der chinesischen Volkskammer) kaum Experten für Außenpolitik. Und dies in einem Land, dem die äußeren Beziehungen immer wieder zum Schicksal geworden und in dem die meisten innenpolitischen Probleme Folgen internationaler Konstellationen sind.

Eine parlamentarische Demokratie beruht auf dem Ideal, dass beim Streit der Meinungen am Ende den Sachproblemen der Vorrang gebührt. Nur mit einem Primat der Sache – so Gerd Held – haben parlamentarische Debatte und Beschlussfassung einen grundlegenden Wert für das Staatswesen. Die offene Erörterung der Sachprobleme und der Alternativen bei der Lösung seien Schlüsselemente der Entscheidungsfindung.

Unsere Oligarchen suchen aber nach konflikt- und schmerzfreien Lösungen wie denen des billigen Geldes durch künstliche Geldvermehrung. Diese erweckt den Eindruck, man könne sich die Mühen der Kapitalbildung durch Wertschöpfung ersparen.

Nachdem die politische Linke dem

Volk die Kündigung ausgesprochen hat, kam im Gegenzug der sogenannte Populismus auf, in dem sich die lokalen und nationalen Interessen neu zu artikulieren versuchten. Die Berufung auf das Volk gilt, ganz anders als im Grundgesetz, aber als „völkisch“ und bietet damit neuen Anlass zur Ausgrenzung. Die Populisten lassen sich nicht mehr nach einem horizontalen Links-Rechts Schema einordnen, eher schon in ein vertikal verlaufendes: das Volk gegen die Schein-Eliten.

Selbstbehauptung als neuer Minimalkonsens

Uns droht der Übergang vom Niedergang der westlichen Kultur zum Untergang der westlichen Zivilisation. Die Zivilisation als Summe aller Funktionssysteme hat nach dem Dahinschmelzen ihrer kulturellen Voraussetzungen noch einige Jahrzehnte standgehalten. Jetzt sind ihre kulturellen Voraussetzungen soweit aufgebraucht, dass nur ein Wiederaufbau der kulturellen Voraussetzungen neue Chancen bietet.

Eine Realität, die nicht mehr am Ideellen teilhat, ist laut Hegel dem Untergang geweiht. Für die Zeit danach würden vor allem neue Eliten gebraucht und ihre Herkunft müsste in Akademien und Tagungen vorbereitet werden. Letztlich brauchen wir nicht weniger als eine neue, diesmal bürgerliche Kulturrevolution, die Innovation durch Konservierung hervorbringt. Nationales Interesse, Familie, christliche Wurzeln, Europa, Natur, Freiheit, also Rückschritte zu den besseren Elementen unserer Kultur.

Die unverhohlene Herausforderung des Westens durch China und der ruchlose Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben die Hoffnungen auf eine regelbasierte und wertegestützte Weltordnung zerstört. Der Globalismus ist zwar tot, aber dessen Widergänger regieren noch immer. Mit der Fühlbarkeit der lange nur abstrakten Gefahren könnten sich Panik, aber auch eine gegenseitige Nachdenklichkeit verbreiten.

In dieser „Zeitenwende“ (Olaf Scholz) treten neue Formen der Selbstbehauptung auf, wenn etwa Sozialdemokraten in Dänemark den Sozialstaat durch eine Verschärfung des Asylrechts sichern wollen und „Sondervermögen“ für die Bundeswehr aufgelegt werden. Aus grünen Pazifisten wurden über Nacht die eifrigsten Befürworter von Waffenlieferungen. Wenn einstige Wehrdienstverweigerer in der deutschen Regierung wie der Kanzler und Vize-Kanzler für die nationale Selbstbestimmung der Ukrainer eintreten, können sie dies dem eigenen Staat nicht länger verweigern. Einen ähnlichen Gang nach Canossa steht den Globalisten bevor, wenn die Folgen der Migrationsströme die wohlhabenden Stadtteile der Gesinnungsethiker zu überfordern beginnen.

Ist der Schutz des nationalen Sozialstaates links oder rechts? Ist die Gleichberechtigung der Geschlechter gegenüber der Scharia liberal oder konservativ? Die alten Begriffe helfen nicht mehr zu begreifen und gehen an den Themen der Zeit vorbei. Die wichtigste Unterscheidung verläuft zwischen Globalisten und sich vor der Weltoffenheit fürchtenden Protektionisten.

Der fortdauernde Bezug auf das alte Koordinatensystem behindert uns bei der Suche nach globalen Mittelwegen. Aber am Ende werden auch diese Gegensätze zu Gegenseitigkeiten und glo-

kalen Synthesen transformiert werden müssen, wie schon beim Konflikt zwischen Kapital und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft.

Alternde Gesellschaften brauchen sowohl Einwanderung als auch Sozialstaatlichkeit. Eine gesteuerte Migration erfordert kontrollierte Formen der Offenheit und differenzierte Formen der Protektion. Die komparativen Kostenvorteile im Freihandel sind unabdingbar für die Entwicklung von Wohlstand. Über die Grenzen des weltweiten Wettbewerbs zugunsten lokaler Qualitäten könnten Kompromisse gefunden werden.

Auch der die Protektionisten spaltende Widerspruch zwischen nationaler und europäischer Akteursebene lässt sich im Paradigma der Selbstbehauptung aufheben. Die viel zu kleinen nationalen Staaten wären nur noch Anhängsel von imperialen Machtblöcken. Statt um den Ausstieg aus den bisher zu weltoffenen Bündnissen, sollte es um deren Transformation zu sich begrenzenden und uns darüber schützenden Bündnissen gehen.

Nur ein starkes Deutschland trägt zu einem „Europa, das schützt“ (Macron), bei und umgekehrt kann nur ein starkes Europa Deutschland schützen. Die nationalen Ängste vor dem Verlust von Souveränität ließen sich durch subsidiäre Strukturen relativieren. Je mehr Kompetenzen die EU nach außen benötigt, desto mehr Kompetenzen sollte sie den Nationalstaaten nach innen überlassen.

Globalismus und Nationalismus heben sich in einem neuen Großraum auf, der sich aus seiner Leistungsfähigkeit in der Problembewältigung definiert. Dieser Großraum könnte sich zudem in eine multipolare Welt besser einfügen. Die gegenseitige Eindämmung, Koexistenz und Kooperation zwischen den Machtpolen würden von der gescheiterten globalen zu einer multipolaren Weltordnung überleiten.

Europäische Nachbarn gehen uns mit neuem Realitätsinn voran. Ihre Bereitschaft zum Grenzschutz könnte die Deutschen vor sich selbst retten. Aber warum erweisen sich die Deutschen als so besonders realitätsfern? Neben geistesgeschichtlichen Erklärungen von der traditionellen deutschen Veranlagung zur romantischen Überhöhung der Wirklichkeit, die sich heute in einem naiven Welt- und Menschenbild niederschlägt, dürfte dies mit der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands in den vergangenen Jahrzehnten zu tun haben.

Wohlstand und Sicherheit haben den Sinn für Notwendigkeit und Selbstbehauptung verkümmern lassen. Das gute Leben wurde als voraussetzungsloses Recht wahrgenommen, wodurch die Pflicht des Bewahrens des von Vorfahren mühsam Erreichten vergessen wurde.

Heraufziehende Nöte könnten noch mehr Konflikte, aber auch neue Bescheidenheit und Dankbarkeit hervorrufen. Wenn aus dem Zerplatzen der ersatzreligiösen Utopien neues Denken über unsere Grenzen und unsere Endlichkeit gerinnt, wird auch die Sorge um das Eigene wieder als moralische Pflicht gelten. Nach all der Dekonstruktion muss – mit oder ohne die alte Oligarchie – mit der Rekonstruktion und Selbstbehauptung unserer Ordnung begonnen werden.

Heinz Theisen ist Professor für Politikwissenschaft. Zuletzt erschien von ihm: „Selbst Behauptung – Warum Europa und der Westen sich begrenzen müssen“

Klima-Retter: Von der Freude, zur Moralbourgeoisie zu gehören

Die Klassengrenzen verlaufen neuerdings wieder schärfer. Folgt man der grünen Ideologie, so kann und soll sich nicht jeder den Wohlstand leisten, der noch vor einer Generation selbstverständlich war. Über Oben und Unten entscheidet die richtige Anschauung. Die gesellschaftliche Neuordnung der Grünen und Linken pflastert ihre Straßen mit den Insolvenzen des Mittelstands – zahlen tut am Ende der kleine Mann. (JR)

Von Alexander Wendt/
Tichys Einblick

In England entstand ab dem späten 18. Jahrhundert in den besseren sittenstrengen Kreisen eine Theorie über die Armen und die Gründe der Armut, die bei den Oberen binnen kurzer Zeit begeisterte Anhänger fand. Sie erklärte das Elend im Souterrain der Gesellschaft nämlich nicht mit geringen Löhnen, mangelnder Bildung und schlechten Wohnverhältnissen, sondern mit der moralischen Minderwertigkeit der niederen Klassenangehörigen, vor allem mit deren Unverständnis für höhere Ziele.

In seiner Betrachtung zum Armenrecht, der "Dissertation on the Poor Laws by a Well-Wisher to Mankind" erklärte einer der führenden Theoretiker, der Mediziner und calvinistische Geistliche Joseph Townsend 1786: "Die Armen wissen wenig von den Motiven, die Höheren zum Handeln bewegen – Stolz, Ehre und Ehrgeiz. Es ist im Allgemeinen nur der Hunger, der sie zur Arbeit anspornen und anstacheln kann." Diese Erklärung besaß gleich zwei Punkten. Erstens bewies sie schlüssig, dass eine Verbesserung der Lebenslage in den unteren Klassen, etwa Tariflöhne und Krankenversicherung, nur Schaden anrichten würden, weil dann nichts mehr die Armen zur Arbeit treiben würde. Und zweitens, dass die Oberen nicht nur über die besseren Einkommen verfügten – in vielen Fällen durch Adelstitel und Glück – sondern auch über die bessere Moral.

Wohlgesinnte, die sich um die Schöpfung ihres moralischen Kapitals vorsichtshalber gleich selbst kümmerten, gab es also auch damals schon.

Die Geschichte nahm dann einen etwas anderen Bogen; irgendwann setzte sich in England und anderswo die Ansicht durch, dass die Armut weder von der „Powerteh“ (Fritz Reuter) noch von der moralischen Niedrigkeit der Armen kommt, dass trocken Brot nicht die Wangen rot macht, und auskömmliche Gehälter nebst Grundabsicherung das Elend besser bekämpfen als eine Gardinenpredigt von Angehörigen besserer Kreise.

Zwar verschwand die relative Armut nie, aber irgendwann, um einmal ein Beispiel herauszugreifen, immerhin die öffentlichen Wärmestuben für Leute, die sich die Heizung daheim nicht mehr leisten konnten. In den besten Zeiten, wieder ein völlig zufällig aus dem Zusammenhang gerissenes Detail, mussten auch Arbeiter und Verkäuferinnen sich nicht vor der Stromrechnung fürchten und die Duschminuten zählen. Der Leser merkt, es handelt sich um eine stark geraffte Geschichtsschreibung. Wir überspringen zahlreiche Stationen.

Später nahm die gesellschaftliche Entwicklung jedenfalls wieder eine andere Kehre. Die Nachfahren des Calvinisten Joseph Townsend, die einen stringenten Zusammenhang zwischen Geld- und Moralangel bei anderen Leuten feststellen, erleben im Deutschland des Jahres 2022 eine neue Blüte. So, wie übrigens auch die Fanciulli, die Kinderstoßtrupps,



Klima-Retter beschwören das Ende des Einfamilienhauses herauf.

die der Endzeitprediger Savonarola weiland in Florenz in Marsch setzte. Nicht nur in der Mode kommt alles mindestens zweimal.

In einem Detail unterscheiden sich die Wohlgesinnten, die heute den Ärmern ihren moralischen Unwert nachweisen, von ihren Vorgängern: Sie speien nach unten, um damit ihre besondere Fortschrittlichkeit unter Beweis zu stellen.

Womit wir bei Martin Hundhausen wären, Träger des von einem Lobbyverein vergebenen Deutschen Solarpreises, Professor und Klimalist-Stadtrat zu Erlangen, außerdem neben Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung auf Twitter einer der rühmlichsten Trommler für die Sonnen- und Wind-Wende. Eben dort, auf Twitter (Sie wissen schon, die Plattform, auf der die Wohlgesinnten morgens ankündigen, wegen Elon Musk zu gehen, und mittags, dort zu bleiben, um dem Faschismus keinen Fußbreit zu gönnen), auf dem Kurznachrichtendienst jedenfalls erklärte Hundhausen kürzlich jeden zum Klimawandelleugner, der keine 15 000 Euro für ein Solardach erübrigt.

Wer über einen Lehrstuhl verfügt, ein Professorengehalt aus Steuermitteln bezieht und sich keine Gedanken über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung machen muss, weil er seine Altersversorgung nicht von dort bezieht, dem erscheint auch der Unterschied zwischen einer monatlichen Zahlung an den Energieversorger und einer Investition von 15 000 Euro, die jemand erst einmal haben oder borgen müsste, als nebensächlich. In diesem Milieu gelten materielle Erörterungen generell als unfein.

6,16 Millionen Bürger in Deutschland überschuldet

Etwa zehn Prozent der Beschäftigten in Deutschland verdienen bei Vollzeitarbeit weniger als 2000 Euro brutto, in Ostdeutschland gut 18 Prozent. Ein

noch deutlich größerer Anteil liegt unter der Geringverdienergrenze, die bei zwei Dritteln des Medianlohns verläuft. Im Jahr 2021 galten 6,16 Millionen Bürger in Deutschland als überschuldet, damals allerdings noch zu Niedrigzinsen. Hauseigentümer, die über ein Solardach entscheiden können, gibt es in Deutschland verglichen mit den europäischen Nachbarn außerordentlich wenige. Und auch manche Eigentümer eines Hauses, denen nach Steuern und Abgaben mehr als der Durchschnitt bleibt, und deren Hausdach überhaupt so liegt, dass sich eine Solarmodulbestückung lohnt, können nicht ohne weiteres auf 15 000 Euro zurückgreifen oder einen entsprechenden Kredit aufnehmen. Beispielsweise deshalb, weil sie mit dem, was Staat und Sozialkassen ihnen übriglassen, schon einen Hauskredit bedienen. Aus Sicht von Martin Hundhausen haben sie nicht nur ihre materielle Existenz falsch gewählt, wenn es ihnen an zwei frei verfügbaren Professorengehältern in der Hinterhand mangelt. Sie gehören auch zu den moralisch Verkommenen, die durch ihre Entscheidung, sich nicht zusammenzureißen und einfach anderswo zu sparen, Mitschuld am globalen Unglück tragen. „Klimawandelleugner“ liegt sprachlich nicht umsonst in der Nähe von „Holocaustleugner“.

Natürlich reichen 15 000 Euro längst nicht aus, um sich wirklich weitgehend unabhängig von der externen Stromversorgung zu machen. Dazu wäre außerdem ein sehr leistungsfähiger und deshalb nicht gerade kostengünstiger Stromspeicher nötig. Es müssen schon mehrere Faktoren zusammenfallen, um hundhausengefällig zu leben: Ein eigenes Haus mit dem Dach auf der Sonnenseite, dazu das nötige Kapital für Solarmodul und Batterie. Kommt dann noch ein vom Steuerzahler bezuschusstes Elektromobil dazu, dann ist

das Glück allerdings fast perfekt. Zu der materiellen Fortune kommt die Befriedigung, nicht nur zwischen saturiert und weniger gut gepolstert unterscheiden zu können, sondern auch zwischen gut und schlecht, und gleich zweimal auf der richtigen Seite zu stehen wie weiland Reverend Townsend.

Der Autor betont, um Einwänden vorzubeugen, dass er den Professor aus Erlangen nicht wegen seiner individuellen Bedeutung auswählt, sondern, weil er einen Typus verkörpert, der die Gesellschaft prägt. So wie auch der Grünen-Funktionär aus München, der meinte, die meisten, die mit dem Auto zur Arbeit pendeln, seien schlicht zu faul zum Radfahren. Und ganz ähnlich wie die auch für die steuergeldfinanzierte Plattform Correctiv tätige Journalistin, die vor einiger Zeit auf Twitter Autofahrern vorhielt, welchen Schaden sie beispielsweise durch ihre Arbeitspendelei anrichten, und ihnen als Alternative eine Bahncard 100 empfohlen hatte. Der Preis für eine Bahncard 100 zweiter Klasse liegt derzeit bei 4144 Euro. Die Journalistin weiß natürlich, dass es sich um ein Statussymbol für Leute handelt, die von Stadtzentrum zu Stadtzentrum im ICE reisen, dass sie einem Berufspendler außerhalb der Metropolen gar nichts nützen würde, selbst wenn er das Geld übrighätte, und dass auch der Handwerker nicht mit dem Zug anreist, um ein verstopftes Rohr bei einer wohlgesinnten Medienmitarbeiterin wieder freizumachen. Sie möchte genauso wie ein anderer Professor, der ebenfalls unermüdet für die Energietransformation trommelt, stolz die Bilder seines Tesla ins Netz stellen und sich über Leute lustig machen, die noch den teuren fossilen Treibstoff kaufen, etwas mitteilen.

Nämlich, dass einfacher steuergeldgespeicherter Wohlstand allein noch kein angenehmes Leben garantiert. Wirklichen Spaß macht es erst mit der Mög-

lichkeit, sich selbst zur auch moralisch höherstehenden Klasse zu rechnen, und nach unten zu verachten.

Um noch einmal zu den Solardachleugnern ohne das nötige Kleingeld zurückzukommen: Voraussetzung für das Gutleben nach dieser Definition ist zwangsläufig ein eigenes Haus ausreichender Größe. Wir wissen zwar nichts über die Wohnverhältnisse von Professor Hundhausen, vermuten aber, dass er sich nicht selbst als Klimaleugner anklagen will. Stefan Rahmstorf postete kürzlich ein Foto, das ihn auf dem weitläufigen Gartengrundstück hinter einer eigenen Immobilie zeigte, die außerdem – auch darüber informierte er die Twit-tergemeinde – über eine Wärmepumpe verfügt. Die wiederum lohnt sich nur bei einem ausreichend großzügigen Raumangebot. Wir kommen gleich darauf zurück. Auch die Transformationsforscherin Maja Göpel verfügt offenbar über ein Eigenheim. Jedenfalls besuchte eine Spiegel-Mitarbeiterin vor einiger Zeit die rührige Medienfigur in ihrem, wie es hieß, idyllisch gelegenen Haus im Süden Berlins, dem Ort, an dem Ihr „Weltrettungsbuch“ (Spiegel) „Unsere Welt neu denken“ entstanden war. Beziehungsweise, wie sich später herausstellte, an dem Ort, an dem sie jedenfalls die Textlieferungen ihres nichtgenannt-seinwollenden Ghostwriters entgegen-genommen hatte.

Irgendwas muss dieser Lebensstil mit ausreichend großer Immobilie und Grundstück ja an sich haben, dass ihn viele für sich wünschen. Kommt dann noch die Absicherung durch eine Professur wie bei Göpel und ein demnächst, wie sie ankündigte, zu gründendes eigenes Institut dazu, das vermutlich auch wieder an das Verteilnetz für öffentliches Geld angekoppelt wird, lässt sich die Lebensqualität kaum noch steigern. Eigentlich nur noch dadurch, dass sie eine gewisse Exklusivität besitzt, ähnlich wie im vorrevolutionären Frankreich und im vor- und frühindustriellen England, wo die Klassengrenzen noch scharf gezogen waren.

„politische und wirtschaftliche Neuordnung“

Maja Göpel deutete in einem Interview mit der Plattform „Klimareporter“ kürzlich an, dass sich die von ihr gewünschten Ergebnisse möglicherweise nicht ganz freiwillig erreichen lassen, sondern

eine „politische und wirtschaftliche Neuordnung“ mit strenger Hand herbeigeführt werden müssen. Das klingt dann so:

„Maja Göpel: Wir merken, dass die Art und Weise, wie wir zentrale Bereiche der Gesellschaft organisiert haben, zum Beispiel bei der Energieversorgung, Landnutzung oder der Stadtplanung, nicht mehr die gewünschten Ergebnisse erzielt und wir mit kleinen Veränderungen innerhalb der bisherigen Denklögen keine Besserung verzeichnen.“

Klimareporter: Das bedeutet?

Göpel: Wir brauchen eine strukturelle und damit politische und wirtschaftliche Neuordnung. Das besagen Begriffe wie Energiewende, Verkehrswende, Ernährungswende, Ressourcenwende.“

Das besagen Begriffe. (Bei dem Zwiesgespräch stand ihr kein Formulierungshelfer zur Seite, weshalb es sich dann eben anhört wie die unbearbeitete Maja Göpel, aber das nur nebenbei.)

Wo die EU-Kommission, Schellhuber und Göpel neuordnen, kann „Quarks“, das Weißkittelmagazin des WDR, nicht abseits stehen. In einem längeren Beitrag („Darum brauchen wir die Bauwende“) erklären die Mitarbeiter des Gebührensenders, wie die Zukunft des Wohnens aussehen soll. Das hauptsächliche Ziel besteht darin, anderen vorzurechnen, dass sie zu viel Fläche verbrauchen, ob in der freistehenden Verirrung oder überhaupt. Wie immer geht es nicht ohne Expertise. Was Claudia Kemfert auf dem Gebiet der Energieversorgung und Katja Diehl im Feld der Mobilität leisten, liefert ein Wohnforscher namens Daniel Fuhrhop für „Quarks“:

„Der Wohnforscher Daniel Fuhrhop von der Universität Oldenburg“, heißt es dort, „beschäftigt sich damit, wie wir existierenden Wohnraum besser nutzen könnten. Möglichkeiten gibt es viele. Ein Beispiel sind Wohnungstauschbörsen. Sie könnten dabei helfen, dass Menschen, die allein in großen Wohnungen leben, kleinere Apartments finden. Weil es häufig ältere Menschen sind, die alleine in einem Haus oder in einer großen Wohnung leben, könnte auch geförderte Hilfe bei Umzügen einen Beitrag leisten, um diesen Wohnraum zu erschließen.“

Wer hätte gedacht, dass der Satz „na, so allein?“ demnächst nicht mehr unbedingt in der Nachbar fällt, sondern an

der Wohnungstür, und seine Fortsetzung lautet: „... auf so viel Quadratmetern?“ Am Ende, das wusste schon ein Transformationspraktiker und Neuordner aus Russland, läuft alles auf die Frage zu: ЧТО ДЕЛАТЬ? Was tun?

„Quarks“ gibt auch darauf eine Antwort.

„Was können wir so lange tun? [...] Wie viel Wohnraum brauchen wir eigentlich zum Leben? Haben wir nicht vielleicht doch noch ein Zimmer frei, das wir vermieten können? [...] Und vielleicht lohnt sich ja auch ein Gespräch mit den Eltern oder Großeltern, um sie davon zu überzeugen, dass sie auch mit deutlich weniger Wohnraum auskommen können.“

Was war ein Facharbeiter?

Auf FFF-Demonstrationen tragen Kinder ab und zu von Erwachsenen angelegte Plakate spazieren, auf denen es heißt: „Oma, was ist ein Schneemann?“ Den wird das Kind noch erleben; viel wahrscheinlicher ist es, dass es Oma später einmal fragt, ob es wirklich eine Zeit gab, in der sich auch ein Facharbeiter ein Einfamilienhaus leisten konnte. Die nächste Generation fragt möglicherweise schon, jedenfalls in manchen Gegenden, wenn von früher erzählt wird: „Was war ein Facharbeiter?“

Im Spiegel teilte ein Autor den Lesern mit, worum es in den neuen Zeiten – also diesen – geht: „Unsere Kleider, Autos, Waschmaschinen, Häuser, Straßen, Flugreisen, Schulen, Krankenhäuser, Kinos, Supermärkte und Hallenbäder haben wir mit dem Leid gegenwärtiger und künftiger Generationen vor allem im Globalen Süden bezahlt.“ Wieder gutzumachen sei das nur durch Bußgeldzahlungen.

Erstaunlicherweise fehlen Zeitschriften in der Aufzählung der Konsumgüter, die mit südlichem Leid bezahlt werden. Jedenfalls begründet diese Argumentation auch, warum es moralisch geboten ist, den einen oder anderen Arbeitsplatz aus Deutschland zu verlagern, und Energie, Wohnen, bestimmte Konsumgüter und Lebensmittel durch Steuern und Abgaben so zu verteuern, dass Oben und Unten wieder sehr viel deutlicher hervortreten. Ein Redakteursgehalt beim WDR beispielsweise kann bei 100 000 Euro im Jahr liegen. Das erlaubt es dem einzelnen Mitarbeiter, gleichzeitig eine Buß- und Verteuerungspredigt zu

halten, und mit seinen Fotos vom Tauchurlaub in Costa Rica zu signalisieren: Für mich und unsereins reicht's.

Was natürlich auch für andere Medienschaffende gilt.

Statt Wohlstand für alle heißt die Zukunft: Wohlstand für die moralisch dafür Qualifizierten.

Dafür, womit sich diejenigen, für die sich der Wohlstand nicht so recht eignet, beispielsweise dann beschäftigen sollten, wenn der Arbeitsplatz in der Automobilindustrie oder in der Backstube wegfällt, weiß der weiter oben zitierte Professor mit dem Tesla auch schon Rat: Sie können in einem Pflichtjahr für Ältere endlich einmal etwas für die Gemeinschaft tun.

Volker Quaschnig, Jahrgang 1969, ist zwar auch schon über 50. Aber er wird sicherlich darauf verweisen, dass er schon genug für das Land erübrigt, und an seiner Stelle sowieso unabhkömmlich ist.

Es entsteht gerade ein neuer Erster Stand mit allem Drum und Dran. Und wir können sagen: Wir sind dabei gewesen. Nicht bei dem Stand natürlich, aber bei dem gesellschaftlichen Prozess. Wie sollte der neue Erste Stand am besten heißen? „Moralbourgeoisie“ wäre eine Möglichkeit, die ausdrückt, dass es in dieser neuen Zeit weniger auf materielle Meriten denn auf Weltanschauung ankommt. Je schärfer die Kasten- und Klassengrenzen ausfallen, je ungemütlicher das Unten sich gestaltet, desto stärker muss die Moral bemüht werden, um die Verhältnisse zu rechtfertigen. Das war schon immer so, in Zeiten von Marie Antoinette wie in den Jahren der calvinistischen Moraltheoretiker.

Noch nie in der Geschichte fand eine herrschende Klasse die Idee der Klassengesellschaft schlecht. In der DDR, also dort, wo die ebenfalls per selbstgeschöpfter Moral abgesicherten Oberen sich in Wandlitz mit Haus, Hausdienern, Lebensmittellieferservice aus Westberlin und grässlichen Schrankwänden eine Spezialmischung aus ostelbischem Rittergut (Herrschaftsform) und Gelsenkirchner Barock (Ästhetik) herstellten, dort hieß der einschlägige Satz dazu: „Arbeiter- und Bauernstaat ist prima. Man darf nur kein Arbeiter oder Bauer sein.“

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:

leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Nach der Massenmigration kommt die Massen-Einbürgerung

Während ganz Deutschland in Richtung Ukraine und auf den Stromzähler schaut, schwillt, von den Medien nahezu unkommentiert, die Migration aus dem Nahen Osten und aus Afrika zu einem neuen Tsunami an. Schon jetzt ist der Wohnungsmarkt stark unter Druck und die Kranken- und Sozialkassen ächzen unter den ständig wachsenden Ausgaben. In der Kriminalstatistik sind vor allem islamische Migranten überproportional vertreten. Nun will Innenministerin Nancy Faeser auch noch die deutsche Staatsbürgerschaft kurzfristig verschenken. Schon nach fünf, in nicht wenigen Fällen schon nach drei Jahren, sollen Migranten auch ohne Eignungsnachweise wie Sprache und gelungener Integration, den deutschen Pass bekommen. Bisher sind es noch acht Jahre. Die trickreiche Senkung des Wahlalters scheint der grün-linken Polit-Kaste nicht zu reichen. Mit dieser fahrlässigen Neuerung würden alle Migranten, die 2015/16 ins Land gekommen sind, schon sehr bald automatisch zu Staatsbürgern und damit wohl auch zu den von links und grün erhofften neuen Wählern werden. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Während Polen, Ungarn, Dänemark, Frankreich und Italien zunehmend damit beginnen, ihre Grenzen zu schützen, steht Deutschland unverändert speerangelweit offen für jeden, der aus verschiedensten Gründen einreisen möchte. Oftmals provisorisch geschaffene Flüchtlingsunterkünfte überall in der Bundesrepublik, etwa in Form von bereit gestellten Turnhallen, platzen aus allen Nähten. Als da wären die Spätfolgen der Corona-Politik und die auch schon vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine grotesk hohen Preise für Strom und Gas nicht genug, hat die Bundesregierung offensichtlich nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Immer mehr „Schutzsuchende“ und „Flüchtlinge“ kommen nach Deutschland und das in Zeiten, in denen Otto-Normalbürger andere Sorgen plagen.

„Die Lage ist in der Tat beunruhigend“, sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Burkhard Jung, kurz nach dem von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) einberufenen Flüchtlingsgipfel im Oktober dieses Jahres.

Dort gab die Sozialdemokratin den Ländern und Kommunen zwei handfeste Zugeständnisse. 57 Immobilien mit Platz für rund 4.000 Personen versprach Faeser, finanziert durch Steuergelder. Dass derlei Maßnahmen lediglich Tropfen auf den heißen Stein sind, zeigt ein Blick auf die nackten Zahlen: Das Ausländerzentralregister dokumentierte bis Anfang Oktober rund eine Million Flüchtlinge, die im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in Deutschland angekommen sind.

Unter ihnen sind rund ein Drittel Kinder und Jugendliche, mehr als zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Unabhängig davon registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 134.908 neue Asylbewerber, der Großteil von ihnen aus dem Nahen Osten, Afrika und Afghanistan. Um diese Zahlen einordnen zu können, lohnt ein Vergleich zu den historisch hohen Zahlen von 2015 und 2016. Im Kalenderjahr 2015 verzeichneten die Behörden rund 400.000 Asyl-Erstanträge, 2016 waren es 722.370 Menschen.

Gläubte man Berlins Integrationsnatorin Katja Kipping (Linkspartei), verfüge die Hauptstadt inzwischen nur noch über rund 200 Aufnahmeplätze für Asylbewerber und Flüchtlinge. Wer angesichts solcher Meldungen in das obligatorische Schimpfen über das rot-rot-grüne Berlin verfällt, möge einen Blick auf den Rest der Bundesrepublik werfen. Überall im Land feilschen die politisch Verantwortlichen über zur Verfügung



Für Innenministerin Nancy Faeser kann die Einbürgerung scheinbar nicht schnell genug gehen.

stehende Turnhallen, Messegelände und ähnliche Einrichtungen.

Grenzkontrollen nur eine Blendgranate?

Dass die Lage ernst ist, wird überdeutlich, wenn selbst die für linksradikale Magazine publizierende Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorsichtig und langsam damit anfängt, das Problem zu erkennen. Sie kündigte unlängst an, die Grenzkontrollen zu Österreich um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern. Zudem monierte sie, dass beispielsweise Serbien zu wenig gegen illegale Weiterreisen in die EU unternehme.

Wie ernst es Frau Faeser mit ihren neu entdeckten Sympathien für National-

4.000 Neuankömmlinge zu schaffen – eine lächerliche geringe Zahl mit Blick auf die aktuellen Migrationsbewegungen – wandte sich Faeser um konkrete finanzielle Zusagen.

Deutschland geht dieser Tage auf stürmische Zeiten zu. Es darf stark bezweifelt werden, ob sich im Land der Dichter und Denker erneut eine „Willkommenskultur“ wie im Herbst 2015 etablieren wird, dafür ist zu viel passiert. Die Erzählung der arbeitswütigen Fachkräfte, die sich aus fernen Ländern aufgemacht haben, um die deutschen Rentenkassen zu füllen, hat sich als Lüge herausgestellt. Es kamen Ungelernte, Analphabeten und nicht selten Kriminelle. Die Kölner Silvesternacht, das Attentat am Berli-

ren. Genauso schmerzhaft wie Vorfälle dieser Art ist die Reaktion der Berliner Politik. Wenn in Mecklenburg-Vorpommern ein Flüchtlingsheim angezündet wird, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde, fährt die Innenministerin persönlich an den Ort des Geschehens, gibt sich bestürzt und wütend und bläst zum Kampf gegen rechts. Dass inzwischen ein vollkommen unpolitischer Feuerwehrmann der Brandstiftung verdächtigt wird, interessiert später nicht mehr. Wenn fast zeitgleich ein bereits zuvor auffällig gewordener Asylbewerber aus Somalia zwei Menschen auf offener Straße ermordet, reagiert Berlin mit ohrenbetäubender Stille.

Zahlen lügen nicht

Es sind nicht nur gefühlte Wahrheiten, die polizeiliche Kriminalstatistik für das vergangene Jahr spricht einmal mehr eine deutliche Sprache.

(PKS) Im Jahr 2021 kamen 57.461 Syrer neu nach Deutschland, 2020 waren es lediglich 37.693. Das entspricht einem Anstieg von 52,4 Prozent. Noch auffälliger ist die Tendenz mit Blick auf Asylbewerber aus dem Irak und Afghanistan. Aus dem Irak waren im Jahr 2020 noch 10.046 Menschen eingereist, im vergangenen Jahr waren es 19.296, ein Anstieg von 92,1 Prozent. Von Afghanistan aus machten sich vor zwei Jahren noch 11.195 Personen auf den Weg, um in Deutschland Asyl zu beantragen, 2021 waren es 26.313. Ein Zuwachs von 135 Prozent innerhalb von zwölf Monaten.

Die Erzählung der arbeitswütigen Fachkräfte, die sich aus fernen Ländern aufgemacht haben, um die deutschen Rentenkassen zu füllen, hat sich als Lüge herausgestellt.

staaten und sichere Grenzen ist, wird jedoch in Teilen der Politik in Zweifel gezogen. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) monierte nach dem Treffen der Innenministerin mit Vertretern von Kommunen und Bundesländern: „Das dient nicht dem sozialen Frieden“. Denn trotz des Versprechens, Platz für

ner Breitscheidplatz, die bestialischen Messermorde von Würzburg und Ludwigshafen, ein Transsexueller, der beim Christopher Street Day in Münster von einem Tschetschenen zu Tode geprügelt wurde, „Schutzsuchende“, die fremde Menschen vor einfallende Züge werfen, die Liste ließe sich ewig weiterfüh-

„Straftaten gegen das Leben“, Beamtenjargon für Mord und Totschlag, wurden zu 12,8 % von Zuwanderern begangen, einer Gruppe, die weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund sind in diesen Zahlen nicht mit einberechnet, vor allem ein Migrationshintergrund wird von den meisten Landespolizeibehörden seit Jahren nicht mehr erhoben.

Auch die Täter-Opfer-Konstellationen zeigen mit mathematischer Korrektheit das, was jeder unvoreingenommene Mensch bei einem Spaziergang durch eine deutsche Großstadt ebenfalls feststellen würde. Entgegen den Fieberträumen progressiver Journalisten und selbsterklärter Antirassismus-Aktivistinnen, ist es nicht „Florian“, der getrieben von rechtspopulistischer Menschenverachtung „Ali“ am Kottbusser Tor auflauert.

„Unter den insgesamt 83.426 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern befanden sich 40.593 Deutsche“, schreibt das Bundeskriminalamt. Das ist ein prozentueller Anteil von 48,7.

Das Szenario, in dem ein Zuwanderer einem anderen Zuwanderer etwas antut, ist das zweithäufigste. In 35,7 Prozent der polizeibekanntesten Fälle war mindestens ein Zuwanderer tatverdächtig, wenn das Opfer einer Straftat ebenfalls zu dieser Gruppe gehörte.

11.107 Zuwanderer wurden Opfer einer Straftat mit mindestens einem deutschen Tatverdächtigen, das entspricht

21,7 Prozent und ist somit weniger als halb so häufig wie das gegenteilige Szenario. Erneut sei daran erinnert, dass ein Migrationshintergrund ohnehin nicht mehr erfasst wird.

Wissenswert ist zudem, welche Herkunftsländer von zugewanderten Straftätern besonders negativ auffallen. Syrer sind auf den ersten Blick mit Abstand am häufigsten in Konflikt mit dem Gesetz geraten. Sie stellen 20,7 Prozent aller Tatverdächtigen Asylbewerber, jedoch sind sie mit 34,1 Prozent aller Neuankömmlinge auch die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von Afghanen (12,5 Prozent aller Asylbewerber und 10,6 Prozent aller Tatverdächtigen) und Irakern (11,4 Prozent aller Asylbewerber und 7,3 Prozent der Tatverdächtigen). Signifikant krimineller als angesichts ihrer Anzahl an Einwanderern erwartbar wäre, sind hingegen vor allem Menschen aus Nigeria, Somalia, Gambia und jene Gruppe, deren Herkunftsland den deutschen Behörden nicht bekannt ist.

Die Politik setzt absurde und falsche Prioritäten

Jeder fünfte somalische Mann in Rheinland-Pfalz wurde 2021 einer Straftat verdächtig. Diese Zahl ist grotesk. Bei Syrern und Afghanen ist es marginal besser, aber immer noch exorbitant höher als bei Einheimischen. Doch wer das anspricht oder es gar wagt, politische Konsequenzen aus diesen unangenehmen Wahrheiten zu fordern, wird nicht selten als Rassist diffamiert. Genau hier liegt der Casus Knaxus der politischen Kommunikation. In Anbetracht der

Lage, in der unser Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) fachmännisch erklärt hat, viele Betriebe würden nicht insolvent gehen, sondern eben einfach aufhören zu produzieren, haben die Menschen andere Sorgen, als sich am Projekt Weltrettung einer realitätsfremden Politik- und Medieneite in Berlin zu beteiligen. Deutschland kann es sich nicht einmal mehr leisten, seine öffentlichen Gebäude anständig zu beheizen und nachts zu beleuchten, nimmt aber immer mehr Bittsteller auf.

Eine Prioritätensetzung, die das Weltklima und die Regenbogenfahne mit der großen kulturellen Vielfalt um das wichtigste Thema der Zeit konkurrieren lässt, verschreckt immer mehr Bürger. Würden die Berliner Politik und der zwangsfinanzierte über acht Milliarden Euro teure Rundfunk wenigstens mit derselben Hingabe für Otto Normalbürger eintreten, wäre das alles leichter zu verkaufen. Nachdem der Afroamerikaner Elon Musk die Kommunikations- und Nachrichtenplattform Twitter gekauft und mehr Meinungsfreiheit für dessen Nutzer versprochen hat, schrieb die Tagesschau von „verschwörerischen Ratten“, die zurück in ihre Löcher geprügelt werden müssten. Gemeint waren jene Menschen, die in der Vergangenheit dem Twitter-Algorithmus nicht progressiv genug waren. Für Sarah Bosetti vom ZDF war jeder, der nicht zum Versuchskaninchen der Pharmaindustrie im Austausch gegen die Gewährung verfassungsrechtlich verbrieft Grundrechte werden wollte, ein „Blinddarm“, den es zu entfernen gelte.

Die vollkommene Ignoranz der Politik und Teilen der Medien gegenüber Andersdenkenden hat die letzten zwei einhalb Jahre massiv geprägt, bisher gab es weder offizielle Entschuldigungen noch Rücktritte. Dieselben Menschen, die tagein, tagaus Liebe, Weltoffenheit, Demokratie und Vielfalt predigen, haben ihr wahres Gesicht gezeigt. Wer Verzicht predigt, um sich beim Oktoberfest mit Fleischplatten und Maßkrügen fotografieren zu lassen und seit Jahrzehnten alles daransetzt, jede noch so zaghafte Anbahnung eines gesellschaftlichen Wir-Gefühls im Keim zu ersticken – nicht selten mittels Diffamierungen – kann nicht auf die Solidarität einer eingeschworenen Schicksalsgemeinschaft hoffen.

Sollte die Bundesregierung nicht tunlichst damit anfangen, eine härtere Linie gegen illegale Einwanderung aus der dritten Welt zu fahren, könnte die innere Sicherheit und das Vertrauen in staatliche Behörden, eigentlich eine stark ausgeprägte Eigenschaft des Durchschnittsdeutschen, weiteren Schaden nehmen. Angesichts der zunehmenden Überalterung der deutschen Gesellschaft und des grassierenden Pflegenotstands, braucht es Migration. Jedoch in einer Form, die dem Land tatsächlich hilft. Wer die deutsche Kultur respektiert, achtet und bereit ist, die Gastfreundschaft der Wahlheimat durch harte Arbeit und gesetzestreu Verhalten zurückzuzahlen, sollte auf legalem Weg einreisen können. Wie in den USA oder Kanada auch.

Juden-Hass ist Teil der DNA des Islam

Der islamische Juden-Hass kommt zu seiner Tarnung gerne im Kleide der „Israel-Kritik“ daher, dabei ist er von jeher elementarer Bestandteil des Islam. Schon der Religionsstifter Mohammed hat mit seiner Juden-Verfolgung und -Vernichtung die Richtung für alle orthodoxen Muslime gezeigt. So wird im Koran und den mündlichen Überlieferungen der Hass auf das Judentum als Teil seines Eroberungszuges geschürt und der Mord an Juden bewusst belohnt. Damit müsste sich die deutsche Politik und ihre grünen und linken Einwanderungsprotagonisten eigentlich auseinandersetzen, wenn sie Hunderttausende muslimische Migranten nahezu ohne Prüfung ihrer Absichten ins Land lassen. (JR)

Dr. Alfred Schlicht

„Ich kam als Judenhasser nach Deutschland ... weil ich in dieser antisemitischen arabischen Kultur aufgewachsen bin. Die meisten Syrer sind Antisemiten.“ Dies sagte Bassam Tibi, in Syrien geborener deutscher Professor und Musterbeispiel für gelungene Integration, der Basler Zeitung vor einigen Jahren. Und angesichts der Migrationswelle des Jahres 2015 sagte Josef Schuster, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland: „Unter den Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stammen sehr viele aus Ländern, in denen Israel zum Feindbild gehört. Sie sind mit dieser Israelfeindlichkeit aufgewachsen und übertragen ihre Ressentiments häufig auf Juden generell.“ [„Die Welt“ 3.10.2015]. Genau dies ist das zentrale Problem. Es geht nicht um Kritik an Israel, wie sie in einem Rechtsstaat selbstverständlich erlaubt und legitim ist. Es geht um Hass auf Juden schlechthin. Dies wird deutlich an den Slogans und Versen, welche bei Demonstrationen immer wieder zu hören sind, und am Kontext, in dem sich solche Demonstranten positionieren. Von Anti-Israel Demonstrationen berichtete der SPIEGEL schon vor der großen Zuwanderung 2015/2016, dass

Menschen, die nichts anderes eint als ein militanter Judenhass, sich zusammenfanden, dass „Rechtsextreme im selben Pulk wie Linksautonome oder militante Muslime gegen Israel marschierten.“ [SPIEGEL online 28.7.2014]

Judenfeindliche Parolen auf deutschen Straßen

Skandiert wurde, bereits 2014 in Gelsenkirchen und auch wieder 2021 bei den Gaza-Demonstrationen, nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch in den Niederlanden: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas!“ So wurde Solidarität mit einer Organisation zum Ausdruck gebracht, die beispielsweise von der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft wird. Im Juni 2021 forderten die CDU und die FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein Verbot der Hamas in Deutschland. Auf der anderen Seite wurde Judenvernichtung im Stil des Nazi-Genozids gefordert.

Dass es um Hass auf Juden geht – und nicht um Israelkritik – zeigt auch der im Sommer 2021 in Berlin verwendete Reim: „Chaibar, Chaibar, ya Yahud – dschaisch Muhammad say-a-ud.“ [Chaibar, Chaibar, oh Jude[n] – Die Armee Muhammads wird zurückkehren]. Auch hier wird nicht auf

Gaza oder Israel rekurriert, sondern auf ein Ereignis der frühislamischen Geschichte, das den anwesenden Journalisten und Polizisten in Berlin trotz seiner historischen Bedeutung unbekannt war. Aus dem islamischen Urstaat, den Muhammad in Medina gegründet hatte, vertrieb der Prophet des Islam Juden, die dann in der Oase Chaibar Zuflucht fanden. Im Lauf des Siegeszugs des Islam wurde auch Chaibar eingenommen und Teil des entstehenden islamischen Imperiums. Die dortigen Juden mussten sich der islamischen Herrschaft beugen, einen untergeordneten Status akzeptieren und Steuern bezahlen, um als Juden weiterleben zu dürfen.

Ein Präzedenzfall war geschaffen für die gesellschaftliche und rechtliche Lage der Nichtmuslime – also auch der Christen – unter islamischer Herrschaft: Die „Dhimma“ war entstanden.

Europa nicht sicher für Juden

Aber es geht nicht nur um Parolen und Slogans. Auch brutale judenfeindliche Verbrechen sind in Europa wieder häufiger geworden:

Die 86-jährige Holocaustüberlebende Mireille Knoll, die 2018 in ihrer Pariser Wohnung von einem Islamisten ermordet wurde, war sicher ebenso wenig für die Politik des Staates Israel

verantwortlich wie die 3 Kinder und der Rabbi, die 2012 in Toulouse einem islamistischen Mörder zum Opfer fielen – um nur 2 Beispiele von vielen zu nennen. Vor diesem Hintergrund ermutigte der damalige israelische Premierminister Netanjahu die Juden Europas zur Auswanderung nach Israel. Mehr und mehr Juden wählen in der Tat diese Option. 2011 wanderten 1700 französische Juden nach Israel aus, 2013 waren es fast 3300 und 2015 stieg die Zahl der jüdischen Emigranten, die von Frankreich aus nach Israel gingen, auf über 8000.

Was auch immer geschieht und wie viele genuin judenfeindliche Verbrechen auch verübt werden – einige Schönfärber und Verharmloser bezeichnen es als „Islamophobie“, die antijüdischen Inhalte des Islam zu benennen und vor ihnen zu warnen. Wer judenfeindliche Haltungen und daraus resultierende Verbrechen rechtfertigt, macht sich zum Komplizen.

Thomas Mann schreibt in seinem „Zauberberg“: „Toleranz wird zum Verbrechen, wenn sie dem Bösen gilt.“

Dr. Alfred Schlicht ist u.a. Verfasser von „Gehört der Islam zu Deutschland?“ Orell Füssli 2017 und von „Die Araber und Europa“ Kohlhammer 2008.

Sind Windräder in Israel gefährlicher als anderswo?

Die ARD kann das Anti-Israel-Framing in ihrer Berichterstattung nicht lassen: Windräder zur Energiegewinnung sind eine gute Sache – aber nicht, wenn sie in Israel stehen. Diesen Eindruck vermittelt der Bericht einer deutschen ARD-Korrespondentin. Bei genauerer Betrachtung wird klar, dass es dem Sender einzig und allein darum geht, ein negatives Framing gegenüber Israel zu bedienen. (JR)

Stefan Frank/Achgut.com

Sophie von der Tann ist Korrespondentin des Bayerischen Rundfunks (BR) in Tel Aviv. Ende September veröffentlichte sie auf der Nachrichtenwebsite tagesschau.de eine schriftliche Minireportage über Windkraftanlagen in Israel, von denen etliche seit 1992 auf Israels höchstem Gebirgszug montiert sind, den Golanhöhen, die von der Journalistin als „annektierter Golan“ bezeichnet wird.

Sie berichtet von einem Winzer namens Tal Pelter, der sich um die Natur und den Tourismus sorgt, sollten die Windparks erweitert werden. „Zweihundert neue Windkraftanlagen sollen auf dem Golan gebaut werden“, schreibt von der Tann, „die neuesten über zweihundert Meter hoch – höher als Tel Aviver Wolkenkratzer, wie israelische Zeitungen titeln“. Übertrieben hoch, soll das wohl heißen.

Viele Siedlungen auf dem Golan profitierten von den Einnahmen durch Windenergie, berichtet sie, weshalb solche Projekte zunächst auch die Zustimmung der auf dem Golan lebenden Drusen – von der Tann nennt sie etwas irreführend „syrische Drusen“ – gefunden hätten. Doch einer von ihnen sei „mittlerweile zu einem Aktivisten gegen die Windräder geworden“.

Schäden für Zugvögel „so hoch wie an kaum einem anderen Ort“

Der „Widerstand“, der sich „regt“, wie es im Vorspann heißt, ist das eigentliche Thema des ARD-Beitrags. Ein israelischer Physiker, der ebenfalls gegen die Windräder opponiert – und wohl gerade deshalb von der BR-Reporterin befragt wurde –, verweist auf die Gefahren für Zugvögel, die von den Windfarmen ausgingen. „Im Frühling und Herbst fliegen etwa 200.000 Vögel über die Golanhöhen von Europa nach Afrika und zurück“, hat Sophie von der Tann herausgefunden.

Viele Vögel würden durch die Windräder verletzt, berichtete ihr Hagit Ulanosky von der israelischen Natur- und Park-Behörde. Die Schäden für Zugvögel seien im Golan „so hoch wie an kaum einem anderen Ort“, wird er zitiert. Und was die gesundheitlichen Folgen für Menschen betreffe, gebe es einen „Nocebo-Effekt“: „Befürchtet man Auswirkungen auf die Gesundheit, kann es in der Tat zu solchen kommen, auch wenn kein Zusammenhang mit den Windrädern als tatsächliche Ursache festgestellt werden kann.“

Als Fürsprecher der Windkraftanlagen lässt die Reporterin einen Landwirt zu Wort kommen, der meint, wolle Israel bis zum Jahr 2030 fast ein Drittel seines Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen, müsse eben „alles“ dafür getan werden, und zwar „auch hier“. Wer in den Golan ziehe, habe oft „ein ruhiges, grünes Postkartenleben“ im Kopf, das aber „eben nicht die Realität“ sei.

Im Unterschied zu ihrer Reportage über das Jerusalemer Auguste-Viktoria-Krankenhaus, in der sie den Gegnern des Antisemitismus die Schuld daran gab, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde ihre Schulden nicht bezahlen könne, ist Sophie von der Tann Beitrag über die Windräder keine Propaganda. Die darin geäußerten Sorgen um die Folgen des Windkraftbooms



In der Berichterstattung geht es im Grunde nicht um Windräder, sondern darum, Israel in ein schlechtes Licht zu rücken.

sind legitim. Auch hat sich von der Tann diesmal bemüht, mehr als nur einer Seite Gelegenheit zu geben, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Das ist ein Fortschritt. An ihrem Artikel gibt es wenig auszusetzen.

Umweltministerin fordert Baustopp

Würde man die Messlatte sehr hoch setzen, könnte man vielleicht noch erwarten, die BR-Reporterin wüsste, dass die geplanten Windräder noch nicht genehmigt sind und auch nicht genehmigt werden, geht es nach dem Willen der Umweltschutzministerin Tamar Zandberg.

Die Times of Israel veröffentlichte am 20. Juli einen ausführlichen Artikel über die nicht nur für Zugvögel, sondern auch für Menschen, Fledermäuse, am Boden lebende Säugetiere und Amphibien ausgehenden Gefahren der Windräder. Dieser Beitrag ist um einiges informativer und faktenreicher als der deutsche. Aber daraus soll man der Autorin keinen Strick drehen: Selbstverständlich berichten Israelis ausführlicher und genauer über das, was in Israel geschieht. Wa-

oder irgendeiner europäischen Region. Läge das nicht näher, allein schon geografisch?

Böse Windräder in Israel

Auch schlagen die ARD-Autoren für gewöhnlich einen ganz anderen Ton an, wenn es um dieses Thema geht. Reichen Vogelschützer gegen den Bau bestimmter Windparks in Deutschland Klage ein, wird das auf tagesschau.de als ärgerliches Hindernis dargestellt („Wie Klagen den Windkraftausbau verzögern“ oder „Woran der Windkraft-Ausbau scheitert“).

Es wird gefragt, ob der Artenschutz „nur vorgeschoben“ sei. Was ist mit den Vögeln? Diese haben hierzulande eigentlich gar nichts gegen Windräder. Der Rotmilan, berichtet Björn Dake aus dem ARD-Hauptstadtstudio, habe „nach Ansicht von Fachleuten ganz andere Probleme“ als jenes, von Windrädern geschreddert zu werden: „Er findet nur schwer Nahrung. Oft verkleinert die Landwirtschaft den Lebensraum der Vögel und ihrer Beute – nicht ein Windrad.“

Aha. Windräder sind also kein großes

Problem, führen den Widerstand an und tragen Bedenken.“

Bei dem Beitrag über Windräder in Israel geht es um das Vogelsterben; nicht die Windräder, sondern der „Widerstand“ dagegen wird in einem positiven Licht präsentiert. Windkraftgegner auf dem Golan leben auch nicht in „Löchern“. Windräder, so scheint es, sind gut – außer, wenn sie in Israel stehen.

Aggressive Berichterstattung

In Beiträgen über den Staat Israel wird das Negative hervorgehoben, weiß der Journalist Matti Friedman zu berichten. Er arbeitete zwischen 2006 und 2011 im Jerusalemer Büro der amerikanischen Nachrichtenagentur AP. Dabei fiel ihm auf, dass die Beiträge über Israel grundlegend anders waren als jene über andere Länder. In einem Artikel für das amerikanische Magazin Tablet schrieb er später:

„Israelisches Handeln wird analysiert und kritisiert, und jeder Fehler in der israelischen Gesellschaft wird auf aggressive Weise berichtet.“

Friedman begann die Artikel zu zählen, die Israel in ein schlechtes Licht rücken:

„In einem Zeitraum von sieben Wochen, vom 8. November bis 16. Dezember 2011, beschloss ich, die Stories zu zählen, die aus unserem Büro über die verschiedenen moralischen Fehler der israelischen Gesellschaft kamen – Gesetzesvorschläge zur Unterdrückung der Medien, der wachsende Einfluss von Israels orthodoxen Juden, nicht genehmigte Siedlungsaußenposten, Geschlechtertrennung und so weiter. Ich habe 27 einzelne Artikel gezählt, durchschnittlich alle zwei Tage eine Story.“

Nach einer „sehr konservativen Schätzung“, so Friedman, habe AP in diesen sieben Wochen mehr signifikant kritische Texte über Israel veröffentlicht als über die „Palästinensische“ Autonomiebehörde, die „palästinensische“ Gesellschaft und die Hamas „in den vorangegangenen drei Jahren“.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch

„Israelisches Handeln wird analysiert und kritisiert, und jeder Fehler in der israelischen Gesellschaft wird auf aggressive Weise berichtet.“

rum sollten deutschen Lesern die Vögel des Golan ebenso am Herzen liegen wie israelischen?

Gerade das aber ist es, was an von der Tann Bericht irritiert: Woher rührt das Interesse einer Reporterin des Bayerischen Rundfunks an durch israelische Windkraftanlagen getötete Zugvögel? Nicht, dass es ein illegitimes Interesse wäre: Journalisten dürfen über alles schreiben, sie müssen auch nicht rechtfertigen, weshalb sie sich für ein bestimmtes Thema interessieren. Jedoch: Etwas seltsam ist es schon, warum tagesschau.de die Gefahren von Windrädern ausgerechnet am Beispiel Israels illustriert und nicht etwa am Beispiel Deutschlands

Problem für den Rotmilan, von einem Nocebo-Effekt, den Windräder auf die Gesundheit von Menschen haben könnten, ganz zu schweigen. Das unterscheidet Windräder im Schwarzwald offenbar von solchen auf dem Golan.

Geht es um Windkraft in Deutschland, beklagen ARD-Journalisten auf tagesschau.de immer wieder einen in ihren Augen zu langsamen Ausbau. „Zu viel Bürokratie“ bringe den Ausbau ins „Stocken“. Eine „Flaute beim Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg“ wird beklagt. In einem Filmbericht sagte der Windkraftlobbyist Jörg Dürr-Pucher vor laufender Kamera: „Die, die dagegen sind, AfD, FDP, kommen bei jedem Pro-

Kein sicherer Ort für Juden Teil I: Eine Reisewarnung für Hamburg

1912 eröffnete der jüdische Unternehmer Oscar Tietz am Jungfernstieg ein fünfstöckiges Warenhaus, das heutige „Alsterhaus“. 1934 enteigneten die Nationalsozialisten die Familie Tietz. Auch deren KaDeWe in Berlin und andere Hertie-Häuser wurden „arisiert“. Heute ist der Jungfernstieg schon wieder kein guter Ort für Juden, denn die ehemals prachtvolle Promenade ist zu einem Treffpunkt vor allem jugendlicher muslimischer Migranten geworden. Von der damaligen Pracht keine Spur, herrschen hier seither zunehmend Alkoholmissbrauch, Gewalt und Judenhass. (JR)

Von Birgit Gärtner

Der Jungfernstieg, einst Prachtboulevard, an dem jüdisches Leben blühte und – im wahrsten Sinne des Wortes – gut betuchte Familien mit ihren „Jungfern“, sprich unverheirateten Töchtern, flanieren, ist heute nicht nur optisch der Trostlosigkeit anheimgefallen, sondern auch kein guter Aufenthaltsort – weder für Juden noch für junge Frauen im Allgemeinen.

Stattdessen machen sich dort häufig – vor allem in den Abendstunden – „Jugendliche“ breit, mit ihnen Alkohol, Drogen und Gewalt, was nicht selten zu Polizeieinsätzen führt und sowohl Einheimische als auch Touristen den Platz meiden lässt. In den Medien ist die Rede vom „Brennpunkt Jungfernstieg“, an dem sich abends „500 Jugendlichen“ trafen. Erwähnt werden „Beschimpfungen, Prügeleien, aggressives Verhalten“, nicht selten wird von Messerattacken berichtet. Die Jugendlichen seien nicht straff organisiert, sondern die Polizei habe es zu tun mit „...“, eher losen Verbindungen, die sich Namen wie „Bruderschaft 786“ ... geben.

Was bedeutet das konkret? Für Frauen – gleich welchen Alters – und für Juden? Wir haben nachgefragt bei der Polizei Hamburg. Die Antwort lesen Sie in Teil II in der Januar-Ausgabe, Teil I beschäftigt sich mit der historischen Bedeutung jüdischer Bank- und Kaufleute am Jungfernstieg.

Ende des 12. Jahrhunderts ließ Graf Adolf III., Edler Herr von Schauenburg und Holstein, einen Damm durch die Alsterniederung bauen, um „eine neue – im weiten Umkreis die bei weitem leistungsfähigste – Mühle“ betreiben zu können. Somit beförderte er 1187 die Gründung der Hamburger Neustadt, indem er den Siedlern gegenüber den Bewohnern der bischöflichen Altstadt Privilegien und Freiheitsrechte, Zollfreiheit und Marktrechte versprach.

Leider verabsäumte er, diese Freiheitsrechte kaiserlich bestätigen zu lassen. Adolf III. verlor um 1202 seine Herrschaftsrechte an den König von Dänemark und Hamburg stand somit unter dänischer Herrschaft. Die von Adolf III. großzügig gewährten Freiheitsrechte wären futsch gewesen, wenn die Bürger nicht so pfiffig – oder durchtrieben – gewesen wären, eine entsprechende Urkunde einfach zu fälschen. Darauf begründete die Stadt ihre Rechte als „Freie und Hansestadt“.

Adolf III. war nicht nur „Edler Herr von Schauenburg“, sondern laut Wikipedia auch „Graf von Holstein und Storman“ und stammte aus dem Geschlecht der Schauenburg, heute Schaumburg, ursprünglich beheimatet in Rinteln an der Weser. Heute wird das Geschlecht von Alexander Fürst zu Schaumburg-Lippe geführt, der auf Schloss Bückeburg lebt und sich u.a. sehr gegen Antisemitismus engagiert. Der musikalische Prinz ist mit der iranisch-stämmigen Künstlerin Mahkameh Navabi verheiratet und



Panorama des Jungfernstiegs Hamburg

unterstützt aktuell aktiv die Freiheitsbestrebungen der – vor allem weiblichen – iranischen Bevölkerung.

Von „Jungfern“ und später berühmten Dichtern

Die von Adolf III. erbaute Kornmühle wurde später von dem Müller Heinrich Reese gepachtet; der Damm und die 1843 parallel zum Jungfernstieg errichtete Brücke, mit der der kleine See im Innenstadtbereich in die Binnen- und Außenalster geteilt wird, wurden nach ihm benannt. Laut Tietz ließ der damalige Senat 1799 den Jungfernstieg verbreitern, mit 200 Linden verschönern und mit 40 ölbefeuerten Lampen erleuchten. Ein pfiffiger Franzose, „der Vicomte Augustin Lanclot de Quatre Barbes, ...“, der nach Hamburg geflüchtet war, um seinen Kopf vor der französischen Revolution zu retten, beantragte eine Lizenz zur Eröffnung eines Restaurants, in dem Kaffee und Kuchen, warme Speisen, Erfrischungsgetränke und auch Speiseeis gereicht werden sollten. Wie die Welt berichtete, stellte die Stadt Bedingungen an die Lizenzvergabe: „Die Gäste mussten auf Karten- und Würfelspiel und das öffentliche Tabakrauchen verzichten.“

Der Vicomte ließ sich darauf ein und eröffnete am 20. August 1799 den später weltberühmten Alsterpavillon. Der existiert heute noch, blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück, auch, was das Gebäude anbetrifft, und beherbergt eine Filiale der Restaurantkette „Alex“. Auf zwei Ebenen und einem großen Außenbereich bietet sich den Gästen ein eindrucksvoller Blick auf die Binnenalster. Immer noch verwöhnt die Küche ihre Gäste mit süßen Leckereien, schmackhaften warmen und kalten herzhaften Speisen, selbstgemachten Kaltgetränken und Cocktails mit und ohne Alkohol. Das alles in zwar gehobener, für die Lage indes absolut akzeptabler Preisklasse. Selbst „das öffentliche Tabakrauchen“ ist inzwischen erlaubt, jedenfalls im Außengastronomie-Bereich.

Der zwei Jahre vor dessen Eröffnung geborene jüdische Dichter Heinrich Heine war seinerzeit gern zu Gast im Alsterpavillon. In den „Memoiren des Herrn Schnabelewopski“ schwärmte er:

„Da läßt sich gut sitzen, und da saß ich gut manchen Sommernachmittag und dachte, was ein junger Mensch zu denken pflegt, nämlich gar nichts, und betrachtete, was ein junger Mensch zu betrachten pflegt, nämlich die jungen

Mädchen, die vorübergingen.“

Wenige Schritte vom Alsterpavillon entfernt, auf dem Rathausmarkt, wird der Dichter mit einem Denkmal geehrt.

Bereits 1838 wurde der Jungfernstieg als eine der ersten deutschen Straßen asphaltiert. Wenige Jahrzehnte später, Anfang der Kaiserzeit, den sogenannten Gründerjahren, entstand eine geschlossene Bebauung mit Geschäfts- und Bürokomplexen. Bäume säumten beide Seiten der Straße, so dass diese sich zunehmend zum Prachtboulevard mauserte, der zum Flanieren einlud. Beispielsweise die im wahrsten Sinne des Wortes gut betuchten Familien, die ihre unverheirateten Töchter, die Jungfern, entsprechend herausputzten und dort regelrecht zur Schau stellten, um diese alsbald unter die Haube zu bringen. Der Jungfernstieg ist also sozusagen die Blaupause für heutige Datingportale – oder im Umkehrschluss ist beispielsweise „Tinder“ sowas wie Jungfernstieg 2.0.

Der Jude Oscar Tietz eröffnet ein Kaufhaus

Am 24. April 1912 eröffnete dort, am Jungfernstieg 16-20, der Geraer Kaufmann Oscar Tietz ein fünfstöckiges Warenhaus. Bereits am 1. März 1897 hatte er in der Großen Burstah eine erste Filiale in Hamburg errichtet. Da sich der Jungfernstieg zur ersten Adresse Hamburgs entwickelte, erwarb er besagtes Grundstück und es entstand das heutige „Alsterhaus“. Laut Hamburger Abendblatt betrogen die

„Baukosten für das Warenhaus mit einem gehobenen Sortiment und anspruchsvoller Ausstattung wie Marmor und Kristallluster ... 4½ Millionen Goldmark. Die Pläne entwarf das Architektenbüro Cremer & Wolfenstein, die Bauleitung hatte Richard Jacobssen aus Hamburg. Das Grundstück wurde zuvor mit 5000 Eichenpfählen befestigt, die in den weichen Erdboden des Alsterufers getrieben wurden.“

Am 1. März 1882 eröffnete Oscar Tietz mit dem Kapital seines Onkels Hermann das erste Warenhaus in Gera. Deshalb nannte sich die Firma nach dem Geldgeber „Garn-, Knopf-, Posamentier-, Weiß- und Wollwarengeschäft Hermann Tietz“. Dahinter verbarg sich ein neuartiges Geschäftsmodell mit einigen Merkmalen, wie sie moderne Warenhäuser heute noch aufweisen. Beispielsweise festgelegte Preise und ein vielfältiges, branchenübergreifendes Angebot. Innerhalb von acht Jahren wurden weitere Filialen gegründet und

der Firmensitz nach Berlin verlegt und in der Leipziger Straße ein luxuriöses Warenhaus mit eigener Kellerei eröffnet. 1904 wurde das Warenhaus am Alexanderplatz eingeweiht.

Oscar Tietz verstarb 1923, seine beiden Söhne und sein Schwiegersohn übernahmen das Zepter und expandierten fleißig. Warnungen des Verstorbenen, neue Geschäfte nicht auf der Basis von Krediten zu gründen, missachteten die neuen Firmeneigner. So wurde 1926 auch das „Kaufhaus des Westens“ KaDeWe übernommen. Rund 13.000 Menschen beschäftigte das Unternehmen zu dem Zeitpunkt. Zwei Jahre später wurde ein Jahresumsatz von 300 Mio. Reichsmark erwirtschaftet.

Enteignung durch die Nazis

Die Weltwirtschaftskrise machte dem „Garn-, Knopf-, Posamentier-, Weiß- und Wollwarengeschäft Hermann Tietz“ zu schaffen, dessen Ende besiegelten allerdings die Nazis, die bereits 1933 mit der „Arisierung“, also der Enteignung jüdischen Eigentums, begannen.

Die schrittweise Enteignung der Familie Tietz wurde von einem Bankkonsortium aus Dresdner Bank, Deutscher Bank und Disconto-Gesellschaft, Bankhaus Hardy und anderen Gläubigern in Absprache mit dem Reichswirtschaftsministerium abgewickelt. Am 24. Juli 1933 wurde die „Hertie Kaufhaus-Beteiligungs-Gesellschaft m.b.H.“, kurz: Hertie GmbH, gegründet und wenig später ein den neuen Herrschern genehmer Geschäftsführer eingesetzt. Im August 1934 wurden die ehemaligen Eigner gezwungen, ihre Firmenanteile der Hertie GmbH zu überlassen. Als „Entschädigung“ erhielten sie statt der 21,5 Mio. Reichsmark, die das Unternehmen mindestens wert war, insgesamt 1,5 Mio. Reichsmark.

Nach dem Krieg blieb „Hertie“ der Name des Unternehmens – ungeachtet der Gründungsgeschichte. Wenngleich das noble Haus an der Alster nicht als „Hertie“, sondern als „Alsterhaus“ firmierte. Heute hat das Edel-Kaufhaus nichts mehr gemein mit dem Warenhaus, als dass es einmal gegründet wurde. Statt Alltagsgegenständen wie Knöpfen und Schrauben, Wolle und Haushaltswaren oder Alltagskleidung für die ganze Familie ist der größte Teil der Fläche heute an Edelmarken vermietet, die darauf nicht nur eigene Produkte vermarkten, sondern auch eigenes Personal einsetzen.

Anteil von Migranten an den Hartz-IV-Beziehern steigt seit 2016 von 25 auf 45 Prozent und nimmt weiter zu

Mit der Einführung des „Bürgergelds“ werden die erheblich fehlplatzierten Aufgaben der Jobcenter immer weiter zweckentfremdet. Immer mehr Ausländer beziehen Hartz IV. Die Stimmung in Deutschland kippt laut neuesten Umfragen: Über die Hälfte der Befragten sieht die Zuwanderung als wachsendes Problem. Nicht nur die Sozialkassen werden geschöpft, auch die Sicherheit der jüdischen Bürger wird durch den massenhaften Zuzug gewaltbereiter und überwiegend judenhasender Muslime fahrlässig und bedenkenlos gefährdet. (JR)

Von Matthias Nikolaidis/
Tichys Einblick

Das Erste, was am „Bürgergeld“ der Ampel eigentlich geändert werden sollte, ist der Name. Denn der Nachfolger des Arbeitslosengeld II (vulgo Hartz IV) kommt keineswegs nur den Bürgern dieses Landes zugute, sondern allen Einwohnern. Laut einer Übersicht der Bundesagentur vom September, über die die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete, hat sich der Anteil der Ausländer an den jetzt noch Hartz-IV-Beziehern seit 2016 von 25 auf nun 45 Prozent erhöht. Erst in diesem Sommer kamen 588.000 Ukrainer neu dazu, die dank des ihnen gewährten Instant-Asyl – warum der Flüchtlingsstatus laut UNHCR nicht reichte, wurde nie erörtert – sofort Anspruch auf normale Sozialleistungen haben. Aber die „Grundlast“ befindet sich seit den Jahren 2015 und 2016 im System. Zwei Drittel der Syrer leben noch immer von Hartz IV. Etwa jeder zehnte Arbeitslose ist Syrer, so fiktiv diese Nationalitätszuschreibung auch immer im Einzelfall sein mag.

Die Bezeichnung „Bürgergeld“ ist angesichts dieser Bedingungen noch die geringste Sorge der Landkreise und Kommunen, wie der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, sagte: „Die Jobcenter brauchen zusätzliche Mittel, denn mit dem Bürgergeld werden ihre Aufgaben erneut ausgeweitet.“

Bei „Maybrit Illner“ berichtete der wiedergewählte Tübinger Bürgermeister und Grüne (mit ruhender Mitgliedschaft) Boris Palmer diese Woche von den Realitäten der neuen Zuwanderungsgesellschaft. Die Zahlen und Fakten gehen hier notwendigerweise durcheinander zwischen Ukraine-Flucht und Migration durch illegale Einreise: In Tübingen gibt es nun so viele ukrainische Kinder im Kita-Alter wie Kita-Plätze. Daneben arbeitet nur ein Viertel aller „Flüchtlinge“ von 2015 in einem sozialversicherungspflichtigen Job. Ein weiteres Viertel der Ausländer arbeitet, aber ohne in die Sozialkassen einzuzahlen, was auf sehr geringe Einkommen hindeutet. Die Einstellung der restlichen Hälfte erweist sich als schwierig, weil die Migranten die an sie gestellten Anforderungen scheuen, solange es noch das Ruhekissen Hartz IV beziehungsweise bald das noch beruhigendere Bürgergeld gibt, so sinngemäß Palmer in der ZDF-Talkshow.

Die Lage ist also keine neue, das Problem ist vielmehr ein chronisches. Es war im vergangenen September 2021, als es hier schon einmal um den bedenklichen Dauerzusammenhang von Zuwanderung und Arbeitslosigkeit ging. Damals forderten verschiedene prominente Stimmen, 400.000 oder gar 500.000 Zuwanderer im Jahr zu akzeptieren. Genauer gesagt ging es da um die Netto-Zuwanderung. Da



aber Deutschland nicht in der Lage scheint, ausgebildete Fachkräfte in der genannten Zahl entweder anzuziehen oder im Land zu halten, wird regelmäßig auch die illegale Zuwanderung – die über das Zauberwort „Asyl“ funktioniert – ins Spiel gebracht, um an dieser Stelle auszubessern. In Wahrheit ist es aber eine Verschlimmberung. Im September 2021 fragte ich an dieser Stelle:

„Doch sind Zahlen in dieser Größenordnung [bis zu 500.000 Menschen Netto-Zuwanderung] überhaupt zu realisieren? Falls ja: Würde ein solcher Kraftakt die deutsche Volkswirtschaft nicht am Ende viel stärker belasten, als er ihr auf den ersten Blick nützt? Und zu guter Letzt: Welcher Art müsste eine Zuwanderung sein, die solche Belastungen auf einem möglichst niedrigen Niveau hält? Diese an sich einfachen Fragen werden im medialen Diskurs des Landes leider viel zu wenig gestellt. Auch die Binnendifferenzierung des Zuwanderungsbegriffs findet hierzulande praktisch nicht statt.“

Inzwischen wissen wir: Es ist zu machen, durch Flüchtlinge aus der Ukraine, von denen nun bald 600.000 die deutsche Grundsicherung belasten. Von Integration in den Arbeitsmarkt, wie von den Planern beabsichtigt, kann auch bei diesem Ereignis also nicht die Rede sein. Nun mag man die Flucht aus der Ukraine als vorübergehenden Zustand ansehen, ähnlich wie bei vielen Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien. Dagegen sind die allermeisten illegalen Migranten nach

Deutschland gekommen, um zu bleiben – egal, ob ihnen nun Asyl gewährt wird oder nicht.

30 Prozent der Afghanen haben nie eine Schule besucht

Die Schwierigkeiten bei der Integration bleiben aber bestehen und sind grundlegend. So beklagte der BAMF-Leiter Hans-Eckhard Sommer noch im Jahr 2020 die hohe Analphabetenrate in den Integrationskursen, die sein Haus anbietet. Das betrifft um die 20 Prozent der Teilnehmer. Natürlich tun sich die betroffenen Teilnehmer dann schwer beim Deutschlernen. Knapp die Hälfte geht aus dem Kurs mit einem Niveau, das unter A2 liegt. A1 ist das niedrigste Sprachniveau, das zum Beispiel bedeutet: „Printmedien, die einzelne Wörter nutzen (Plakate und Ähnliches) oder aus dem bekannten Wortschatz bestehen, werden verstanden. Personen, die langsam und deutlich sprechen, ebenfalls.“

Das Absinken des B1-Niveaus und eine bleibende „Konjunktur“ der A1- und A2-Abschlüsse zeigt sich auch an den BAMF-Schlüsselzahlen zu Integrationskursen von 2021. Die Massenmigration von 2015 hatte diese Veränderung ausgelöst. Eine Ausbildung oder Lehre oder auch nur das Anlernen in einem Gelegenheitsjob dürfte sich unter diesen Bedingungen schwierig gestalten, und darauf geht dann die hohe Arbeitslosenrate dieser Gruppe zurück.

Will man Genaueres über den Bildungsstand der hiesigen Asylbewerber wissen, muss man – so scheint es

– immer weiter in die Vergangenheit zurückgehen. Denn entsprechende Statistiken finden sich nicht ohne weiteres für die Gegenwart. Aber die Herkunftsstaaten und ihre Bevölkerung werden sich nicht so rasch entwickelt haben, vor allem nicht nach vorne. Bei Afghanen sieht es laut Zahlen von 2016 so aus: 30 Prozent waren nie in einer Schule, weitere 26 Prozent haben nur die Pflichtschule besucht. Die Asylbewerber aus den Top-10-Herkunftsländern – darunter auch „ungeklärt“ und „staatenlos“ – besaßen wiederum zu 11,3 Prozent keine formelle Schulbildung. 20,5 Prozent hatten nur die Grundschule besucht. Das machte also ein Drittel der Asylbewerber aus. Ein weiteres Drittel hat eine Mittelschule besucht, das letzte Drittel Schulen, die mit dem Gymnasium vergleichbar sind. 15,5 Prozent hatten sich 2016 schon mal an einer Hochschule eingeschrieben (IW-Report 2017, Abbildung 1).

Geheimwissen Migration und Arbeitsmarkt: Zwei Drittel sind arbeitslos oder unterbeschäftigt

Man könnte meinen, dass auch die Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und Flucht auf der einen Seite, dem Arbeitsmarkt auf der anderen Seite eine Geheimsache wären. Allerdings hat die Bundesagentur für Arbeit von 2016 bis 2020 sogar im monatlichen Rhythmus Arbeitsmarktberichte zum Thema „Fluchtmigration“ erarbeitet. Auf der Seite heißt es dazu: „Aktuell wird diese Publikation nicht mehr fortgeschrieben. An einer

jährlichen Berichterstattung wird noch gearbeitet.“ Man wartet offenbar bis heute darauf.

Der letzte solche Bericht erschien im März 2020. Nach diesem Bericht gab es Ende 2019 laut Ausländerzentralregister (AZR) knapp 1,8 Millionen Schutzsuchende in Deutschland. Das waren damals etwa 100.000 mehr als ein Jahr zuvor. Inzwischen sind noch einmal 250.000 dazugekommen. Doch sozialversicherungspflichtig beschäftigt war und ist nur ein kleiner Teil dieser Menschen, von denen viele schon 2015 und 2016 nach Deutschland kamen. Eine Graphik zeigt, wie die Beschäftigungsquote der Menschen aus den wichtigsten Herkunftsländern vom Januar 2015 zum Januar 2016 um zehn Prozentpunkte sank: von 26 Prozent auf 16 Prozent. Seitdem stieg die Beschäftigungsquote wieder langsam an. Im Januar 2020 war sie bei 36 Prozent angekommen, was aber im Umkehrschluss bedeutet, dass zwei Drittel der „Geflüchteten“ noch immer mehr oder weniger ar-

beitslos waren.

Zur „Struktur“ der harten Arbeitslosigkeit in diesem Bereich weiß der Bericht: „Die arbeitslosen Schutzsuchenden sind überwiegend jung und männlich. Sie kommen häufig für Jobs in Frage, in denen Sprachkenntnisse bzw. formale Berufsabschlüsse nicht zentral für die Berufsausübung sind. So waren im März 29.000 der arbeitslosen Schutzsuchenden auf der Suche nach einer Arbeitsstelle in der Logistik, weitere 27.000 in Reinigungsberufen, fast 19.000 suchten eine Beschäftigung als Küchenhelfer und 12.000 möchten im Verkauf tätig sein. Fast alle dieser Gesuche beziehen sich dabei auf Helfertätigkeiten.“

Die Bereitschaft, alle Menschen wie Bürger zu behandeln

Gleichzeitig wachsen die Sorgen der Deutschen in Bezug auf die ungeordnete Migration. Eine knappe Mehrheit der Befragten (53 Prozent) ist laut dem neuesten ARD-Deutschlandtrend von Infratest di-

map besorgt über die fortwährende „Einwanderung“ von Menschen aus anderen Ländern. Seit September 2021 ist dieser Prozentsatz um elf Prozentpunkte gestiegen. Wenn so die 50-Prozent-Marke genommen wird, wacht auch eine Ex-Volkspartei wie die SPD zumindest zum Schein auf. So setzte Innenministerin Nancy Faeser widerwillig Signale in Richtung auf die „Bremsung“ der illegalen Zuwanderung über die Balkanroute. Ihre praktischen Schritte sind aber alles andere als klar, wenn überhaupt vorhanden. Bisher scheinen sie sich auf diplomatische Interventionen auf dem Westbalkan und (vielleicht) bei den südlichen Nachbarn Deutschlands zu beschränken. Angeblich will Faeser in Tschechien und Österreich für feste Grenzkontrollen geworben haben, auf den sie selbst an der deutsch-tschechischen Grenze noch immer verzichtet.

Bei „Maybrit Illner“ verbreitete Faeser erneut die Mär vom angeblich aktivierenden Ampel-Bürgergeld.

Dabei ist die Leistung ja gerade als weniger eng beschränkt als das bisherige Hartz-IV-System angekündigt worden. Auch der Name legt ja schon klar, dass es eine Art Grundversorgung für alle „Bürger“ sein soll – wie immer man diese Grundgesamtheit in der Ampel auch definiert. Das Begriffsungetüm „Bürgergeld“ ist eigentlich symptomatisch für die Tendenz der Ampel, möglichst viele Leute dieser Grundgesamtheit der deutschen Staatsbürger hinzuzufügen. Das geht auch schon vorher, ohne die formale Einbürgerung, mit dem „Bürgergeld“.

Am Ende wird es nicht darum gehen, wie großzügig die eine oder andere deutsche Sozialleistung ausfällt. Aber die Bereitschaft selbst, Zugewanderten ähnliche Leistungen zu gewähren, wie den schon immer hier Ansässigen, deren Eltern dieses Sozialsystem schon mit aufbauen halfen, zählt ohne Frage zu den elementaren Pull-Faktoren für die globale Migration nach Deutschland.

„Verschwörerische Ratten“: ARD nutzt NS-Sprache, um politische Gegner zu diffamieren

Wie nahezu alle öffentlich-rechtlichen Medien hadert vor allem auch die ARD mit der erfreulicherweise angekündigten Liberalisierung des Twitter-Netzwerks. So veröffentlichte die Tagesschau einen Verunglimpfungskommentar zu Twitter-Inhaber Elon Musk, in dem sie ihn schlichtweg bezichtigt, rechte Hetze zu erleichtern. Dabei geniert sie sich jedoch nicht, selbst zu übelstem NS-Jargon zu greifen. Sie nennt infamer Weise einen Teil der Twitter-Nutzer „Ratten“, die in ihre Löcher geprügelt werden müssten. Eine Wortwahl, die auch von Nazi-Propaganda-Chef Joseph Goebbels in seiner geifernden anti-jüdischen Hetze verwendet wurde. (JR)

Von Mario Thurnes/
Tichys Einblick

„Sieben Tage der Zerstörung“, so ist ein Kommentar überschrieben, den die Tagesschau an diesem Samstag im Netz verbreitet. Es geht um Elon Musk, an dem sich grün-woke Medien in Deutschland abarbeiten, seit er den Kurznachrichtendienst Twitter übernommen hat. Für das ZDF besteht die Gefahr, dass er „die Grenzen des Sagbaren“ verschieben wolle. Was als Warnung ein wenig überzeugender klingt als: Vorsicht, der Mann will die Meinungsfreiheit ausweiten.

In dem Kommentar „Sieben Tage der Zerstörung“ schließt sich die Tagesschau dieser Sicht der Dinge an. Die Wortwahl von Nils Dampz erreicht aber genau das, wovor der ARD-Korrespondent warnen will: Sie verbreitet rechte Propaganda. Eine Wortwahl, für die sich vorher die Propaganda von NS-Minister Joseph Goebbels entschieden hat:

„Aber auf seinem (Musk) ‚Marktplatz‘ sollen offenbar auch rassistische oder verschwörerische Ratten aus ihren Löchern kriechen dürfen. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn genau diese Ratten – um im Marktplatzbild zu bleiben – in ihre Löcher zurück geprügelt werden.“

1940 erschien in Nazi-Deutschland der Film „Der ewige Jude“. Nach dem populären Spielfilm „Jud Süß“ sollte dieser im Doku-Stil gedrehte Streifen ein quasi wissenschaftlich untermauertes Bild davon verbreiten, wie gefährlich Juden für das „arische“ Deutschland seien. Dazu sind in einer berüchtigten Szene Ratten zu sehen, wie sie zur Kanalisation laufen. Oder um im Marktplatz-Bild von Nils Dampz zu bleiben: wie sie „in ihren Löchern“ verschwinden. Dazu sagt eine Stimme aus dem Off: „Wo Ratten auftauchen, tragen sie Vernichtung ins Land, zerstören sie



ARD-Korrespondent verwendet NS-Propaganda-Sprache

menschliche Güte und Nahrungsmittel. Sie sind hinterlistig, feige und grausam und treten meist in großen Scharen auf. Sie stellen unter den Tieren das Element der heimtückischen unterirdischen Zerstörung dar.“

Das Bild der Ratten in der Propaganda trägt zur Entmenschlichung der Juden bei. Diese perfide Wortwahl war eine Voraussetzung für das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Für Soldaten und KZ-Aufseher waren die jüdischen Gefangenen eben keine Menschen mehr, sondern Tiere, die zu beseitigen nur angemessen sei. Das dokumentiert unter anderem der Mainzer Historiker Sönke Neitzel in Briefen gefangener Wehrmachts-Soldaten oder der Autor Peter Weiss in seinem Stück „Die Ermittlung“,

das den Frankfurter Auschwitz-Prozess anhand von Originalaussagen nachstellt. Ohne die Entmenschlichung des Gegners wären die Erschießungen in der Schlucht von Babyn Jar oder die Ausbeute menschlichen Lebens in den Todeslagern nicht denkbar gewesen.

Nun verbreitet die ARD diese Entmenschlichung von politischen Gegnern. Ausgerechnet in einem Kommentar, in dem das Tagesschau-Team die Sorge vor rechter Propaganda ausdrückt. Nils Dampz bezeichnet politische Gegner als Ratten, die in Löcher geprügelt werden müssten. Er scheint sich seines Tabubruchs bewusst zu sein. Deswegen schiebt er dazwischen, er bleibe ja nur im Marktplatzbild. Als ob Marktplatzbilder Ratten zwingend erforderten.

Der SWR und die ARD gönnen sich einen Korrespondenten eigens für Los Angeles. Vermutlich gibt es dort die besten Spätzle-Rezepte, über die sich berichten lässt, oder die nächsten Stargäste, die für „Immer wieder sonntags“ gewonnen werden müssen. Wenn das unvermeidbar sein sollte, wäre es sinnvoll, den Korrespondenten angemessener unterzubringen als an Marktplätzen, die voll mit Ratten sind.

Anmerkung der Redaktion: Nach einem Update hat die Tagesschau den Text geändert. Der Twitter-Account teilte mit: „In einer früheren Version wurde der Begriff ‚rassistische oder verschwörerische Ratten‘ verwendet. Die Passage wurde geändert. Wir bitten um Entschuldigung für die Wortwahl. Es war nie das Ziel, jemanden zu entmenschlichen.“

Althistoriker Egon Flaig im Interview: Cancel Culture unterminiert Demokratie, Wissenschaft und Menschenrechte

Der deutsche Althistoriker und emeritierte Prof. Dr. Egon Flaig ist Autor zahlreicher gesellschaftskritischer Bücher. Cancel Culture schafft eine neue Memoriakultur und hat dabei kaum Skrupel, sich auch auf Fake History zu berufen. Die großen Errungenschaften der Aufklärung werden im Interesse einer verirrten Neuordnung rücksichtslos geopfert und radikal entwertet. Dabei wird die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte durch die Neu-Linken relativiert. In der Zuwanderung aus islamischen Ländern nach Deutschland erkennt Flaig ein großes kulturelles, soziales und politisches Problem. In Bezug auf Israel hätte man gerade vor dem Hintergrund der geschichtlichen Bezüge seiner Meinung nach eine deutsche Garantie für das Existenzrecht Israels im Grundgesetz verankern sollen. (JR)

Berlin, November 2022

Gesellschaftspolitische Debatten werden immer aggressiver und zerstörerischer. Warum geht die Fähigkeit zum demokratischen Meinungswettbewerb verloren?

Weil eine Ideologie des Antimperialismus und des Antikolonialismus, ausgehend von der Neuen Linken, das revolutionäre Subjekt in der sogenannten Dritten Welt suchte. Somit war sie gezwungen, den sogenannten Befreiungsbewegungen die schlimmsten Exzesse nachzusehen, solange sie nur antiimperialistisch waren. Die Diskurse an den Universitäten haben sich dadurch radikal verändert. Der Antikolonialismus hat es geschafft, die europäische Memoriakultur im Herzen zu zerstören. Das geschieht folgendermaßen: Man lässt die neue Weltgeschichte beginnen mit der europäischen Hegemonie im Jahre 1492. Vorher soll alles friedlich gewesen sein. Das stimmt nicht, spielt aber keine Rolle. Dann kamen die Europäer und kolonisierten. Die Sklaverei wird plötzlich der europäischen Kultur allein angelastet, obwohl in allen Hochkulturen Sklaverei bestand.

Sie warnen davor, dass die westlichen Gesellschaften durch die Cancel Culture Gefahr laufen, das Erbe der Aufklärung zu verspielen. Was bedeutet Aufklärung für Sie?

Erstens, der Konsens darüber, dass Menschen sich in Herrschaft befinden, die von ihrer Zustimmung abhängt. Zweitens: Für alle Wahrheitsfragen muss gelten, dass sie gelöst werden auf der Basis von Wissenschaft. Es darf sich kein Humbug neben die Wissenschaft stellen. Die dritte Komponente sind die Menschenrechte, also die Anerkennung, dass Menschen von Natur aus frei und gleich sind. Die Cancel Culture unterminiert alle drei Dinge: Die Demokratie, die Wissenschaften und die Menschenrechte. Sie greift die Memoriakultur Europas im Kern an. Doch dadurch verlieren wir die Orientierung, weil wir nicht mehr wissen, warum diese Werte notwendig sind.

Was ist die Memoriakultur?

Gemeinschaft braucht Orientierung, also feste Haltepunkte. Normalerweise orientieren wir uns an unseren Werten, aber was geschieht, wenn diese Werte unter Druck geraten? Wozu verteidigen wir sie? Wir müssen wissen, was die Werte wert sind und wo sie herkommen, damit wir verankert bleiben in der Vergangenheit. Und dazu brauchen wir die Memoriakultur. Wir müssen wissen, warum die Demokratie eine so ungeheuer kostbare Errungenschaft ist und mit welchem hohen Preis sie errungen wurde. Die Cancel Culture schafft eine neue Memoriakultur, die komplett auf



Althistoriker und Buchautor Dr. Egon Flaig

Fake History beruht: Die Geschichte beginnt 1492. Nur die Europäer trieben Kolonialismus. Nur die Europäer übten Sklaverei. Die Abschaffung der Sklaverei hätte es gar nicht gegeben ... aber das ist falsch!

Die abolitionistische Bewegung ging aus der westlichen Gesellschaft hervor und ist entstanden mit den Werten der Aufklärung. Dann begannen Menschen im Westen, die Abschaffung der Sklaverei zu fordern, weil sie sich Werten bewusst wurden, die es vorher noch nicht gab, verstehe ich Sie richtig?

So ist es. Im Grunde, als 1238 mit dem Sachsenspiegel das erste Rechtsbuch des Mittelalters erschien. Darin wird im ersten Satz festgehalten, dass Unfreiheit ein widernatürlicher Zustand ist. Das haben minoritäre christliche Strömungen zwar schon im 4. Jahrhundert gesagt, aber es waren rein theologische Texte. Wenn aber dieses theologische Argument eingeht in ein Rechtsbuch, dann verändert sich alles und die Leibeigenschaft kommt unter Druck, denn Sklaverei wird über die Dauer illegitimiert.

Es trat also ein Paradigmenwechsel ein, hinter den man nicht mehr zurückfallen konnte.

Ganz genau. Und wenn Sie diese Geistesgeschichte eliminieren oder für irrelevant erklären, dann wissen Sie nicht, woher die Menschenrechte kommen. Die Sklaverei konnte dank

der aufklärerischen Wende nicht mehr gerechtfertigt werden. Die Cancel Culture negiert genau das. Sie will partout nicht wahrhaben, dass die Abolition ein europäisches Produkt ist. Wenn man die Memoriakultur systematisch zerstört und stattdessen die europäische Kultur belädt mit einer Verbrechensserie, verschwindet die Motivation, diese europäischen Werte zu verteidigen. Die Errungenschaften der Aufklärung werden radikal entwertet, und dann verschwindet auch die Dankbarkeit gegenüber früheren Generationen. Alain Finkielkraut hat ein Buch über Dankbarkeit geschrieben. Er sagt, Kulturen perpetuieren sich dadurch, dass die folgenden Generationen genau spüren, dass Gleichberechtigung von Mann und Frau, Wahlrecht, Rederecht nicht selbstverständlich sind. Die Cancel Culture zerstört unser kollektives Gedächtnis und zugleich die Bereitschaft, auf Generationen dankbar zu sein.

Die Werte der Aufklärung sind ja Bezugsrahmen für Linke, Liberale, Konservative gleichermaßen. Cancel Culture wird praktiziert von Linken und Linksliberalen. Das bedeutet also, die Befürworter der Aufklärung untergraben die Werte der Aufklärung. Das ist doch ein Widerspruch!

Das ist ein ganz furchtbarer Widerspruch. Die Neue Linke hatte nicht mehr eine Klasse im Auge, sondern das revolutionäre Subjekt wurde in

der Dritten Welt gesucht. Das hatte zur Folge, dass man die Werte dieser Kulturen plötzlich aufwertet und dass die Menschenrechte nicht mehr die kulturellen Werte dieser Ethnien außer Kraft setzen durften. Die Cancel Culture ist die Verlängerung dieser Neu-Linken Relativierung der Menschenrechte. Dieser Kulturrelativismus entspringt dem Wunsch, alle Kulturen als gleichberechtigt anzusehen. Frantz Fanon war der Schlüsselautor.

Warum?

Als ich 1970 an die Uni kam, dominierte die Linke hegemonial. Fanons „Die Verdammten dieser Erde“ war das meistgelesene Buch meiner Generation. Marx war vielen einfach zu anspruchsvoll. Bei Fanon finden Sie eine Neudefinition der Wahrheit. „Wahr ist, was dem Eingeborenen nützt“. Dazu kommen Mordaufrufe. Der Kolonialherr muss getötet werden, denn im Tötungsakt befreit sich der Unterdrückte. Der zweite Punkt zur vorangegangenen Frage ist der Angriff auf die Wissenschaft. Die Linke musste sich eingestehen: Die Wissenschaft steht auf der Seite des Kapitals. Jetzt zeigen sich die Folgewirkungen. Die Postcolonial Studies und die Gender Studies sind das Resultat dieser Entwicklung. Die waren die Ersten, die unseren Wahrheitsbegriff, mit dem wir als Historiker gearbeitet hatten, systematisch untergraben haben. Geschichte dürfe keinesfalls wertfrei

sein. Es komme nur noch auf die politische Stoßrichtung einer Aussage an.

Lichtenberg hat das vor 200 Jahren vorhergesagt. In seinen Büchern findet sich die Aussage: „Jetzt sucht man überall Weisheit auszubreiten, wer weiß, ob es nicht in ein paar Hundert Jahren Universitäten gibt, um die alte Unwissenheit wieder herzustellen.“ Die Universitäten sind das Schlachtfeld. Und wenn wir den Kampf an den Universitäten verlieren, dann haben wir total verloren.

Die Folgen spüren wir ja schon: Kunstwerke von van Gogh, Vermeer, Monet werden mit Kartoffelbrei, Erbsensuppe oder Tomatensoße bekleckert. Wie ordnen Sie das als Historiker ein; stehen wir an der Schwelle einer neuen Kulturrevolution?

Ja, das ist eine Kulturrevolution von ungeahntem Ausmaß. Unsere Erinnerungskultur soll umgepolt werden. Wir sollen uns als Europäer schuldig fühlen gegenüber der ganzen Welt, weil wir ja nicht wissen, was die Welt uns zu verdanken hat. Dadurch werden wir erpressbar. Und wir werden anfällig für das globalistische Programm von der Allverfügbarkeit des Menschen, dass sich auch im Migrationspakt ausdrückt. Peter Sutherland hat sich die Abschaffung des Staates auf die Fahnen geschrieben. Wir sollen in Europa das kulturelle Bewusstsein aufgeben, weil uns das unfähig mache, andere zu akzeptieren. Er betrachtet Afrikaner und Vorderasiaten als disponiblen Homo oeconomicus, er reduziert diese Menschen auf entkulturalisierte Wesen, die nur noch ökonomischen Interessen gehorchen und zu Milliarden irgendwohin wandern können. Dann bräuchten wir keine Staaten mehr, keine Grenzen, keine Trennung zwischen Bürger und Nichtbürger.

Was ist konkret das Problem mit Zuwanderung aus dem islamischen Raum?

Die Zuwanderung aus dem islamischen Raum ist deswegen so problematisch, weil wir nicht gewartet haben, bis sich dort Zivilgesellschaften entwickeln, die nicht mehr auf der Scharia basieren. Irgendwann, wenn die kulturellen Gemeinsamkeiten so sind, dass dort auch Demokratien und nicht scharia-basierte Gemeinwesen möglich sind, dann sind die Menschen ja integrationsfähig. Mit Muslimen, die sagen, dass das Grundgesetz über der Scharia steht, habe ich kein Problem. Die muslimische Einwanderung ist eine besonders Problematische, weil die Kulturfremdheit hier extrem ist. Es sind Menschen, die nicht nur patriarchalisch imprägniert sind, sondern auch die Einstellung haben, dass das Gemeinwesen religiös basiert sein muss.

Also ist die Zuwanderung das Problem oder die fehlende Akzeptanz des Grundgesetzes?

Die fehlende Akzeptanz des Grundgesetzes. Angenommen, Syrien, der Irak, Ägypten, Persien hätten seit 30 Jahren demokratische Regime. Dann wäre ihre Zuwanderung nach Deutschland kein kulturelles und politisches Problem. Es bliebe ein soziales Problem. Zuwanderung verkraftet eine Gesellschaft ja nicht in großen Mengen. Die Friktionen im Alltag sind fundamental politischer Art und ab einer bestimmten Menge kommt die Gesellschaft hier unter Stress. Wir verkraften Menschen, die politisch-kulturell vereinbar wären, aber wo sprachlich und vom Habitus noch Differenzen sind.

Können Sie das räumlich differenzieren? In Ostasien sind Vorstellun-

gen von Cancel Culture fremd. Zuwanderer aus dem asiatischen Raum integrieren sich erfahrungsgemäß besser.

Sie integrieren sich fantastisch! Weil dieser Raum keine theokratische Organisation von Gemeinwesen kennt. Es gibt also kein Problem mit der Anpassung an menschengemachtes Recht. Hinzu kommt, dass in diesen Kulturen der ökonomische Leistungswille außerordentlich stark ausgeprägt ist. Und beim Aufstieg ist es so, man steigt desto leichter auf, je mehr man sich an die Regeln der Einwanderergesellschaft anpasst. Wenn der Aufstiegszwillen gar nicht da ist, sondern stattdessen der Verweigerungswille und der Wille, die Aufnahmegesellschaft zu überkindern und zu erwarten, dass in zwanzig Jahren sowieso überall Moscheen stehen, dann braucht man ja nicht aufzusteigen. Dann löst man das Problem durch einen demografischen Dschihad. Das hat Houari Boumediene 1972 so gesagt, der Nachfolger Ben Bellas als Präsident Algeriens. „Wir werden euer Land erobern mit den Bäuchen unserer Frauen.“

Wie kann man den Aufstieg des politischen Islam zurückdrängen? Müssen wir das „christlich-jüdische Abendland“ stärker betonen?

Wenn man sich auf den Boden dieser Formel begibt, ist der Kampf verloren. Damit hat man anerkannt, dass die Basis der Kultur religiös ist. Ich negiere diese religiöse Wurzel in vieler Hinsicht nicht. Das Christentum hat immer eine geistige Dynamik mitbewirkt, der wir einiges verdanken, die Menschenrechte zum Beispiel. Aber das säkulare Gemeinwesen steht jetzt unter Druck und wird delegitimiert. Deswegen bin ich für eine säkulare Republik Europa. Wir müssen uns dagegen wehren, dass diese Kultur umgegründet wird auf eine religiöse Basis, weil man dann

Der arabische Kolonialismus kommt ungeschoren davon.

die Einfallsschneise geschlagen hat für Menschen, die dann eine Erweiterung dieser religiösen Basis fordern und der Islam dann auch dort hineinpasst.

Sehen Sie da auch die Medien in der Pflicht?

Die mediale Elite in Deutschland hat leider einen pädagogischen Impetus, der sich dahingehend äußert, dass zum Guten erzogen werden muss. Doch das Gute definiert sich nur noch über die moralischen Wellen, die über uns hinwegschwappen. Und diese Wellen werden von NGOs und der Cancel Culture diktiert. Die Medien sollten sich auf die fundamentalen Werte zur Demokratie besinnen und nicht auf den Regenbogen.

Aktivisten der Cancel Culture und des Antikolonialismus argumentieren mit der Idee der „historischen Gerechtigkeit“. Unrecht, das in der Vergangenheit verübt worden ist, soll

„wiedergutmacht“ werden durch Ablasshandlungen in der Gegenwart, beispielsweise das Abreißen von Statuen. Kann man mit Entschädigungszahlungen nicht einfach einen Schlussstrich ziehen?

Nur auf den ersten Blick. Der Begriff des Schlussstriches impliziert ja, dass man sich ab jetzt gegenübertritt auf Augenhöhe und keine alten Rechnungen mehr präsentiert. In Wahrheit sieht es aber so aus, dass die vielen Kolonialismen, die wir hatten, zum Beispiel der chinesische Kolonialismus nach Zentralasien, der persische Kolonialismus, der arabische Kolonialismus, ungeschoren davonkommen. Durch den Begriff der historischen Gerechtigkeit werden neue Ungerech-

tigkeiten geschaffen. Es besteht überhaupt kein Grund, dass wir unseren Blick auf den europäischen Kolonialismus einengen und auf diese Weise ein vollkommen verzerrter Blick auf die Vergangenheit des Menschen entsteht. Es kommt noch schlimmer: Wer stellt die Ansprüche? Die Ethnien in den damals kolonisierten Ländern, die überlebt haben. Das sind aber genau die Ethnien, die andere versklavt haben und an anderen Genozide verübt haben. Die werden jetzt belohnt. Das sieht man jetzt bei der Rückgabe der Benin-Skulpturen. In Nigeria herrschen die Hausa-Eliten. Manche sagen, das sind genau die Stämme, die andere versklavt und nach Amerika verkauft haben. Es werden immer nur diejenigen belohnt, die noch existieren.

Wie kann man dann mit strittiger Vergangenheit umgehen?

Das ist vielleicht eine der ernstesten Fragen, die sich am Ende des 21. Jahrhunderts stellen werden, wenn man die schweren Krisen, die jetzt kommen, gelöst hat. Der Schweizer Rechtsphilosoph Michael Schefczyk hat den Vorschlag gemacht, den Begriff historische Gerechtigkeit zu streichen und von historischem Übel zu sprechen. Das allermeiste Übel können wir nicht hereinholen in unsere moralische und rechtliche Sphäre. Wir müssen es als historische Tatbestände sehen und einfach anerkennen.

Also Sie differenzieren zwischen historischem Unrecht und historischem Übel?

Dort, wo die betroffenen Menschen wussten, dass das, was sie tun, Unrecht ist, schlägt Schefczyk den Begriff der Haftung vor, den auch Karl Jaspers verwendet hat. Ein Mensch sieht maximal noch seine vierte Generation. Und dann muss die Haftung enden. Bei Israel war es einfach. Man hat stellvertretend den Staat Israel für die Juden gesetzt.

Im deutsch-israelischen Verhältnis funktioniert die Aussöhnung ja relativ gut. Wie erklären Sie sich das?

Ich denke die Anerkennung von Schuld in diesem Fall das Kardinale gewesen. Man hätte in das Grundgesetz eine deutsche Garantie für das Existenzrecht Israels verankern sollen. Und das ist ja keine moralische Frage, sondern eine politische Pflicht.

Welche Leistungen und Forderungen könnten denn im Falle Israels daran geknüpft sein?

Die deutsche Regierung müsste sagen: Ihr seid in einer besonderen Lage, weil die Nachbarstaaten nicht wollen, dass Israel existiert. Kein Staat der Welt ist in der Situation, dass man Okkupationsgebiet freigegeben hat und die Okkupierten sagen: Wir wollen mehr, wir wollen, dass ihr verschwindet! Deswegen sollte die Bundesregierung anerkennen, dass Israel zwangsläufig dazu tendieren muss, überzureagieren. Aber auch die Menschen im Ramallah sind in einer Notsituation. Und wozu benutzen sie das Geld? Um unterirdische Gänge zu bauen, sich zu bewaffnen. Da haben wir allenfalls eine global-humanitäre Verpflichtung nach dem Motto: Ihr sollt nicht verhungern, aber keine Solidarität mehr.

Keine Solidarität mit „Palästina“ oder keine Solidarität mit „palästinensischem“ Terrorismus?

Keine Solidarität mit Palästina. Vielleicht benutzt die palästinensische Regierung die Zwei-Staaten-Lösung nur, um eine bessere Ausgangsposition zur Vernichtung Israels zu haben. Die Palästinenser haben ihren Kolonialismus selber gewählt und sollten am besten unter UN-Protectorat kommen. Ich sehe keine andere Lösung.

Die Fragen stellte Felix Lehmann.



Ist der Westen global gescheitert?

Dieser Frage ging das 22. Ettersburger Gespräch dieser Saison mit der bekannten Ethnologin und Politikwissenschaftlerin Susanne Schröter im vollbesetzten Gewehrsaal von Schloss Ettersburg nach. Zur Inflation, Energie- und Migrationskrise gesellt sich auch noch die links-ideologisierte Haltungsmoral. Dabei kann der Islam seine Karten im Dunst der Identitätspolitik besser ausspielen als die vermeintlich privilegierten „weißen“ Europäer. Auf der Strecke bleiben Demokratie, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. (JR)

Vera Lengsfeld

Schröters Ausgangsthese, der Westen sei die freieste, wohlhabendste und sozialste Region der Welt, nirgendwo würden die Freiheitsrechte des Individuums stärker geschützt, hätten Frauen im Kampf für Gleichberechtigung mehr erreicht, könnten sexuelle, ethnische und religiöse Minderheiten ihre Anliegen besser geltend machen, nirgendwo profitiere die Bevölkerung mehr von steuerbasierten sozialen Einrichtungen, einem hoch entwickelten Gesundheitssystem sowie kostenloser Bildung, klingt heute fast schon subversiv. Denn das Erfolgsmodell Westen ist dabei, an inneren Widersprüchen zu zerbrechen und von äußeren Kräften dekonstruiert zu werden.

Der Westen, so Schröter, scheint zu scheitern. Verantwortlich dafür „ist eine krude Mischung aus Hybris und Selbsthass, die gleichermaßen zum Aufstieg von Diktatoren wie zur Eliminierung fundamentaler demokratischer Errungenschaften führt“.

Schröters Stärke ist, dass sie ihre Analysen bar jeder Polemik, sondern faktenbasiert, von geradezu skrupulöser Wissenschaftlichkeit vorträgt. Besondere Glaubwürdigkeit hat sie dadurch gewonnen, dass sie schon extreme Angriffe souverän pariert und damit unwirksam gemacht hat.

Als Beispiel des westlichen Scheiterns in der Außenpolitik zieht sie an diesem Abend den desaströsen Einsatz in Afghanistan heran. Hier versuchte der Westen, ungeachtet des verheerend geendeten sowjetischen Versuchs eine sozialistische Gesellschaft zu implantieren, eine Demokratie nach westlichem Gusto einer von Stammestradiationen beherrschten Region militärisch aufzuzwingen. In seiner Hybris übersah er dabei, dass er keine Unterstützung bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung hatte.

Er bildete Soldaten und Polizisten aus, die nach dem Abzug der westlichen Alliierten sofort zu den Taliban überliefen, er gründete Mädchenschulen, die sofort nach Einmarsch der Taliban wieder geschlossen wurden. Aus Deutschland gab es sogar ein Gender-Programm für eine Gesellschaft, deren Hauptproblem der Analphabetismus ist.

Die westliche Gesellschaft, so Schröter schwankt zwischen Selbsthass und Selbstüberschätzung, die ihre Urteilsfähigkeit trüben.

Doppelmoral und Heuchelei

„Der Angriff der russischen Armee auf die Ukraine war nur möglich, weil man die von Putin stets offen zur Schau gestellte Aufrüstung nicht als Bedrohungsszenario einstufte. Das gilt besonders für Deutschland. Selbst die Überfälle Russlands auf seine Nachbarstaaten hinderten deutsche Politiker nicht, weiterhin an der Mär Wandel durch Handel festzuhalten und die Abhängigkeit in besonders vulnerablen Sektoren voranzutreiben.“



Im Toleranzwahn verspielt der Westen die Freiheit seiner Bürger

Nun sitzt Europa, und besonders Deutschland, in der Putin-Gasfalle. Aber anstatt aus diesem Fehler zu lernen, ersetzt die Ampelregierung russisches Gas durch Lieferungen aus den Golfstaaten, „ausnahmslos islamistische Diktaturen, die durch endemische Menschenrechtsverletzungen und eine extrem patriarchalische normative Ordnung auffallen.“

Diese Doppelmoral zerstört nach Schröter die Glaubwürdigkeit des Westens. Ein weiteres Beispiel für diese Doppelmoral ist die „feministische

staatlichkeit...“. Dieses Projekt wird vom globalen Süden zunehmend abgelehnt. Der Westen reagiert auf diese Ablehnung mit Hochmut und devoter Zerknirschung.

Neue Feindbilder

„Weiß sein wird in der weißen Welt zum Stigma, im postchristlichen Sinn zur neuen Erbsünde, und gerade Angehörige der privilegierten weißen Mittelschicht kultivieren einen skurrilen Kult, in dem sie öffentlich ihre Schuld, rassistisch zu sein, bekennen.“

„Aus Deutschland gab es sogar ein Gender-Programm für eine Gesellschaft, deren Hauptproblem der Analphabetismus ist.“

Außenpolitik“, die nicht verhindert, dass Kriegsgerät nach SaudiArabien geliefert wird.

Und was soll man von einer verbalen Unterstützung des Kampfes der iranischen Frauen halten, wenn gleichzeitig in unserem Land das Kopftuch als Zeichen von Selbstbestimmung und Emanzipation bezeichnet wird?

Solche Widersprüchlichkeiten, diskreditieren „das große Projekt des Westens, nämlich die weltweite Förderung von Demokratie und Rechts-

Sie werden von Personen unterstützt, die sich als Opfer westlichen Rassismus oder anderer vermeintlich diskriminierender Praktiken inszenieren. Da die Anerkennung eines Opferstatus in der Regel mit finanziellen Zuwendungen belohnt wird und ein lukratives Geschäftsmodell darstellt, lässt sich gegenwärtig eine Multiplizierung von selbst ernannten Opfergruppen beobachten.

Auf der Gegenseite wurde der heterosexuelle alte weiße Mann zur ul-

timativen Hassfigur. Die Folgen sind alles andere als trivial. Die Idee der Gleichheit aller Bürger weicht einem identitätspolitischen Furor, der Menschen nach äußerlichen Merkmalen, sexuellen Gewohnheiten und, sofern es Muslime betrifft, auch nach Religionszugehörigkeit gliedert. In angelsächsischen Ländern wurden Arbeitsverträge gekündigt, weil die Hautfarbe der Angestellten als unpassend für ein diverses Zeitalter betrachtet wurde, und manch einer schwadroniert darüber, dass Weiße nicht mehr publizieren oder keine Führungspositionen mehr bekleiden sollten.“

Die Welt, in der ich aufgewachsen bin, in der Hautfarbe keine Rolle mehr spielte, ist passé. Durchgesetzt werden die neuen Normen mit rigiden Sprachregelungen. Dazu gehört Gendern, die Erfindung immer neuer Akronyme, die zu einer Art Geheimsprache mutieren. Die Bevölkerung versteht die im Wochenrhythmus entstehenden Abkürzungen nicht mehr und ist damit vom Diskurs ausgeschlossen.

Ideologische Nötigung

„Mit verordneten Sprachregelungen möchte man die Bevölkerung zur Anerkennung der neu geschaffenen Realitäten nötigen und setzt damit implizit an das alte kommunistische Ideal der Erschaffung eines neuen Menschen an, der in der Diktatur des Proletariats geschmiedet werden sollte. Auch die Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit geraten unter Druck. Verboten werden soll alles, was Lobbygruppenvertreter als verletzend empfinden könnten, und dies betrifft selbst schlichte Erkenntnisse der Naturwissenschaften. Ein großer Teil der Bevölkerungen westlicher Länder lässt sich von der Aggressivität, mit der die neue Welt errichtet wird, einschüchtern und zieht sich in eigene Parallelstrukturen zurück. Einige schließen sich extremen Organisationen an.“

Was kann man dagegen tun, wurde Schröter in der anschließenden Diskussion gefragt.

Widersprechen, lautete ihre Antwort. Das kann jeder, aber niemand sollte allein gelassen werden. Deshalb sei es wichtig Strukturen von Gleichgesinnten zu bilden, zwanzig oder fünfzig Widersprüche sind immer wirkungsvoller als einer. Wir leben in keiner Diktatur, deshalb sollte jeder seine Angst überwinden.

Sind die inneren Feinde des Westens in der Mehrheit? Nein, denn die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt ihre Bestrebungen nicht. Die schweigende Mehrheit muss sich nur klar machen, dass Schweigen als Zustimmung gewertet wird. Deshalb ist es hohe Zeit, seine Stimme zu erheben!

Die Zitate entstammen Schröters Buch „Global gescheitert?“, Herder 2022, sind aber etwa so im Vortrag verwendet worden.

Christian Lindner wollte ausgerechnet bei der Entschädigung für Holocaustüberlebende sparen

Es gibt leider nur noch etwa 200.000 Holocaustüberlebende. Dabei sind 90 Prozent dieser Zeitzeugen bereits über 80 Jahre alt und jeden Tag werden es weniger. Beschämenderweise leben viele in Armut und sind auf Lebensmittel-spenden angewiesen. Ausgerechnet bei ihnen wollte der deutsche Finanzminister Christian Lindner (FDP) instinktilos bezüglich der Höhe der Entschädigungszahlungen den Rotstift ansetzen. Mit Verweis auf die Schuldenbremse wollte Lindner ohne jedes geschichtsbezogene Fingerspitzengefühl bis zuletzt und auch gegen die Skrupel von Teilen seiner eigenen Regierungskoalition an dieser Politik festhalten. Ein unwürdiger Akt eines deutschen Ministers, der es, wie aus Funk und Fernsehen sattem bekannt, privat und für sich eher luxuriös mag. (JR)

Von Deborah Ryszka

Während der Coronazeit war es nicht wirklich gut um die Vernunft bestellt: Einerseits voreilige Entschlüsse und übervorsichtige Lockerungen bei den politischen Entscheidungsträgern. Andererseits die Lust an liebedienerischer Unterwerfung - zumindest bei einem Teil der Bevölkerung. Jetzt hat sich auch noch die politische Kompetenz in Quarantäne begeben: Steigende Energie- und Gaspreise, steigende Inflation, steigende Pauperisierung. Weit und breit ist einfach kein Ende in Sicht.

Und der Staat? Während er der breiten Bevölkerung mit Energiepauschale und anderen „Schutzschirmen“ nicht mehr als Almosen-Pakete „schnürt“, inszeniert sich „Vater Staat“ gleichzeitig als helfender Ritter in scheinender Rüstung. „You'll never walk alone“, ertönte es bekanntermaßen von den Lippen unseres Bundeskanzlers. Was er damit tatsächlich meinte: „we'll never walk alone“. Wobei mit „we“ der aufgeblähte Staatsapparat um Scholz und Konsorten gemeint ist. Dieser profitiert tatsächlich von den steigenden Preisen.

Je mehr die Preise steigen, desto mehr an Steuern kassiert er auch ein. Die Steuereinnahmen sprudeln nur so vor sich hin. Daher können die Bundesministerien für das nächste Jahr mit mehr Geld rechnen. Gesundheitsminister Karl Lauterbach etwa erhält 2,4 Milliarden Euro zusätzlich. Ebenso Finanzminister Christian Lindner. Er kann sich über zusätzliche 10 Milliarden mehr freuen, mit denen er in die Aktienrente einsteigen kann.

Trotzdem übermannte Lindner die von ihm selbst propagierte „Gratismentalität“. Um Ausgaben des Finanzministeriums zu reduzieren, schaute er erst einmal bei den anderen ganz genau hin. Und just war der Rotstift bei den Entschädigungszahlen an Überlebenden der Shoah angesetzt. Wenig überraschend hagelte es sofort Kritik. Um nur einige der empörten Stimmen zu nennen: Rishi Sunak, Premierminister des Vereinigten Königreich von Großbritannien, und die israelische Regierung wendeten sich prompt an die Bundesregierung. Zu Recht.

Ist irgendetwas nicht bis ans Finanzministerium gelangt? Spätestens seit der

Coronakrise ist doch „Solidarität“ zur Lieblingsbeschäftigung der Bundesregierung geworden. Solidaritätsbekundungen überall. Maske tragen? Ist gelebte Solidarität. Regenbogenfahne hissen? Ebenso. Gendergerecht reden? Solidarität „at it's best“. Die Solidaritäts-Welle überflutet gerade ganz Deutschland. Wer etwas von sich hält, trägt das „Wir“ wie eine Monstranz vor sich her.

Doch Moment. Solidarität, das gilt ja immer für die anderen. Nicht für einen selbst. Noch weniger für diejenigen, die darüber bestimmen, was solidarisch sei und was nicht. Es ist eben viel einfacher und angenehmer sich solidarisch zu fühlen und zu inszenieren, statt solidarisch zu handeln. Soll doch der Bürger die „dreckige Arbeit“ des Handelns übernehmen.

Nichts anderes sehen wir gerade: Die Tafeln in Deutschland platzen aus allen Nähten. Mancherorts können keine Neukunden aufgenommen werden. So schlimm ist die Lage. Es ist dieses „Wir“ der breiten Bevölkerung, das am Anschlag steht und nicht weiß, wie es weiter gehen soll. Das andere „Wir“, metaphorisch um Scholz, Ha-

beck und Lindner, kann sich dagegen über Mehreinnahmen im nächsten Jahr freuen.

Doch gerade sie gehören zu einer privilegierten Gruppe, die es sich leisten kann, ohne große Abstriche und existenzielle Einbußen, solidarisch zu handeln. Wie wäre es daher in diesen schwierigen Zeiten, den Rotstift da anzusetzen, wo es kaum spürbar und leicht verkraftbar wäre? Nicht nur den Bürgern „reglementierte Solidarität“ aufzwingen, sondern selbst „freiwillige Solidarität“ leben und vorleben?

Ist es schließlich zu viel des Guten verlangt, wenn Abgeordnete auf einen Teil (ihrer sowieso überzogenen Entschädigung) in Höhe von monatlich 10.323,29 Euro verzichten? Oder eine Nummer kleiner: auf ein Monatsgehalt? Muss wirklich zum Frühjahr 2023 der Spatenstich zum 777 Millionen Euro kalkulierten Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes gelegt werden? Doch bleiben wir realistisch: Das IST einfach zu viel des Guten verlangt.

Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, Doktorandin der Philosophie und freie Publizistin.

Beziehung zwischen Claudia Roth und Teilen der jüdischen Gemeinden zerrüttet

Seit Jahren berichtet die Jüdische Rundschau und ihr Herausgeber über die offenkundige pro-islamische Haltung Claudia Roths und ihre klare Mitverantwortung für die Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens in Deutschland. Nun hat wegen ihrer offensichtlichen Unwilligkeit, entschieden gegen Judenhas auf der Documenta vorzugehen, sogar das sonst so Regierungs-affine Organ des Zentralrats, die Jüdische Allgemeine, nicht anders gekonnt, als – wenn auch vergeblich - den Rücktritt der Kulturstaatsministerin zu fordern. Letztlich hat Claudia Roth auch noch zwei wichtige Pflichttermine der jüdischen Gemeinde in Deutschland versäumt. Weder war sie bei der Verleihung des Leo-Baeck-Preises noch beim jährlichen Spenden-Dinner des Förderkreises „Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.“ anwesend. Bei letzterem war sie nicht einmal mehr eingeladen, obwohl die Denkmal-Stiftung sogar teilweise aus Roths Etat mitfinanziert wird. (JR)

Von Deborah Ryszka

Die europäische Kultur ist mittlerweile zum offenen Schlachtplatz geworden. Morgenland gegen Abendland, christlich-jüdische Werte gegen islamische Werte, Kirche und Synagoge gegen Moschee. Salopp formuliert: Currywurst gegen Döner. Und mittendrin? Unsere Staatsministerin für Kultur, Claudia Roth.

Die Grande Dame der Grünen ließ bereits in einem Interview im Jahr 2007 verlauten: „Türkei ist für mich zweite Heimat.“ Wirklich? Nur zweite Heimat? Ihre politische Linie spricht etwas anderes: Es vergeht kaum ein Tag, an dem sie nicht ihre Sympathien für den Islam bekundet. Im Namen einer falsch verstandenen Freiheit, zuweilen mit antisemitischem Unterton. Richtigerweise müsste es heißen: „Türkei ist für mich erste Heimat.“

Schließlich erweckt Multikulti-Claudia seit Jahren den Eindruck, als ob sie sich in unserem christlich-jüdischen Kulturkreis nicht gerade wohl fühlen

würde. Angefangen vom „High Five“ auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2013 mit dem damaligen Botschafter der Islamischen Republik Iran in Deutschland. Über ihren offiziellen Besuch im Iran, zwei Jahre später, wo sie freiwillig das Kopftuch trug. Bis hin zu Anfang November dieses Jahres, wo die Kulturstaatsministerin bekanntgab, dass ein Kunstprojekt die christliche Inschrift an der Kuppel des Berliner Stadtschlosses zeitweise überblenden solle. Das Bibelzitat auf dem Fries passe nicht zum „weltoffenen“ Berlin, so die lapidare Begründung.

Was Roth unter „weltoffen“ versteht, zeigte sie abermals vor Kurzem. Zwei Pflichttermine der jüdischen Gemeinde nahm sie nicht wahr. Weil sie „einen wichtigen filmpolitischen Termin“ wahrnehmen musste, konnte sie nicht bei der Verleihung des Leo-Baeck-Preises zugegen sei - die höchste Auszeichnung des Zentralrats der Juden in Deutschland. Auch zum jährlichen Spenden-Dinner Förderkreis „Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.“

kam sie nicht. Laut Aussagen der Organisatoren soll Roth überhaupt keine Einladung erhalten haben. Begründung: Zum einen sei sie nicht lange genug im Amt der Kulturstaatsministerin, zum anderen reichte das Platzkontingent nicht mehr aus. So musste man, nolens volens, Gäste von der Gästeliste streichen.

So ein Pech für Roth, die für ihre engen Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft bekannt ist. Anfang Juli dieses Jahres verlieh sie etwa den Deutschen Drehbuchpreis 2022. Die Goldene Lola ging an das Drehbuch „Martin liest den Koran“. Es handelt von einem Gespräch zwischen einem Familienvater, der vor Kurzem den Islam für sich entdeckt hat, und einem Professor für Islamwissenschaft. Im Laufe der Zeit wird dem Professor klar, dass sein Gegenüber ein Attentat plane.

Objektiv gesehen steht fest: Nicht jeder ist so multikulti-affin, konkret muslimfreundlich, wie Roth. Nicht jeder möchte mit der Jahrtausend alten Tradition des christlich-jüdischen Glaubens

brechen. Doch das interessiert paradoxerweise die Staatsdienerin nicht, die eigentlich „dem Staate dienen“ sollte. Vielmehr vernichtet sie peu à peu ihre Vision eines nichtchristlichen, nichtjüdischen Staates.

Wohin das führt, wenn man gegen den Willen einer Teilbevölkerung Politik führt, sie nicht politisch teilhaben lässt und sie gar als „rechts“ diffamiert, sehen wir tagtäglich: Die Gräben zwischen Muftikultis, Verzeihung, Multikultis und Regionalisten werden immer tiefer.

Im „failed state“ Berlin mag das womöglich nicht so auffallen. Den Berliner kennzeichnet bekanntermaßen seine „Dit is mir schnurz piep eja!“-Mentalität (in etwa wie „Das ist mir vollkommen egal“). Das erklärt auch das Ausmaß an maroden Schulen, asbestverseuchten Bürogebäuden und die jüngste Wahlpanne. Allet paletti (Alles in Ordnung). Das nutzt Roth aus. Zum Nachteil der christlich-jüdischen Kultur und zum Vorteil der muslimischen Gemeinde. Das ist gefährlich. Auch für die Demokratie.

Machtmissbrauchsvorwürfe und Sex-Skandal: Walter Homolka und sein Kartenhaus

Der noch immer amtierende Rabbiner und Rektor des Potsdamer Abraham Geiger Kollegs Walter Homolka ist jetzt wohl über seine umstrittenen Machenschaften gestolpert, aber nicht gestürzt. Homolka behauptet, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien ungerechtfertigt. Dennoch ist der Schaden für das deutsche Reform-Judentum katastrophal. Ein progressives Judentum, in dem es Platz gibt für die gegenwärtig im Raum stehenden Vorwürfe gegen Homolka, bringt sich selbst in existenzielle Not. Der staatlich finanzierte, ganz offensichtlich autoritäre Machtapparat, dessen düstere Ausmaße - sollten sich die Vorwürfe gegen Homolka erhärten - hier zu Tage treten, ist wohl weder progressiv noch wirklich jüdisch. (JR)

Von Chaim Noll

Zu allen Zeiten gab es Geistliche oder hauptberuflich mit religiösen Fragen Beschäftigte, die während dieser Tätigkeit immer beliebter wurden. So auch der vielfach geehrte, mit Titeln, Orden und Ehrenwürden überschüttete deutsche Judaist Walter Homolka. Er wurde zur omnipotenten Symbolfigur des liberalen deutschen Judentums: Direktor des Abraham-Geiger-Kollegs in Potsdam, Vorsitzender der Union Progressiver Juden in Deutschland, Chairman der Leo-Beck-Foundation und in vielen anderen leitenden, mit Macht und Einfluss verbundenen Positionen, Rabbiner, mehrfacher Professor und Honorar-Professor, Oberst der Bundeswehr a.D., Ritter der französischen Ehrenlegion, Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse, des Großen Ehrenzeichens mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich, des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold, der Verdienstorden des Landes Berlin und des Landes Brandenburg, des Muhammad-Nafi-Tschelebi-Preises, Ritter des Ordine al Merito della Repubblica Italiana, des Ordens der Eichenkrone vom Großherzogtum Luxemburg, Offizier des rumänischen Treudienst-Ordens und Träger so vieler weiterer Kreuze, Sterne und Ehrenzeichen, dass, um sie alle anzulegen, tatsächlich ein außergewöhnlicher Körperumfang vonnöten ist.

Der 1964 in Landau als Sohn christlicher Eltern geborene Homolka soll im Alter von siebzehn Jahren zum Judentum konvertiert sein, und kaum auf der Bildfläche erschienen, begann sein atemberaubender Aufstieg innerhalb der von der Bundesregierung finanzierten Institutionen eines staatlich kontrollierten „blühenden jüdischen Lebens“: „Mit siebzehn konvertiert der belesene Junge zum Judentum“, schrieb Caroline Fetscher 2006 im Berliner Tagesspiegel. „Als Student zieht er nach München, London, Leipzig, besteht Examina in Theologie, Jüdischen Studien und Wirtschaft. Er promoviert, liest die Thora, schreibt ein Buch über das Beten, geht als Manager zu Bertelsmann, als Umweltboss zu Greenpeace, als Leiter der Kulturabteilung zur Deutschen Bank. Und jetzt – bildet er Rabbiner aus. Diese Biografie klingt ausgedacht. Aber sie gehört einem quicklebenden Mann: Walter Homolka, Direktor des Abraham-Geiger-Kollegs in Potsdam, das nun Geschichte macht.“

Der letzte Satz ist nicht sarkastisch gemeint, sondern 2006, als dieser Artikel erschien, noch uneingeschränkt bewundernd. Wie überhaupt deutsche Medien diesen Professor, Rektor, Reform-Rabbiner, Ritter und hohen Würdenträger bis 2022 überaus wohlwollend, fast zärtlich behandelt haben und auch jetzt noch jeden rettenden Strohalm ergreifen, um damit für ihn zu fechten. Ohne Frage ein hochintelligenter, flexibler Mann.

Ein Tausendsassa. Fotos zeigen ihn mit dem Papst, mit dem deutschen Bundespräsidenten, der langjährigen Kanzlerin und vielen anderen Würdenträgern. Meist überragt er sie: Homolka war immer eine große, Respekt gebietende Erscheinung.

Seifenblase geplatzt

In diesem Jahr ist die Seifenblase geplatzt. Das Abraham-Geiger-Kolleg, Homolkas Spielwiese, hat nochmals „Geschichte gemacht“. Am 6. Mai schrieb Alan Posener in der Tageszeitung Die Welt einen mit „Die Methode Homolka“ betitelten Artikel, in dem der Hochgeehrte des Machtmissbrauchs und Psycho-Terrors bezichtigt wurde, der „Karriereingriffe“, schließlich der Duldung sexueller Übergriffe gegen Rabbiner-Studenten seines weitgehend staatlich finanzierten Kollegs. Unter anderem berichtete Posener, wie Homolkas Ehemann Hartmut Bomhoff, selbst Lehrer am Potsdamer Rabbiner-Kolleg, einen Studenten sexuell belästigt hatte, durch Zusendung eines Videos, in dem zu sehen ist, „wie er seinen erigierten Penis manipuliert“. Derlei scheint kein Einzelfall gewesen zu sein. Ein Redakteur der Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung, des Organs des Zentralrats der Juden erhielt, wie er am 4.11.2022 in seiner Zeitung schrieb, „vor acht Jahren als Jungredakteur von Homolkas Mann eine Nachricht mit dem Angebot, über eine Tagung des Abraham-Geiger-Kollegs zu berichten. In seinem Hotel-Doppelbett sei im Übrigen noch ein Platz frei. Im Vergleich zu den Vorwürfen einiger Studenten (...) liest sich dies weniger schlimm. Doch war auch dies eine krasse Grenzüberschreitung – zweifellos. Persönlich gekannt habe ich Homolkas Ehemann zu diesem Zeitpunkt wohl gemerkt nicht. Wie sicher musste er sich an dem von seinem Mann geleiteten Institut gefühlt haben, um einem Fremden solch ein Angebot zu unterbreiten?“

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich war keinen einzigen Tag in meinem Leben homophob. Die sexuelle Orientierung eines Menschen halte ich für seine Privatangelegenheit und die Gleichberechtigung homosexuell veranlagter Frauen und Männer für eine Selbstverständlichkeit. Der Umstand, dass Homolka homosexuell ist, macht auf mich keinen Eindruck und tut nichts zur Sache. Hier geht es um sexuelle Belästigung, Ausnutzung von Abhängigkeits-Verhältnissen und Machtmissbrauch – ich würde sie genauso ablehnen, wenn sie heterosexuell motiviert und das pornographische Video von einem Hochschullehrer an eine weibliche Studentin verschickt worden wäre.

Und um ein weiteres Missverständnis zu vermeiden: Obwohl ich in Israel eine orthodoxe Synagoge besuche, befür-



Gallionsfigur seines eigenen Macht-Imperiums: Walter Homolka

worte ich das liberale Reform-Judentum als notwendige Entwicklung. Zumal in Deutschland, wo es im neunzehnten Jahrhundert seinen Ursprung nahm. Ich würde allerdings jedem Rabbiner misstrauen, ganz gleich ob orthodox oder liberal, wäre er mit einer so ungesunden weltlichen Machtfülle ausgestattet wie Walter Homolka, ich würde ihn niemals als Seelsorger oder Ratgeber wählen und, hätte ich vor, Rabbiner zu werden, niemals die Schule besuchen, an der ein solcher Mann die Macht – samt „Machtmissbrauch“ – ausüben darf.

Große Investitionen in Homolka

Den vielfachen, habituellen „Machtmissbrauch“ Homolkas hat eine eher schonende Untersuchung der Universität Potsdam inzwischen offiziell bestätigt. Um dessen ungeachtet zu dem Ergebnis zu kommen, es gäbe keine Handhabe, Homolka aus seinen angehäuften Ämtern zu entlassen. Der amerikanische Judaist Jonathan Schorsch, derzeit Gastprofessor an der Uni Potsdam und einer der wenigen Furchtlosen, die im Fall Homolka Tacheles reden, erklärte der Jüdischen Allgemeinen, die Untersuchungskommission habe „die Fakten über Homolkas institutionelle Manipulationen und sein Verhalten so wohlwollend wie möglich“ ausgelegt. Er nannte es „empörend, dass diese korrupte, eigennützige, böswillige und reulose Person darauf besteht, dass sie qualifiziert ist, in der jüdischen Gemeinschaft zu lehren oder etwas zu leiten.“

Der Zentralrat der Juden hat eine weitere Untersuchung angekündigt, auf deren Ergebnis wir gespannt sein dürfen. Denn einen so kostbaren Kader lässt man nicht gern fallen. In Homolka ist von Seiten des deutschen Staates ungeheuer viel investiert worden. Nicht nur Geld, auch Reputation, internationale Empfehlungen und reale Macht über die Lebensläufe anderer Menschen. Bisher hält man fest an diesem Mann, den man unter gro-

ßer Mühe zur Überwachungsinstanz aufgebaut hatte. Er ist ein Produkt der Ära Angela Merkel, deren verhängnisvolle Personalpolitik – die Eliminierung fähiger Personen und Förderung rückgratloser Mitmacher – dem Land auch sonst unermesslichen Schaden zugefügt hat. Wieder zeigt sich – ähnlich wie im Missbrauch des Zentralrats der Juden für deutsche Regierungs- und Partei-Interessen – das Elend eines „von oben“ organisierten und vom Staat bezahlten Judentums. Ein solches Judentum ist nicht echt. Nicht authentisch. Es ist würdelos und disponibel. Es ist von vornherein in Interessen eingespannt, die mit Judentum nichts zu tun haben.

Für mein Gefühl war Homolka schon lange vor dem als Rabbiner eine Unmöglichkeit. Ich weiß

nicht, wieweit sich Reform-Rabbiner ungewisser Ausbildung dem traditionellen religiösen jüdischen Schrifttum verpflichtet fühlen, etwa den Regeln und Empfehlungen des Talmud, wo schon im Grundlagen-Text der Mishna Avot dringend vor zu großer Machtnähe, erst recht vor Ämterhäufung gewarnt wird, auch davor, jüdische Gelehrsamkeit für profane, womöglich politische Zwecke zu missbrauchen: „Mache die Lehre nicht zu einer Krone, um damit zu prunken.“ Figuren wie Homolka wurde deshalb im religiösen Judentum immer misstraut, ihre Eignung zum Rabbiner bezweifelt, längst vor dem Sex-Skandal an seinem Rabbiner-Kolleg, der nur die traurige Bestätigung dieses Misstrauens bedeutet, des bedrückenden Gefühls, dass hier etwas grundsätzlich falsch verstanden und religiöses Judentum mit obskuren Manipulationen verwechselt wurde.

Homolka tritt die Flucht nach vorn an, spricht von einer Verleumdungskampagne, von „Rufmord“ und davon, dass sein grandioses Lebenswerk, der Aufbau eines liberalen deutschen Judentums, „Neider“ auf den Plan gerufen hätte. „Neider“ gibt es zweifellos, doch das große Lebenswerk erweist sich als Kartenhaus. Ein liberales Judentum, das von einem Mann wie Homolka inspiriert ist, verdient diesen Namen nicht. Der staatlich finanzierte autoritäre Machtapparat, dessen düstere Ausmaße hier zu Tage treten, war weder liberal noch jüdisch. Ebenso Homolkas würdeloses Festhalten an den angemessenen Ämtern. Gewiss verbirgt sich hinter diesem „Skandal“ eine Tragödie, die des Mannes Walter Homolka, der sich zu einer Figur hat aufbauen lassen, deren Gewicht er selbst nicht zu tragen vermochte, aber auch der jüdischen Studenten, deren Vertrauen er verriet, und des deutschen Reform-Judentums, dessen Ruf er nachhaltig beschädigte. In Zeiten zunehmender Judenfeindlichkeit erweist sich Homolkas Verhalten als geradezu katastrophal.

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Netanjahu mit satter Mehrheit wieder Chef der Regierung

Israel hat gewählt und der untragbaren, weder im Sinne Israels noch seiner Menschen handelnden, Lapid-Regierung eine deftige Quittung serviert. Der dienstälteste und erfahrenste Ministerpräsident, Benjamin Netanjahu, hat vom jüdischen Volk einen klaren Regierungsauftrag bekommen. (JR)

Von Godel Rosenberg/
Redaktion Audiatur

Der Gewinner der fünften Wahl in weniger als vier Jahren heißt Benyamin Netanjahu. Der amtierende Ministerpräsident Yair Lapid und seine Koalitionäre sind vom Wähler in die Opposition geschickt worden. Die linksliberale Partei „Meretz“ hat keinen Sitz mehr im Parlament. Israel erlebt damit einen deutlichen Rechtsruck.

Der Geduldsfaden des Wählers ist gerissen. Er wollte eine eindeutige Mehrheit, die zukünftige Regierung handlungsfähig machen. Das ist nun geschehen. Klarer als alle Umfragen es vorausgesagt haben. Netanjahu hat 64 von 120 Sitzen auf seiner Seite. 32 Likud, 14 „gläubige Zionisten“, 11 orthodoxe der „Shas“-Partei und weitere acht aus der gleichen politischen Ecke, die „Vereinigte Thora“-Partei. Dieses Ergebnis ist deshalb so klar, weil die linksliberale „Meretz“ an der 3,25-Prozent-Hürde hängengeblieben ist. Dadurch gewinnen die stärkeren Parteien rein rechnerisch dazu.

Der Wähler hat entschieden und das sind in der Mehrheit die Straße und die Shuks, die stark frequentierten lautstarken Märkte. Israel erlebt seit April fast täglich Terroranschläge, hatte im August einen dreitägigen Raketen-Angriffskrieg aus Gaza abzuwehren. Zwar gelingt der „Israel Defence Forces“, den Sicherheits-Kräften, die Angriffe zu vereiteln, die Oberhand zu behalten. Aber irgendwann ist es genug.

Die überwiegende Mehrheit der heute 9,6 Millionen Israeli – Juden und Araber – will in Ruhe leben und fordert von der politischen Führung endlich aufzuräumen. In Gaza und in der Westbank. Das ist leichter gesagt als getan. Der



Benjamin Netanjahu ist der erfahrenste Ministerpräsident Israels

Zustand wie es unter den Ministerpräsidenten Naftali Bennett und Yair Lapid in den letzten 18 Monaten war, ist bei allen Leistungen in der Wirtschaft und in der Diplomatie nur schwer zu ertragen. Da ändert auch die Tatsache nichts daran, dass Israel inzwischen zu einem erfolgreichen OECD-Land mit einer Pro-Kopf-Kaufkraft von über 55 000 US-Dollar jährlich gediehen ist. Das ist weit über dem Durchschnitt der reichsten Länder weltweit.

Deshalb ist ein intellektueller Tiefflieger wie der 46jährige Itamar Ben Gvir der neue Star am Polihimmel in Jerusalem. „Wir werden ihnen zeigen, wer der Herr im Haus ist“, war und ist sein Leitspruch. Damit motivierte er nicht nur Wähler in Judäa und Samaria, besser bekannt als Westbank, der umstrittenen

Region zwischen Jerusalem und Jordanien. Jetzt zieht er für viele überraschend mit 14 Mandaten – 2021 sechs Sitze – ins Parlament ein und wird wohl Netanjahu entscheidende Ministerien abtrotzen.

Auch die jüdisch-orthodoxen Parteien haben mit jetzt insgesamt 19 Sitzen dazugewonnen. Ursache dafür ist, dass die Orthodoxen über eine zahlreiche und aktive Jugend verfügen, die bestens organisiert sind. Bnei Brak, nahe Tel Aviv, eines der orthodoxen Zentren mit 30 000 Einwohner pro Quadratmeter dicht besiedelt wie keine andere Stadt weltweit (Zürich 4700) ist nur ein Beispiel dafür. Da kann der Einfluss des übersatteten, liberalen Tel Aviv und Haifa, die stolz auf die Leistungen ihrer Universitäten mit ihrer zur Schau getragenen Individualität nicht mithalten.

Schwierige Innenpolitik

Die arabischen Parteien haben sich im Vorfeld dieser Wahl selbst einen klassischen, politischen Knieschuss verpasst. Unter Bennett und Lapid noch weitgehend vereint, saßen sie erstmals in einer Regierung in Israel. Aus reinem Egoismus aufgeteilt in drei Parteien, scheiterte eine Partei an der der 3,25-Prozent-Hürde. Die beiden anderen errangen insgesamt wieder zehn Mandate, verloren aber an politischer Bedeutung. Jetzt sitzen sie auf den harten Oppositionsbänken und müssen zusehen wie ihre Gegner Ben Gvir und Smotrich zu bestimmenden Kräften im Parlament aufsteigen.

Eine Stunde nach Schließung der Wahllokale sendete eine TV-Sender bereits eine komödiantische Satire-Show – „Das wunderbare Land“. Überzeichnend dargestellt saß die Ben Gvir-Figur auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten und das Netanjahu-Double auf einem Plastikhocker neben ihm. Witzig, aber eher unrealistisch. Der dienstälteste und erfahrene Ministerpräsident Israels, jetzt wieder auf bestem Weg zur Nr. 1, wird sich – so hoffen Anhänger und Gegner – nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Ein Rechtsruck wird stattfinden, aber hoffentlich nicht in der Dramatik wie es bei der Satire-Show zum Ausdruck kam.

Über Godel Rosenberg
Journalist, Autor, Hightech-Unternehmer. Godel Rosenberg war Pressesprecher der CSU und von Franz Josef Strauß, Fernsehjournalist, TV-Moderator und Repräsentant des Daimler-Konzerns in Israel. Von 2009 bis 2018 war Godel Rosenberg der Repräsentant Bayerns in Israel.

Der Sieg der Rechtskonservativen sichert die Existenz des jüdischen Staates

Viele linke Israelis haben sich weitgehend von der jüdischen Tradition entfremdet und sind nicht bereit Israel als jüdischen Staat anzuerkennen. Dies rüttelt aber an den vitalen Interessen Israels, dessen staatliche Legitimität entschieden von seinem Jüdischsein abhängig ist. (JR)

Arlene Kushner/JNS.org

Israels jüngste Wahlen haben allen, außer dem flüchtigsten Beobachter, etwas klar gemacht. Wir können es nicht glätten und von einer Einheit nach den Wahlen sprechen, die unter anderen Umständen zu erwarten wäre.

In der aktuellen Situation ist dies nicht möglich. Wir können eine politische und psychologische Kluft von enormer Bedeutung nicht ignorieren. Es ist eine Kluft, die tiefer geht als die Links-Rechts-Kluft. Sich nicht damit auseinanderzusetzen, wäre ein Bärendienst für die Nation.

Diese Kluft besteht zwischen denen, die den Staat Israel in erster Linie als einen jüdischen Staat betrachten, und denen, die ihn in erster Linie als Demokratie betrachten. Offensichtlich sind wir dazu bestimmt, beides zu sein, aber wenn die beiden Werte in Konflikt zu geraten scheinen, was hat dann Vorrang?

Die Linke, die behauptet, dass die Demokratie Priorität hat, bringt ein

Argument vor, das einen universalistischen Staat fördert. So wurde die Ra'am-Partei – der antizionistische Arm der Islamischen Bewegung Israels – als akzeptabler Koalitionspartner in der scheidenden Regierung angesehen.

So gewann auch die Idee, dass Israels nationale Symbole überarbeitet werden sollten, um „inklusive“ zu sein. Das würde zum Beispiel bedeuten, eine neue Nationalhymne anzunehmen, denn „Hatikvah“ spricht von der „jüdischen Seele“.

Bereits im Februar wählte der damalige Außenminister Yair Lapid Meretz MK Ghaida Rinawie Zoabi zum Generalkonsul in Shanghai. Am Tag nach der Ernennung beschrieb Zoabi ihr Gefühl der Entfremdung von der Nationalhymne und sagte, sie kenne die Worte nicht auswendig. „Israel ist ein demokratisches Land und ich möchte, dass es demokratischer wird“, sagte sie. „Ich möchte vor allem, dass es gleicher ist.“

Nach ihrer Erklärung erklärte der ehemalige Premierminister Benjamin

Netanyahu als Oppositionschef: „Es kann nicht sein, dass die Person, die Israel in einer der wichtigsten Mächte der Welt vertreten wird, jemand sein wird, der Israel nicht als jüdischen Staat anerkennt und sich unserer Nationalhymne widersetzt.“ Glücklicherweise kam es anders und Zoabi übernahm den Posten nicht, aber Netanjahus Aussage bleibt relevant. Mitglieder einer linken Regierung waren bereit, jemanden zu umarmen und voranzubringen, der nicht akzeptiert, dass Israel ein jüdischer Staat ist.

Diese Position steht im Einklang mit der globalen progressiven Ideologie. Diejenigen, die sich um die jüdische Identität des Staates sorgen, sind dagegen in ihrer Perspektive nationalistisch. Heute, mit der möglichen Ausnahme der ukrainischen Nationalisten, ist dies nicht in Mode.

Israel braucht den Nationalismus

Doch Nationalismus ist der einzige Weg, Israel als jüdischen Staat zu er-

halten. Dies wurde von den Staatsgründern gut verstanden. Israels Unabhängigkeitserklärung, verkündet von David Ben-Gurion am 14. Mai 1948, beginnt so: „Eretz Israel [das Land Israel] war der Geburtsort des jüdischen Volkes. Hier wurde seine spirituelle, religiöse und politische Identität geformt. ... Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, die die Gründung eines jüdischen Staates in Eretz Israel forderte. ... Diese Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes, seinen Staat zu errichten, durch die Vereinten Nationen ist unwiderruflich.“

„Dieses Recht ist das natürliche Recht des jüdischen Volkes, Herr seines eigenen Schicksals zu sein, wie alle anderen Nationen, in seinem eigenen souveränen Staat“, heißt es in der Erklärung.

Wann hat die israelische Linke diese Grundidee aus den Augen verloren?

Der Dritte Weltkrieg wird sicherlich ein „Cyberkrieg“

Israels Wirtschaftsinspektor Matanyahu Engelman warnt vor heimtückischen Cyberangriffen auf die kritische Infrastruktur. Hinter den Kulissen sei bereits weltweit ein Cyberkrieg im Gang. Schon heute sind iranische Cyber-Attacken auf Israel keine Seltenheit. Neben der Energieversorgung sind vor allem Sicherheits-, Währungs- und Gesundheitssysteme massiv gefährdet. (JR)

Von Israel Heute

In einem umfassenden Überblick hat Engelman kürzlich die Cyber-Situation in der Welt und in Israel skizziert: „Wir sind ungeschützt und wehrlos. Wir alle leben in einem globalen Plan des Großen Bruders. Wir haben viele Defizite und Lecks festgestellt.“ Die Cyberfront ist Israel bekannt, und dennoch gibt es zahlreiche Lücken, über die oft nicht gesprochen wird.

„In gewissem Sinne leben wir alle in einem globalen Plan von Big Brother. Ich muss Ihnen eine pessimistische Aussage zumuten: Wir sind ausgeliefert. Die Bürger der Welt sind schutzlos. Unsere Daten sind für zu viele Menschen sichtbar. Unser Geld ist gefährdet, unsere Kinder sind gefährdet, unsere Gesundheit ist gefährdet, unsere Sicherheit ist gefährdet. Ein dritter Weltkrieg wird ein Cyberkrieg sein, auf den die Welt nicht vorbereitet ist.“

Im letzten Jahr haben wir immer wieder berichtet, dass ausländische Medien sagen, Israel wolle mit Cyberangriffen die iranische Atombombe vereiteln. Aber auch in Israel sind iranische Cyberangriffe keine Seltenheit. Hinter den Kulissen ist ein Cyberkrieg im Gang,



In der virtuellen Welt lauern viele Gefahren

von dem die meisten Menschen keine Ahnung haben.

Zweck einer von Engelman eingerichteten Cyber-Abteilung ist es, die Widerstandsfähigkeit und Belastbarkeit Israels im Umgang mit Cyberangriffen zu untersuchen. Ihm zufolge hat die Abteilung im vergangenen Jahr eine Reihe von Widerstands- und Penetrationstests in etlichen Organisationen der

israelischen Industrie durchgeführt, darunter das Zentrum für Verkehrsmanagement in Jerusalem, Krankenhäuser im ganzen Land und die Systeme der Steuerbehörde. „Wir haben bei unseren Prüfungen erhebliche Mängel festgestellt, darunter die Tatsache, dass nur sehr wenige Infiltrations-Tests von öffentlichen Einrichtungen durchgeführt wurden. Einige führten sogar

nur während unserer Prüfung Tests durch“, erklärte Engelman.

„Israels Rechnungshof verpflichtet sich, diesem wichtigen Thema zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Israels und der ganzen Welt weiter nachzugehen“, so der Rechnungsprüfer.

Engelman sagte, dass die Tests auch dem Schutz der Privatsphäre gelten. Darüber hinaus werden die Fähigkeit zur Früherkennung von Cyberangriffen, die Wiederherstellungskapazitäten im Katastrophenfall und nicht zuletzt Schadensszenarien an kritischen staatlichen Infrastrukturen untersucht. Engelman verwies dabei auf die Zentrale Wahlkommission in Israel. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen habe man feststellen müssen, dass an dem Computersystem von 2008 nur während Wahlperioden sogenannte Cyber-Audits durchgeführt wurden. „Es war nicht möglich, umfassende und komplexe Tests durchzuführen, die alle neuen Aspekte der heutigen Cyber-Verteidigung einschließen.“

Gerade weil Israel im Vergleich zu anderen Nationen in Sachen IT fortgeschrittener ist, sollte es sich keine offenen Flanken geben, auch nicht in der virtuellen Welt.

Streit um den Tempelberg: Die Scheinheiligkeit arabischer Abgeordneter in der Knesset

Der für einen Ministerposten in der Netanjahu-Regierung vorgesehene Knessetabgeordnete Itamar Ben-Gvir ist nicht mehr bereit die Diskriminierung der Juden auf ihrem eigenen Gebiet hinzunehmen und will die jüdischen Beter und ihre Gebete wieder zurück auf den Tempelberg bringen. Dies macht Israels Präsidenten Isaac Herzog wohl nervös, allerdings kommt Herzog nicht umhin auch die Heuchelei arabischer Abgeordneter zu kritisieren, die sich über den Vorstoß Ben-Gvirs beschweren und gleichzeitig „palästinensische“ Terroristen unterstützen. (JR)

Von Ryan Jones/Israel Heute

Israels Staatspräsident Isaac Herzog hat am 11. November die Beratungen mit den Abgeordneten der 25. Knesset abgeschlossen, von denen 64 Benjamin Netanjahu für das Amt des Ministerpräsidenten empfohlen haben. Mit dieser sicheren Mehrheit in der Hand wird Herzog voraussichtlich in den nächsten Woche Netanjahu offiziell zum Chef der neuen Regierung ernennen.

All dies geschah wie erwartet.

Bei den Konsultationsgesprächen in der Residenz des Präsidenten gab es jedoch einige Überraschungen und unangenehme Momente.

Während seines Treffens mit den Vorsitzenden der ultraorthodoxen Shas-Partei am 9. November wurde Herzog versehentlich aufgezeichnet, wie er die religiösen Abgeordneten aufforderte, sich vor ihrem rechtsnationalistischen Partner Itamar Ben-Gvir in Acht zu nehmen.

Die Konsultationssitzungen werden im öffentlichen Fernsehen übertragen. Herzog glaubte jedoch, die Kameras und Mikrofone seien ausgeschaltet worden, als er den Shas-Vertretern sagte:

„Es gibt ein Thema, das ich [während des im Fernsehen übertragenen Teils des Treffens] nicht angesprochen habe – Sie werden ein Problem mit dem Tempelberg haben, und das ist ein kritisches

Thema. Sie haben einen Partner [Ben-Gvir], über den die ganze Welt besorgt ist. Das habe ich ihm auch gesagt. Das ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Ich möchte keinen Ärger verursachen. Es ist wirklich nicht zur Veröffentlichung bestimmt.“

Zu den „umstrittenen“ Maßnahmen, die Ben-Gvir und seine Partei des religiösen Zionismus vorantreiben wollen, gehört, dass Juden endlich das Recht erhalten, an der heiligsten Stätte des Judentums, dem Tempelberg, zu beten.

Der Rest der Welt lehnt dies aus Angst vor einem Ausbruch muslimischer Gewalt ab. Auch viele in Israel vertreten diesen Standpunkt, obwohl Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der israelischen Wähler in dieser Frage mit Ben-Gvir übereinstimmt und sich die israelische Souveränität und volle Religionsfreiheit auf dem Tempelberg wünscht.

Herzog kritisiert die Heuchelei der arabischen Knesset-Abgeordneten

Während der Konsultationen am 11. November in der Residenz des Präsidenten traf Herzog mit Mitgliedern der mehrheitlich arabischen Partei Hadash zusammen, bei der es sich faktisch um eine kommunistische Gruppierung handelt.

Die Nummer zwei der Partei, Knesset-Mitglied Aida Touma-Suleiman, wiederholte die Behauptung, eine Ne-



Juden ist das Beten auf dem Tempelberg verboten, um die Muslime nicht zu provozieren

tanjahu-Regierung, in der Ben-Gvir ein ranghoher Minister ist, werde offen rassistisch sein und Leid über die Araber bringen:

„In der nächsten Regierung werden Leute sitzen, die in der Vergangenheit terroristische Organisationen unterstützt haben und wegen diesbezüglicher Verbrechen verurteilt worden sind. Dies stellt eine große Gefahr für die Demokratie im Allgemeinen und für die arabische Bevölkerung im Besonderen dar.“

Sie bezog sich dabei auf Ben-Gvirs Verbindung zu dem verstorbenen Rabbi Meir Kahana, dessen politische Gruppierung Kach schließlich verboten wurde,

weil sie die Ausweisung illoyaler arabischer Bürger propagierte. Kach wurde daraufhin vom US-Außenministerium als terroristische Organisation eingestuft.

Herzog stellte jedoch schnell die Heuchelei in Touma-Suleimans Anschuldigungen fest:

„Vor den Wahlen haben Sie Terroristen unterstützt, als Sie die gefallenen Mitglieder der „Höhle des Löwen“ als Märtyrer beklagten. Das ist inakzeptabel. Mord ist Mord – Terrorismus ist Terrorismus. In diesem Jahr gab es eine schreckliche Terrorismuswelle. Vielleicht müssen alle in den Spiegel schauen und erkennen, dass sie den Schmerz der anderen Seite nicht verstehen.“

Nach einer Reihe von tödlichen Terroranschlägen zu Beginn des Jahres führt Israel einen eskalierenden Krieg gegen „palästinensische“ Terrorgruppen.

Kürzlich führten diese Bemühungen zur Dezimierung der neuen und populären „palästinensischen“ Gruppe, die als „Höhle des Löwen“ bekannt ist und die hinter vielen der früheren Anschläge stand. Touma-Suleiman sorgte für Empörung, als sie zusammen mit anderen israelischen arabischen Gesetzgebern die gefallenen Terroristen der „Höhle des Löwen“ als „Schahids“ (islamische Märtyrer) bezeichnete und Israels Anti-Terror-Operationen verurteilte.

Der Niedergang der israelischen Linken

Seit Jahren haben die sozialistischen Parteien mit einem Bedeutungsverlust zu kämpfen, bei den letzten Wahlen erlangte Awoda gerade einmal vier Sitze in der Knesset. Meretz scheiterte sogar an der Sperrklausel von 3,5 Prozent. Ein Grund hierfür ist der von den Menschen Israels unzweifelhaft erkannte und von den Linken praktizierte inflationäre Abverkauf der existenziellen Interessen des jüdischen Staates. Die selbstmörderische Misswirtschaft und die Zugeständnisse an die PLO werden von den Wählern endlich quittiert. (JR)

Von Daniel Greenfield/
FrontPage Magazine

Das letzte Mal, dass Israel einen Premierminister von der Arbeiterpartei (Awoda) hatte, ist über 20 Jahre her. Die meisten Rekruten waren noch nicht einmal geboren oder lagen noch in den Windeln, als das letzte Mal ein Mitglied der linkssozialistischen Bewegung an der Spitze des Landes stand, die das Land in einer praktisch ununterbrochenen Folge von Ben-Gurion bis Rabin eine Generation lang regiert hatte.

Die Nachrichten sind sogar noch schlimmer: Die Arbeiterpartei, die einst die Knesset dominierte, erhielt bei den Wahlen in der vergangenen Woche nur vier Sitze und ist damit die kleinste Partei, noch vor der Ra'am der Muslimbruderschaft und der arabisch-kommunistischen Hadash-Ta'al, ganz zu schweigen von den jüdischen religiösen Parteien und den Parteien der Einwanderer aus dem Nahen Osten und Russland.

Das letzte Mal, als sowas geschah, machte sich Caroline Glicks Latma mit urkomischer Grausamkeit über Awoda lustig, weil sie mehr Buchstaben in ihrem Namen hat als Knessetsitze. „Hallo, ich möchte ein Taxi für die gesamte Arbeiterpartei anfordern.“ „Begrabt uns nicht, wir sind nicht genug für einen Minjan.“

So schlecht wie Labor abgeschnitten hat, Meretz hat noch schlechter abgeschnitten und ist an der Sperrklausel gescheitert. Zum ersten Mal seit einer Generation wird die radikale linke Partei es nicht einmal in die Knesset schaffen.

Die Parteien der jüdischen Linken, wenn man sie überhaupt so nennen kann, kommen nur noch auf vier von 120 Sitzen.

Die israelische Linke ist unwählbar geworden und tarnt sich daher als eine Reihe falscher Parteien der Mitte, von denen die jüngste Yair Lapid's Yesh Atid-Partei ist, deren Aufgabe es ist, Israelis, die niemals Labor oder Meretz wählen würden, dazu zu bringen, für die Linke zu stimmen. Und Yesh Atid hat 24 Sitze in der Knesset errungen.

Yair Lapid, eine Fernsehberühmtheit und der Sohn eines berühmten Vaters, ist Israels Justin Trudeau, eine bequeme Fassade für die gleiche alte Bande, die die Dinge leitet, während er sich vor der Kamera brüstet. Er reiht sich ein in eine Reihe von Generälen im Ruhestand und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die falsche dritte Parteien anführen, die nur so lange im Amt sind, bis die Öffentlichkeit merkt, dass sie nicht für die Arbeiterpartei gestimmt haben, aber trotzdem die Arbeiterpartei bekommen haben.

Gründe für den Stimmenverlust

Der Niedergang und Fall der israelischen Linken wurden durch zwei nationale Enthüllungen verursacht. Die erste war, dass Netanjahus Wirtschaftspolitik auf dem freien Markt zwar nicht perfekt war, aber weitaus

besser funktionierte als die sozialistischen Monopole der Arbeiterpartei, und die zweite war, dass die wichtigste Politik der Arbeiterpartei, das Abkommen mit der PLO, ein mörderischer Fehlschlag war, der das Leben der Israelis und das Land in einem noch nie dagewesenen Ausmaß bedrohte.

Das Paradoxe an der israelischen Linken ist jedoch, dass sie praktisch keine Wählerstimmen hat, dafür aber nahezu unbegrenzte politische Macht. Auch wenn es seit 2001 keinen Premierminister der Arbeiterpartei mehr gibt, kontrolliert die Linke immer noch die Maschinerie der Beamten, von den lokalen Bürokraten bis zu den Richtern des Obersten Gerichtshofs. Selbst wenn die Medien das neueste rechte Feindbild als „Bedrohung für die Demokratie“ bezeichnen, sind es doch die Beamten, Staatsanwälte, Richter, Beamten und Verwaltungsangestellten, die das meiste in der Hand halten.

Und sie sind die wahren Bedrohungen für die Demokratie.

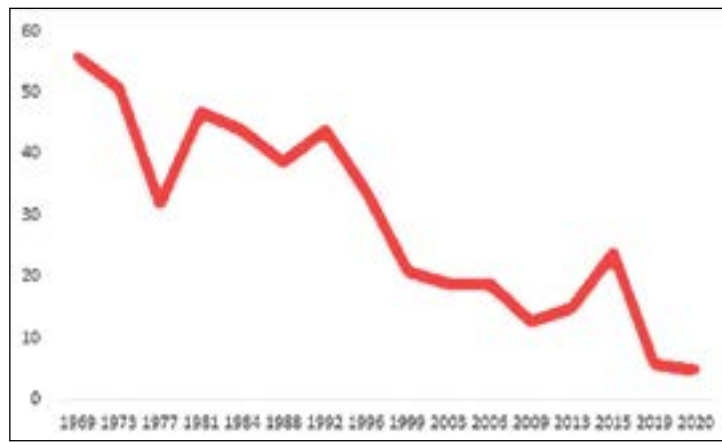
Nicht umsonst bezeichnen die Demokraten den Obersten Gerichtshof Israels mit seiner unbegrenzten richterlichen Kontrollbefugnis und seiner Fähigkeit, Regierungsentscheidungen in allen Bereichen – vom Makro- bis zum Mikrobereich, von der Frage, wo die Menschen leben dürfen, bis zur Frage, wer den Israel-Preis erhalten soll – oft als ihr Vorbild.

Jenseits der oberen Ränge der Justiz arbeiten Staatsanwälte offen mit den Medien und linken Aktivisten zusammen, um konservative, patriotische und zionistische Mandatsträger anzuklagen, zu verfolgen und abzusetzen. Es war eine Reihe dieser unbegründeten Anklagen, die Netanjahu aus dem Amt trieben. Um die kafkaeske Absurdität der Strafverfolgungskampagne gegen Netanjahu zu verstehen, genügt es, zu erwähnen, dass gegen seine Frau wegen des Recyclings von Pfandflaschen ermittelt wurde.

Um zu verstehen, was vor sich geht, muss man allerdings die israelische Demografie verstehen.

Während die Einwanderung die Vereinigten Staaten nach links bewegt, bewegt sie Israel nach rechts. Die konservative Likud-Partei wird von den jüdischen Einwanderern aus dem Nahen Osten unterstützt, die vor der muslimischen Herrschaft geflohen sind. Die russischen Einwanderer, die Franzosen und sogar die Amerikaner, die nach Israel ziehen, sind nicht durchweg konservativ, sondern wollen in der Regel eine Regierung, die sie vor islamischen Terroristen schützt.

Die Medien heulen auf über den neuen Einfluss von Itamar Ben-Gvir, der als „rechtsextrem“, „hasserfüllter Extremist“ und „Rassist“ bezeichnet wird. Die Regierung Biden und die Demokraten haben gewarnt, dass sie nichts



Entwicklung der Knessetsitze von Awoda von 1969 bis 2019

mit ihm zu tun haben wollen und dass Israel die Vereinigten Staaten entfremden wird.

Was sie nicht erwähnen, ist, dass er der Sohn irakisch-jüdischer Einwanderer ist.

Linke will ein schwaches Israel

Israels Linke erhält die meiste Unterstützung von den Eliten der Oberschicht Tel Avivs, die zum alten sozialistischen Establishment gehörten. Israels Rechte stützt sich stark auf die Einwanderer aus dem Nahen Osten und Russland, die sie wie Dreck behandelt haben. Sie wollen ein starkes Land und eine schwache Bürokratie. Das alte linke Establishment will eine starke Bürokratie und ein schwaches Land.

Wenn man mit Mitgliedern dieses alten Establishments spricht, stellt man fest, dass sie eine kleine, inzestuöse Gruppe sind. Israel ist ein kleines Land, aber in diesen Kreisen kennt wirklich jeder jeden – sie sind mit ihnen in der Armee gedient oder neben ihnen gewohnt. Sie haben das Gefühl, dass ihnen ihr Land mit seinen Cafés und Kibbuzim, den roten Fahnen und der Zugehörigkeit zu einer internationalen sozialistischen Ordnung sowie den eher immateriellen kulturellen Elementen von diesen widerlichen Neankömmlingen gestohlen wurde.

Sie beschwerten sich über die Sprache, die Sitten, die Religion, den Aberglauben und die Hässlichkeit der Haredim, der Juden aus dem Nahen Osten und aus Russland. Wenn man ihnen ein paar Drinks gibt, kann die Rhetorik richtig hässlich werden, mit Geschichten über das Prügeln von Religiösen und die Misshandlung von Einwanderern. In diesem Sinne schrieb Yigal Tumarkin, ein Künstler und Mitbegründer der Anti-Kriegs-Bewegung „Peace Now“: „Wenn ich orthodoxe Juden sehe, verstehe ich die Nazis“, und „mein wahrer Beitrag wäre, wenn ich eine Maschinenpistole statt eines Bleistifts in die Hand nähme und sie tötete“.

Tumarkin sprach für eine ganze Reihe von Mitgliedern des alten Establishments, die noch ihre Cafés, aber auch das Gefühl haben, ihr Land verloren zu haben. Obwohl sie keine Wahlen (mehr) gewinnen können, kontrollieren sie den Machtapparat. Und paradoxerweise sehen sie sich als Außenseiter, die immer noch gegen die „Rechten“ und den Zu-

strom von Einwanderern kämpfen, die nicht wissen, an welchen Platz sie gehören und die alles ruiniert haben. In einem kleinen Land sind ihre hasserfüllten Ansichten kein Geheimnis. Das ist der Grund, warum sie keine Wahlen gewinnen können.

Machtkampf um die Zukunft Israels

Die Politik Israels ist ein Kampf zwischen einer aufstrebenden multikulturellen konservativen Mehrheit und einer Vormachtstellung-hei-

schenden europäischen linken Minderheit, die sich an der Macht hält. Es ist ein Spiegelbild dessen, wie amerikanische Liberale unsere Politik sehen, und doch stellen sie sich, wenn sie die Wahl haben, auf die Seite der israelischen europäischen Minderheit.

In diesem Kampf stellen die Medien, sowohl ihre als auch unsere, Koalitionen aus jüdischen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten, russischen Einwanderern und orthodoxen Juden so dar, als seien sie alle austauschbare „Rechtsextremisten“, während sie einen linken Rand, der aus Eliten der Oberschicht besteht, die sich alle kennen und einander ähnlich sehen, als die liberalen, toleranten Helden von morgen darstellen. Das verrät ebenso viel über unsere Medien und politischen Eliten wie über die israelische Linke.

Die Demokraten und die Medien stellen nie die Frage, warum die Israelis anscheinend darauf bestehen, so viele Konservative und so wenige Linke zu wählen, oder warum Netanjahu den Rekord von Ben-Gurion für die längste aufeinander folgende Amtszeit gebrochen hat. Stattdessen wird uns gesagt, dass Israelis Rassisten und Fanatiker sind. Das ist eine bequeme Projektion der wahren Rassisten und Fanatiker, die Israel verleumdete.

Warum hat die israelische Rechte gewonnen und die Linke verloren? Aus Gründen, die die Medien nicht diskutieren wollen. Jahrzehntelanger islamischer Terror, gescheiterte sozialistische Politik, korrupte Monopole, eine missbräuchliche Bürokratie und unverhohlene Bigotterie und Diskriminierung der hässlichsten Art kommen in diesen Gesprächen irgendwie nie zur Sprache, obwohl die Mehrheit der Israelis mit all diesen Dingen schmerzlich vertraut ist.

Die Linke hat in Israel schwer verloren. Unsere Linke hat Angst, dass sie hier genauso schlimm verlieren wird.

Daniel Greenfield, ein Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

Dieser Artikel wurde zuerst im FrontPage Magazine veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Buchempfehlung – „Der Rabbi und der Kommissar: Du sollst nicht begehren“

Der beliebte jüdisch-schweizerische Bestsellerautor Michel Bergmann hat der Krimiwelt mit Rabbi Silberbaum einen neuen Ermittler geschenkt und schickt ihn in seinem zweiten Band in die nächste Ermittlungsrunde durch Frankfurt am Main.

Von Filip Gašpar

Die Weltklasse-Schwimmerin Galina Gurewitz ist wie vom Erdboden verschluckt. Doch die besorgte Mutter möchte keine Vermisstenanzeige bei der Polizei aufgeben. Und auch ihr 30 Jahre älterer sonst zu Eifersucht und Jähzorn neigende Ehemann Semjon Gurewitz bleibt erstaunlich gelassen und scheint sich keine Sorgen um seine wunderhübsche Gattin zu machen. Semjons Exfrau und Kinder scheinen gar froh zu sein, die Nachfolgerin und Stiefmutter weg zu wissen. Blöd, dass Galina Gurewitz Mitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt ist, was zugleich der Arbeitsplatz von Rabbiner Henry Silberbaum ist.

Aufmerksame Leser werden wissen, dass Rabbiner Silberbaum einen guten Freund bei der Frankfurter Polizei hat, nämlich den Polizeikommissar Berking. Zurück ist das vom Drehbuchautor und Schriftsteller erschaffene Krimiduo Michel Bergmann für den zweiten Band, der im letzten Jahr gestarteten Krimi-Reihe, die sich an den zehn Geboten orientieren, ein vom Rabbiner Julian-Chaim Soussan ausgestelltes Koscher-Zertifikat besitzen und im Heyne-Verlag erscheinen werden. Verlag und Autor wollten explizit keinen weiteren Hauptstadtkrimi auflegen und sich auch im nun vorliegenden zweiten Band „Du sollst nicht begehren“ mit der Wahl der Mainmetropole treu geblieben. So kann der in Frankfurt aufgewachsene Bergmann seine Expertise über die Stadt mit einfließen lassen.

Die aus dem ersten Band bekannte Hauptfigur Rabbi Henry Silberbaum, ausgestattet mit vielen Klischees, wie dem jiddischen Witz, eine alles hinterfragende Skepsis, die einen guten Ermittler ausmacht, und natürlich die dauernörgelnde jüdische Mutter darf natürlich auch nicht fehlen. Passend dazu hat Bergmann ein weiteres Buch mit dem Titel „Mameleben: oder das gestohlene Glück“ geschrieben, das im Frühjahr 2023 im Diogenes-Verlag erscheinen soll. Natürlich treten als Nebenfiguren auch ein jüdischer Anwalt und ein jüdischer Arzt auf.

Der 1945 in Riehen bei Basel als Kind internierter jüdischer Flüchtlinge geborene Michel Bergmann bewies schon mit seinen Büchern „Machloikes“ und „Die Teilacher“ wie gut er deutschen und jüdischen Stoff zu einer literarischen Symbiose machen kann. Unvergessen der Film von 2017 „Es war einmal in Deutschland“ mit Moritz Bleibtreu in der Hauptrolle, dem die beiden genannten Büchern zugrunde liegen.

Der erste Band

Im ersten Band löste Silberbaum die mysteriösen Umstände hinter dem plötzlichen Ableben der herzkranken und wohlhabenden Bewohnerin des jüdischen Altenheims Axelrath. Der über zehn Jahre jüngere, nicht übermäßig trauernde Ehemann und laut Testament zukünftig auch sehr reiche Witwer, pochte auf eine schnelle Beisetzung seiner Frau. Was auch geklappt hätte, wenn die Verstorbene nicht kurz vor ih-

rem Ableben dem Rabbiner anvertraut hätte, dass sie ihren Mann verlassen, um zu ihrer Tochter nach Israel auszuwandern und natürlich noch das Testament stark zu Ungunsten ihres Ehemanns ändern wollte. Außerdem hatte die den Verdacht von ihrem Gatten mit der Vermögensverwalterin, ausgerechnet eine Schickse, betrogen zu werden. Alles deutete auf ein Herzversagen der vorerkrankten Patientin an und der tragische Tod wäre bestimmt auch schnell abgewickelt gewesen, wenn es nicht das Schlitzohr Silberbaum gegeben hätte, dessen geschultem Auge sofort der zerbrochene Teller, den die Frau bei ihrer Herzattacke umgestoßen haben soll, auffiel. Die aus Israel angereiste Tochter der Verstorbenen unterstützt als einzige von Anfang an den Rabbi in seinen Ermittlungen.

Zu jedem guten Ermittler gehört auch ein Partner, der in vielen Zügen das genaue Gegenteil ist. Dieser wurde im ersten Band in Form von Kommissar Robert Berking eingeführt, der Silbermann nachts auf dem jüdischen Friedhof festgenommen hat, als dieser sich in Begleitung einer Urne und einer hübschen Kollegin dort aufhielt. Wie der mürrische und verschlossene Berking, der das genaue Gegenteil vom Rabbi ist, mit ihm zusammenfindet, wird im ersten Band aufgezeigt. Überhaupt werden wiederkehrende Orte und Figuren dort eingeführt. Wie da wären der Gemeindevorsitzende, der aus Angst um das Ansehen der Gemeinde Silberbaum stetig mit einer Kündigung droht. Die Fernbeziehung zu seiner New Yorker Freundin, die Mutter und ein treuer Vierbeiner. Der Leser bekommt auch zu Gesicht, welche unorthodoxen Pfade zu beschreiten Silberbaum bereit ist, und die Gesetze, sowohl die jüdischen als auch die weltlichen, zu seinen Gunsten auszuliegen vermag.

Lesern sei der erste Band nicht nur ans Herzen zu legen, damit sie erfahren, wie das Gespann Silberbaum und Berking, die Hintergründe vom Ableben von Frau Axelrath aufdecken, sondern um auch ein Gefühl für die gut übermittelte Atmosphäre von Frankfurt in und außerhalb des jüdischen Alltags zu erleben.

Der zweite Band

Und damit beginnt auch der zweite Band, wenn das Verschwinden eines Gemeindeglieds die Spürnasenleidenschaft wieder in Rabbiner Silberbaum entfacht. Die nicht nur Weltklasse-Schwimmerin, sondern auch junge und bildhübsche Galina Gurewitz ist seit Längerem verschwunden, doch es gibt keine Vermisstenanzeige, niemand sucht nach ihr, weder der Ehemann noch jemand anderes. Schließlich wendet sich die Mutter von Gurewitz an den Rabbi, doch scheint sie nicht die ganze Wahrheit zu sagen. Den doppelt so alte Ehemann Semjon Gurewitz, ein Frankfurter Geschäftsmann, bekannt für seine Verbindungen zur kriminellen Unterwelt, gerät sofort in den Verdacht des Rabbi. Dass die Ehe keine Liebesheirat war, wird schnell offensichtlich. Semjon war bereit, seine Frau für eine jüngere Frau, die dazu noch hübsch und eine



bekannte Olympiaschwimmerin, aber leider arm war, zu verlassen. Die wiederum wurde von ihrer von Geldsorgen geplagten Mutter dazu gedrängt, diese Heirat einzugehen.

Doch Semjon Gurewitz passt es gar nicht in den Kram, dass der Rabbi bei der Suche nach der Verschwundenen helfen will. Ganz im Gegenteil. Er droht diesem sogar offen und warnt ihn davor, sich weiter in diese Angelegenheit einzumischen. Außer Frage, dass er damit das Interesse von Silberbaum erst recht entfacht, und dieser zusammen mit Kriminalkommissar Berking sich auf die Suche begibt.

Die Handlung ist teilweise sehr kurzweilig, doch niemals langweilig, und der Leser erfährt nebenbei auch einiges über jüdische Feiertage, jüdisches Leben in Frankfurt und auch über die Entstehung und Struktur des Talmuds. Auch der Umgang der Gemeindeglieder untereinander wird beleuchtet. Nebenbei nimmt der Rabbi noch an einer Fernsehdebatte, die von Andrea Kiewel, die selbst zeitweise in Tel Aviv lebt, moderiert wird, teil. Natürlich geht es um das Thema Antisemitismus, doch

der Rabbi übernimmt die Bühne und liefert treffende Erkenntnisse zum Thema. Allein diese kurze Episode macht das Buch lesenswert.

Aber auch die Ermittlungen zum Verbleib von Frau Gurewitz sind mit Spannung beladen und geben Einblicke in das Leben der eingewanderten russischsprachigen Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, die heute einen hohen Anteil am jüdischen Leben in Deutschland ausmachen. Zu diesen Einwanderern gehört auch Semjon Gurewitz, aber eine ganze Menge ist nicht koscher an der Vita dieses Mannes. Mehr dazu im Buch.

Bergmann hat mit seiner Figur des ermittelnden Rabbiners Silberbaum eine spannende und unterhaltsame Krimireihe geschaffen, einen deutsch-jüdischen „Tatort“. Und auch wenn der zweite Band schnell durchgelesen ist, gibt es eine gute Nachricht: Silberbaum kommt zurück.

Michel Bergmann: „Der Rabbi und der Kommissar: Du sollst nicht begehren“. Heyne, München 2022, 288 S., 12 €

Jared Kushners Buch – „Breaking History: A White House Memoir“

Die beste Personalentscheidung Trumps war ganz sicher, seinen Schwiegersohn zu seinem politischen Chefberater zu machen: Es war vor allem Jared Kushner hat das historische Abraham-Abkommen zwischen Israel und zahlreichen arabischen Staaten auf den Weg gebracht. In seinem Buch schreibt Kushner über seine Erfahrungen in der Zeit in Washington DC. Neben Insider-Informationen aus der Politik erfährt der Leser auch bewegende persönliche Details aus dem Leben der Trumps. (JR)

Von Orit Arfa

Als Kushner Trump um die Hand seiner Tochter bat, fragte der Businessmogul: „Warum muss sie konvertieren? Warum kannst nicht du konvertieren?“

Kushner antwortete, das sei eine berechnete Frage, aber Ivanka hätte die Entscheidung selbst getroffen. Da ließ Trump ihn wissen: „Also Tom Brady [ein amerikanischer Footballstar] ist ein guter Freund von mir und hat auch versucht, bei Ivanka zu landen...“. „Wenn ich Ivanka wäre, würde ich Tom Brady nehmen“, gab Kushner scherzend zurück. Trump wurde ernst und seufzte: „Ja, genau.“

Laut Kushners Memoiren, dem Bestseller „Breaking History“, sah Trump das zehn Jahre später anders.

„Jared ist ein Genie“, sagte Trump nach der Bekanntmachung der bahnbrechenden Abraham-Abkommen, die für Frieden zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain sorgten. „Die Leute beklagen sich über Vernetzung – was ich hier habe, das ist Begabung.“

Kushner erwiderte knapp: „Vielleicht werden in Zukunft mehr Präsidenten ihre Schwiegersöhne mit unlösbaren Problemen schikanieren.“

Dieses Gespräch hebt ein Kernthema des Buches hervor: Manchmal ist es gut, die eigene Familie anzuheuern oder wenigstens die angeheiratete Verwandtschaft. Trumps Realityshow, „The Apprentice“, machte ihn bekannt dafür, nur die Besten und die Begabtesten zu wollen. Die beste Personalentscheidung seiner Karriere war aber vielleicht, dass Trump seinen Schwiegersohn zum Chefberater machte.

Kushners Memoiren beschäftigen sich größtenteils mit seinen Anstrengungen, ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen auszuhandeln (was sich weiter als unmöglich erwies). Kapitel zu Strafjustiz, Handel und Einwanderung wirken wie eingeschoben, als ob Kushner zeigen will, dass der jüdische „Wesir“ sich nicht nur um Themen gekümmert hat, die sein Volk betreffen. Kushner musste sich nicht nur besonders beweisen, weil er Ivanka's Ehemann war: wenn er, als praktizierender Jude, in seiner Rolle als Chefberater versagen würde, würden die Antisemiten der Linken wie der Rechten „den Juden die Schuld geben“.

Schabbat-Kerzen im Weißen Haus

Kushners polnische Großmutter entkam knapp dem Tod in den Gaskammern. Die Geschichte seiner Großeltern ist die typische Geschichte des sozialen Aufstiegs in den USA. Joseph Kushner begann als Bauarbeiter und schuf ein erfolgreiches Bau- und Immobilienunternehmen, das er seinen Kindern hinterließ. Enkelsohn Jared vergrößerte das Vermögen der Familie durch risikoreiche und milliarden-schwere Immobilienkäufe in New York City.

Ivanka lernte Kushner durch ihren Vater kennen. Er wollte, dass sie diesen Typen trifft, der die renommiertesten Immobilien von Manhattan aufkaufte. Das

Geschäftstreffen verwandelte sich in ein Date, denen viele weitere folgten.

Kushner schmückte sein Büro (das dem Oval Office am nächsten gelegen war) mit dessen erster Mesusa. Zum ersten Mal überhaupt wurden in der Privatwohnung des Weißen Hauses Schabbat-Kerzen angezündet. Er gesteht später, dass er den Schabbat gebrochen hat, um wichtige Telefonate entgegenzunehmen, wahrscheinlich unter Berufung auf „Pikuach Nefesch“ (wodurch Juden ein Brechen der Gesetze zur Rettung von Leben erlaubt ist). Bei jedem Besuch in Israel betete er an der Klagemauer um geistige Führung.

Bei all den Intrigen und dem Verrat im Weißen Haus, von dem Kushner berichtet, ist es kein Wunder, dass Trump ihn dort bei sich wollte. Er würde Trump nicht betrügen können. Das würde seine Ehe zerstören.

Der Finanzminister des türkischen Präsidenten, Erdogans Schwiegersohn, sagte einmal zu Kushner, „dass Berater Präsidenten manchmal im Stich lassen – aber Schwiegersöhne nicht“.

„In der arabischen Welt“, schreibt Kushner, „ist Politik Familiensache. Ich stand für etwas, das ihnen vertraut war und beruhigend wirkte. Wenn ich mit ihnen sprach, wussten sie, dass ich den Präsidenten in einer Art und Weise vertrat, wie es nur wenige Regierungsbeamte konnten.“

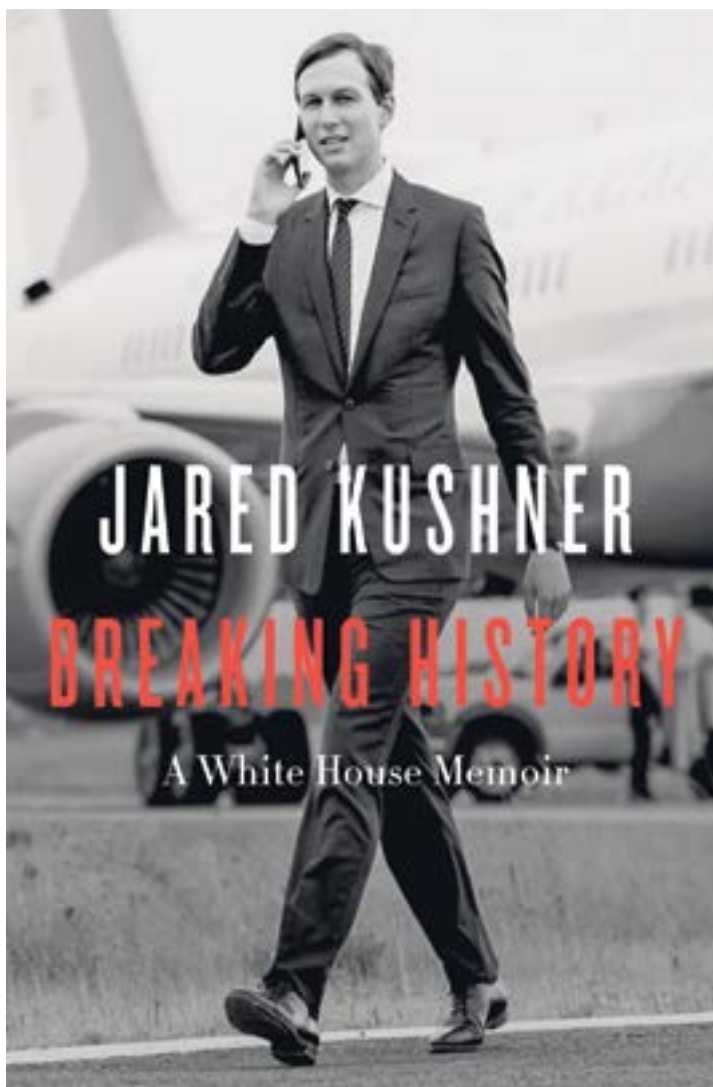
Diplomatisches Geschick

Er baute schnell Vertrauen zu seinem saudischen „Pendant“ auf, dem Kronprinzen Mohammed bin Salman, „MBS“, der sich an seine Versprechen hielt, den Terror zu bekämpfen und Frauen zu erlauben, Auto zu fahren, Bankkonten zu eröffnen und Eigentum zu besitzen. MBS hob die Flugrestriktionen für Flüge nach und aus Israel auf, zunächst für die Air Force One und dann für alle anderen Flüge zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die freundschaftlichen Beziehungen weiteten sich auf den Präsidenten der Emirate aus und dann auch auf den Kronprinzen von Abu Dhabi, Mohammed bin Zayed al Nahyan, oder auch „MBZ“.

„Er merkte, dass ich anders war“, schreibt Kushner. „Ich war der Erste, der Fragen stellte und wirklich versuchte, ihre Sicht der Dinge zu verstehen. Er war überzeugt davon, dass wir in der Region Frieden schaffen.“

Kushner entdeckte, dass die arabischen Führer Israel gegenüber emotional viel wohlwillender eingestellt waren. Besonders wegen ihres gemeinsamen Feindes: dem Iran.



In seiner Beschreibung wirken Kushners Beziehungen zu arabischen Führern manchmal wärmer und vertrauensvoller als die der Trump-Regierung zu den Israelis. In der Öffentlichkeit wurden Trump und „Bibi“ Netanyahu als gute Freunde dargestellt, aber Trump ärgerte sich oft über Bibi, auf diplomatischer Ebene aber auch wegen alltäglicher Dinge. Nach einer bombastischen Willkommensfeier mit Schwertertänzen in Saudi-Arabien wünschte Trump sich nach seiner Landung in Israel ein kurzes Treffen, einen Hamburger und ein Nickerchen. Bibi redete dann während eines Mehrgängemünus auf ihn ein und stieß Trump damit vor den Kopf.

Trump war von Bibis fehlendem Enthusiasmus überrascht, als er ihm mitteilte, dass er seine Botschaft nach Jerusalem verlegen werde. Trump sagte: „Bibi, ich denke du bist Teil des Problems.“

Nach Bibis seltsam kalter Reaktion auf die Jerusalem-Entscheidung wollte Trump fast nicht mehr die Golanhöhen als Teil von Israel anerkennen. „Ich habe schon zu viel für Bibi getan. Sehen wir erst einmal, was er mit dem Friedens-Deal macht.“ Trump erkannte die Golanhöhen dennoch an, orientierte sich an der öffentlichen Reaktion auf einen seiner Tweets, in dem er mit der Idee spielte. Es gab kaum Gegenwind.

Auch Netanjahu ist ein Deal-Maker

Das größte diplomatische Zerwürfnis entstand bei der Enthüllung des „Peace Through Prosperity“-Friedensplans im

Januar 2020, als Bibi in einer Rede sagte, Trump sei „der erste Regierungschef, der Israels Souveränität über Gebiete in Judäa und Samaria anerkennt, die entscheidend sind für unsere Sicherheit und unser Erbe.“

„Das war im Grunde genommen eine Rede an die eigenen Wähler und stellte unseren Plan falsch dar“, schreibt Kushner.

Bibi brüskierte die Trump-Regierung noch mehr, als er verkündete, dass Israel seine Gesetze auf das Jordantal und jüdischen Gemeinden in Judäa und Samaria ausweiten werde. Die Ausweitung israelischer Souveränität auf diese Gebiete war eigentlich als Bedingung an Friedensbemühungen geknüpft, die „palästinensische“ Eigenstaatlichkeit billigen.

Mit Hilfe des amerikanischen Botschafters in Israel, David Friedman, der die Annexionspläne eigentlich befürwortete, ruderten die Israelis am Ende von Bibis gewagter Rede über eine Annexion zurück. Die Trump-Regierung gab Bibi schließlich grünes Licht, um Pläne für die Annexion der Zone C vorzubereiten, ein Schritt, der

von allen deutschen Parteien im Bundestag verurteilt wurde, außer von der AfD.

War das Bibis eigene Art, einen Deal abzuschließen? Letzten Endes ermöglichte er so den Emiraten, ihr Gesicht zu wahren. Wenn er den Plan verwarf, würden sie einer Normalisierung der Beziehungen mit Israel zustimmen.

„Bibis Androhung einer Annexion und die Spannungen und die Dringlichkeit, die daraus erwachsen, führten schlussendlich zu dem Durchbruch, der die Abraham-Abkommen ermöglichte“, schreibt Kushner.

Wenn jemand als echter Schurke auftritt, dann ist das „Palästinenserpräsident“ Mahmoud Abbas. Er wird als undankbarer Lügner, Kriegstreiber und Ausbeuter seines eigenen Volkes dargestellt.

Es wäre verlockend zu behaupten, dass Kushner das „Unmögliche“ gelang und er seinem Schwiegervater, den Juden und dem amerikanischen Volk gegenüber bewies, dass er der beste Mann für den Job war. In seine Memoiren lässt er aber auch genug religiöse Betrachtung einfließen, die zeigt, dass das zentrale jüdische Friedensgebet ebenfalls eine wesentliche Motivation für ihn darstellte.

Hätte Ivanka sich dafür entschieden, nicht zu konvertieren oder auch Tom Brady zu heiraten, wer weiß ob Israelis heute nach Dubai fliegen könnten.

Orit Arfa arbeitet als Journalistin und Autorin in Berlin. www.oritarfa.net

Ausstellung: Lucia Moholy – Das Image des Bauhauses

Sie ist nicht „nur“ die Frau des Bauhauslehrers Moholy-Nagy gewesen, Lucia Moholy war auch selbst eine begnadete Fotografin. In ihren Bildern sind die Gebrauchsobjekte des Bauhauses nicht nur einfach dokumentiert, sondern samt der Kreativität dieser Zeit konserviert. Als sie als Jüdin vor den Nazis fliehen musste, war sie gezwungen, sämtliche ihrer Glasnegative zurückzulassen und im Exil zum größten Teil in erheblicher Armut zu leben. Das Bröhan Museum in Berlin widmet ihr und ihren Verdiensten nun eine sehenswerte Ausstellung. (JR)

Von Sabine Schreck

Selbst im Licht stehen: Lucia Moholy, Fotografin. Sie hat mit ihren Aufnahmen das Bauhaus in der Welt sichtbar gemacht. Dabei sind es nicht nur die Häuser, die Stühle, die Lampen, das Geschirr, sondern auch der Geist des Bauhauses mit seiner neusachlichen Harmonie, der ihre Bilder durchdringt. Das Bröhan Museum holt sie nun mit der Ausstellung „Lucia Moholy – Das Bild der Moderne“ aus dem Schatten ihres berühmten Mannes László Moholy-Nagy, der am Bauhaus unterrichtete und als Maler, Typograf und Bühnenbildner seine Spuren hinterließ.

Mehr noch: Die Ausstellung deckt auf, wie es dazu kam, dass sie, trotz der weitverbreiteten Präsenz ihrer Bauhausfotos, derart aus dem Blickfeld geriet. Ein Kriminalfall, der mal wieder aufzeigt, wie durch Flucht und Vertreibung Künstlerinnen um ihre Bedeutung und fast um ihre Existenz gebracht wurden.

Als Lucia Schulz 1884 in Prag geboren, entstammt sie einer deutsch-jüdischen Familie. Ihre ersten beruflichen Schritte machte sie als Lektorin bei verschiedenen Verlagen. 1920 lernte sie in Berlin László Moholy-Nagy kennen, den sie heiratete und 1923 nach Weimar und Dessau begleitete, wo er zum Bauhauslehrer berufen wurde. Ihre eigene Stellung beim Verlag gab sie dafür auf. Stattdessen entwickelte sie ihre Fähigkeiten in der Fotografie weiter, die sie sich zuvor teils selbst angeeignet hatte.

Mit ihrem Vermächtnis beginnt die Ausstellung: Eine Reihe von Publikationen, die ihre Bilder veröffentlichten und so die Idee des Bauhauses verbreiteten. Darunter sind nationale wie internationale Schriften – mal mit, mal ohne Namensnennung. Das ist bereits ein Hinweis, warum ihre Autorschaft (un)willkürlich ausgeblendet wurde.

Die Schau mit etwa 100 Fotos von privaten und öffentlichen Leihgebern, Publikationen und Artefakten führt über Moholys Blick in die damalige Welt des Bauhauses. Da ist der darstellerische Bereich mit Oskar Schlemmers triadischem Ballett, Bühnenbildern und der eigenen Musikkapelle. In der Architektur sind da die Meisterhäuser, die heute noch in Dessau besichtigt werden können. Ferner sind Möbel zu sehen, die inzwischen weltweite Designklassiker sind wie die Tischlampe von Wilhelm Wagenfeld oder Marcel Breuers Stahlrohrstuhl. Breuers Stahlrohrhocker, ebenfalls von ihr in Szene gesetzt, findet sich sogar im Original in der Ausstellung. Zu Bauhauszeiten gehörte er zur Ausstattung der Werkstätten. Auch zwei Wagenfeldlampen können im Original betrachtet werden. Diese Exponate machen ihre Arbeit noch greifbarer.

Fotografische Dokumentation

Abseits der bekannten Bauhausentwürfe reihen sich Produktaufnahmen von Tee- und Kaffeeservices, Kannen und Vorratsbehältern aus Metall und Keramik ein, die die Arbeiten der unterschiedlichen Werkstätten festhielten. Ein besonderer



Lucia-Moholy: Bauhausgebäude in Dessau - Werkstattfassade

Schatz findet sich im letzten Raum mit den eher unscheinbaren „Vorkursarbeiten“. Die daraus hervorgegangenen Konstrukte aus Holz, Metall und Glas waren alles andere als Gebrauchsgegenstände, sondern Studien zum Thema Gleichgewicht. Die Aufnahmen geben einen spannenden Einblick, wie das technisch-kreative Denken des Bauhauskonzepts geschult wurde – zumal die Originale kaum mehr zugänglich sein dürften, wenn sie überhaupt noch existieren. Die Bedeutung ihrer Aufnahmen wird vor allem Jahre später deutlich, als die Bauhäusler ins Exil gegangen waren und die Fotos stellvertretend für ihre Arbeiten wurden.

Wie sind Moholys Bilder darüber hinaus zu beurteilen? Sind sie reine Dokumentation? Moholy selbst sah sich als Dokumentaristin: „Ich bin nicht schöpferisch, nicht produktiv aus mir selbst, wohl aber von sehr feiner Aufnahme-fähigkeit, rezeptiv.“ Betrachtet man die Bilder, so besteht aber ein klarer künstlerischer Aspekt. Sie gestaltet selbst, denn die Gegenstände sind wohl durchdacht arrangiert und ausgeleuchtet. Die Bildkompositionen sind von Harmonie und Rhythmus geprägt. Es herrscht ein konstruktivistischer Blick, der ganz im Einklang mit den abgebildeten Objekten steht.

Walter Gropius, Leiter der Schule, sah in ihren Aufnahmen auch bloße Dokumentation. Daher hielt er es auch nicht

für nötig, obwohl sie quasi als ‚Haus- und-Hoffotografin‘ integraler Bestandteil der Schule war, sie anzustellen oder gar zu bezahlen. Er dachte sich, ohne die Arbeiten seiner Schule hätte sie auch keine Motive gehabt. Zudem war sie aus damaliger Sicht ‚nur‘ die Frau des Bauhauslehrers Moholy-Nagy.

Ihr kostbarer Beitrag wurde völlig verkannt, obwohl gerade auf ihm der Ruhm des Bauhauses gründet. Walter Gropius war Meister im Marketing und ohne ihre Bilder hätte er die Idee des Bauhauses gar nicht so verbreiten können. Wie wichtig ihr die Fotografie war, zeigt sich an den Fotoausstellungen, an denen sie teilnahm. Darunter die Werkbundausstellung „Film und Foto“ in Stuttgart, die 1929 eröffnete. Ihr einziges Gut waren die Rechte an den Aufnahmen. Sie hatte die Negative und auf den Abzügen wurde professionell und sorgfältig markiert: „Ohne Erlaubnis. Reproduktion verboten.“ (Das Arrangement war damals allerdings, dass Mitglieder der Bauhausschule, diese kostenlos verwenden konnten, für andere Nutzer erhob sie eine Gebühr.)

Nach der Flucht kam das Vergessen

Nachdem Gropius das Bauhaus 1928 verließ, zog das Paar Moholy-Nagy wieder nach Berlin. 1929 trennten sie sich. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 zwang sie als Jüdin, die mit einem gerade verhafteten Kommu-

nisten liiert war, über Nacht zur Emigration, so dass sie ihre etwa 560 Glasnegative hinterlassen musste – und da nimmt die tragische Geschichte ihren Lauf. Sie bat Moholy-Nagy diese zur Verwahrung zu nehmen. Lange konnte er sie nicht betreuen, da er sich selbst ins Ausland retten musste. Er gab sie in die Hände Walter Gropius, der genügend Kapazitäten hatte, diese mitzunehmen, als er selbst ins Exil ging. Zunächst nach London und ab 1937 in die USA, wo er eine Professur an der Harvard University erhalten hatte. Dorthin wurden die noch im Keller seines Berliner Hauses eingelagerten Sachen, samt der Negative, direkt verschifft.

Von den Negativen machte er dann fleißig Gebrauch, wie für die 1938 von ihm kuratierte Ausstellung „Bauhaus: 1919-1928“ am Museum for Modern Art in New York – ohne Moholys Namen zu nennen.

Im Gegensatz zu ehemaligen Bauhauskollegen war Moholy mittellos nach London gekommen und ohne auf ihre bisherigen Arbeiten zurückgreifen zu können, war es schwer, sich als Fotografin zu etablieren. Unterstützung fand sie im Kreis anderer im Fotogeschäft Tätigen. Dazu gehörten Mitarbeiter von Fotodokumentationsprojekten wie die des Warburg-Instituts, die überwiegend jüdisch waren. Es ist eine interessante Fußnote in ihrer Biografie, da sie trotz ihrer jüdischen Herkunft, atheistisch erzogen wurde, aber, wie es im Katalog der Ausstellung heißt: „ihr Judentum ein Leben lang verleugnete.“

Als Moholy sich an Gropius bezüglich ihrer Negative wandte, verschwieg er deren Besitz. Erst später, als ihre Aufnahmen vermehrt in Publikationen zirkulierten, drängte sie ihn nachzuforschen. Als er zugab, diese zu haben, bedurfte es noch eines dreijährigen Rechtsstreits, bis er 230 der 560 Negative 1957 herausrückte. Heute befinden sich diese 230 Negative im Bauhaus-Archiv Berlin.

Während andere Bauhäusler mit Hilfe von Moholys Fotos ihre Karriere im Exil fortführen konnten, blieb dies ausgerechnet der Urheberin der Fotos versagt. Als alleinstehende Frau in London rang sie oft mit Armut, da sie manch Angebote, Vorträge zum Bauhaus zu halten, aus gesundheitlichen Gründen oder mangelnder Bilder absagen musste. Nach dem Krieg arbeitete sie bei der UNESCO, später in der Türkei. 1959 ließ sie sich in der Schweiz nieder, wo sie bis zu ihrem Tod 1989 freiberuflich arbeitete.

Die Kuratoren Thomas Derda, Tobias Hoffmann und Fabian Reiffenscheidt haben mit „Lucia Moholy – Das Bild der Moderne“ eine bedeutende Ausstellung geschaffen. Vielleicht der Ansatz einer späten Wiedergutmachung? Sie ist zudem ein hervorragendes Gegengewicht zur aktuellen Ausstellung „Magyar Modern – Ungarische Kunst in Berlin 1910–1933“ in der Berlinischen Galerie, in der die Arbeiten ihres Mannes vorgestellt werden – teils mit ihren Bildern.

„Lucia Moholy – Das Bild der Moderne“ im Bröhan-Museum, Berlin, bis 22. Januar 2023.

Franco und die Juden

Obwohl der spanische Diktator Franco eine schändliche Allianz mit Hitler-Deutschland eingegangen ist, muss gesagt werden, dass sich der Umgang mit der sogenannten „Judenfrage“ in Spanien trotz des unzweifelhaft herrschenden Antisemitismus erheblich von dem der Nazis unterschied. Spanien ist das Land der Inquisition, des katholischen Antisemitismus, der Zwangstaufen und der massiven Abwanderung sephardischer Juden. Dennoch gehörte der Antisemitismus in Francos Spanien nicht zur zentralen Agenda, spanische Diplomaten waren sogar an der Rettung Tausender Juden aus Nazi-Deutschland beteiligt. Das mag vor allem darin liegen, dass der spanische Diktator davon überzeugt war, dass man die sog. „Judenfrage“ bereits 1492 mit der Reconquista gelöst hatte, als die Juden zum Christentum konvertieren oder das Land verlassen mussten. Trotzdem darf nicht verkannt werden, dass Franco den Judenhass schürte und behauptete, die Juden seien Teil einer internationalen Verschwörung und Schuld an den Problemen im Land. Nach dem 2. Weltkrieg wollte Franco seine Kollaboration mit den Nazis vertuschen, in dem er u.a. bei der Rückführung von Juden aus Marokko nach Israel mithalf. Seine Beziehung zum Judentum war stets ambivalent, ein Don Quijote war Franco ganz sicher nicht. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Francos Auftritt auf der politischen Weltbühne

Auf dem Territorium Spaniens leben Juden seit der römischen Antike. Die jüdisch-spanische Geschichte ist hart. Im Jahre 1492 verfügte das Königspaar Ferdinand II. von Aragon und Isabella die Katholikin, dass die Juden entweder Spanien verlassen oder zum Christentum konvertieren sollten. Die meisten Juden ließen sich taufen. Einige der Juden wurden getauft und ihre Nachkommen werden Marranos genannt. Sie praktizierten oft heimlich weiterhin das Judentum. Wenn dies festgestellt wurde, konnte die "Heilige Inquisition" sie foltern und auf dem Scheiterhaufen verbrennen.

Das Edikt von 1492 wurde de facto durch die Verfassung von 1869 aufgehoben. Am Ende des 19. Jahrhunderts gab es eine kleine jüdische Bevölkerung in Spanien. Unter der Diktatur von Miguel Primo de Rivera zwischen 1924 und 1930 erhielten mehrere tausend sephardische Juden – Nachkommen ausgewanderter iberischer Juden – die spanische Staatsbürgerschaft. Es bestand Einvernehmen darüber, dass ihre Verbindungen zu verschiedenen Ländern und ihre beruflichen Erfolge für Spanien nützlich sein könnten.

In den 1930er Jahren hatte Spanien viele sozioökonomische und politische Probleme angehäuft. Die Monarchie wurde durch eine Republik ersetzt. Es wurden Angriffe auf Grundbesitzer, Geistliche und viele Militärangehörige gestartet. Die antireligiöse Politik betraf auch jüdische Gemeinden. Es gab keinen wirklichen Kampf gegen den Antisemitismus. Zum Beispiel wurde eine der Madrider Synagogen ausgeraubt und Tora-Rollen geschändet. Zur gleichen Zeit durften sich mehrere tausend jüdische Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland in Spanien niederlassen.

Bei den Parlamentswahlen von 1936 gewann der Block linker und liberaler Parteien "Volksfront", der oft unter dem Begriff "Republikaner" definiert wurde. Die Wirtschaftskrise im Land wurde durch eine akute gesellschaftspolitische Konfrontation ergänzt. Es gab einen Militärputsch, der in einem brutalen Bürgerkrieg von 1936-1939 eskalierte. Bald stand General F. Franco an der Spitze der Putschisten und stützte sich auf die rechten Kreise der spanischen Gesellschaft - die Ultrarechten der Falange-Partei, Monarchisten, Industrielle, Landbesitzer und die Kirche.

Ethnische Herkunft

Was war Francos ethnische Herkunft? Wahrscheinlich jüdisch, seine Vorfah-

ren waren Marranen (Nachkommen iberischer Juden, die zum Christentum konvertiert sind, Anm. d. Red.). Laut einigen Experten für Onomastik spricht sein Nachname dafür. Wie Sie wissen, gibt es unter Juden sehr häufige Nachnamen, die von den Namen von Siedlungen abgeleitet sind. Und Franco ist der Name einer Siedlung in der spanischen Region Galizien, wo viele Juden lebten. Und im Nachnamen der Mutter gibt es einen "jüdischen Stempel" - Bahamonde y Pardo. Spanische Historiker sagen, dass es berühmte Rabbiner in der Pardo-Familie gab.

Ein weiteres Argument ist Francos Aussehen. Es wurde immer viel über seine mögliche semitische Herkunft gesprochen. Als Francisco Franco die Nummer eins im Staat wurde, begann diese Frage viele zu beschäftigen. Die deutschen Nazis zum Beispiel waren ihm gegenüber sehr parteiisch. SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich führte sogar eine Untersuchung über Francos Herkunft durch, grub aber nichts Besonderes aus. Gerüchte über Francos jüdische Herkunft begannen besonders nach dem Krieg aktiv zu zirkulieren. Der Diktator hat sie nie öffentlich bestätigt, noch hat er sich gegen sie ausgesprochen.

Die Ursprünge der Judeophobie

Der Sieg der Franco-Anhänger führte zur Auflösung jüdischer Gemeinden, zur Schließung von Synagogen in Madrid, Sevilla, Barcelona und zum Verbot religiöser Riten. Dies betraf nicht nur die Gemeinden in Tanger und Spanisch-Marokko, die im Rahmen der lokalen Gesetze operierten und zu denen das spanische Militär gute Beziehungen unterhielt. Die Gemeinden mussten jedoch dem Franco-Regime und der Kirche finanziell helfen.

Die Natur der Judeophobie des faschistischen Franco-Regimes basierte auf dem traditionellen spanischen katholischen Antijudaismus, dem politischen Antisemitismus, bei dem das Judentum im Bündnis mit dem Kommunismus und der Freimaurerei als Feind der christlichen Zivilisation angesehen wurde, und auf wirtschaftlichem Antisemitismus, der durch die Angst vor jüdischer Hegemonie verursacht wurde.

Franco nahm rassistische Postulate biologischer Reinheit nicht wahr. Wie die meisten seiner Gefährten war das Problem für ihn das Judentum, das er als ein Wertesystem sah, das dem christlichen entgegengesetzt war, als einen Fehler, der durch die Taufe korrigiert werden konnte. Er ging von der Tatsache aus, dass es in Spanien eine einzige kulturelle Identität und religiöse katholische Einheit geben sollte.



Franco in Bilbao, 1939

Seiner Meinung nach löste Spanien die "Judenfrage" im 15. Jahrhundert, als einige Juden vertrieben wurden, während andere zum Katholizismus konvertierten und sich mit der spanischen Bevölkerung vermischten. Er verehrte die heilige Teresa von Avila, eine Nonne des 16. Jahrhunderts, die aus einer Familie getaufter Juden stammte.

Die franquistische Propaganda legte nicht viel Wert auf Juden. Wahrscheinlich, weil es in Spanien fast keine gab: etwa 6.000 Menschen nach der Volkszählung von 1933, bei einer spanischen Gesamtbevölkerung von etwa 25 Millionen.

Die deutschen Nazis versuchten, den rassistischen und biologischen Antisemitismus in Spanien durch Propaganda zu kultivieren, aber er schlug nie Wurzeln auf spanischem Boden. Die katholische Kirche kritisierte rassistische Theorien als antichristlich. Spanien hatte keine Gesetze gegen Rassendiskriminierung ähnlich denen von Nürnberg, und keine Gefängnisse oder Konzentrationslager.

"Neutraler" Verbündeter

Während des Zweiten Weltkriegs war der Generalissimus und Caudillo (Führer) Franco nicht erpicht darauf, sich darauf einzulassen, und starrte genau auf das, was geschah. Spanien schloss sich mit seiner Neutralität weder der Achse Rom-Berlin-Tokio noch der Anti-Hitler-Koalition an, obwohl es in der Nähe Deutschlands blieb.

Im Oktober 1940 traf sich Franco mit Hitler. Der Führer versuchte, ihn zum Kriegseintritt zu überreden. Insbesondere um die Eroberung des britischen Gibaltars zu unterstützen, das neben Spanien liegt, indem es sei-

nen Eingang nach Nordafrika und die Kontrolle über das Mittelmeer öffnet. Aber Franco sagte, dass Spanien sich noch nicht von den Verwüstungen des Bürgerkriegs erholt habe und um in einen neuen Krieg einzutreten, sei es zunächst notwendig, es kostenlos mit modernen Waffen und Getreide zu versorgen. Und als Belohnung, wolle man die französischen Kolonien. Francisco weigerte sich sogar, deutsche Truppen durch spanisches Territorium passieren zu lassen. Sich auf die Tatsache zu beziehen, dass es nicht Ausländer sind, die Gibraltar befreien sollten, sondern nur die Spanier selbst - das ist eine Frage der nationalen Ehre. Hitler erkannte, dass Franco nicht in ein Blutbad verwickelt werden wollte, beendete das Treffen abrupt und traf sich nie wieder mit dem spanischen Diktator. Und in seinem Kreis nannte er ihn einen "abscheulichen Juden". Er habe eine „semitische Physiognomie“ usw. Aber Hitler wagte es nicht, Truppen nach Spanien zu verlegen. Laut Winston Churchill "wäre der Ausgang des Krieges anders ausgefallen, wenn Hitler Gibraltar erobert hätte".

In vielerlei Hinsicht war Spanien jedoch ein Verbündeter Deutschlands: Es exportierte Wolfram, das für die Militärindustrie äußerst wichtig ist, Treibstoff aus Amerika, lieferte Lebensmittel für deutsche Schiffe. Die spanische Propaganda unterstützte auch die Nazis. Als der sowjetisch-deutsche Krieg begann, bestanden viele spanische Politiker, die die Sowjetunion hassten, auf einer Teilnahme. Aber Franco lehnte die formale Neutralität nicht ab und schickte nur die sogenannte "Blaue Division" an die Front in der UdSSR. Sie kämpfte in den Jah-

ren 1941-1942 ziemlich schwach, und das war das Ende der spanischen Teilnahme am Krieg. Gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten hat man überhaupt nicht gekämpft.

Franco und der Holocaust

Die migrationsbezogene "jüdische" Politik des Franco-Regimes während des Krieges war sehr zweideutig, verwirrend, variierte je nach Situation an den Fronten, dem Grad des Drucks auf sie durch Deutschland und die Anti-Hitler-Koalition, dem Kräfteverhältnis in den herrschenden Kreisen. Die Einreisebeschränkungen für jüdische Flüchtlinge wurden gelockert und dann verschärft.

Unter dem Schutz Spaniens standen diejenigen in den besetzten Ländern, die die spanische Staatsbürgerschaft besaßen. Sie konnten sich auf sein Hoheitsgebiet begeben und in Drittländer weiterreisen. Aber diejenigen, die nicht über die notwendigen Dokumente verfügten, erhielten keine Unterstützung.

Einige Juden überquerten illegal die französisch-spanische Grenze. Sie wurden von spanischen Führern unterstützt. In Spanien wurden sie unter den gleichen Bedingungen wie Flüchtlinge anderer Nationalitäten in ein Lager gebracht. Sie wurden dann in andere Länder geschickt. Einige wurden zurück ins besetzte Frankreich deportiert. Es gibt eine tragische Geschichte des deutschen Philosophen, des Juden Walter Benjamin, der an einem Grenzübergang Selbstmord beging, um nicht zu den Nazis zurückzukehren. Die Auslieferung wurde Ende 1942 fast eingestellt. Bis 1942 war es jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen verboten, in Spanien zu arbeiten. Hilfe für Flüchtlinge wurde durch das Rote Kreuz den Vereinigten Staaten und Portugal geleistet.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Rettung von Juden spielten spanische Diplomaten in Ungarn, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Vichy-Frankreich und Deutschland. Der spanische Historiker Enrique Moradiellos, Autor von „The Holocaust and Franco's Spain“, schätzt, dass Diplomaten mindestens 8.000 Juden gerettet haben und mehr als 35.000 erfolgreich die französisch-spanische Grenze überschritten haben. Der israelische Historiker Chaim Avni glaubt auch, dass mindestens 40.000 Juden von Diplomaten oder über offene Grenzen aus den Gaskammern gerettet wurden.

Der Historiker Diego Carcedo schrieb das Buch "Unter den Mördern und Helden: Die Spanier, die dem Holocaust gegenüberstanden". Insbesondere erzählt er von dem in Ungarn arbeitenden Diplomaten Sans Bris, der als "Engel von Budapest" bezeichnet wurde. Über den Botschaftsrat in Berlin, José Ruiz Santaella, der zusammen mit seiner deutschen Frau Waltraud Schröder drei Jüdinnen rettete, die mit gefälschten Papieren in seinem Haus lebten. Über die drei Tausend-Schwester, ältere Frauen, die nahe der Grenze zu Portugal lebten. Sie versteckten die ankommenden Juden vor Nazi-Agenten und organisierten ihre Umsiedlung nach Portugal. Andere Einheimische halfen auch. Sie schafften es, Hunderte von Menschen zu retten. Sechs Spanier wurden zu „Gerechten unter den Völkern“.

Diplomaten retteten Juden oft auf eigene Initiative, entgegen den Anweisungen des Außenministeriums. Einige Historiker glauben, dass Franco all dies wusste, sich aber nicht einmischte.

Caudillo war vorsichtig, beobachtete, wer gewann, und manövrierte zwischen



Franco mit Hitler, 1940

den Nazis und den Anglo-Amerikanern. Je näher der Sieg der Anti-Hitler-Koalition rückte, desto mehr Diplomaten durften nicht nur den spanischen Sephardim helfen, und desto besser war der Transit der Juden durch Spanien. Aber nur wenige Menschen schafften es, in Spanien zu bleiben, um sich dauerhaft aufzuhalten. Die franquistischen Behörden fürchteten die Schaffung einer prominenten jüdischen Gemeinde und ein neues "jüdisches Problem". Das Regime träumte nicht davon, Juden zu retten, nicht einmal seine eigenen Bürger. Aber Franco verstand, dass es besser war zu helfen, als der Komplizenschaft am Völkermord beschuldigt zu werden. Laut Chaim Avni war die spanische Regierung keineswegs der edle Ritter Don Quijote.

Kontrolle der Juden

Es gab enge Verbindungen zwischen der Gestapo und der spanischen Sicherheitspolizei, die die Kontrolle über die Juden etablierte. Die spanische Zeitung „El País“ fand heraus, dass ein Dokument in den Archiven von Saragossa gefunden wurde. 1941 stellten alle Gouverneure auf Befehl Francos eine Liste der im Land lebenden Juden mit Notizen über ihre politischen Ansichten, "den Grad der Gefahr", zusammen. Dann wurden die Daten an Himmler übergeben. Die Gestapo bat darum, versteckte Sephardim zu identifizieren. Wenn die Nazis den Krieg gewonnen hätten, wären die Juden offensichtlich zur Vernichtung geschickt worden.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs intensivierte sich auch die antisemitische Propaganda in Spanien. Die Presse beschuldigte die Juden des Kommunismus, der Entfesselung des Krieges, einer weltweiten Verschwörung und unterstützte die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten.

Franco benutzte selten leidenschaftliche antisemitische Diskurse, jedoch sehr wohl für eine politische Opportunität. Zum Beispiel rechtfertigte er im Dezember 1939 zynisch die antijüdische Politik der Deutschen in Polen, indem er sich auf das spanische 15. Jahrhundert bezog und sagte, dass verschiedene Nationen gezwungen sind, gegen "jene Rassen" zu kämpfen, deren Gier und Vorherrschaft in der Gesellschaft der Grund für die Gefahr für die Verwirklichung des historischen Schicksals ist. "Wir, die wir durch die Gnade Gottes und die klare Vision der katholischen Könige vor einigen Jahrhunderten von einer so schweren Last befreit wurden, können dieser neuen

Blüte gieriger und selbstsüchtiger Gemüter nicht gleichgültig gegenüberstehen, die so sehr an irdischen Gütern hängen, dass sie bereit sind, ihre Kinder für zweifelhafte Interessen zu opfern."

Gleichzeitig gab es in Spanien selbst keine größeren antijüdischen Vorfälle. Eine Ausnahme war der Angriff auf Madrider Geschäfte im Jahr 1940, die beschuldigt wurden, kleine Geschäfte zu ruinieren.

Relativierung des Antisemitismus

Nach dem Krieg, als das franquistische Regime international geächtet wurde, versuchte Franco, seine Kollaboration mit den Nazis zu vertuschen. Er nutzte die Verdienste seiner Diplomaten aus und fabrizierte ein humanes Bild eines Mannes auf der internationalen Bühne, der bestrebt war, so viele Juden wie möglich vor Hitlers Morden zu retten. Viele Historiker interpretieren dies als regelrechten Mythos. Übrigens, in Spanien selbst während des Franquismus war der Holocaust fast ein Tabuthema. Es war verboten, über sein Ausmaß zu sprechen und über Spaniens Unterstützung für die Nazis.

Nach dem Erscheinen Israels auf der Weltkarte bot Spanien, das versuchte, sein Image zu beschönigen, an, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Israel weigerte sich (auch weil die franquistische Presse die Araber während des israelisch-arabischen Krieges von 1948-1949 intensiv unterstützte) und stimmte 1949 in der UNO gegen die Aufhebung antspanischer Sanktionen, die seit 1946 wegen der Unterstützung des Regimes für die Achsenmächte während des Krieges in Kraft waren. Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, Abba Eban, hatte Recht, als er sagte, dass, obwohl Spanien nicht direkt an der Nazi-Vernichtungspolitik beteiligt war, das ideologische Bündnis mit dem Dritten Reich dazu beitrug, Europa in einen Raum "frei von Juden" zu verwandeln. Nach der israelischen Abstimmung entfaltete sich die eine antisemitische Kampagne in der spanischen Presse.

Als Spanien 1955 in die UNO aufgenommen wurde, stimmte Israel dann dafür. Und Golda Meir betonte als Außenministerin, dass sich das jüdische Volk an die humane Position Spaniens beim Schutz vieler Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Franco trug in den 1960er Jahren zur Rückführung von Juden aus Marokko nach Israel bei.

Spanien, obwohl es ein vom Katholizismus dominiertes Land blieb, entschärfte allmählich seine Religionspo-

litik. 1949 wurden zwei Synagogen in Wohnungen in Madrid und Barcelona eröffnet. Als der Vatikan in den späten 1950er und 1960er Jahren einen Kurs einschlug, um den Antijudaismus loszuwerden, spiegelte sich dies in Spanien wider, trotz des Widerstands katholischer Fundamentalisten und Ultra-Franquisten. Die Zahl der Publikationen über die antispanischen Aktivitäten des Judentums ist zurückgegangen. Allmählich wurde der Antisemitismus in den Hintergrund gedrängt. Das Land dachte über einen freien Markt und ausländische Investitionen nach. Wirtschaft und Tourismus entwickelten sich rasant. 1962 gründete eine Gruppe von Priestern die Vereinigung der Jüdisch-Christlichen Freundschaft. In den 1960er Jahren wurden jüdische Gemeinden anerkannt, ein sephardisches Museum wurde in der Synagoge von Toledo eröffnet. 1968 wurde das Edikt über die Vertreibung der Juden aus dem 15. Jahrhundert für ungültig erklärt. Es gab eine kleine Einwanderung von Juden, hauptsächlich aus Lateinamerika und Marokko. Die jüdische Bevölkerung Spaniens stieg auf 25.000 an.

Umstrittener Diktator

Francisco Franco regierte Spanien 36 Jahre lang (1939-1975). Die Meinungen über ihn in Spanien sind radikal anders. Für einige ist er der Retter des Landes, der die Errichtung des roten Regimes der Stalinisten nicht zuließ und dann nicht zuließ, dass Spanien in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen wurde. Die meisten Spanier sangen lieber das Lied "Besame mucho" als zu kämpfen. Für andere ist er der Führer eines totalitären faschistischen Regimes, eines "blutigen Diktators", der 2 Millionen Menschen in Gefängnissen und Konzentrationslagern foltern ließ. Zu Francos Gegnern gehören Antoine de Saint-Exupéry, Ernest Hemingway, Pablo Picasso, Willy Brandt, George Orwell, Claude Simon...

In der "Judenfrage" sind Francos Aktivitäten sehr zweideutig. Mit der einen Hand rettete er die Juden, mit der anderen trug er zu ihrer Vernichtung bei. Hitler, Mussolini und der portugiesische Diktator Salazar sind eine Kompanie von Verbündeten! Der Gedanke "Sag mir, wer dein Freund ist..." (beliebter Dank an Cervantes) wurde noch nicht abgesagt.

Spanien war eines der wenigen Länder in Europa, das viele Juden vor Hitlers Völkermord rettete. Aber es wollte nicht, dass Juden darin bleiben. Und es baute sein antisemitisches Regime mit besonderem Fokus auf Antijudaismus auf. Und wie wäre die Einstellung, wenn die Nazis den Krieg gewonnen hätten? Übrigens, nach dem Krieg flüchteten viele Nazi-Verbrecher nach Spanien oder gingen über sein Territorium in andere Länder.

Der Historiker Álvarez Chillida stellt fest, dass "Franco weit weniger antisemitisch war als viele seiner Mitarbeiter". Es ist klar, dass die Umstände die Politik des Caudillo beeinflusste. Vielleicht zwang ihn sein jüdischer Hintergrund zu beweisen, dass er ein "wahrer Arier" war und natürlich gegen "jüdische Kapitalisten" war. Oder vielleicht war der Diktator seinen ethnischen Wurzeln gegenüber sehr gleichgültig und sah sich nur als katholischer und spanischer Führer. Eines ist klar: Es hätten mehr Leben gerettet werden können. Dafür gab es Ressourcen. Francos Geschichte ist nicht die Geschichte von Oskar Schindler oder Raoul Wallenberg.

Rettung jüdischer Kulturschätze: Die „Papier-Brigade“ des Ghettos in Wilna

Das litauische Wilna galt bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs als kulturelles Zentrum des ost-europäischen Judentums. Das „Jerusalem Europas“ beherbergte das YIVO, das Jiddische Wissenschaftliche Institut, wo tausende jüdische Bücher und Kunstschatze aufbewahrt wurden. Zur Erforschung der „Judenfrage“ wollten die Nazis 30 Prozent der Bücher einbehalten, der Rest sollte vernichtet werden. Eine Gruppe mutiger jüdischer Intellektueller aus dem Ghetto, die zur Arbeit im YIVO eingeteilt waren, schmuggelte unter Lebensgefahr Bücher, historische Schriften, Lieder, sowie auch Werke von Marc Chagall und retteten so einen Teil des jüdischen Erbes vor der Zerstörung. (JR)

Von Petr Lukimson

Die Geschichte der „Papierbrigade“, deren Mitglieder ihr Leben aufs Spiel setzten, um die kostbaren jüdischen Bücher vor den Nazis zu retten – diese Geschichte ist eine der erstaunlichsten und absolut jüdischen Geschichten, die mit der Shoa im Zusammenhang stehen. Sie bleibt bis heute nicht entsprechend erforscht. Aber die Tatsache bleibt die Tatsache: in den Tagen, als in Ghetto Wilna Hunger, Kälte- und Hungernot herrschten, retteten Juden als erstes nicht sich selbst, sondern ihre Bücher. Und für die Bücher waren sie bereit zu Sterben, denn sie wussten: ohne diese Bücher hat das jüdische Volk keine Zukunft. Im Jahr 2017 kam das Buch „The Book Smugglers: Partisans, Poets, and the Race to Save Jewish Treasure from the Nazis“ von David Fishman heraus, in welchem das Geschehen von damals detailliert beschrieben wird. Dem folgte dann das Theaterstück „Die Geschichte der Papierbrigade“, das Hadas Kalderon, Enkelin des Dichters Avrom Sutzkever und Schauspielerin des israelischen Theaters „Bejt Lessin“ schrieb. Sutzkever war Mitglied der Papierbrigade und ist somit eine der Hauptfiguren in diesem Stück. Eine, aber bei weitem nicht die einzige.

Wenn Sie Wilna kennen, ist es sehr wahrscheinlich, dass Sie einmal an dem Wohnhaus in der Vivulskio Straße vorbeigingen, auf dessen Stelle sich einst das Gebäude des YIVO befand – der jüdischen Forschungseinrichtung, die 1935 zu einem der wichtigsten Zentren der jüdischen Kultur wurde. Hier wurden wissenschaftliche Magazine herausgegeben, fanden internationale Konferenzen statt, wurden Wissenschaftler ausgebildet. Und eine der umfangreichsten jüdischen Bibliotheken befand sich ebenfalls hier. Lucy Dawidowicz, die 1938 extra aus New York nach Wilna kam, um an diesem Institut zu promovieren, beschrieb es folgendermaßen: „Auf den Regalen lagen Drucke soweit das Auge reicht – hier wurden 200.000 registrierte Magazinartikel aufbewahrt. Dann warfen wir einen Blick in die Bibliothek, die 40.000 Bücher in ihrem Bestand hatte, darunter auch äußerst seltene. Das Pressearchiv in einem separaten Raum beinhaltete 10.000 Ausgabensammlungen der jüdischen Zeitungen aus aller Welt. In anderen Räumen befanden sich Archivsammlungen mit den Handschriften, Flyern, Broschüren, alten Dokumenten der jüdischen Gemeinde von Wilna. Kalmanowich erzählte mir auch von den ganz besonderen Sammlungen, die sich in YIVO befanden: dem Archiv von über 300 Autobiografien der jungen europäischen Juden – einer eigentümlichen und sehr wohl auch folkloreartigen sozialwissenschaftlichen Datensammlung. Wir sahen uns das Theatermuseum an. Hier waren Theaterplakate und -programme, Manuskripte und Arbeits-



Szmerke Kaczerginski und die von ihm geretteten Bücher

texte und -handschriften der jüdischen Theaterstücke gesammelt“.

Beginn des 2. Weltkriegs

Der Zweite Weltkrieg bricht aus. Litauen geht an die Sowjetunion und das Gebäude von YIVO verwandelt sich in das Institut der Lituanistik, in welchem nur eine jüdische Abteilung unter der Leitung von Noyekh Prilucki übrigbleibt. Jedoch wird der ganze Schatz, die jüdische Büchersammlung so weit unangehört erhalten und Prilucki bündelt alle Kräfte darauf, um sie zu erhalten und zu schützen. Er organisiert weiterhin wissenschaftliche Konferenzen und Seminare, wenn auch die Hauptaktivität von YIVO nun in die New Yorker Filiale verlegt ist, die heute als Hauptsitz von YIVO weiter existiert.

Dann aber marschierten die Deutschen in Wilna ein und alles wurde auf einmal ganz schlimm. Für die Kommunisten war die jüdische Kultur „nur“ etwas abgelebtes, das nur auf den Müllhaufen der Geschichte gehört, für die Deutschen war sie aber als Begründung dessen bestimmt, warum man das jüdische Volk komplett auslöschen sollte. Alle Bücher und Materialien, die für die Bekräftigung dieser Vernichtungs-idee benutzt werden konnten, galt es nach Deutschland zu überführen um in Frankfurt das „Museum der untergegangenen Rasse“ zu gründen. Alle sonstigen Materialien, vor allem die, die als „geistige Waffen“ gegen den Nationalsozialismus benutzt werden konnten, unterlagen der Vernichtung. Mit der Selektion war der Stab von Reichsleiter Alfred Rosenberg beauftragt und Wilna sollte neben Prag zu einem der wichtigsten Orte dieser Operation werden. Das ist der Grund, warum kurz nach der Besetzung der Stadt ein gewisser Dr. Johannes Pohl dort ankam. Ein fanatischer katholischer Priester, der zwei Jahre in Jerusalem verbrachte – dort studierte er Hebräisch und die Bibel an dem Orient-Institut der Hebräischen Universität.

Nun war Dr. Pohl nach Wilna, in dieses „Jerusalem Litauens“, wie man es nannte, abkommandiert, um die Operation durchzuführen.

Seine Tätigkeit begann er damit, dass er die ins Ghetto verbrachte Bibliothek besuchte. „Mein Gott, dieser Deutsche spricht Jiddisch wie ein Jude, liest fließend Hebräisch und kennt nicht nur die Tora, sondern auch den Talmud!“ – sagte mit Erstaunen einer der Mitarbeiter der Bibliothek nach Pohls Besuch.

Als er mit der Begutachtung des Bücherbestandes der Bibliothek und des YIVO-Institutes fertig war, realisierte Johannes Pohl, dass es alleine dafür weder zehn noch zwanzig Jahre ausreichen würden. Nein, er brauchte mindestens zehn, wenn nicht mehr Mitarbeiter, die sich auch noch in der jüdischen Welt- und Sakralliteratur auskennen würden. Und so beschloss Dr. Pohl, die Gefangenen des Ghettos für diese Arbeit heranzuziehen. Darunter waren ehemalige YIVO-Mitarbeiter Zelig Kalmanowich, Uma Olkienicka, Herman Kruk und viele andere. Die von ihm zusammengestellte Gruppe versuchte er, davon zu überzeugen, dass sie eine Art Retter des jüdischen Kulturschatzes sind, dass die Bücher nur in Deutschland, weit von der Front in Sicherheit verwahrt werden können. „Ich weiß nicht, ob Kalmanowich und wir alle die Retter oder die Totengräber unserer Kultur sind“, schrieb Herman Kruk damals in sein Tagebuch.

Rettungsplan für die Bücher

Da das weitere Schicksal der auszusortierenden Bücher schleierhaft war, beschlossen Kruk und seine Kollegen, die wertvollsten von ihnen in ein speziell dafür vorbereitetes Versteck im Ghetto zu bringen. Als am 3. März zum ersten Mal in Ghetto Purim gefeiert wurde, brachte Kruk die einzigartige Ausgabe des „Megilat Esther“ aus der Bibliothek heraus. Ein anderes Mal erwischte er einen Kollegen dabei, als dieser eine alte illustrierte Pessach-Hagada aus

dem 18. Jahrhundert vernichten wollte. Als Kruk ihn fragte, was ihn zu diesem Schritt bewogen hat, antwortete der Mann: „Da sind auf einem der Bilder die ägyptischen Bogenschützen, die auf die Juden schießen. Ich wollte den Deutschen keine neue Idee geben“.

Indessen war Dr. Pohl äußerst unzufrieden mit dem Tempo der Arbeit. Er vermutete sehr wohl, dass die Bücher entführt werden, dass die Gruppe die ganze Arbeit sabotiert, er aber wollte selbstverständlich, dass diese Arbeit nach den höchsten Maßstäben der „deutschen Ordnung“ durchgeführt wird. Deswegen erweiterte er die Gruppe um vierzig weitere Arbeiter, darunter waren die jungen Dichter Avrom Sutzkever, Szmerke Kaczerginski, und, auf Kruks Bitte, Rakhele Pupko-Krinski. Alle Arbeiter mussten Intellektuelle sein, ihnen wurden entsprechende Arbeitsbedingungen geschaffen – geheizte Arbeitsräume, ausgestattet mit elektrischem Licht und eine weitere Essensportion, die Tee, Brot, ein Ei und Kartoffeln beinhaltete. Gleichzeitig waren sie unter ständiger Beobachtung gestellt und an den Gebäudeausgängen waren litauische Wächter platziert, die als „Polizajen“ im Ghetto fungierten. Die Brigade arbeitete in drei Gruppen geteilt: die eine sortierte die Bücher und Handschriften, die andere verpackte sie für den Abtransport nach Deutschland und die dritte hatte die grausamste Aufgabe bekommen, die Bücher, die als „unnötig“ eingestuft wurden, mit dem Papierwolf zu vernichten.

Am 27 April 1942 bekam Pohl die Anordnung aus Berlin mit der genauen Proportionsangabe der Menge der auszusortierenden Bücher, nämlich 30:70. Nicht mehr als dreißig Prozent der Bücher sollten bewahrt werden, alle anderen unterlagen der Vernichtung. „Ich sortierte die Bücher die ganze Woche lang“, schreibt Kalmanowich in sein Tagebuch, „mit meinen eigenen Händen schickte ich tausende von ihnen zur Vernichtung“.

Die Meinungen der Brigaden-Mitglieder bezüglich dessen, wie man sich nun in dieser Situation verhalten soll, teilten sich. Einige glaubten aufrichtig, dass sie Gutes tun indem sie das retten, was man retten kann, denn in Deutschland würden die Bücher ja in Sicherheit sein. Jedoch waren Sutzkever, Kaczerginski, Kruk und Pupko-Krinski sich darüber einig, dass die wichtigsten Schätze, Inkunabeln, die in der ersten jüdischen Bibliothek in Venedig herausgegeben wurden, die seltensten Tora-Ausgaben mit den Kommentaren von Raschi, die Tagebücher des Gaon von Wilna, das Tagebuch des jungen Theodor Herzls, die heiligen Tora-Rollen – dass das alles nicht in die Hände der Deutschen fallen durfte. Und so begannen Sutzkever und Kaczerginski mit der Ausarbeitung des Plans zu deren heimlichem Wegschaffen aus dem Bücherlager.

Es schien, dass man kaum zwei mehr

unterschiedliche Typen wie diese Beiden finden konnte. Politisch und künstlerisch vertraten sie diametral entgegengesetzte Positionen und konnten sich vor dem Krieg gegenseitig nicht ausstehen. Der Krieg machte sie nun zu trauten Freunden.

Lebensgefährliche Schmuggerei

Die Methode, um die Raritäten aus dem Bücherlager herauszubringen, war einfach: Kaczerginski bastelte sich eine Art Bauchgürtel aus dem Tora-Mantel und brachte darin bis zu vier Bücher am Tag aus dem Bücherlager heraus. Auch Sutzkever nahm Bücher mit. Es gab noch eine weitere Methode: die Bücher wurden in großen Packpapierrollen herausgeschmuggelt. „Die Juden im Ghetto sahen uns an, als wären wir verrückt. Sie überlegten sich, wie man das Essen oder irgendwelche Sachen an den Deutschen vorbeischmuggeln kann, während dessen schmuggelten wir Bücher ins Ghetto“, erinnerte sich später Kaczerginski.

Die Freunde waren sich bewusst: sollte sie erwischt werden, wird man sie an der Stelle umbringen oder totprügeln. Sie machten jedoch weiter. Jeder von ihnen wurde aber tatsächlich je einmal erwischt. Bei Kaczerginski fand man bei einer Durchsuchung die „gestohlenen“ Bücher und Sutzkever verlor einmal den Briefwechsel von Scholem-Alejchem und Bialik – das Buch fiel aus seinem Hemd, als er die Wache passierte. Sie beide bekamen glücklicherweise nur „eine letzte Warnung“.

Die Ironie des Schicksals ist es, dass gerade Kaczerginski, der ein überzeugter Atheist war, in erster Linie religiöse Bücher rettete, weil er sich bewusst war, dass gerade diese das geistige Fundament der Nation bilden.

Schicksale

Die Beziehung zwischen Rakhele Pupko-Krinski und Schmerke Kaczerginski ist ein Kapitel für sich. Ein Jahr vor Kriegsbeginn heiratete Rakhele ihren Liebsten – Jozef Krinski, der wegen ihr seine Frau verlassen hat. Im August 1941 bekam das frischgebackene Ehepaar ihre Tochter Sara, und kurz darauf wurde Jozef in Ponara umgebracht. Rakhele schaffte es, das Mädchen an die Polin Wika Rodzewicz abzugeben, diese gab dem Kind den Namen Irene und gab die Kleine nun für ihre eigene Tochter aus. Von Zeit zu Zeit kam sie mit ihr zu dem Bücherlager und übergab sie an Rakhele, damit sie miteinander Zeit verbringen konnten. „Mama, diese Tante gefällt mir sehr!“, sagte Irena oft zur Wika über ihre Mutter.

Ab einem bestimmten Moment rückte der Verlustschmerz in den Hintergrund und Rakhele stellte fest, dass sie sich in Kaczerginski verliebt hat. Sein Mut und seine wundervollen Gedichte eroberten ihr Herz. Und er, ebenfalls ein junger Witwer, verliebte sich in Rakhele. Jedoch weigerte sie sich, das Andenken ihres Mannes zärtlichst aufbewahrend, das Bett mit Szmerke zu teilen.

Den beiden war es bestimmt, zu überleben. Als Szmerke jedoch nach dem Krieg Rakhele einen Heiratsantrag machte, sagte sie unter Tränen „nein“. Später reiste sie in die USA aus zusammen mit ihrer Tochter, die sich dort wieder Sara nennen konnte. Rakhele heiratete und wurde Inhaberin einer großen Geflügelfarm. Die Beziehung zur Wika Rodzewicz hielt sie bis zum Tod aufrecht und lud sie oft zu ihr nach Amerika ein. Szmerke Kaczerginski hingegen bekam keine Einreiseerlaubnis in die USA. Grund dafür waren seine zahlreichen Verbindungen zur kommunistischen Partei. Er wanderte nach Argentinien



Mitglieder der Papierbrigade (von links nach rechts): Avrom Sutzkever, Rakhele Pupko-Krinski und Szmerke Kaczerginski im Ghetto Wilna, 20 Juli 1943.

aus und wurde dort zu einer bedeutenden Figur der dortigen jüdischen Gemeinde. Er heiratete und bekam Kinder. Bei einem Flugzeugunglück kam er 1954 ums Leben. Bis zu seinem Tod schrieb er wunderschöne Gedichte für Rakhele. Diese Gedichte gehören heute der Klassik der jiddischen Dichtung an.



Das Gebäude von YIVO 1933.

Avrom Sutzkever schrieb zum Tod seines Freundes: „Ich küsse dein Leichnam und begieße deinen Leib mit Tränen“.

Das Schicksal Sutzkevers ist hingehend bekannt. Er überlebte, trat als Zeuge bei den Nürnberger Prozessen auf (dabei stand er immer und stoß einmal demonstrativ einen ihm gereichten Stuhl mit dem Fuß von sich), trug in sich einen Plan zu einem Anschlag auf den auf der Anklagebank sitzenden Göring aus, war jedoch durch Ilja Ehrenburg von diesem Plan wieder abgebracht worden. Dann kam er nach Israel, schrieb zahlreiche wirklich und ohne zu übertreiben große Dichtungen, Gedichte und Prosabücher, wurde mit allen erdenklichen Literaturpreisen ausgezeichnet und für den Nobelpreis für

Literatur nominiert. Avrom Sutzkever starb in Tel Aviv im Alter von 96 Jahren.

Im Bücherlager ging es nicht nur um Rettung der Bücher. Einmal wurde dorthin ein Maschinengewehr verfrachtet, welches es weiter ins Ghetto zu überbringen galt. Genau in dem Moment, als Sutzkever das Maschinengewehr auseinandernahm, stürmten die Deutschen mit einer Kontrolle herein und der Dichter versteckte die Waffe hinter einem Gemälde von Chagall. Unglücklicherweise erwiesen sich die Deutschen als Kunstgenießer und fingen an, sich die Gemälde im Raum näher anzusehen. Da fing Sutzkever an konvulsiv zu Husten, sank zu Boden und die Deutschen zogen sich aus Angst, sich mit einer schlimmen Krankheit anzustecken, zurück.

Szmerke machte mit dem Heraus schmuggeln der Bücher selbst dann weiter, als die Inspektion und Kontrolle an Wilhelm Keitel weitergegeben wurde. Der Keitel, der ein distinguiertes Musikliebhaber und selbst kein schlechter Pianist war. Der Keitel, der gerne durch

Im September 1946 wurde die einstige Doktorandin und inzwischen Mitarbeiterin des YIVO in New York Lucy Dawidowicz nach Deutschland geschickt, um die ehemaligen KZ-Gefangenen zu betreuen, die sich nun in der amerikanischen Besatzungszone befanden. Im Februar 1947 betrat sie die Lagerhalle in Offenbach – und sah tausende von Bücher, die in Holzkästen lagen. Diese zogen sich in einer langen Reihe über zwei Stockwerke. Da war alles, was geraubt wurde: die Inkunabeln, die Handschriften, die Tora-Rollen, sowie zahlreiche silberne Kerzenständer und Schmuckstücke für die Tora. „Von den hunderten von tausenden Büchern und Kultusgegenständen, diesen stummen obdachlosen Waisen, die ihre ermordeten Besitzer überlebten, kam ein schwerer Geruch des Todes. So wie die Menschen, haben auch diese traurigen Reste der einst blühenden Zivilisation ein Heim im Land des Amaleks gefunden. Das Blut erfror in meinen Adern bei dem Anblick all dieser Gegenstände“, schreibt Dawidowicz in ihrem Buch.

Lucy kontaktierte sofort die Jewish Agency und teilte mit, dass sie die Bücher aus der Wilnaer YIVO-Bibliothek fand und bis Ende Februar machte sie 5000 Bücher für den Transport bereit. Man bat sie weiterzuforschen um noch weitere Bücher zu finden, die aus „Litauens Jerusalem“ geraubt und weggebracht wurden. Am 21 Juni 1947 wurden 420 Kisten mit Büchern in drei Waggons auf den Weg zum YIVO geschickt.

Ein etwas anderes Schicksal hatten die Bücher, die in Litauen blieben. Ein Teil von ihnen wurde an das litauische Staatsarchiv übergeben. Ein anderer Teil an die staatliche Bücherkammer. Die Sowjetunion weigerte sich beständig, die Bücher an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben. Auch die heutige litauische Regierung zählt diese Bücher zum litauischen Kulturschatz und verwehrt die Rückgabe. Nur das Kopieren der Bücher wurde „barmherzigerweise“ bewilligt.

Anmerkung des Übersetzers:

Heute setzt der Schauspieler und Sänger Mendy Cahan heldenhafte Aufgabe zur Rettung der alten jüdischen Bücher fort. In seinem Kulturzentrum „Yung Yidish“, das sich heute unter dem Dach der Zentralbusstation in Tel Aviv befindet und zu einem der spannendsten und wertvollsten Kulturorten Israels zählt, sammelte er in 30 Jahren an die 60.000 Bücher, sowie Zeitungen und Handschriften die in der jiddischen Sprache verfasst wurden.

Aus dem Russischen von David Serebryanik

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Zum 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR: „Wir waren sowjetische Juden“

Viele der Leser der Jüdischen Rundschau und der „Evrejskaja Panorama“ sind gebürtige und ehemalige Bürger der UdSSR. Bei allen Unterschieden in den Biografien verbindet sie eine Gemeinsamkeit: Sie waren alle sowjetische Juden und das bestimmte ihr Schicksal. Die Geschichte der sowjetischen Juden war von Diskriminierung und Verfolgung geprägt, erst in den Jahren der Perestrojka hatten sie zum ersten Mal freien Zugang zu ihrer eigenen Kultur. Während der folgenden Glasnost-Periode nahm die antisemitische Propaganda leider wieder zu und ist auch heute deutlicher Bestandteil der Gesellschaft, nicht nur in Russland, sondern im gesamten europäischen Teil des post-sowjetischen Raums. (JR)

Von David Szymanowski

Viele Leser der Jüdischen Panorama stammen aus der scheinbar unzerstörbaren Union der Freien Republiken und waren früher Bürger der Sowjetunion. Bei allen Unterschieden in den Biografien einte eine ethnische Herkunftsgemeinschaft: Wir waren sowjetische Juden, und das bestimmte das Schicksal eines jeden von uns. Das Jubiläumsdatum des Erscheinens des "Roten Kolosses" auf der Weltkarte, der fast sieben Jahrzehnte lang das Land war, das von Millionen von Juden bewohnt wurde, ist eine Gelegenheit, ehrlich über ihr Leben in der UdSSR nachzudenken.

"Vergoldeter Käfig"

Nachdem die Bolschewiki die Sowjetmacht in den Weiten des ehemaligen Russischen Reiches - dem "Gefängnis der Völker" - errichtet hatten, standen sie vor dem Problem ihrer multinationalen Zusammensetzung, darunter 140 große und kleine ethnische Gruppen. Am Ende des Bürgerkriegs entstanden vier Sowjetrepubliken im Land, die durch militärische, politische und wirtschaftliche Beziehungen verbunden waren: die russische und transkaukasische Föderation, die Ukraine und Weißrussland. Im Dezember 1922 schlug Lenin im Gegensatz zur Großmachtlosigkeit "ein und unteilbares Russland" das Prinzip der Zentralisierung des proletarischen Staates als freiwillige Vereinigung souveräner und gleichberechtigter Republiken mit dem Recht eines jeden vor, sich von ihm abzuspalten. Er versuchte, dem neuen Staat einen formal demokratischen Charakter zu verleihen und attraktiver für westeuropäische Kommunisten und mögliche Kandidaten für die Sowjetrepubliken zu machen.

Am 26. Dezember 1922 billigte der 10. Allrussische Sowjetkongress Lenins die Idee, einen föderalen Unionsstaat zu schaffen. Und am 30. Dezember billigte der Erste Allunionskongress der Sowjets die Erklärung und den Vertrag über die Bildung der UdSSR. Die souveränen Republiken, die ein Teil dessen wurden, behielten de jure das Recht, sich frei von der Union abzuspalten. Die Völker der UdSSR erlangten formell ihre Staatlichkeit, obwohl die Grenzen ihrer Macht und Souveränität äußerst begrenzt waren.

Später benutzten Stalin und seine Schergen die "Diktatur des Proletariats" als ihre unbegrenzte Macht über die gesamte Masse der Werktätigen, um eine militarisierte Industriemacht zu schaffen. Dies wurde durch Zwangsarbeit und die Ausbeutung der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen erreicht, die praktisch aller Rechte und Freiheiten beraubt waren. Alle Versuche des Widerspruchs und noch



Jüdische Einwanderer aus der Sowjetunion auf dem Ben-Gurion-Flughafen, 1990

mehr der Opposition wurden durch totalen Terror und Zensur brutal unterdrückt.

Nach Stalins Massaker und Verbrechen, die dem sowjetischen Volk schreckliche Verluste kosteten, behielt das Land ein tyrannisches Regime bei. Und in den folgenden Perioden des "Taufweters" und der chronischen Stagnation blieb die sowjetische "Demokratie" fiktiv, und das politische Regime blieb totalitär. Die korrupte privilegierte parteibürokratische Elite, die sich hinter Demagogie und allgemeinen Lügen versteckte, manipulierte das Bewusstsein der Massen und flößte ihnen die Illusion des kommenden "Triumphs" ein. Die sowjetische Propaganda schmückte auf jede erdenkliche Weise den "vergoldeten Käfig" des Sozialismus aus, in dem Völker, die der Wahlfreiheit beraubt waren, dahinsiechten.

Die geringe Effizienz der sozialistischen Wirtschaft, die unerträgliche Last des Wettrüstens, die ständige Verknappung von Waren, die Verschärfung interethnischer Widersprüche und andere Probleme führten das Land in den späten 1980er Jahren in eine tiefe politische Krise. Versuche, das System zu reformieren scheiterten und trugen schließlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion bei. Die Mehrheit der Bevölkerung sprach sich im Referendum für den Erhalt der UdSSR aus, aber die Führer des staatlichen Notstandskomitees provozierten einen Staats-

streik, und Massenaufstände führten zum Scheitern des Putsches. Am 8. Dezember 1991 einigten sich die Regierungschefs Russlands, der Ukraine und Weißrusslands auf die Beendigung der Existenz der UdSSR und die Bildung der Union Unabhängiger Staaten (GUS), was am 26. Dezember in seiner letzten Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR bestätigt wurde.

"So ein Land kenne ich nicht"

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lebten im Russischen Reich etwa 5 Millionen Juden (67% der Juden weltweit) - eine unterdrückte nationale Minderheit unter Bedingungen des Staates und des alltäglichen Antisemitismus. Infolge von Massenpogromen verließen mehr als 2 Millionen Juden das Land unter dem Zarismus. Erst nach der Februarrevolution wurden sie in ihren Rechten mit anderen Bürgern Russlands gleichgesetzt. Diskriminierung trug dazu bei, dass ein bedeutender Teil der Juden den revolutionären Kampf gegen den Zarismus unterstützte, und die Judeophobie im Bürgerkrieg viele Juden in die Reihen der Roten Armee führte. Die Bolschewiki führten einen entschlossenen Kampf gegen Manifestationen des Antisemitismus. Im Juli 1918 unterzeichnete Lenin das Dekret des Rates der Volkskommissare der RSFSR "Über den Kampf gegen Antisemitismus und Judenpogrome" und hielt im März 1919 eine Rede "Über das Pogrom der Juden-

verfolgung". Sozialaktive Juden traten der RCP(B) bei und machten 1922 5,2 Prozent ihrer Mitglieder aus.

Ende der 1930er Jahre war die Modernisierung der sozialen Struktur des sowjetischen Judentums unter einem totalitären Regime abgeschlossen, ohne individuelle Freiheit und eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Das sozialistische System trug zur Ablehnung traditioneller jüdischer Berufe und Lebensweisen bei. Viele in diesem Jahr waren weiter vom Judentum, der nationalen Kultur und Sprache entfernt und gründeten gemischte Familien. Das Ergebnis der bolschewistischen Politik war der Entzug des dreitausend Jahre alten geistigen Erbes durch das sowjetische Judentum, die Isolierung von den Errungenschaften fremder jüdischer Kultur und die Reduktion seiner kulturellen Errungenschaften auf den Randzustand der "proletarischen" Ersatzkultur. Gleichzeitig intensivierten sich die unter den Juden bereits rasch stattfindenden Akkulturations- und Assimilationsprozesse.

Fremde unter "uns"

Stalin kritisierte öffentlich den jüdischen Nationalismus in seinem zionistischen und bundistischen Gewand. Auf der anderen Seite sprach er sich gegen den Antisemitismus aus, den er "eine extreme Form des Rassenchauvinismus" nannte: "In der UdSSR wird der Antisemitismus als ein Phänomen, das

dem sowjetischen System zutiefst feindlich gegenübersteht, gesetzlich streng verfolgt." Diese Antwort auf die Anfrage der Jewish Legraph Agency in den Vereinigten Staaten wurde nur sechs Jahre später in der Prawda veröffentlicht. In den ersten Jahren der Sowjetmacht förderte Stalin im Gegensatz zur "bürgerlich-klerikalen" Gruppe die jüdische Kultur und Bildungsaktivitäten in jiddischer Sprache. Die Schaffung jüdischer Institutionen, Organisationen, landwirtschaftlicher Siedlungen, sollte zur "kommunistischen Erneuerung" des Judentums, seiner Integration in das sozialistische System beitragen.

Wiederholte Ausbrüche von Antisemitismus wurden durch jüdische Konkurrenz in Handel und Handwerk, Beschäftigung und Förderung, die Teilnahme von Juden an der parteisowjetischen Führung und der Durchführung unpopulärer Aktionen der Behörden erleichtert. M. Kalinin, Y. Larin, M. Gorki, V. Mayakovsky und andere nahmen an Kampagnen zur Bekämpfung des inländischen Antisemitismus als "Erbe der Vergangenheit" teil.

Gleichzeitig wurde die Politik der "Förderung einheimischer nationaler Kader", die Juden diskriminierten, stillschweigend umgesetzt, was später offiziell wurde. Judentum, Hebräisch und unabhängige Aktivitäten jüdischer Vereine wurden auf staatlicher Ebene verboten. Viele Juden, die soziale Erfolge erzielten, wurden unterdrückt. Beim Prozess gegen die Opposition in den 1930er Jahren wurden die richtigen Namen der Angeklagten, unter denen sich viele Juden befanden, in der Presse veröffentlicht. Fast alle Führer der Jüdischen Autonomen Region waren unter denen, die während der "Große Terror"-Jahre erschossen wurden. Seit den späten 1930er Jahren haben der Auslandsgeheimdienst und das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten gesäubert. Und mit der Annahme eines Kurses zur Förderung des russischen Patriotismus hörte der Kampf gegen die Judeophobie praktisch auf.

Der Angriff des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR stellte eine doppelte Bedrohung für die sowjetischen Juden dar: Sie wurden auf der Grundlage der Rassenpolitik des Nationalsozialismus der totalen Vernichtung unterworfen, unterstützt von einem Teil ihrer Mitbürger, der ihnen feindlich gesinnt war. Und von den 2,9 Millionen Juden, die vor allem wegen der Verantwortunglosigkeit der Behörden nicht in den Osten evakuiert wurden, wurden fast alle Opfer des Holocaust. Eine halbe Million Juden dienten während des Krieges in der Roten Armee, von denen 198.000 (39,6%) starben. Die Zahl der höchsten Freiwilligen Soldaten war die höchste unter allen Völkern der UdSSR (27%). Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Kräfte der Alliierten im Kampf gegen den Nationalsozialismus spielte das jüdische antifaschistische Komitee (EAC). 49 Tausend Juden kämpften in Partisanenabteilungen auf dem Territorium der UdSSR. Die Zahl der Juden, die militärische Orden und Medaillen erhielten, betrug 160.772 Menschen, 157 erhielten den Titel „Held der Sowjetunion“. Mehr als 180.000 Juden - Wissenschaftler, Ingenieure, ihre Führer und Arbeiter - erhielten Auszeichnungen für die Unterstützung der Front bei der Herstellung militärischer Ausrüstung.

Während der Kriegsjahre nahm die antisemitische Stimmung in der Bevölkerung zu. Viele Kollaborateure halfen den Nazis, Juden zu identifizieren und zu töten. Es gab Fälle von Weigerung,

diejenigen aufzunehmen, die aus dem Ghetto zu den Partisanen geflohen waren. Pogrome fegten durch das von den Deutschen befreite Gebiet im Zusammenhang mit der Rückkehr jüdischer Familien aus der Evakuierung. Juden wurde oft die Beförderung zum Militärdienst und die Verleihung von Auszeichnungen verweigert. 1943 erließ A. Schtscherbakow, ein Mitglied des Vorstands der Kommunistischen Partei, einen Befehl: "Juden sollten in begrenzter Weise belohnt werden." Und Stalin forderte bei einem Treffen eine "vorsichtiger" Ernennung von Juden, danach wurde eine von G. Malenkov unterzeichnete Direktive ausgearbeitet, in der die Positionen aufgeführt waren, für deren Zulassung Juden nicht empfohlen wurde.

"Invaliden der fünften Kolonne"

Bei einem Bankett zu Ehren des Sieges verkündete Stalin einen Toast, indem er das russische Volk als "führende Kraft der Sowjetunion" heraus hob und damit das Wachstum des großrussischen Chauvinismus signalisierte, begleitet von Antisemitismus, der nun strukturell wurde. Im Gegensatz zum offen gepredigten Antisemitismus der Nazis versteckte sich der sowjetische Antisemitismus scheinheilig hinter einem Fei-

„ Zwischen 1970 und 1988 verließen 291.000 Juden und ihre Familien die Sowjetunion. „

genblatt der "Völkerfreundschaft". Ab Herbst 1946 wurde ein Kurs zur weiteren Einschränkung des Judentums eingeschlagen. Ende 1947 beschloss Stalin, die EAC aufzulösen und Massenverhaftungen unter der jüdischen sozialen und kulturellen Elite durchzuführen. Es wurde ein Szenario für eine amerikanisch-zionistische Verschwörung ausgeheckt, die sich angeblich gegen den Führer und seine Familie richtete und auf deren Grundlage eine Reihe von Juden verhaftet wurde. Am 12. Januar 1948 wurde S. Mikhoels brutal ermordet.

Die Begeisterung der Juden für die Gründung des Staates Israel veranlasste die Behörden, die EAC endgültig zu besiegen, alle Juden aus dem Land zu schließen, die Vereinigungen jüdischer Schriftsteller aufzulösen und viele von ihnen zu verhaften. Der Kampf gegen die "wurzellosen Kosmopoliten", der mit der "antipatriotischen Gruppe" der Theaterkritiker begann und sich zu einer Verfolgung jüdischer Philologen, Regisseure, Drehbücher entwickelte, nahm ein breites Ausmaß an und betraf auch Wissenschaftler. Im Rahmen dieser Kampagne wurden Massenentlassungen von Juden aus Unternehmen, Institutionen und Redaktionen durchgeführt. Die Presse wurde von einer Welle von Feuilletons überschwemmt, die sich der Entlarvung "dunkler Gesichter" mit jüdischen Vornamen und Nachnamen widmeten. Der Höhepunkt des Antisemitismus war der "Fall zionistischer Ärzte", der angeblich mit dem amerikanischen und britischen Geheimdienst verbunden war. Gerüchte kursierten über die bevorstehende Deportation von Juden nach Sibirien.

Nach Stalins Tod wurden alle im "Fall der Ärzte" Verhafteten freigelassen und wieder eingestellt. Aber hochrangige Beamte ärgerten sich über die Tatsache, dass die Zahl der Juden, die intellektuelle Arbeit leisteten, immer noch viel höher war als ihr Anteil an der Bevölkerung. In den frühen 1960er Jahren fanden "wirtschaftliche Prozesse" statt,

deren Opfer jüdische Geschäftsleute waren. Versuche, Fragen über das Unrecht des Holocaust und des säkularen Gedächtnisses und toter Juden zu stellen, wurden stark unterdrückt. Jüdische Gebäude und Friedhöfe wurden zerstört.

Antizionistische Literatur diffamierte das Judentum, die Geschichte des Judentums und die Politik Israels. In einem Versuch, die jüdische Intelligenz in den Kampf gegen den Zionismus einzubeziehen, schufen die Behörden 1983 ein "Antizionistisches Komitee" aus ihrer Elite. Zur gleichen Zeit wurde die Pamyat-Gesellschaft mit einer rein antisemitischen Voreingenommenheit gegründet. Sie beschränkten die Zulassung von Juden zu angesehenen Universitäten, Unternehmen, Medien, Parteien und Organisationen. Bekannte jüdische Wissenschaftler wurden weder in die Akademie der Wissenschaften gewählt, noch wurden sie zu internationalen Konferenzen entsandt.

Shikane und Verfolgung

Viele geehrte Schauspieler mit jüdischen Wurzeln wurden bei der Verleihung von Ehrentiteln und Auszeichnungen umgangen, sie durften nicht ins Ausland reisen. In Fragebögen wurde der "fünfte Absatz" über die Nationalität

ein und entließen sie von ihren Arbeitsplätzen. Tausende junger Juden kamen an jüdischen Feiertagen in die Synagogen.

Oft gingen die Behörden zu Provokationen und Verleumdungen über und beschuldigten jüdische Führer des böswilligen Rowdytums, der Drogenabhängigkeit, des Waffenbesitzes, und einige Aktivisten wurden in psychiatrische Kliniken gebracht.

Immer mehr Juden kamen zu dem Schluss, dass es unmöglich sei, weiter in der UdSSR zu leben. Die Zahl der Antragsteller für Reisen nach Israel wuchs, trotz der geringen Wahrscheinlichkeit, eine Genehmigung zu erhalten. Die Verweigerung des Ausreiserechts führte zu öffentlichen Protesten: Streikposten, Demonstrationen, Kundgebungen, Sammelbriefe an den Obersten Sowjet der UdSSR und die UNO, Hungerstreiks und der Verzicht auf die sowjetische Staatsbürgerschaft. Im Gegenzug wurden "Verweigerer" und Rückkehrer als "Renegaten" und "Verräter" verfolgt, ohne Studien- und Arbeitsplatz, aller Titel und Auszeichnungen beraubt. Sie wurden bestraft durch und strafrechtlich verurteilt. Die verzweifelten Versuche, durch Flugzeugentführung ins Ausland zu fliehen, blieben erfolglos. In den frühen 1990er und 80er Jahren hatte die sowjetische Post aufgehört, Einladungen aus Israel anzunehmen, und der KGB hatte seine Verfolgung der jüdischen Bewegung intensiviert. Und doch war die Unterdrückung der Gefangenen von Zion unter dem Druck der inländischen Proteste und der internationalen Gemeinschaft sporadisch durchsetzt mit Genehmigungen für begrenzte jüdische Reisen ins Ausland. Insgesamt verließen zwischen 1970 und 1988 291.000 Juden und ihre Familien die Sowjetunion.

Während der liberalen Jahre der Perestroika hatten die sowjetischen Juden zum ersten Mal freien Zugang zur Kultur ihres eigenen Volkes. Nationale Kulturgesellschaften waren überall, veröffentlichten ihre eigenen Zeitungen und Zeitschriften, Cheder und Yeshivas wurden eröffnet, Tausende von Menschen kamen zu den Feiertagen in die Synagogen. Treffen mit Gästen aus Israel, Konzerte mit jiddischen Liedern und Kantormusik füllten ganze Säle. Damit entfaltete sich während der Glasnost-Periode die unverhüllte Aktivität jüdenfeindlicher Organisationen und die ungezügelter Propaganda des Antisemitismus im Land. Zu dieser Zeit fand die massivste Abwanderung der Juden aus der UdSSR statt. All dies ist es wert, an jene Juden und Orientalisten erinnert zu werden, die immer noch nostalgisch "einem wunderbaren Leben in einer eng verbundenen Familie von Nationen" anhängen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

"Der Vater des modernen Hebräisch": Zum 100. Todestag von Eliezer Ben-Yehuda

Eliezer Ben-Yehuda hat das Hebräische als gemeinsame und einende Sprache der Juden nach zwei Jahrtausenden wiederbelebt und als gesprochene und geschriebene jüdische Identität etabliert. Der zionistische Sprachwissenschaftler schrieb ein mehrbändiges Wörterbuch und gründete die Akademie für die Hebräische Sprache. Dank seines Engagements wurde Hebräisch, das in den nahezu zwei Jahrtausenden der jüdischen Diaspora, nur als heilige Schrift der Thora verwendet wurde, seit dem Jahr 1922, neben Englisch und Arabisch, zur Amtssprache im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina. (JR)

Von Arkady Tsfasman

Juden sind eines der ältesten Völker, die durch eine gemeinsame Herkunft, Religion, spirituelles Erbe und nationale Identität vereint sind. In fast zweitausend Jahren der Zerstreuung entstanden jedoch einige Unterschiede in religiösen Ritualen, in den Formen des täglichen Lebens, der wirtschaftlichen Aktivität, in den kulturellen Traditionen, die von den Kulturen der umliegenden Völker beeinflusst wurden. Diese Zersplitterung manifestierte sich auch im sprachlichen Bereich. Das Hebräische verschwand allmählich aus dem täglichen Gebrauch. Aber es blieb die Sprache der Gebete, biblischen Bücher und religiösen Abhandlungen sowie die Sprache der Gelehrten, Dichter und Schriftsteller. Dennoch wurde es allmählich aus der täglichen Gesprächspraxis verdrängt.

Da die Juden zerstreut waren und mit den Völkern um sie herum interagierten und kommunizierten, übernahmen sie viele ihrer Sprachen. Allmählich bildeten sich lokale jüdische Sprachen, wobei das hebräische Alphabet erhalten blieb, aber die grammatikalische Struktur und die meisten Wörter der Sprachen der lokalen Völker absorbiert wurden. So entstanden viele jüdische Sprachen, manchmal Dialekte genannt: Judäo-Arabisch, Hebräisch-Berber, Hebräisch-Spanisch, Jüdisch-Tadschikisch usw. Unter ihnen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts: Jiddisch, die Sprache von Millionen aschkenasischer Juden in Mittel- und Osteuropa, die auf der Grundlage germanischer Dialekte entstand, verbreitete sich.

Als das jüdische Nationalbewusstsein wuchs, wurde die Zukunft des jüdischen Volkes zunehmend an seine historische Heimat, Eretz Israel, gebunden. Was sollte die Sprache einer wiederbelebten historischen Heimat sein? Diese Frage blieb einige Zeit offen. Eliezer Ben-Yehuda spielte eine große Rolle bei der Lösung des Problems.

Ärmliche Kindheit

In der kleinen Stadt Luschki, Gouvernement Wilna, die Teil der "jüdischen Siedlungslinie" des Russischen Reiches war, lebten Yehuda und Tzipora Perlman, tief religiöse Juden, Anhänger einer der Strömungen des Chassidismus – "Chabad", bescheiden. Am 7. Januar 1858, am ersten Tag des Feiertags von Purim, wurde in ihrer Familie Eliezer Ben-Yehuda geboren. Im Alter von fünf Jahren, nachdem er seinen Vater verloren hatte, blieb der Junge in der Obhut seiner Mutter. Und obwohl er schwach und kränklich aufwuchs, zeichnete er sich schon in jungen Jahren durch ein ausgezeichnetes Gedächtnis und Neugier aus.

Kurz nach seiner Bar Mitzwa, beschloss seine Mutter, ihrem Sohn eine gute jüdische Ausbildung zu geben, damit er Rabbiner werden konnte. Sie



Eliezer Ben-Yehuda, 1905

brachte ihn in die Stadt Polozk. Der Leiter der Polozker Jeschiwa, ein ausgezeichneter Experte für Hebräisch, leitete Eliezer nicht nur beim Studium des Talmud und anderer Theologendieser Bücher an, sondern flößte ihm auch die Liebe zur alten hebräischen Sprache ein. Dann gab es eine Jeschiwa in Glubokaje, wo der junge Mann der aufgeklärten Familie des Kaufmanns S. Jonas nahe kam – zwar ein Anhänger von Chabad, aber auch Autor von Artikeln in säkularen hebräischsprachigen Publikationen. Unter dem Einfluss dieser Familie verlor der junge Mann allmählich das Interesse an den Religionswissenschaften und liebte immer mehr das weltliche Wissen.

Er entschied sich für eine weltliche Ausbildung. Dies erforderte jedoch gute Kenntnisse der russischen Sprache, die er nicht gut sprach, und Vertrautheit mit den Grundlagen der allgemeinbildenden Fächer. Der fähige junge Mann beherrschte schnell das notwendige Wissen und wurde in die Schule von Dvinsk (heute Daugavpils, Lettland) aufgenommen.

Schlüsselerlebnis

Aber das Leben bereitete ihm ein anderes Schicksal vor. 1877 begann der Krieg zwischen Russland und der Türkei zur Unterstützung der Bulgaren, die sich erhoben, um für die Befreiung von der osmanischen Unterdrückung zu kämpfen. Und Eliezer dachte über das

Schicksal seines eigenen jüdischen Volkes nach. "Damals war es, als hätte sich der Himmel plötzlich geöffnet...", erinnerte er sich. Und eine innere Stimme sagte: "Die Wiedergeburt Israels ist im Land der Ahnen!" ».

Dies stellte seine Lebenspläne auf den Kopf. Eliezer beschloss, sich der Sache der Wiederbelebung des jüdischen Volkes in seiner historischen Heimat zu widmen, und ging 1877 nach Paris, um Medizin zu studieren, dann als Arzt, um sich in Palästina niederzulassen. In der französischen Kirche erkrankte er bald und wurde in das Krankenhaus von Baron Rothschild gebracht. Im selben Raum mit ihm war ein jüdischer Student aus Jerusalem, der Hebräisch sprach. Lazarus hörte mit Bewunderung seiner Rede zu, der Geschichte, dass Juden, die aus verschiedenen Ländern nach Jerusalem kamen, sich verstehen und auf Hebräisch kommunizieren. Deshalb, dachte Eliezer, ist es notwendig, das gesprochene Hebräisch wiederzubeleben. Andernfalls werden die Juden, die sich aus verschiedenen Ländern in ihrer historischen Heimat versammelt haben, nicht in der Lage sein, miteinander zu kommunizieren und werden daher nicht in der Lage sein, ein einziges Volk zu werden.

Unruhig drängten sich neue Ideen im Kopf des jungen Mannes. 1879 veröffentlichte er den Artikel "Brennende Frage" in der einflussreichen hebräischsprachigen Zeitschrift Ha-Shahar

(Morgenröte). Zwei weitere folgten. Alle wurden von Eliezer Ben-Yehuda (d.h. Eliezer, Sohn von Yehuda – es war der Name des Autors auf Hebräisch) leidenschaftlich und überzeugend geschrieben. Die Artikel enthielten auch die Idee, dass die Juden wie andere Nationen in ihr historisches Territorium zurückkehren und ihren geistigen Reichtum auf der Grundlage der alten hebräischen Sprache wiederbeleben sollten. Er schrieb: "Wenn wir danach streben, unser Land, unser eigenes politisches Leben zu finden, müssen wir auch unsere eigene Sprache finden, die uns vereint. Diese Sprache ist Hebräisch, aber nicht die Sprache der Rabbiner und Gelehrten. Wir brauchen eine hebräische Sprache, in der wir über alltägliche Angelegenheiten sprechen können."

Den Worten sollten Taten folgen. Nach vorheriger Absprache mit seiner ehemaligen Mentorin Dvora Ionas, sie lernten sich in Wien kennen, wo sie nach jüdischem Ritus heirateten, verließ er 1881 Paris. Auf seinem Weg nach Palästina, in Kairo, Ägypten, bezeichnete Eliezer „Ben-Yehuda“ als seinen Nachnamen in einem Dokument, das seine Identität beweist. Mit diesem Nachnamen ging er in die Geschichte ein.

Sprache als verbindendes Element

Nachdem sie im Hafen von Jaffa an Land gegangen waren, betrat das junge Paar das Land ihrer Vorfahren, das seit mehreren Jahrhunderten Teil des Osmanischen Reiches war. Sie wählte Jerusalem als ihren Wohnsitz – eine Stadt, die viele Jahrhunderte lang die Blicke von Juden auf der ganzen Welt auf sich zog.

Die jüdische Bevölkerung der Stadt war ein sehr buntes Bild. Einige sprachen Judäo-Spanisch, andere Hebräisch-Persisch, wieder andere Arabisch und wieder andere Jiddisch usw. Dies verursachte viele Schwierigkeiten in der Kommunikation. Es half, allgemeine Kenntnisse der Grundlagen der hebräischen Sprache zu haben. Aber es fehlten Wörter und Ausdrücke, die Objekte und Konzepte bezeichnen konnten, die in letzter Zeit entstanden waren: "Zug", "Wagen", "Telefon", "Telegraf", "Klempner" und viele andere. Es gab keine allgemein verständliche Sprache für die alltägliche Kommunikation. Dies vereinte nicht, sondern spaltete die Juden. "Wir brauchen eine Nationalsprache, die uns alle vereint!", erklärte Ben-Yehuda kurz nach seiner Ankunft in Jerusalem.

Nicht jeder glaubte daran, weil er glaubte, dass die Wiederbelebung des Hebräischen als gesprochene Sprache genauso schwierig ist wie die Wiederherstellung eines zerbrochenen Glasgefäßes. Aber Ben-Yehuda, obwohl er ein Mann von kleiner Statur, Düntheit und Kränklichkeit war, zeichnete sich durch große Ausdauer und Ener-

gie sowie die Fähigkeit aus, andere zu fesseln. Selbst als er zum ersten Mal das Land seiner Vorfahren betrat, versprach er, dass er, seine Frau und ihre Kinder von nun an nur noch Hebräisch sprechen würden. Und er sprach nur diese Sprache – zu Hause, mit Bekannten, draußen... Er wurde nicht immer verstanden... Sie stritten mit ihm... Er wurde ausgelacht... Aber er wechselte hartnäckig nicht zu anderen Sprachen.

Im Jahr 1882 bekam das junge Paar einen Sohn, der den bedeutenden Namen Ben-Zion – Sohn von Zion erhielt. Von Kindheit an hörte er nur Hebräisch. Er spielte mit einer Puppe, aber auf Hebräisch gab es kein solches Wort. Sein Vater schuf dieses Wort. Ben-Yehuda verfasste keine neuen Wörter. Er schuf sie auf der Grundlage des Studiums zahlreicher alter hebräischer Texte und suchte nach ihrer lexikalischen und grammatikalischen Grundlage. Und diese Wörter gewöhnten sich organisch an das Hebräische und wurden alltäglich.

In der Zwischenzeit wuchs Ben-Zion auf, ohne andere Sprachen als Hebräisch zu hören oder zu können. Er wurde der erste Mensch, für den Hebräisch seine Muttersprache wurde.

Bei den Kindern anfangen

Wo soll man anfangen, gesprochenes Hebräisch zu verbreiten und einzuführen? Natürlich mit Kindern und in der Schule. Aber in den wenigen Schulen, die es gab, wurde der Unterricht in den wichtigsten europäischen Sprachen durchgeführt – Französisch, Deutsch und Englisch, je nachdem, aus welchen Ländern die jüdischen Organisationen waren, die für die Schulen verantwortlich waren. Und 1882 ging Ben-Yehuda in eine Jerusalemer Schule, um zu unterrichten. Er setzte sich das gleiche Ziel wie bei sich zuhause: Kommunizieren Sie mit den Schülern nur auf Hebräisch. Er verlangte dasselbe von ihnen.

Am Anfang war es sowohl für den Lehrer als auch für die Schüler schwierig. Doch nach ein paar Monaten begannen die Kinder zu sprechen und erweiterten zunehmend ihren Wortschatz. Dann sorgte er dafür, dass alle Fächer in dieser Schule auf Hebräisch unterrichtet wurden. So wurde die Schule die erste, in der Hebräisch die Unterrichtssprache war, und ihre Absolventen wurden nicht nur Muttersprachler, sondern auch Botschafter des Hebräischen.

Ben-Yehuda kam jede Woche in diese Schule, legte Dutzende von Kilometern zurück und "brachte" neue Wörter, die er in der letzten Woche geschaffen hatte. Darüberhinaus stellte Ben-Yehuda eine hebräische Anthologie und ein Lehrbuch zur jüdischen Geschichte in hebräischer Sprache zusammen. Außerdem wurde zusammen mit den Lehrern der Schule eine hebräischsprachige Kinderzeitung ins Leben gerufen.

Dank der Initiative von Ben-Yehuda, unterstützt von begeisterten Lehrern, "verbreitete" sich Hebräisch allmählich in den jüdischen Schulen Palästinas.

Erste hebräische Tageszeitung
Ben-Yehuda wollte sich jedoch nicht auf Kinder beschränken. Im Herbst 1884 gründete er eine hebräische Wochenzeitung: Hatzvi (Der Hirsch). Anfangs hatte Ben-Yehuda mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen: Der Leserkreis war klein, es fehlten Mittel für die Umsetzung. Um die Zahl der Abonnenten zu erhöhen, musste er eine schwierige Reise nach Russland unternehmen. Monatliche finanzielle



Eliezer und Hemda

Unterstützung wurde vom französischen Baron E. Rothschild gewährt, der viel tat, um verschiedene Projekte für die Entwicklung von Eretz Israel durch die Juden zu unterstützen. Und die Sache ging weiter. Die Wochenzeitung wurde 1908 in eine Tageszeitung umgewandelt – die erste Tageszeitung in Hebräisch, die 1910 als "Ha-or" ("Licht") bekannt wurde und bis 1915 existierte.

Aber Ben-Yehudas Verdienst war nicht nur, dass er tatsächlich der Gründer der modernen hebräisch sprachigen Presse wurde, Ben-Yehuda ging noch weiter: Er begann, die Fremdwörter, die in hebräischsprachigen Publikationen verwendet wurden, durch Wörter zu ersetzen, die hebräische Wurzeln hatten. So begründete er eine Tradition, die das Hebräische von den Sprachen anderer zivilisierter Völker unterscheidet: Tatsächlich gibt es keine Fremdwörter darin.

Schicksalsschläge und ein Neuanfang

In der Zwischenzeit lief Ben-Yehudas Leben nicht gut: 1891 starb seine Frau. Diesem Unglück folgten weitere: Drei Kinder starben an Diphtherie. Die Tragödie wurde von der jüngeren Schwester seiner verstorbenen Frau Polja überlebt, die an den Höheren Frauenkursen in Moskau studierte. Sie stimmte zu, Ben-Yehudas Frau zu werden. Nachdem sie ihr Studium und ein erfolgreiches Leben in Moskau verlassen hatte, kam diese 19-jährige Schönheit nach Jerusalem, heiratete Eliezer und nahm den hebräischen Namen Hemda – Begehrt – an. Sie wurde Mutter von zwei verwaisten Kindern und brachte fünf weitere zur Welt (von denen zwei starben). Sie beherrschte schnell Hebräisch und war voll und ganz von den Bestrebungen ihres ruhelosen Mannes durchdrungen und wurde eine unentbehrliche Assistentin in seinen Angelegenheiten. Hemda half ihm bei seiner linguistischen Forschung. In der Zeitung veröffentlichte sie selbst-

geschriebene Artikel und erwies sich später als Schriftstellerin. Sie schrieb Geschichten auf Hebräisch für junge Leute. Ihre Tochter sagte später über die Rolle beider Ehefrauen von Ben-Yehuda: "Egal wie brilliant er war, es ist unwahrscheinlich, dass er erreicht hätte, was er erreicht hatte, wenn es nicht zuerst Dvora und dann Hemda gegeben hätte."

Es scheint, dass das Leben besser wurde. Aber der Siegeszug des umgangssprachlichen Hebräisch war nicht jedermanns Sache. Orthodoxe Juden sahen darin eine "Schändung" der Sprache Gottes und im Hauptverteiler dieser Sprache – ihrem Gegner. Ben-Yehuda machte sich viele Feinde und kritisierte das veraltete und nicht ganz faire System der Verteilung von Vorteilen unter den meist ultrareligiösen Juden, die auf Kosten der Halukka (Geld von Diaspora-Juden) lebten. Ben-Yehuda wurde 1894 zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem sich die Anschuldigung bestätigt hatten, er hätte zur Rebellion aufgerufen. Im Gefängnis verschlechterte sich sein gesundheitlicher Zustand stark. Zu seiner Rettung und gegen ungerechte Strafen entstand in jüdischen Zeitungen auf der ganzen Welt eine Kampagne. Das Urteil wurde von einem Anwalt angefochten, der von demselben Rothschild bezahlt wurde, und als der Fall erneut geprüft wurde, erlangte Ben-Yehuda die Freiheit.

Ben-Yehuda überwand alle Schwierigkeiten und folgte hartnäckig dem eingeschlagenen Weg. Bereits im Dezember 1890 wurde auf seine Initiative hin das Komitee der hebräischen Sprache geschaffen. Es umfasste echte Enthusiasten – Lehrer, Hebräischlehrer, Rabbiner, Historiker, Ärzte usw., die die Idee unterstützten, die hebräische Sprache zu aktualisieren, neue Wörter zu schaffen und zu verbreiten. Die Mitglieder des Komitees erstellten und veröffentlichten eine Liste von arithmetischen Begriffen, um Grundschullehrern zu helfen, Wörterbücher für

Drucker, Buchhalter, Töpfer, Schlosser und Schmiede zu erstellen. Das Komitee diskutierte auch die Aussprache des gesprochenen Hebräisch. Da zu dieser Zeit die meisten Juden Palästinas bereits Aschkenasen waren, waren die Mitglieder des Komitees geneigt, die aschkenasische Aussprache als Norm anzuerkennen. Aber Ben-Yehuda konnte seine Kollegen und Mitarbeiter davon überzeugen, dass die sephardische Aussprache dem alten, biblischen Hebräisch näher kam. Es wurde zur Norm, die im modernen Israel etabliert wurde.

Ein Geschenk an die Nachwelt

Ben-Yehuda schuf viele neue hebräische Wörter und kam zunehmend zu der Überzeugung, dass ihre Systematisierung notwendig war. 1903 veröffentlichte er ein kleines Wörterbuch der hebräischen Sprache. Aber er hielt dies für unzureichend. Und Ben-Yehuda begann, ein mehrbändiges Werk zu schaffen, das „Complete Dictionary of Modern Hebrew“, das zum Hauptwerk seines späteren Lebens wurde. Das Wörterbuch sollte nicht nur wissenschaftlichen Zwecken dienen, sondern auch zur Umwandlung des Hebräischen in eine gesprochene Sprache beitragen.

Diese zeitraubende Arbeit nahm Ben-Yehuda voll und ganz ein. Ein Augenzeuge erinnerte sich: "Seine Schreibtische waren übersät mit Büchern, offen und geschlossen, und sein dünner kleiner Körper ging in diesem Bücherstapel unter ... Er stellte das Wörterbuch zusammen und arbeitete zwölf bis achtzehn Stunden am Tag..." Die Familie hatte, wie so oft, große materielle Schwierigkeiten. Es gab nicht genug Geld für Lebensmittel, geschweige denn für Papier. Wörter für das zukünftige Wörterbuch wurden auf geöffneten Briefumschlägen, an den Rändern von Zeitungen und auf Papierfetzen geschrieben ... Und dies trotz der Tatsache, dass viele zahlreiche Texte aus alten und mittelalterlichen hebräischen Büchern, aus Büchern in Arabisch, Griechisch und anderen Sprachen sorgfältig studiert wurden.

Die ersten Bände dieses grandiosen Werkes wurden 1910 veröffentlicht. Die Bedeutung jedes hebräischen Wortes wurde auf Hebräisch und in Fällen, in denen es notwendig war, in drei europäischen Sprachen erklärt: Französisch, Deutsch und Englisch. Gleichzeitig die Wurzel jedes Wortes, seine Verwendung, seine Aussprache sowie die Veränderungen, denen das Wort zu verschiedenen Zeiten ausgesetzt war. Viel Aufmerksamkeit wurde auf Vergleichende Lexikologie gelegt: Vergleiche hebräischer Wörter mit Wörtern anderer semitischer Sprachen, die in Aussprache und Bedeutung ähnlich waren.

Ben-Yehuda selbst schaffte es zu Lebzeiten, nur die Veröffentlichung der ersten fünf Bände zu sehen, drei weitere Bände erschienen kurz nach seinem Tod. Und die Veröffentlichung dieses grandiosen Werkes wurde bereits 1959 im Staat Israel abgeschlossen, als der letzte, 18. Band veröffentlicht wurde. Das von Ben-Yehuda gegründete Hebräische Sprachkomitee wurde 1920 in die Akademie der hebräischen Sprache umgewandelt, die bis heute in Jerusalem tätig ist.

Eliezer Ben-Yehuda starb am 16. Dezember 1922, dem zweiten Tag von Chanukka, und ist in Jerusalem auf dem Ölberg begraben. Er ging als "Vater des modernen Hebräisch" in die Geschichte des Staates Israel ein.

100. Geburtstag Gerhard Löwenthals: Ein Jude und kritischer Journalist aus Berlin

Löwenthal sah sich als „deutschen Patriot jüdischen Glaubens“, er stand, wie auch unsere Zeitung, für einen freiheitlichen, auf die Bewahrung von Rechtsstaat und Marktwirtschaft ausgerichteten Konservatismus. Besonders im Erstarken linker Gesinnung sah er eine große Bedrohung für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Aus der Shoah leitete der Holocaustüberlebende eine „fortdauernde Verantwortung“ Deutschlands für Israel ab, der die deutsche Politik allerdings trotz großspuriger Worte und fortdauernder Gedenktags-Heuchelei bis heute auch nicht annähernd nachkommt. Gerade jetzt fehlt angesichts des Israel-aversen Verhaltens Deutschlands, besonders in der Mainstream-Medienlandschaft, ein Mahner wie Löwenthal aufs Schmerzliche. (JR)

Von Stefan Winckler

Wer war dieser Journalist, der die Fernseh-Nation Woche für Woche in zwei feindliche Lager spaltete, wie es zumindest der „Spiegel“ vor 50 Jahren behauptete?

Leben und Werk

Gerhard Löwenthal wurde 1922 in Berlin am Kurfürstendamm geboren. Der Vater, ein Herrenkonfektionär, war Jude. Die Mutter konvertierte mit der Heirat vom Protestantismus zum jüdischen Glauben. Seine Lehrer waren im Wesentlichen bürgerlich-konservativ. Die weitaus meisten behandelten ihn auch nach 1933 korrekt und gerecht. Ähnliche Erfahrungen machte der Schüler Marcel Reich-Ranicki in Berlin-Schöneberg – die modernen Viertel der Metropole mit einem recht hohen jüdischen Bevölkerungsanteil unterschieden sich von den ländlichen oder kleinstädtischen Gegenden. Allerdings griffen HJ-Schläger Löwenthal mehrfach an, weswegen er im Sportclub „Makkabi“ Boxunterricht nahm und sich fortan wirkungsvoll verteidigte.

Am 10. November 1938, im Anschluss an die Pogromnacht, wurden Löwenthal und sein Vater ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Dank der Fürsprache von „Onkel Max“, einem hochrangigen Angestellten der Heinkel-Flugzeugwerke, kamen beide wieder frei. Im Hintergrund hatte sich seine Mutter eingesetzt. Wie alle jüdischen Schüler musste Gerhard Löwenthal das Gymnasium verlassen. Der Kriegsausbruch verhinderte, dass er nach Großbritannien emigrierte, wie sein jüngerer Bruder Herbert. In den folgenden Jahren lernte er das Optikerhandwerk bei einem wohlgesonnenen Lehrmeister. Einer Deportation entging er, da der Betrieb als „kriegswichtig“ galt und die Mutter erneut „alle Hebel in Bewegung setzte“. Löwenthal befand sich wochenlang in Gestapo-Haft, da er Juden unterstützt, einige sogar versteckt hatte. Als Träger des Gelben Sterns war er ohnehin auf das Höchste gefährdet. Fast alle jüdischen Verwandten wurden ermordet.

Laufbahn nach dem Krieg

Löwenthal blieb nach dem Kriege in Berlin, der Eltern wegen, in Erinnerung an Helfer in der schlimmsten Zeit, und weil er auf eine bessere, demokratische Zukunft vertraute – wenn sich die Bürger dafür einsetzen. Ab 1946 studierte er Medizin an der Universität Unter den Linden, wo ihm der zunehmende kommunistische Einfluss Sorgen bereitete. Gleichzeitig arbeitete er als Reporter für den neu gegründeten Rundfunk im amerikanischen Sektor. Als er sich für das Studium oder den journalistischen Beruf entscheiden musste, wählte er die Rundfunkfähigkeit. Löwenthal berichtete über den

Verfall der Wissenschaftsfreiheit in der Ostzone, half den Studenten dort kon-



Gerhard Löwenthal setzte sich engagiert für die Bürgerrechte in der DDR ein.

spirativ mit Büchern aus, moderierte die RIAS-Funk-Universität (Vorlesungen und Interviews renommierter Wissenschaftler) und unterstützte die Gründung der Freien Universität – all dies bereits 1948, mit 25 Jahren. 1958 veröffentlichte er mit dem Chemiker Josef Hausen das Sachbuch „Wir werden durch Atome leben“, ein ausführliches Plädoyer für die Kernkraft. Seine entschiedene Einstellung zugunsten der europäischen Integration vertrat er als erster ZDF-Korrespondent in Brüssel von 1963 bis 1968.

Als der ZDF-Fernsehrat ein politisches Magazin forderte, war Löwenthal einer der Kandidaten, den auch die SPD-Vertreter favorisierten. Das Magazin wurde ab Januar 1969 wöchent-

lich, ab 1973 alle 14 Tage ausgestrahlt. Die eher „progressiven“ Zuschauer schalteten Magazine wie „Panorama“ und „Monitor“ an, die Konservativen bevorzugten das „ZDF-Magazin“.

Eine journalistische Leistung Löwenthals war, dass er permanent die prominentesten Politiker und Wissenschaftler vor sein Mikrofon holte: Ernst Reuter bei seiner Rückkehr aus dem Exil, Konrad Adenauer unmittelbar nach der ersten Kanzlerwahl, Richard Nixon und Henry Kissinger im ZDF-Studio, Kanzler und Kandidaten – eine imponierende, lange Liste. Er ließ sich von Beleidigungen durch Antisemiten, Linksextremisten und arabischen Israelfeinden nicht von seinem Weg abbringen.

Das ZDF in Person von Intendant Dieter Stolte und Chefredakteur Klaus Bresser nutzte Löwenthals Pensionsberechtigung 1987, um das Magazin nach insgesamt 583 Folgen zu beenden. Es folgten noch zehn Sendungen unter Leitung seines langjährigen Stellvertreters und Vertrauten Fritz Schenk. Ein Angebot, als freier Mitarbeiter seine regen journalistischen Kontakte zu nutzen, blieb aus: Der bekenntnisfreie Konservative hatte wenige politische Freunde unter den Kollegen, auch im ZDF. Ein Dank des Arbeitgebers: Fehlanzeige, trotz seiner Zugehörigkeit zum ZDF seit der „ersten Stunde“, seit 25 Jahren.

Löwenthals Texte waren im „Deutschland-Magazin“, im „Ostpreußenblatt“ und „Criticon“ zu lesen. Zu Themen wie der Deutschen Einheit oder der erlittenen NS-Verfolgung war er hin und wieder TV-Gast (Suchbegriffe: Gerhard Löwenthal, Fernsehen), so z.B. hier:

www.youtube.com/watch?v=k1WmbOHZgG0
www.youtube.com/watch?v=IlqneyFjOdI

Werte, Einstellungen und Selbstverständnis

Am Anfang von Gerhard Löwenthals politischer Entwicklung stand die doppelte Erfahrung des Totalitarismus:

Er hatte den Nationalsozialismus mit seinen Demütigungen, der Diskriminierung als jüdischer Mensch und v.a. der über Jahre anhaltenden Gefahr, deportiert oder ermordet zu werden, überstanden. Um 1946/47 sah er das Wetterleuchten eines neuen Totalitarismus, diesmal unter den roten Fahnen der Stalinisten, deren Anmaßung allmählich immer mehr anwuchs, bis sich die Spaltung Berlins 1948 nicht

Frieden und Freiheit dienen und der Verständigung unter den Völkern. Sie müssen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen und eine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen“. Mit den ZDF-Intendanten Karl Holzamer und Karl-Günther von Hase wusste sich Löwenthal in Übereinstimmung.

Während Journalisten von „Spiegel“, „Stern“, „Zeit“ und der meisten ARD-Anstalten Egon Bahrs ostpolitisches Konzept des „Wandels durch Annäherung“ favorisierten, stand Löwenthal zusammen mit seinen Kollegen vom Springer-Verlag auf der anderen, der skeptischen Seite, was ihn nah an die CDU und noch mehr an die CSU heranführte. So, wie er um 1960 mit Willy Brandt befreundet war, stand er ab den frühen 1970er Jahren Franz Josef Strauß nahe, ohne einer Partei anzugehören. Er hielt Reden und gründete nach amerikanischem Beispiel Bürgerinitiativen. Im „ZDF-Magazin“ informierte er u.a. über Linksradikalismus an Schulen und Universitäten, politische Skandale, Infiltration durch die DDR, die innerdeutsche Grenze und vieles mehr.

Seit dem 1968er Umbruch wandelte sich der Begriff des „kritischen Journalisten“. War damit bislang ein besonders quellenkritischer Berichterstatter gemeint („Stimmt die Nachricht oder ist es eine Falschmeldung“?), verstand die Öffentlichkeit darunter mehr und mehr einen auf politisch-gesellschaftliche Veränderungen bedachten Medienpraktiker, der sich für linke Werte einsetzt und dabei bewusst die Rolle eines journalistischen „Erziehers“ oder „Missionars“ annimmt. Welcher dieser beiden Varianten Löwenthal angehörte, gerade auch mit Blick auf die vielen Gerüchte in Berlin während des Kalten Krieges, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Auch Löwenthal sah sich, wie er dem Verfasser einmal sagte, als „Missionar“: „für die Freiheit“, d.h. für die bewährte politische Ordnung der Bundesrepublik. Er beanspruchte für sich die Rolle des journalistischen „Anwalts“, der sich für eine Gruppe entschieden einsetzte: für die Deutschen in der DDR, denen die Selbstbestimmung vorenthalten war, v.a. für politischen Häftlinge. Als sich Ausreisewillige an ihn persönlich wandten, benannte er ihre Schicksale namentlich in der Fernsehsendung („Ein SOS im Äther darf man nicht verklingen lassen“), wenn sie dies ausdrücklich wünschten: „Hilferufe von drüben“. Auch darüber hinaus waren Menschenrechtsverletzungen im sog. „real existierenden Sozialismus“ ein Themenschwerpunkt: Die Aussagen von Bürgerrechtlern und seltene Filmdokumente waren geradezu ein Markenzeichen. Spätestens mit der Wiedervereinigung zeigte sich, dass Löwenthal und die Magazin-Redaktion den „real

„ Er sah das Wetterleuchten eines neuen Totalitarismus, diesmal unter den roten Fahnen der Stalinisten. “

mehr vermeiden ließ.

Daher fühlte sich Löwenthal berufen, gezielt für den demokratischen Verfassungsstaat einzutreten, diesen mit den Mitteln eines Journalisten gegen seine Feinde zu verteidigen und für ihn zu werben. Die unerwartet gute politische und wirtschaftlich-soziale Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erleichterte ihm diese Aufgabe.

In Bezug auf die Ost- und Deutschlandpolitik war für Löwenthal das grundgesetzlich fixierte Ziel der Deutschen Einheit ausschlaggebend. Damit befand er sich im Einklang mit den Leitlinien des ZDF-Staatsvertrags: „Die Sendungen sollen vor allem der Wiedervereinigung Deutschlands in

existierenden Sozialismus“ weitgehend zutreffend dargestellt hatten.

Den Ost-West-Gegensatz sah Löwenthal im weltweiten Maßstab. Dementsprechend suchte er die Brennpunkte wie das rohstoffreiche südliche Afrika mit seinen postkolonialen Stellvertreterkriegen auf und erörterte diese wiederholt in der Sendereihe. Die Vereinigten Staaten waren für Löwenthal ein zweites Vaterland, zumal nach der Erfahrung der Luftbrücke; ähnlich wie Axel Springer bewunderte er Ronald Reagan. Löwenthal stand wie Matthias Walden, Elisabeth Noelle-Neumann und Johannes Gross für einen freiheitlichen, auf die Bewahrung von Rechtsstaat und Marktwirtschaft ausgerichteten, eher „angelsächsischen“ Konservatismus.

Die Einstellung zur jüdischen Religion und zu Israel

Löwenthal bekannte sich zu einem starken Glauben an den „Gott des Alten Testaments“, denn „sonst hätte man das, was man in seinem Leben mitgemacht hat, sicher nicht überstehen können“. Er fühlte sich nicht dazu verpflichtet, alle Gebote einzuhalten, aber er sah eine „Kraftquelle“ als notwendig an: „Und die liegt teilweise ganz sicher bei mir in der Verankerung der jüdischen Religion, die ja in der Geschichte des jüdischen Volkes einem ungeheuer viel gibt, wenn man sie immer wieder studiert. Wenn Sie an den Stamm der Makkabäer denken, die damals diejenigen waren, die den Judenstaat wehrhaft verteidigt haben, dann ist das so etwas, was einem Kraft gibt“. Die Bibel habe ihn nachhal-

tig beeinflusst, und auch die Bar-Mizwa war selbstverständlich. Löwenthal besuchte bei seinen Berlin-Aufenthalten stets die Synagoge und gehörte der Jüdischen Gemeinde an.

Im Jahre 1969 betrat Löwenthal erstmals israelischen Boden. Dort führte er ein Interview mit dem ehemaligen Botschafter in Bonn, Asher Ben-Nathan, und besuchte die Klagemauer zum Gebet. Wie er sagte, identifizierte er sich mit Israel, ohne ein „fanatischer Zionist“ zu sein. Vielmehr sah er sich als „deutschen Patrioten jüdischen Glaubens“, der „starken Anteil“ nimmt. Er verstand das Streben Israels, die Grenzen so zu ziehen, dass seine Sicherheit aus eigener Kraft gewährleistet ist, als „völlig legitim“. In einem Kommentar von 1979 rügte Löwenthal, Deutschland vernachlässige die Beziehungen zu Israel, und betone zu einseitig die araberfreundlichen Positionen der Europäischen Gemeinschaft. Die Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten verdienten Unterstützung, nicht aber demonstrative Treffen europäischer Politiker mit PLO-Vertretern wie Arafat. In diesem Sinne rügte er Bundeskanzler Helmut Schmidt, der die PLO verharmlose.

Löwenthal widmete nur 22 Beiträge im „ZDF-Magazin“ dem Thema Israel. Seine pro-israelische Einstellung kam darin jedoch immer zum Ausdruck: Er rechtfertigte die Zerstörung des Kernreaktors Osirak vor Inbetriebnahme (1981), denn dadurch sei der Bau von irakischen Atombomben verhindert worden. Ebenso begrüßte er die israelische Militäroperation im Libanon (1982)

mit Verweis auf die PLO-Verbrechen im Libanon und den Raketenbeschuss Galiläas. Damit stand er im Gegensatz zu den weitaus meisten deutschen Journalisten. Im Gegensatz zu vielen Kollegen sah er den Nahost-Konflikt zusätzlich durch die Brille des Ost-West-Konflikts: In den späten 1970er Jahren bezeichnete er die PLO als eine „von Moskau dirigierte, ausgerüstete und finanzierte Terrororganisation“.

Aus der Shoah leitete Löwenthal keine Kollektivschuld der Deutschen, sondern eine „fortdauernde Verantwortung“ Deutschlands für Israel ab, die sich die deutschen Politiker im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt gut einprägen sollten.

Eine Auswanderung zog er nicht in Erwägung, doch hätte er ein Leben in Israel einer linken oder rechten Diktatur vorgezogen, wie er 1978 resümierte.

Tod

Gerhard Löwenthal verstarb zwei Tage vor seinem 80. Geburtstag am 6. Dezember 2002 nach monatelanger Krankheit. Er ist auf dem Jüdischen Friedhof Heerstr. in Berlin bestattet. Seine Witwe Ingeborg, geb. Lemmer, wirkte 20 Jahre lang als Betriebsärztin auf dem Frankfurter Flughafen und starb 94-jährig am 5. Oktober 2019.

Fazit

Sicher, Löwenthal polarisierte. Er hatte seine „Fans“ und erbitterte Gegner. Aber dies galt auch für andere politische Journalisten, die „Missstände“ kritisierten und sich eines hohen Bekanntheitsgrades erfreuten, wie Franz Alt und Claus Hinrich Cassdorf. Lö-

wenthal war als Holocaust-Überlebender besonders authentisch in seiner Einstellung für die Menschenrechte und gegen totalitäre Systeme. Auffallend war seine Haltung pro Israel: in dieser Form eher eine Seltenheit.

Es mag erstaunen, dass dieser bemerkenswerte Lebenslauf oft gering geschätzt wurde. Als der Verfasser seine Magisterarbeit schrieb, meinte ein Doktorand der Politikwissenschaft (heute Professor), über den Soziologen Leo Löwenthal oder den Politologen Richard Löwenthal könne man durchaus eine wissenschaftliche Abschlussarbeit verfassen, aber „doch nicht über den ZDF-Löwenthal“, der dies einfach nicht wert sei. Als ob eine allgemeinverständliche, möglichst fremdwortfreie Ausdrucksweise des Moderators intellektuelle Fähigkeiten ausschliesse!

Ähnliche Zweifel am Untersuchungsobjekt hörte der Verfasser in der Disputatio zur Promotion im Fach Geschichte.

Literatur

Winckler, Stefan: *Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland (Biographische Studien zum 20. Jahrhundert, Bd. 1)*. Berlin: BeBra Wissenschaft, 2011. *Zugleich Dissertation.*

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Sir Isaac Newton: Der Wissenschaftler und die Kabbala

Vor 380 Jahren wurde der große Wissenschaftler und Philosoph in England geboren. Er war davon überzeugt, dass die physikalischen Gesetze der göttlichen Existenz nicht widersprachen. Ganz im Gegenteil, für ihn ist die Physik ein integraler Bestandteil der ursprünglichen religiösen Wahrheit, die Gott dem Menschen offenbarte. Zum Judentum und der Kabbala hatte Sir Isaac Newton ein besonderes Verhältnis: Seiner Meinung nach offenbarte Gott seine Geheimnisse in der Bibel und verschlüsselte die Weisheit der Schöpfung in den Dimensionen der Stiftshütte und des Tempels. (JR)

Für Sir Isaac Newton waren mathematische Gesetze sowie die Bewegungsgesetze überhaupt nicht seine eigenen Entdeckungen, sondern göttliche Gaben, die in den Dimensionen des Tabernakels kodiert waren.

"Die Lebensweise der ersten Institutionen der wahren Religion diene dazu, der Menschheit – durch die Pläne alter Tempel – den Weg zu zeigen, die Struktur der Welt als den wahren Tempel Gottes zu verstehen, den sie, die Menschheit, anbetete. Dementsprechend wurden die Priester der Antike über das Volk erhoben, in der Kenntnis der Struktur der Natur geschult und betrachteten sie als den wichtigsten Teil ihrer Theologie."

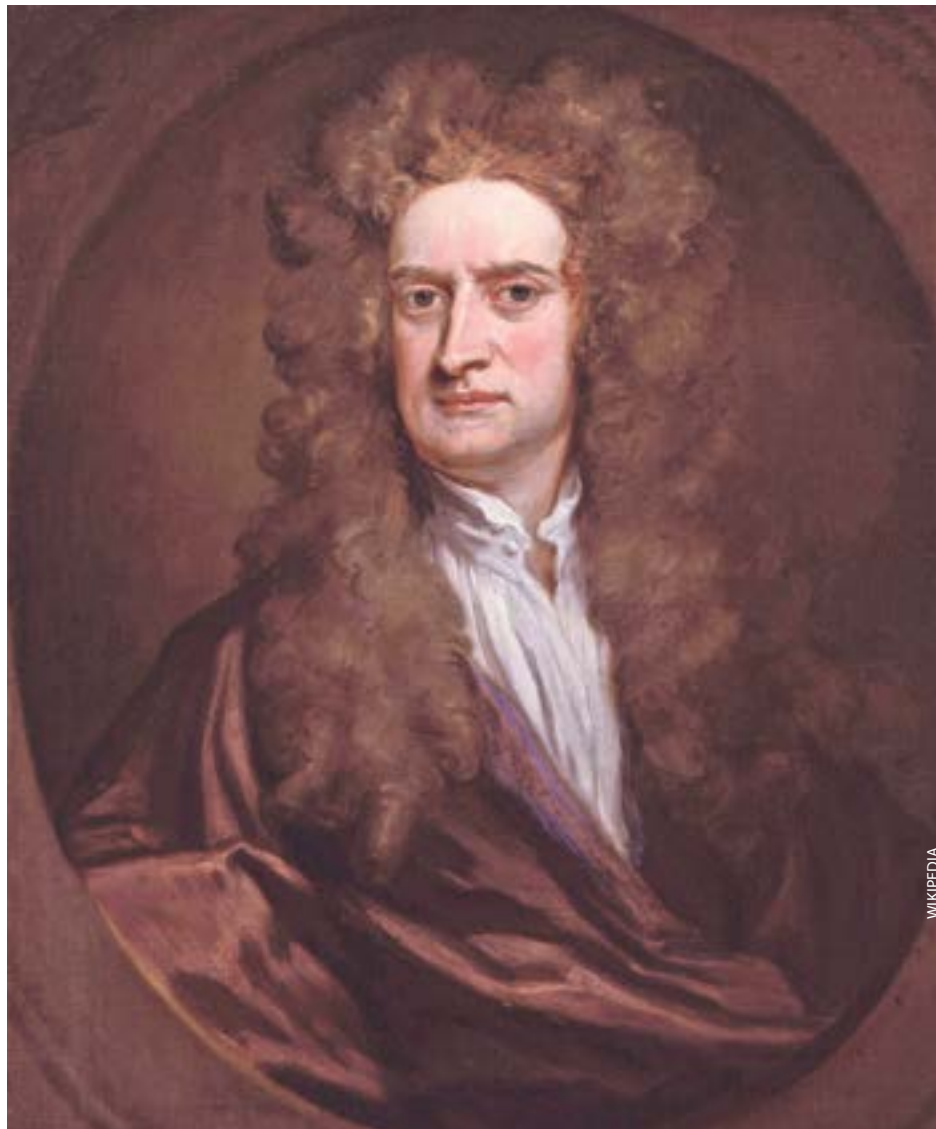
Nein, diese Zeilen gehören nicht zu einem Mystiker, wie Sie sicherlich denken werden. Ihr Autor war trotz seiner Hingabe an den Tempel weder ein Prophet noch ein Priester. Sie wurden von niemand anderem als Sir Isaac Newton geschrieben, dem Mann, der die Gesetze der klassischen Mechanik formulierte. Aber wie passt dieses Zitat in unsere Vorstellungen von einem rationalen Wissenschaftler, der nach einer bekannten Legende das Gesetz der universellen Gravitation aus der Analyse eines Apfels, der ihm auf den Kopf fiel, ableitet? War Newton überhaupt nicht so? Wie haben wir uns das vorgestellt?

Das verlassene Kind

Isaac Newton wurde am 25. Dezember 1642 in Woolsthorpe in der englischen Grafschaft Lincolnshire geboren, kurz bevor sein Vater starb. Newton, der zu früh geboren worden war, war so klein und gebrechlich, dass die Mutter nicht an die Fähigkeit des Babys glaubte, seine erste verschnittene Nacht zu überleben, und es einfach auf dem Dachboden zum Sterben zurückließ. Das Kind schrie jedoch so heftig und weinte, dass das Herz der Frau es nicht ertragen konnte. Sie drückte den Jungen an ihre Brust und wärmte ihn auf. Vielleicht wurde ihr schon damals klar, dass dieses Frühgeborene mit einem starken Lebenswillen ausgestattet ist und daher seine Zerbrechlichkeit und Schwäche überwinden kann.

Nach dem Volksglauben war ein Waisenkind, das an Weihnachten geboren wurde, für ein großes Schicksal bestimmt. Newton hatte jedoch in seiner frühen Kindheit kein solches Schicksal. Als das Baby drei Jahre alt war, heiratete seine Mutter wieder, und sein Stiefvater, der örtliche Pfarrer, schickte ihn, ohne an den Jungen gebunden zu sein, zu den Verwandten seiner Mutter. Die Feindschaft zwischen ihnen scheint gegenseitig gewesen zu sein und erstreckte sich auch auf Newtons drei jüngere Halbbrüder.

Als seine Mutter ein zweites Mal Witwe wurde, holte sie den 11-jährigen Newton nach Hause, doch er kam der Frau, die ihn zweimal verlassen hatte,



Portrait des jungen Isaac Newton von Godfrey Kneller

nie nahe. Sie hegte immer noch die Hoffnung, dass ihr Erstgeborener mit 15 Jahren, nachdem er drei Jahre an der King's School im nahe gelegenen Grantham studiert hatte, die Leitung der Familienfarm übernehmen würde. Aber alle Bemühungen Newtons auf diesem Gebiet endeten in einem völligen Fiasko. Und dann erlaubte ihm seine Mutter endlich, zu seinen Lieblingsbüchern zurückzukehren. 1661, im Alter von 19 Jahren, trat Isaac in das Trinity College in Cambridge ein. Die nächsten 35 Jahre seines Lebens waren mit diesem Ort verbunden.

Anfangs verdiente sich Newton seinen Lebensunterhalt, indem er für andere Studenten arbeitete oder ihnen Geld lieh. Nach Abschluss seines ersten Studiums begann er in Cambridge zu unterrichten. Das Bildungsprogramm wurde um die alten Klassiker herum aufgebaut - euklidische Geometrie und Aristoteles' Ethik, während Newton viel mehr an der "neuen Wissenschaft" interessiert war. Er las viel und vertiefte sich in revolutionäre Konzepte, die die „allgemein anerkannten Naturgesetze“ und den Geozentrismus umstürzten. Kopernik, Galilei, Descartes, Hobbes und Boyle beschäftigten Newton viel mehr als die Kurse, die er studierte, obwohl er später Lehrer (und dann

Freunde) unter Cambridge-Alchemisten in der Person von Isaac Barrow und Henry More fand.

1665 wurde Cambridge von einer Pestepidemie heimgesucht und die Universität geschlossen. Newton setzte seine Ausbildung zu Hause in Woolsthorpe fort und vertiefte sich immer tiefer in Mathematik und in die Optik. Er erblindete fast, als er mit Licht experimentierte; er begann zu formulieren, was später mathematische Analysis genannt werden sollte, und gleichzeitig wurde er nach seinen eigenen Memoiren einmal von einem Apfel aus seiner Nachdenklichkeit gerissen. Er fiel ihm von dem Baum, unter dem er saß, auf den Kopf. So entwickelte Newton bis Ende 1666 im Alter von 24 Jahren die Hauptidee, die später die Grundlage seiner Gravitationstheorie bildete.

Newton behielt Entdeckungen für sich

Newton hatte es nicht eilig, seine Entdeckungen öffentlich zu machen, sondern hielt sie größtenteils geheim. Newton teilte jedoch einige seiner radikalsten mathematischen Theorien mit Professor Barrow, vorausgesetzt, er veröffentlichte sie nicht. Beeindruckt von Newtons Genie empfahl Barrow ihn für die prestigeträchtige Position

des "Lucas-Professors", die er zuvor selbst innehatte, bis er ging und Kaplan von König Karl II. wurde.

Newtons neue Ernennung erwies sich als Test für seinen Charakter und seine Überzeugungen. Er konnte diesen Posten nur erhalten, wenn er die Dreieinigkeit, das zentrale Prinzip des anglikanischen Glaubens, anerkannte. Er glaubte auch an einen Gott, unveränderlich und unteilbar, und betrachtete die Lehre vom Vater, dem Sohn und dem Heiligen Geist als eine Verzerrung des wahren Glaubens. Da Newton nicht in seinem Eid lügen wollte, war er sogar bereit, seine Professur aufzugeben. Erst im letzten Moment konnte Barrow den König davon überzeugen, die Charta der Universität so zu ändern, dass Newton einen Eid schwören konnte. Letztendlich blieben seine religiösen Ansichten bis zu seinem Tod seine persönliche Angelegenheit, die nur Tagebüchern anvertraut wurden.

In den 1670er Jahren konzentrierte sich Newton auf die Mechanik und der Schwerkraft und experimentierte weiter mit der Optik. 1686 veröffentlichte er sein bahnbrechendes Werk „Philosophiae naturalis principia mathematica“ (Mathematische Prinzipien der Naturphilosophie), das unter anderem die drei berühmten Bewegungsgesetze, das Gesetz der universellen Gravitation sowie andere wichtige Entdeckungen über die Schallgeschwindigkeit, den Aufbau der Erde und die Flugbahnen von Kometen enthielt.

Das Buch wurde natürlich in Latein geschrieben, der internationalen Sprache der Wissenschaftler jener Zeit, die Newton Weltruhm einbrachte. Er gab auch die Mathematik nicht auf und entwickelte die „Analyse der infinitesimalen Zahlen“ - Differential- und Integralrechnung, weigerte sich aber wie üblich zu veröffentlichen. Infolgedessen wurde dieser Zweig der Mathematik durch die Ideen des deutschen Wissenschaftlers und Philosophen Gottfried Wilhelm von Leibniz weithin bekannt. Newton wurde in einen fruchtlosen Streit darüber hineingezogen, wem diese Theorie gehörte.

Zehn Jahre nach der Veröffentlichung von „The Mathematical Principles“ verließ Newton den akademischen Weg, um eine Regierungsposition einzunehmen. Als er 1696 nach London zog, wurde er Superintendent der Royal Mint und drei Jahre später zum Master of the Mint ernannt. In den nächsten 30 Jahren seines Lebens kämpfte er bis zu seinem Tod für die Beseitigung der Korruption in seinem Ministerium, aktualisierte die Arbeitsmethoden der Münzstätte und führte auch einen unversöhnlichen Kampf gegen Fälscher. Am Ende seines Lebens gelang es Newton, ein beträchtliches Vermögen anzuhäufen, obwohl es möglich ist, dass es aufgrund des Bankrotts der South Sea Company - einem der ersten Zusammenbrüche in der Geschichte der Börse

- stark dezimiert wurde.

1703 leitete Newton auch die Royal Society of London – eigentlich die British Academy of Sciences. Und trotz seines fortgeschrittenen Alters - Newton war bereits in seinem siebten Jahrzehnt - hauchte er der altersschwachen und trägen Organisation frische Energie ein und verwandelte sie in ein echtes wissenschaftliches Zentrum. Zu einem großen Teil trug sein eigener Ruhm dazu bei, insbesondere nach der Veröffentlichung seiner bekannten Monographie "Optik" im Jahr 1704, die die Entwicklung dieser Wissenschaft für ein Jahrhundert bestimmte. Und im folgenden Jahr schlug Königin Anne Newton zum Ritter des Hosenbandordens, was seinem Namen den Titel „Sir“ hinzufügte.

Planeten und Priester

Newton kannte sich mit den Feinheiten des christlichen Gottes aus und war sowohl in der Bibel als auch in den kabbalistischen Texten, einschließlich dem Sohar, gleichermaßen belesen. Gleichzeitig war er fest davon überzeugt, dass seine Entdeckungen in Mechanik und Optik nur einen kleinen Bruchteil des riesigen Korpus antiker Erkenntnisse ausmachten. Seiner Meinung nach offenbarte G-tt Seine innersten Geheimnisse in der Bibel und verschlüsselte die Weisheit der Schöpfung in den Dimensionen der Stiftshütte und des Tempels.

Newtons viele Tagebucheinträge, die sich auf Prophezeiungen und den Tempel beziehen, sind voll von solchen Überlegungen. Einige von ihnen sind unverständlich, aber im Allgemeinen laufen diese Überlegungen auf die Tatsache hinaus, dass die alten Priester die Gesetze des Universums, vor allem des Sonnensystems, verstanden. Sie kannten die mathematischen Zusammenhänge zwischen den Bewegungen der Planeten und den Gravitationskräften. Und die alten Feuerrituale sowie die Größe der monumental Strukturen von Stonehenge bis zum Tempel von Jerusalem spiegeln ihr Verständnis der Planeten wider. Was führte den großen Wissenschaftler zu solch erstaunlichen Schlussfolgerungen?

Newton war ein leidenschaftlicher Bewunderer der Alchemie, die versuchte, einen Weg zu finden, übliche Metalle wie Blei und Eisen in Gold umzuwandeln. Die Aufgabe seiner geheimen Experimente auf diesem Gebiet war es, die physikalischen und geistigen Regeln zu bestimmen, die in der Lage waren, Materie umzuwandeln. Nach Newton konnte nur jemand, der moralisch perfekt und dessen Bewusstsein in völliger Übereinstimmung mit dem göttlichen Willen war, den Zustand der Materie ändern. Seiner Ansicht nach war die Alchemie eine Wissenschaft des Geistes, so rein und wahr, ursprünglich von G-tt an Noah weitergegeben und dann für Generationen nur einer winzigen Elite rechtschaffener und weiser Menschen zugänglich.

Göttliche Geheimnisse in der Wissenschaft

Newtons Buch zu diesem Thema, „The Chronology of the Ancient Kingdoms“, wurde zwei Jahre nach seinem Tod veröffentlicht. Darin nennt der Wissenschaftler die Bibel das zuverlässigste aller alten Dokumente, mit der Begründung, dass sie von "G-ttes Volk – den Israeliten" geschrieben wurde. Um die Authentizität des biblischen Textes zu beweisen, verwendete Newton parallele historische Quellen und verglich alte Beschreibungen planetarischer Flugbahnen mit astronomischen Karten seiner Zeit.

Als Ergebnis seiner Studien kam Newton zu dem Schluss, dass die biblische Geschichte den Ereignissen vorausging, die in der griechischen Tradition aufgezeichnet wurden. Das Königreich Israel war seiner Meinung nach die erste große Zivilisation, und andere kopierten nur seine Kultur und Literatur. Es war auch einzigartig, nicht nur wegen des Monotheismus, der darin angenommen wurde, sondern auch, weil G-tt selbst es mit Weisheit ausstattete. Allein die Künste und Wissenschaften, die König Salomo damals auf dem Höhepunkt der Macht seines Königreichs mit allen anderen Nationen teilte, sind außerordentlich.

Newton war überzeugt, dass unter den göttlichen Geheimnissen, die Noah

Handlungen dienten, zu Säulen der Religion. Aber anstatt den Schöpfer des Feuers anzubeten, begann der Mensch, das Feuer anzubeten.

Newton führte den Verlust des moralischen Kompasses auf den Verlust intellektueller Subtilität zurück, was wiederum zu weiteren Wahnvorstellungen führte. Je mehr eine Person materiellen Erfolg anbetete, desto weniger war sie mit G-tt verbunden. Obwohl es diese Verbindung war, die der Schlüssel zum Leben und Segen war.

Geheimnisse der Prophezeiung

G-tt erwählte Abraham, weil er unermüdlich nach seinem Schöpfer und nach seiner grenzenlosen Güte such-

unter den Juden, laut Newton, die gottesfürchtigsten waren. Allmählich wurden ihre Reihen mit Konvertiten aus anderen Nationen aufgefüllt.

Beziehung zwischen Mensch und Gott

Das Zeitalter der Prophezeiung endete mit Jesus, und in den folgenden Jahrhunderten verfiel das Christentum noch schneller als das Judentum zuvor. In seiner umfangreichen Abhandlung über Kirchengeschichte verfolgte Newton das Eindringen der Trinitätslehre in die Kirche. Alles begann im vierten Jahrhundert, argumentierte er, als Anastasius I., der von späteren orthodoxen christlichen Autoren der „Böse“ genannt wurde, die Lehre von der Dreieinigkeit formulierte und die Institution des Klerus einführte. So wurde die Kirche zu einem Vermittler zwischen Mensch und G-tt. Newton verurteilte auch die Heiligsprechung von Heiligen und betrachtete sie als eine Form des Götzendienstes, die auch die Menschen vom Schöpfer entfremdet. Der Gelehrte war sich sicher, dass die Priester und Prälaten, gierig nach Geld und Macht, am Tag des Gerichts gnadenlos bestraft werden würden, ohne zu zögern, den Katholizismus die "Kirche des Teufels" zu nennen.

In all seinen Tagebucheinträgen, die sich auf Prophezeiung, Geschichte und Wissenschaft bezogen, wiederholte Newton, dass Jesus trotz der wichtigen Rolle, die er bei der Wiederherstellung der geistlichen Ordnung in der Welt spielte, nicht G-tt war. Jesus, erklärte Newton, kehrte durch das Christentum zu seinem ursprünglichen Glauben zurück, und am Ende der Tage wird er als Messias zurückkehren, aber G-tt ist nur einer, und er allein ist die Quelle allen Lebens und Güte.

Nie verheiratet, teilte Newton kurz vor seinem Tod seinen Besitz unter Verwandten und Freunden auf. Er starb im März 1727 im Schlaf und wurde in der Westminster Cathedral beigesetzt. Seine Abhandlung über die Offenbarung wurde bereits in den 1670er Jahren fertiggestellt, aber er überarbeitete und dachte bis zum letzten Tag über seine Notizen nach.

Für Sir Isaac Newton bewies jede scheinbare Erfüllung historischer biblischer Prophezeiungen die Existenz G-ttes. Gleichzeitig war er überzeugt, dass die Hebräer schließlich in das Gelobte Land zurückkehren und ihren Tempel in Jerusalem wieder aufbauen würden, und dann würde das Himmelreich auf Erden geschaffen werden. Darüber hinaus sollte nach den Berechnungen des Wissenschaftlers der Abschluss des Korrekturprozesses erfolgen: im 21. Jahrhundert.

Newton glaubte, dass Prophezeiungen wissenschaftliche Weisheit darstellten

offenbart wurden, wissenschaftliche Prinzipien waren, die es ermöglichten, die Materie zu kontrollieren. Noah beschrieb dieses mächtige Wissen durch Rituale des Feuers und des Opfers. So imitierten die Priester, die das Opferfeuer in bestimmten Abständen umgaben, die Umlaufbahnen der Planeten um die Sonne. Und selbst die Formel der Schwerkraft, die Newton nach eigener Beobachtung fand, war bereits in diesen Ritualen kodiert. Mit anderen Worten, die physikalischen Gesetze waren nicht nur extrem weit davon entfernt, die göttliche Existenz oder Einmischung in irdische Angelegenheiten zu widerlegen, ganz im Gegenteil, sie waren ein integraler Bestandteil der ursprünglichen religiösen Wahrheit, die G-tt dem Menschen offenbarte.

Neustart des Universums

Diese ursprüngliche Religion, glaubte Newton, basierte auf zwei Prinzipien: Liebe und Angst vor G-tt und die Liebe zum Nächsten. Die Wissenschaft war eng mit dem Glauben verflochten und bildete mit ihm ein Ganzes. Aber während die wichtigsten Ideen und Rituale der Religion fast jedem bekannt waren, wurde die wissenschaftliche Wahrheit meist verborgen, um nicht in die falschen Hände zu geraten.

Aber genau das ist mit Noahs Nachkommen passiert. Die mächtigen Zivilisationen, die bald auftauchten und zunehmend materialistisch wurden, verloren schnell ihre geistige Unschuld. Die Einfachheit, mit der die Geheimnisse der Natur mit der religiösen Praxis verflochten waren, ging verloren, so dass die ursprüngliche Wahrheit im Nebel des Aberglaubens und der Missverständnisse völlig verloren ging. Schließlich wurden Rituale, die als symbolische

te. Die Abraham übertragene Aufgabe war laut Newton weitaus schwieriger als die Noahs, und so hatten er und seine Nachkommen direkten Zugang zur lebendigen Schöpfung in einer klaren Form. Zusätzlich zu den Schlüsseln zur Macht des Geistes über die Materie, erhielt Abraham ein noch mächtigeres Werkzeug als alle anderen: die Prophezeiung.

Newton glaubte, dass Prophezeiungen wissenschaftliche Weisheit darstellten, die auf die gleiche Weise entschlüsselt werden konnte wie die Geheimnisse der Naturgesetze, die ein Wissenschaftler mit seinen eigenen Beobachtungen der um ihn herum auftretenden Phänomene löste. Die Ergebnisse würden es ihm ermöglichen, die Geschichte zu verstehen und vorherzusagen.

Trotz all dieser Vorsichtsmaßnahmen verirrten sich die Kindern Israels jedoch im Laufe der Zeit, sehr zur Enttäuschung des Schöpfers. Ihre Moral sank, und sie wandten sich dem Götzendienst zu, mit allen daraus resultierenden Konsequenzen für das Universum. Infolgedessen wurde nach wiederholten Warnungen verschiedener Propheten der Jerusalemer Tempel der Juden selbst zerstört, und sie waren zum Exil verurteilt. Nach dem Newtonschen Ansatz hörten sie auf, die Auserwählten G-ttes zu sein, der diesmal einen neuen Boten wählte – Jesus, dessen Kommen von einigen alttestamentlichen Propheten vorhergesagt wurde.

Newton interpretierte das Christentum nicht als eine neue Religion, sondern als eine Erneuerung und Wiederbelebung des Glaubens, der Noah und dann den Israeliten offenbart wurde. Kein Wunder, dass die frühen Christen

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Acht Kerzen, die niemand sehen durfte: Wie Chanukka in der UdSSR gefeiert wurde

Im Kommunismus wird die Religion als Bedrohung für das System erachtet und musste deswegen beobachtet und reglementiert werden. So war es für viele Juden in der Sowjetunion eine wahre Herausforderung, Chanukka zu feiern. Nicht nur, weil es keine Chanukka-Kerzen zu kaufen gab, sondern weil man sich bereits „verdächtig“ gemacht hat, wenn man es wagte, jüdische Gebräuche öffentlich zu zelebrieren. (JR)

Von Pawel Nikolajewitsch Lvowski /jewishmagazine.ru

Die Chanukka-Feier in der UdSSR war, wie man heute sagt, eine Herausforderung. Die Behörden schauten argwöhnisch auf jüdische Bürger, die verbotenes Hebräisch studierten und religiöse Zeremonien abhielten. Menschen, die sich gut daran erinnern, wie es vor einem halben Jahrhundert war, erinnerten sich für uns an Brotleuchter, den sowjetischen Chanukka-Tisch und die Besuche von Polizisten im Licht festlicher Kerzen.

Stearin und Kartoffeln

Das erste und wichtigste Attribut von Chanukka ist natürlich der achtarmige Kerzenleuchter in verschiedenen Größen und Stilen. Die Chanukka-Leuchter waren in jüdischen Gemeinden in der gesamten GUS lange Zeit keine Seltenheit, aber vor einem halben Jahrhundert waren sie, wie alle anderen rituellen Gegenstände, ein verbotener Gegenstand.

Um Chanukka-Leuchter zu bekommen, nutzte der Gründer des Verlags "Gesharim/Brücken der Kultur" Michail Grinberg persönliche Verbindungen. Sein Freund arbeitete in der Abteilung für Metalle des Instituts für Restaurierung des Kulturministeriums und spezialisierte sich auf Bronze. Er machte einen Kerzenständer für die Greenbergs und dann einen traditionellen Dreidl-Kreisel ("Unglaublich schwer, aber ohne Buchstaben", erinnert sich Grinberg).

Der Generalsekretär des EAEK, ein professioneller Ethnograph und Orientalist, Professor Mikhail Chlenov, war einer der Aktivisten des jüdischen Untergrunds. Erstens lernte und lehrte er Hebräisch; zweitens hatte er einen echten Chanukka-Leuchter. Sein Pech: Es gab keinen Ort, an dem man dünne Chanukka-Kerzen kaufen konnte, also platzierte er gewöhnliche Haushaltskerzen darauf. Freunde und Bekannte machten die Kerzen selbst, auch aus Brot oder Kartoffeln.

Nach dem Anzünden der Kerzen spielten die Mitglieder und ihre Freunde Dreidl: Ein Pot mit kleinem Geld wurde in die Mitte des Tisches gestellt, die Teilnehmer drehten abwechselnd die Kreisel. "Es war ein einfaches Spiel, aber wir Erwachsenen hatten extrem viel Spaß."

Zeev Geisel, Programmierer, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und Übersetzer russischer Poesie auf Hebräisch, stellt fest, dass es in seiner Umgebung auch Menschen gab, die unabhängig voneinander sowohl Chanukka-Kerzenhalter als auch Kerzen herstellten: "Ich erinnere mich genau, dass der Künstler Mordechai Lipkin damit beschäftigt war. Ich nahm Stearin, schnitt es und steckte einen aus Watte gedrehten Faden ein. Dies ist übrigens nicht die erstaunlichste Erfindung in der Geschichte

unseres Volkes. Ich machte ein Foto von jemenitischen Juden, die Senken in den Bergen aushöhlten, um Chanukka zu feiern."

Geisel zündete Kerzen auf der Fensterbank an, trotz der Befürchtungen seiner Mutter: "In den 1950er Jahren überlebte sie den „Fall der Ärzte“, da sie nur Ärztin in Archangelsk war. Wir lebten in Monino, einer Militärstadt, und meine Mutter hatte Angst, dass meine Kerzen draußen zu sehen sein würden." Zeev selbst hatte mit der Polizei zu tun, nachdem er Sukkot mit einem Freund gefeiert hatte, der im ersten Stock wohnte und eine Hütte unter dem Fenster baute. Der Grund für die Inhaftierung war „Errichtung eines illegalen Gebäudes“.

Polizei mitten im Unterricht

Die sowjetischen Behörden waren misstrauisch gegenüber der Durchführung religiöser und insbesondere jüdischer Riten. Aber alle unsere Gesprächspartner wurden rein philosophisch mit ihr konfrontiert.

Member und seine jüdischen Erzieher wurden regelmäßig von Strafverfolgungsbeamten besucht. "Ein typischer Dialog sah so aus", erinnert sich Michail: "Du bist laut." "Wir haben keinen Lärm." – "Du hast ein paar Lichter an." – "Weil wir so einen Brauch haben, auf Wiedersehen." Laut Chlenov hing alles davon ab, zu wem sie kamen: Wenn eine Person ein Kandidat für einen Ermittlungserfolg war, war die Polizei mit einer solchen Erklärung nicht zufrieden.

Nathan Brusovani hatte keine Angst vor dem Türklingeln: "Soweit ich mich erinnere, wurde niemand speziell wegen Chanukka verfolgt. In einer Hebräischstunde erschwischt zu werden, das sah anders aus." Ze'ev Geisel stimmt beiden Punkten zu. "Joseph Brodsky wurde bei seinem Prozess bekanntlich gefragt: 'Wer hat Sie als Dichter erkannt?' Hebräischlehrern, die mit einem Bleistift erwischt wurden, wurde die Frage gestellt: 'Haben Sie die Erlaubnis, Hebräisch zu unterrichten?'"

Unerwartete Besucher im Angesicht der Polizei oder einfach nur neugierige Nachbarn hatten keine Angst vor Michail Grinberg. Er lebte ein jüdisches Leben, ohne viel zu verbergen: "Ich wurde wegen einer Chuppah aus dem Institut verwiesen, und davor wurde ich aus dem Komsomol verwiesen, weil ich die Synagoge besucht hatte. Meine Freunde und ich beschlossen in unseren Teenagerjahren, dass wir nicht auf den Plätzen öffentlich dissident sein würden, aber



Michail Grinberg erinnert sich an die Chanukka-Feiern in der UdSSR

wir würden uns auch nicht verstecken." In den 1980er Jahren richtete Grinberg im Hof einen Hühnerstall für 500 Hühner, Gänse, Enten und Puten ein und begann, Fleisch an religiöse jüdische Familien zu liefern. Mesusas hingen zu Hause.

"Wir lebten in Kuzminki, es gab nur Alkoholiker", sagt Reuven Piatigorsky. "Freunde und Bekannte kamen ständig zu uns, und es gab keinen besonderen Aufruhr wegen den brennenden Kerzen. Eine andere Sache ist, wenn die Beschneidung geplant ist, und dann klingelt eine Krankenschwester an der Tür und fragt, warum das Baby mit Bandagen an das Kissen gebunden ist ..."

Schwach vs. Stark

Nach jüdischer Tradition wiederholen sich denkwürdige historische Ereignisse immer und immer wieder. Die Mischna sagt, dass wir uns in jeder Generation als Sklaven behandeln sollten, die aus Ägypten kamen. Der Gründer der Chabad-Bewegung, Rabbi Schneur-Salman von Lyad, drängte die Chassidim, im wöchentlichen Kapitel der Tora nach Hinweisen zu suchen, was in ihrem eigenen Leben geschah. Für Michael Chlenov ist die wichtigste Lektion von Chanukka der anschließende Wunsch der Hasmonäer, sich in die Weltkultur zu integrieren: "Heute sehen wir weder die alten Ägypter noch die Assyrer noch die Babylonier. Den Juden gelang es, von ihren eigenen Traditionen nicht abzuweichen, sondern die Weltkultur in die jüdische Form zu kleiden." Laut

dem Professor half die Synthese zweier Kulturen - der hellenischen und der jüdischen - den Juden, ihre nationale Identität zu bewahren.

Mikhail Grinberg, ein professioneller Historiker, schrieb in den 1980er Jahren einen langen Artikel über die Unvereinbarkeit jüdischer und griechischer Ideologien ("Einige alte Griechen sagten, wir verstehen und verbessern diese Welt mit Hilfe der Mathematik, während die jüdische Sichtweise grundlegend anders ist. Das war der zentrale Punkt des Artikels"). Greenberg präsentierte seine Theorie den Teilnehmern verschiedener jüdischer Veranstaltungen und konzentrierte sich dabei nicht nur auf die religiöse Komponente von Chanukka, sondern auch auf die historische, einschließlich des Bürgerkriegs zwischen den Makkabäern und den hellenisierten Stammesangehörigen.

Im Jahr 2014 bereitete der Greenberg-Verlag Gesharim eine neue Übersetzung von vier makkabäischen Büchern vor und lieferte sie mit einem detaillierten Kommentar, chronologischen Tabellen und historischen Karten. Grinberg gefällt die Interpretation von Chanukka, die in der festlichen Einlage zu den Gebeten erwähnt wird: Siege der Schwachen über die Starken dank der Hilfe von oben. "Es ist klar, dass die Rabbiner eine zweideutige Haltung gegenüber der hasmonäischen Dynastie hatten. Die Makkabäer usurpierten öffentliche und priesterliche Ämter, weil sie keine Nachkommen König Davids waren. Am Ende verwandelten sie sich in gewöhnliche östliche Despoten, die unerwünschte Menschen vergifteten und hinrichteten", resümiert Michail Grinberg.

Ze'ev Geisel macht auf den kulturellen Aspekt des Feiertags aufmerksam: "Die Griechen waren keine Nazis: Sie wollten, dass es ein Volk mit einer Kultur gibt. In der UdSSR gab es viele nationalistische kulturelle Schriften, aber in der Praxis saß ein Zensor in jeder Ecke und beobachtete wachsam, ob sich Nationalismus in einem bestimmten Autor manifestierte. Und die Leiter der Russifizierung waren oft die Juden selbst."

Geisel weist auch auf die zyklische Natur der jüdischen Geschichte hin. Moskauer Aktivisten waren sich des Zusammenbruchs des römischen und byzantinischen Reiches bewusst, wo sie stärker an die offizielle Ideologie glaubten als das sowjetische Volk an den Kommunismus. Ze'ev betont: "Wir fühlten, dass hinter den Juden jemand stand, der die Griechen und Römer besiegt hatte."

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

<p>Abonnementspreis: einschliesslich LITERATURBLATT vierteljährlich: 1. durch die Expedition: a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark. 2. im Postabonnement: 1,25 Mark.</p> <p>Insertionspreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.</p>	<p>Allgemeine Jüdische Zeitung.</p> <p>Redaktion: BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4. Telephon: II, 3387.</p>	<p>Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen: Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H. Berlin N. 54, Auguststr. 49a.</p> <p>Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.</p>
---	--	--

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 51 || Berlin, 4. Tebeth 5667 — 21. Dezember 1906 || XI Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina
(Baseler Programm.)

<p>Trutzfest Eine ungehaltene Rede von Dr. med. Carl Kassel Gustav G. Cohen Von Dr. Ad. Fr. Exzellenz Dernburg Auch ein Chanukahlied von Julius Löwy Soziale Hilfsarbeit der modernen Jüdin Von Naëmi Banéth (Schluss)</p> <p>Rundschau Jüdische Kunst Die Reichstagswahlen Wenn das liebe Christfest Jüdische Studenten in Ungarn Ein palästinisches Oelunternehmen Statistik der Pogrom-Opfer in Russland</p>	<p>Briefkasten Geschäftliches -Beilage: Aus d. zion. Bewegung Mitteilungen des Zentralbureaus der Zionist. Vereinigung f. Deutschland Oberschlesischer Zionistentag Dritte russische Zionistenkonferenz in Helsingfors Aus den Ortsgruppen Berlin — Hannover — Chemnitz — Königshütte — Kattowitz — Nikoley Nationalfond</p>
---	--

Literaturblatt No. 26

<p>Weihnachten und Chanukah Literaturbericht</p>	<p>Notizen Vom ewigen Juden Eingesandt</p>
--	--

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND		
<p>NATIONALFOND-VERWALTUNG Adresse für Geldsendungen Max Wollsteiner, Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10</p>	<p>ZENTRALBUREAU Berlin W. 66 Mauerstrasse 2 III</p>	<p>SHARE-KLUB-ZENTRALE Adresse für Anmeldungen M. Goldschmidt, Hamburg, Stadthausbrücke 12/14,</p>

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud: Jahresrückblick

1923 hat Rabbi Meir Shapira aus Lublin die Initiative „Daf Yomi“ angeregt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus. Als Teil davon können Juden überall auf der Welt dasselbe Blatt aus dem Talmud lernen. Der Beitrag stellt eine Fortsetzung der in der Jüdischen Rundschau im Januar 2022 begonnenen jüdischen Lern-Initiative dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Die Kolumne „Daf Yomi“ wurde auf mein Anraten hin im Januar 2022 begonnen. Nach Verlauf eines Jahres möchte ich die Gelegenheit nutzen, um etwas Generelles zum Format und den Zielen der Kolumne zu sagen und einen zusammenfassenden Rückblick auf die elf Artikel dieses Jahres zu präsentieren.

„Die Initiative ‚Daf Yomi‘ geht zurück auf Rabbi Meir Shapira aus Lublin. Dieser schlug 1923 die Festlegung eines Lernzyklus vor, in dem man jeden Tag ein Blatt (zwei Seiten) des babylonischen Talmuds lernt und diesen somit in siebeneinhalb Jahren einmal komplett durchgelernt hat, bevor man zwecks Wiederholung wieder von vorne beginnt. Die Beschränkung auf nur ein Blatt bedeutet, dass sich diese Initiative nicht an Berufsrabbiner richtet, sondern an durchschnittliche Juden. Und die Etablierung eines festen Zyklus führt dazu, dass jeder Jude überall auf der Welt als Teil einer Gemeinschaft dasselbe Blatt lernt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus und die Jüdische Rundschau stellt etwas vom Inhalt des Talmuds dar, der in die Tage der jeweiligen Ausgabe fällt.“ (zitiert aus der Januar-Ausgabe)

Die Artikel sind normalerweise in der Länge einer Zeitungsseite. Soweit es das Thema zulässt, wird zunächst der Hintergrund in den klassischen jüd. Quellen beleuchtet. In der zweiten Hälfte des Artikels wird dann aufgezeigt, wie das Gesagte für unser heutiges Leben relevant ist.

Die Beiträge sind keine klassischen Zeitungsartikel, in denen es um Tagesaktualität geht und die nach der Lektüre einfach weggeworfen werden. Vielmehr sollen sie gesammelt, nochmals gelernt und auch mit anderen diskutiert werden! Die alten Artikel können Sie auf der Website (www.juedischerundschau.de) finden, wenn Sie nach „Daf Yomi“ oder meinem Namen suchen.

Januar – Der „Minjan“ und die Frage, wo Juden in Deutschland wohnen sollten

Ein „Minjan“ ist ein Quorum von zehn Erwachsenen, jüd. Männern – eine Mindestanzahl, ohne die gewisse Gebote nicht ausgeführt werden können. Wie „zum Beispiel die laute Wiederholung des Hauptgebets („Schoma Esre“ oder „Amida“) durch einen Vorbeter nachdem bereits jeder Einzelne für sich leise gebetet hat. [...] das Vorlesen aus der Tora-Rolle“ und weitere. Im Artikel wird dargelegt, wie das Erfordernis eines „Minjan“ aus der Bibel abgeleitet wird und dadurch wird ein Einblick in die Systematik des rabbinischen Denkens vermittelt.

In der zweiten Hälfte des Artikels geht es darum, dass Juden auch aus anderen Gründen nicht für sich alleine (ohne andere Juden) leben können, sondern nur in Gemeinden einer gewissen Mindestgröße mit einer „jüd. Infrastruktur“ (Mikwe, koscheres Essen, jüd. Bildung für Kinder und Er-



wachsene, und weiteres). „Daher ist es verwunderlich, oder sogar traurig, zu sehen, dass manche Juden in Deutschland in Kleinstädten oder abgelegenen Dörfern leben, vollkommen abgeschnitten von anderen Juden.“ Der Artikel lässt Angaben zur Bevölkerungsverteilung von Juden in Deutschland folgen und endet mit dem Aufruf, in die größten Städte zu ziehen, „um ein besseres jüdisches Leben in handlungsfähigen jüdischen Gemeinden mit einer funktionierenden jüdischen Infrastruktur zu ermöglichen“.

Februar – Das „Hakhel“-Gebot
(Aus Platzgründen hier nicht zusammengefasst)

März – Hillel und Schammai

Berühmt sind die vielen religionsgesetzlichen Meinungsverschiedenheiten, welche die beiden Gelehrten Hillel und Schammai hatten („obwohl sie untereinander Liebe und Freundschaft pflegten“). Diese Meinungsverschiedenheiten stellen uns vor ein Problem, denn „[i]m Falle des Gesetzes müssen die verschiedenen Ansichten natürlich zu Regelungen vereinheitlicht werden, die für alle verbindlich sind. [...] Es stellt sich also die Frage, wie solche Entscheidungen zwischen zwei Meinungen getroffen werden. [...] ‚Wir folgen der Mehrheit in Situationen, in denen beide Seiten gleichwertig sind, aber im vorliegenden Fall sind die Anhänger Schammais scharfsinniger. [...] dafür, dass sich Schammais Meinung letzten Endes trotzdem nicht durchgesetzt hat, gibt es andere Gründe [...] Aber jedenfalls ist der Gedanke eine stupide, bloß zahlenbasierte

Mehrheitsentscheidung durch ein qualitatives Element anzureichern sehr anziehend. [...] Es entscheidet also die Mehrheit, aber nur die Mehrheit der qualifizierten Personen.“ Dieser letzte Punkt wird im Artikel auch mit Wahlen in unserem heutigen politischen System in Verbindung gebracht. Letzten Endes fragt der Artikel noch, was die Grenzen einer legitimen jüd. Meinungsp pluralität sind und wann eine Meinung den jüd. Rahmen verlässt.

April – Der Übertritt zum Judentum und die sieben Gebote von Noah

Der Artikel eröffnet mit einem Talmud-Zitat darüber, wie man mit einer Person umgehen soll, die übertreten will. Weiter geht es mit dem ambivalenten Verhältnis des Judentums zu Konvertiten. In biblischen Zeiten war das Judentum dafür eher offen aber im Laufe der Jahrhunderte wurde die Haltung aufgrund negativer Erfahrungen immer verschlossener. Der nächste Punkt des Artikels ist die Frage, was als legitimer Grund für eine Konversion angesehen werden kann und was nicht. Vor allem wird aufgezeigt, wie die Konversion zum Zwecke der Heirat einen Widerspruch in sich birgt und was für Konsequenzen sie haben kann, an die niemand denkt.

Ein Grund für die Skepsis gegenüber Konvertiten ist auch, dass das Judentum sich nur an das Volk Israel richtet und nicht etwa an die gesamte Menschheit. Aber wie sollte man die restliche Menschheit von der göttlichen Botschaft ausschließen? Tatsächlich geschieht das nicht, denn auch für Nicht-Juden gibt es eine göttliche

Botschaft, aber diese ist eine andere als die Botschaft an Juden. Es ist „interessant, sich anzusehen, was das Judentum über die Erfordernisse eines moralischen, gottgefälligen Lebens von Nicht-Juden zu sagen hat, welches zum Leben in der kommenden Welt führt. Die Antwort darauf findet sich in den sieben Geboten von Noah.“

Nachdem die Menschheit verdorben wurde und Gott durch die Sintflut alle Menschen mit Ausnahme der Familie von Noah umkommen ließ, schloss Gott einen Bund mit Noah. Dies geschah chronologisch noch bevor sich das Volk Israel herausbildete und daher richten sich diese Gesetze an die gesamte Menschheit. Die sieben Gebote werden im Artikel aufgezählt. „Diese Gesetze mögen sehr minimalistisch klingen, aber natürlich gibt es Verästelungen und verschiedene Themen und Fälle subsumieren sich unter diese Überkategorien.“ Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, zum Judentum zu konvertieren, sollten sich zunächst mit den sieben Geboten Noahs vertraut machen.

Mai – Der Tod der Schüler Rabbi Akiba's während Sefirat ha-Omer

Der Zeitabschnitt zwischen den Feiertagen Pessach und Schawu'ot wird als „Sefirat ha-Omer“ bezeichnet und ist u.a. durch die darin gehaltenen Trauerbräuche gekennzeichnet. Der Trauer liegt der Tod von den 12.000 Schülerpaaren von Rabbi Akiba in eben diesem Zeitabschnitt zu Grunde. Der erste Teil des Artikels redet über den Grund ihres Todes. Der zweite Teil erklärt den Begriff des „Schüler-Paares“: „[...] dass 24.000 Schüler mit ‚zwölf

Tausend Schüler-Paaren‘ gemeint sind. Es geht hierbei um das Konzept von „Chewruta“, d.h. die seit früher Zeit übliche Praxis, dass beim Unterricht in Jeschiwot (Religionsakademien) jeweils zwei Schüler miteinander gepaart werden und einen großen Teil ihrer Studien im Zweierteam absolvieren. Wenn vier Augen mehr sehen als zwei, dann verstehen zwei Gehirne auch mehr als eins. Die komplizierten Texte sollen miteinander diskutiert werden und jeder hat die Möglichkeit sein Gegenüber von dem eigenen Verständnis des Textes zu überzeugen.“

Dieses Konzept ist auch heute noch zentral für das klassische Lernen der Tora. „Es gibt verschiedene Programme, die Interviews mit Interessenten durchführen und dann geeignete Lernpartner (auch zum Lernen übers Telefon oder Internet) zusammenführen. Neben der klassischen Chewruta von zwei Lernpartnern auf etwa dem gleichen Stand, gibt es auch Fortgeschrittene, die in freiwillingem Rahmen Anfänger an die Hand nehmen und ihnen beim Verständnis jüdischer Konzepte und Quelltexte helfen. Für englischsprachige Personen gibt es verschiedene solcher Programme. Verbunden mit der Chabad-Bewegung gibt es z.B. das Jewish Learning Network (www.jnet.org). Darüber hinaus sollte man sich auch noch (www.torahmates.org) und (www.partnersintorah.org) ansehen.“

Juni – „Schabbes-Goi“

Die Talmudstelle, die diesem Artikel zugrunde liegt, „erwähnt eine Situation, in der ein Nicht-Jude am Schabbat für einen Juden eine Handlung ausführt, die dem Juden aufgrund der Schabbat-Gebote untersagt ist. Ein Konzept, das im jüdischen Volksmund als ‚Schabbes-Goi‘ bekannt ist und einige Fragen aufwerfen kann.“ Der Artikel beginnt damit, zu erklären was das Wort „Goi“ bedeutet und dass es entgegen der allgemein verbreiteten Ansicht, kein negatives Wort ist. Weiter geht es mit der Erklärung, warum hier weder ein Widerspruch noch Heuchlerei vorliegt.

„Man mag sich fragen, was für einen Sinn das Ganze hat. Wenn ich annehme, dass Gott am Schabbat eine gewisse Handlung untersagt hat, warum soll ich dann jemand anderen zu dieser Handlung ermutigen, Gottes Unmut auf ihn umleiten und annehmen, für mich hätte das alles keinerlei Konsequenzen? Die Antwort hierauf liegt in der Tatsache, dass laut jüdischem Glauben die vielen jüdischen Gebote nur für Juden verpflichtend sind und die restliche Menschheit von den meisten Geboten freigestellt ist. Ein und dieselbe Handlung kann somit für den einen erlaubt und für den anderen verboten sein, wobei das Judentum sozusagen gegen sich selbst diskriminiert und den Anderen mehr Freiheiten lässt als sich selbst.“

Der Artikel vermittelt einige Grundlagen darüber, wie man einen Schabbes-Goi zu Hilfe ziehen darf.

Juli – Ketubot (jüd. Eheverträge)

(Aus Platzgründen hier nicht zusammengefasst)

August – Das Freikaufen von Gefangenen

„Entführungen und Menschenhandel waren [...] [damals] häufige Vorkommnisse. Und dass sich jüdische Quellen damit befassen, zeigt wie umfangreich das jüdische Gesetz ist und dass es alle Lebensbereiche abdeckt. [...] bekannten Satz: ‚Man kauft keine

Gefangenen frei für mehr als ihren Wert. Um der Ordnung der Welt willen.‘ Man wird sich sicherlich fragen, was der ‚Wert‘ eines Gefangenen ist – um so mehr noch, da es deutlich ist, dass es sich hier tatsächlich um einen finanziellen Wert handelt. Wenn jüdische Gefangene von ihren Verwandten oder der jüdischen Gemeinde nicht freigekauft wurden, dann hat man sie am Sklavenmarkt verkauft. Ihr Preis richtete sich dann nach Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand usw. Der Preis einer Person am Sklavenmarkt wurde somit als Richtlinie für den Preis angesehen, für den man sie auch freikaufte. Unsere Weisen hatten das Bedenken, dass wenn Juden generell zum Freikauf anderer Juden mehr zu zahlen bereit sind als diesen Standard und auch mehr als Angehörige anderer Völker zum Freikauf ihrer Verwandten zahlen, dann wird das ein gefährlicher Präzedenzfall sein und Juden werden vermehrt entführt werden. Es steht hier also ein nationales Interesse einem individuellen gegenüber und ein rationales konkurriert mit einem emotionalen. Denn wie sollte man z.B. von Eltern erwarten, nicht jede Forderung der Entführer zu erfüllen, nur um ihr entführtes Kind wieder in die Arme schließen zu können. Aber das Wohl des Kollektivs erfordert eine solche Beschränkung. [...]

Leider folgt der Staat Israel nicht den Weisungen der jüdischen Gelehrten und so kommt es, dass Gefangenaustausche zwischen Israel und seinen Feinden immer unverhältnismäßig zum Nachteil der israelischen Seite ausfallen und Israel sich ausnutzen lässt. [...] Einen traurigen Höhepunkt erreichte dies im Jahr 2011 als Israel 1.027 Gefangene – darunter auch verurteilte Mörder – für einen einzigen israelischen Soldaten freigelassen hat, der im Gaza-Streifen gefangen war. [...] war es doch absolut vorhersehbar, dass die freigelassenen Terroristen erneut jüdisches Blut vergießen werden [...] die Entführung und anschließende Ermordung von drei jüdischen Jugendlichen im Juni 2014. [...]

Neben den klassischen Formen der Gefangenschaft, die einer Person aufgezwungen werden, gibt es heutzutage in Israel auch eine solche, in die ihre Opfer hineinverführt werden. Die Rede ist von Beziehungen zwischen jüdischen Frauen und muslimischen Männern. [...] nach den ersten Monaten [...] folgt dann häufig die Realität [...] unvorstellbare körperliche und seelische Gewalt, [...] Häufig finden solche Frauen auch den Tod. [...] Es gibt in Israel Organisationen, die versuchen, diesen Frauen zu helfen. Zu denken ist dabei vor allem an die wohletablierte Organisation ‚Yad l’Achim‘ (www.yadlachim.org) und an die neuere Organisation ‚Lehava‘ (www.lehava-us.com). [...] versuchen dann die betreffende Frau über die Gefahren aufzuklären. Und falls sie bereits in die Falle getappt und nun in irgendeinem arabischen Dorf weggeschlossen ist und die israelischen staatlichen Behörden [...] nicht eingreifen wollen, dann organisieren solche Organisation auch Rettungsaktionen.“

September – Rabbi Akiva und seine Frau

(Aus Platzgründen hier nicht zusammengefasst)



Rabbiner Meir Shapira, 1887-1933

Oktober – Sterbehilfe

Der Artikel eröffnet mit der Übersetzung des Berichts über den Tod von Rabbi Jehuda ha-Nasi im Talmud:

„Am Tag als Jehuda ha-Nasi starb, verhängten die Rabbiner einen Fasttag und sie baten [Gott] um Gnade [für ihn, so dass er am Leben bleibe] ... seine Hausangestellte stieg aufs Dach hinauf und sagte: ‚Die oberen Sphären wollen ihn [haben] und die unteren Sphären [d.h. die Menschen] wollen ihn [haben]. Möge es der Wille [Gottes] sein, dass sich die unteren gegen die oberen durchsetzen.‘ Als sie [aber] sah, ... wie sehr er litt, sagte sie: ‚Möge es der Wille [Gottes] sein, dass sich die oberen gegen die unteren durchsetzen.‘ Die Rabbiner hörten keine Sekunde auf, um Gnade zu bitten. Die Hausangestellte nahm ein Gefäß und warf es vom Dach auf die Erde. [Die Rabbiner] waren [vor Schreck] [eine Sekunde lang] still und baten nicht um Gnade. Da starb Rabbi Jehuda ha-Nasi.“

Die Tat der Hausangestellten wird in den rabbinischen Quellen positiv interpretiert. Vor diesem Hintergrund geht der Artikel zum Thema der Sterbehilfe über – der aktiven und der passiven.

„Die jüdische Position gegenüber der aktiven Sterbehilfe ist eindeutig. Sie ist verboten und kommt in jeder Hinsicht dem Mord gleich! Selbst wenn der Patient im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte den Arzt darum bittet. Diese Position ergibt sich aus einigen simplen theologischen Grundsätzen. Unter anderem aus den folgenden: [...] Die Position des Judentums gegenüber der passiven Sterbehilfe ist hingegen nicht so eindeutig wie die gegenüber der aktiven. So ist die anfangs zitierte Talmudstelle zum Beispiel ein Fall von gutgeheißener passiver Sterbehilfe. Solange die Rabbiner beteten, konnte die Seele von Rabbi Jehuda Ha-Nasi seinen Körper nicht verlassen und die Hausangestellte hat diese Maschine sozusagen abgestellt. Dennoch sollte man auch hier sehr vorsichtig sein. Je nach der jeweiligen medizinischen Situation, gibt es Behandlungen, die man einem Patienten vorenthalten darf mit dem Ziel sein Ableben zu ermöglichen und andere, die man verpflichtet ist durchzuführen. [...] Bei Fragen der passiven Sterbehilfe sollte – da der Tod nicht umkehrbar ist – der Patient

immer am Leben gehalten werden, bis man den Fall mit einem orthodoxen Rabbiner besprochen hat. Wobei zu erwarten ist, dass sich der Rabbiner mit einer Organisation wie der folgenden besprechen wird:“

Die Abteilung „Keduschat ha-Chayim“ des Puah Instituts in Israel (www.puah.org.il).

Die in New York basierte Organisation „Chayim Aruchim“ (www.chayimaruchim.com).

(Im damaligen Artikel im Oktober fehlte noch die Angabe der Abteilung „Ad 120“ der israelischen Organisation „Tzohar“ (<https://ad120.tzohar.org.il/en/about>)). Alle drei Organisation beschäftigen sich mit jüd. Recht und medizinischen Fragen am Lebensende und alle unterhalten 24-Stunden Hotlines für die Öffentlichkeit.

November – Beschneidung

In dem Text der Talmudstelle, der dem Artikel zugrunde liegt, „finden sich mehrere Aussagen zu dem hohen Wert des Gebotes der Beschneidung“. Der Artikel beschäftigt sich jedoch mehr mit der modernen Beschneidungsdebatte in Deutschland.

„Vor einigen Jahren wurde in Deutschland über ein Beschneidungsverbot für Minderjährige diskutiert. Zu einem solchen Gesetz ist es glücklicherweise nicht gekommen, jedoch zeigt es, auf wie wackeligen Füßen das jüdische Leben in Deutschland steht. Ein solches Gesetz einer zukünftigen Regierung würde der jüdischen Existenz in Deutschland den Boden unter den Füßen wegziehen. [...] In der Debatte wurde die Beschneidung häufig als jüdischer ‚Brauch‘ bezeichnet. Aber das ist irreführend. Es ist kein bloßer Brauch, sondern ein verpflichtendes Gesetz und die Unterlassung der Beschneidung ist somit aus jüdischer Sicht eine Straftat. Jüdische Eltern müssen ihre Kinder beschneiden lassen.“

Der Artikel bringt ein Beispiel aus anderen Ländern dafür, dass es für eine Demokratie kein Problem sein muss, eine Bevölkerungsgruppe beim Vorliegen eines legitimen Grundes in einem Aspekt von einem Gesetz auszunehmen und schreibt, dass es wünschenswert wäre, dass „der deutsche Staat anerkennt, dass es interne jüdische Belange gibt, in die er sich nicht einmischen soll.“

Der Artikel setzt mit dem Unterschied zwischen einer rein medizinischen und einer jüd. Beschneidung fort und damit, was nun ein Mann machen soll, der bereits rein medizinisch beschnitten wurde. Auch die Möglichkeit einer jüd. Beschneidung in einer Arztpraxis und mit Narkose wird angesprochen. All dies geschieht auch im Hinblick auf erwachsene Juden, deren Eltern es versäumt haben, sie rechtzeitig zu beschneiden und die diesen Schritt nun selbst nachholen wollen. Als letzter medizinischer Punkt werden gesundheitliche Vorteile genannt, die eine Beschneidung mit sich bringt, wie z.B. die Reduzierung des Risikos sich mit einer sexuell übertragbaren Krankheit anzustecken.

Artikel von: Patrick Casiano
www.intellectual-services.com

Wie wird Chanukka in den verschiedenen Ländern der Welt gefeiert?

Die Chanukka-Traditionen und -Feiern sind fast so zahlreich und vielfältig wie die verschiedenen jüdischen Gemeinden selbst. Unabhängig davon, wo auf der Welt ein Jude lebt, ist Chanukka ein wichtiges Fest, das an den tapferen Sieg der Makkabäer über das helenistische Seleukidenreich erinnert, das das jüdische Volk zwingen wollte, seine Religion aufzugeben. Die Makkabäer kämpften mutig für ihr Volk und für ihr Recht, ihren Glauben zu praktizieren und Religionsfreiheit zu genießen – zwei Grundrechte, die auch heute in großen Teilen der Welt leider nicht selbstverständlich sind. (JR)

Von Rachel Avraham/Israel Heute

Ich wuchs in den Vereinigten Staaten auf, dort feierten wir Chanukka ganz anders als bei uns in Israel. Wie viele andere jüdische Familien in den Vereinigten Staaten habe ich als Kind acht Geschenke für jede Chanukka-Nacht bekommen. Mein Vater erfand sogar eine Geschichte, in der er mir erzählte, dass Großvater Chanukka an Chanukka jüdische Häuser besuche und den jüdischen Kindern noch mehr Geschenke mache als den christlichen. Er erzählte mir das, damit ich in der Grundschule nicht neidisch auf die christlichen Kinder sein würde.

Offenbar gab es für seine Geschichte einen Vorläufer. Die Fernsehshow Saturday Night Live hatte eine Figur namens Chanukka-Harry geschaffen, eine Art jüdischen Weihnachtsmann. In der New York Times behauptete Jonathan Safran Foer satirisch, dass "er eine reale Person ist, die in jeder Chanukka-Nacht in jüdischen Häusern vorbeischaute, um Geschenke zu überbringen, die in keiner Weise vom guten Verhalten der Kinder abhängen".

Als ich Chanukka in den Vereinigten Staaten feierte, aß ich auch hausgemachte Latkes mit Apfelmus, das mit frischen Äpfeln gekocht wurde. Andere Familien in Amerika aßen sie auch mit saurer Sahne. Wir hängten riesige Chanukka-Banner und Chanukka-Lichter über unserem Kamin auf, die wie Weihnachtslichter aussahen, aber blau und weiß mit bunten Davidsternen und Menorahs. Das zeigt, wie einflussreich Weihnachten in der amerikanischen-jüdischen Gemeinschaft ist, denn Christen beschenken ihre Kinder in der Regel unter einem riesigen Weihnachtsbaum und zünden bunte Lichter an, die nicht nur um den Baum, sondern auch an den Bäumen, Sträuchern und Fenstern draußen aufgehängt werden.

Israel

Juden in Israel feiern Chanukka ein wenig anders. Hier wird Chanukka nicht als achttägiges Fest des Schenkens betrachtet, bei dem draußen beeindruckende Lichter aufgehängt werden, sondern als ein eintägiges Fest, bei dem den Kindern besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Zwar erhalten Kinder in Israel Chanukka-Geld aus Schokolade und spielen mit Dreideln, aber die Latkes werden in der Regel pur gegessen und nicht mit saurer Sahne oder Apfelmus. Ein aschkenasischer Jude, den ich in Israel traf, fand es seltsam, Latkes nicht pur zu essen. Allerdings ist es für aschkenasische Juden in Israel üblich, während der Feiertage Blintzes oder Käse sowie Sufgoniot, Chanukka-Gelee-Krapfen, zu essen. Es ist auch üblich, dass israelische Familien Theaterstücke besuchen und mit ihren Kindern Chanukka-Ausflüge im ganzen Land unternehmen, da die Schulen in der Regel an allen acht Tagen von Chanukka geschlossen sind.

Doch nicht alle Menschen auf der Welt feiern Chanukka auf diese Weise. Man muss bedenken, dass Israel ethnisch sehr vielfältig ist und ein großer Prozent-



satz, nämlich mehr als die Hälfte der israelischen Juden nicht aschkenasisch, sondern mizrachisch, sephardisch oder beta-israelisch (äthiopische Juden) ist. Einem äthiopischen Juden zufolge kopierten die Beta Israel im Allgemeinen die aschkenasischen Traditionen, da ihre Version des Judentums die Geschehnisse während der Zeit des Zweiten Tempels ausklammert und somit auch Chanukka nicht einschließt. Sowohl mizrachische als auch sephardische Juden haben jedoch Chanukka-Bräuche, die sich deutlich von denen der aschkenasischen Juden unterscheiden.

Iran

Die iranisch-jüdische Dissidentin Minoo Moghimi erklärte in einem Exklusivinterview mit Israel Heute: "Wir feiern Chanukka nicht wie die amerikanischen Juden. Im Iran zünden wir nur Kerzen an. Es gibt keine Geschenke und keine Dreidels. Es gibt nur einfache Lichter. Es gibt keine besonderen Speisen oder Süßigkeiten." Über Iraner, die in westlichen Ländern leben, wusste sie zu berichten: "Mittlerweile versuchen wir zu feiern, weil wir so nah an Weihnachten dran sind, und wir können nicht mit den Verlockungen von Weihnachten konkurrieren."

Ein anderer iranischer Jude, der den Iran noch nicht verlassen hat, pflichtete ihr bei: "Wir sind eine Mizrahi-Gemeinde und haben keine Bräuche wie das Essen von Latkes. Wir zünden nur die Kerzen an und sprechen die Gebete. Purim ist im Iran eine größere Sache, wo man sich gegenseitig beschenkt und groß feiert. Aber es gibt nichts Besonderes an Chanukka im Iran".

Arabische Länder

Bei anderen jüdischen Gemeinden im Orient geht es da viel feierlicher zu. Eine irakische Jüdin erzählte, dass die irakischen Juden zu Chanukka Zimgula essen, was ähnlich wie Baklava ist: "Wir essen auch Lefet, das ist ähnlich wie Rote Bete, aber weiß, und wir kochen es mit Wein zu Chanukka."

Die ägyptisch-jüdische Aktivistin Le-

vana Zamir berichtete, dass ägyptische Juden zu Chanukka ein Gebäck namens Zalabia essen, einen einzigartigen ägyptischen Honigkrapfen.

Eine marokkanische Jüdin erzählte, dass marokkanische Juden ein spezielles Gebäck essen, das als Svinge bekannt ist, ein frittiertes marokkanischer Krapfen: "Wir essen zu Chanukka auch einen einzigartigen süßen Milchcouscous, der mit Zimt, Muskatnuss und Zucker gekocht und mit Trockenfrüchten und Joghurt serviert wird. Auf diese Weise gedenken wir der Tapferkeit von Judith, einer mutigen Frau aus der Antike, die sich den seleukidischen Griechen widersetzte."

Die Tapferkeit von Judith

Einer jüdischen Überlieferung zufolge wurde das Dorf Bethulia um das zweite Jahrhundert v. Chr. von dem grausamen Holofernes belagert. Um den Feind zu besiegen, verführte Judith den Holofernes mit salzigem Käse und Wein, und als er betrunken war, enthauptete sie ihn und brachte seinen Kopf in ihrem Korb zurück ins Dorf. Dadurch wurde der Feind verwirrt, und Judith sorgte dafür, dass die Israeliten einen Überraschungsangriff starteten, während der Feind noch unter Schock stand, was zu einem jüdischen Sieg über die Seleukiden führte.

Aschkenasische Juden essen zu Chanukka Käse oder Blintzes, um die Hartnäckigkeit von Judith zu würdigen, und es ist bei Juden in aller Welt üblich, zu Chanukka Milchprodukte zu essen, um ihre Tapferkeit zu preisen.

In Tunesien, Libyen, Algerien, Irak, der Türkei, Marokko, Griechenland und Jemen feiern jüdische Frauen während Chanukka einen besonderen Feiertag, das Chag HaBanot (Fest der Töchter), an dem die Frauen die Tapferkeit von Judith feiern. An diesem Feiertag arbeiten die Frauen im Allgemeinen nicht, besuchen sich gegenseitig, essen besondere Süßigkeiten und segnen die Frauen, die im kommenden Jahr heiraten werden.

Verschiedene Bräuche

Dr. Yitzhak Ben Gad, ein ehemaliger israelischer Generalkonsul libyscher Her-

kunft, beschrieb gegenüber Israel Heute eine libysche Chanukka-Tradition aus seinen Kindheitstagen: "Ich erinnere mich, dass wir als Kind immer zu acht in einer Reihe standen und ich auf Hebräisch sagte: "Ich bin die erste Kerze." Der andere Junge neben mir in derselben Reihe sagte: "Ich bin die zweite Kerze", und im Krieg gegen die Griechen gewannen die Juden den Krieg. Das zeigt, dass wir in der Geschichte der Makkabäer gegen die Griechen in einer Reihe vor der Menora standen und das sagten.

Offenbar hatten auch sephardische Juden, die vor der Inquisition geflohen waren, einzigartige Bräuche: "Die jüdische Gemeinde von Aleppo, die zum größten Teil aus sephardischen Juden bestand, die der Inquisition entkommen waren, zündete in jeder Chanukka-Nacht eine zusätzliche Schamasch (Hilfskerze) an. Dafür gibt es mehrere Erklärungen – einige sagen, dass die zweite Schamasch Gott ehren und das göttliche Eingreifen anerkennen sollte, das sie in Sicherheit brachte. Andere sagen, der Brauch sei eine Verbeugung vor den Nichtjuden in Aleppo, die sie als Flüchtlinge aufgenommen haben."

Der türkisch-jüdische Journalist Rafael Sadi gegenüber Israel Heute: "Chanukka ist ein sehr fröhliches Fest in Istanbul, und man konnte in den Straßen sehen, dass es ein jüdischer Feiertag war. Fast 520 Jahre lang feierten die türkischen Juden Chanukka in aller Stille in ihren Häusern und gingen dann mit speziellen Laternen auf die Straße, ohne dabei viel Lärm zu machen. Weder der osmanische Staat noch ihre türkischen Nachfolger griffen ein.

Interessanterweise isst die örtliche jüdische Gemeinde in Santa Marta (Kolumbien) Patacones oder frittierte Kochbananen anstelle von Latkes. Und in Mexiko spielen die Kinder ein Spiel namens toma toda (der Gewinner bekommt alles), das dem Dreidel-Spiel ähnelt, nur dass der Kreisel sechs statt vier Seiten hat. Der toma toda-Dreidel ist als pirinola bekannt, und die Juden vor Ort zerschlagen oft eine Pinata in Form eines Dreidels, die mit Chanukka-Leckereien gefüllt ist.

Rabbiner Eliran Shabo schrieb, dass romanische Juden (Juden, die in Griechenland beheimatet sind), Chanukka sogar noch anders feiern als der Rest von uns: "In vielen lokalen Gebetsbüchern wird der Begriff Yavan (Griechenland) in Al Hanisim, einem Teil der Chanukka-Gebete, weggelassen. Ebenso werden in der lokalen Version des Liedes 'Maoz Tzur, das beim Anzünden der Menora rezitiert wird, die Griechen durch die Syrer ersetzt, die sich gegen die Makkabäer verbündet haben." Er behauptet, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass viele griechische Juden sich unwohl dabei fühlen, Griechenland zu dämonisieren, und dass der seleukidische Befehlshaber, der geschickt wurde, um den Makkabäeraufstand niederzuschlagen, aus dem syrischen Teil des Reiches stammte, nicht aus dem griechischen Teil.